Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
in Köln 1956

Einkommensbildung
und
Einkommensverteilung

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1957

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 13

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 13

Verhandlungen auf der Tagung in Köln

26.—28. September 1956

Herausgegeben von

Professor Dr. W. G. Hoffmann

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1957

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
in Köln 1956

Einkommensbildung
und
Einkommensverteilung

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1957

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Alle Rechte vorbehalten

© 1957 Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde

Gedruckt 1957 bei der Buchdruckerei Schröter, Berlin SW 29

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Erster Tag

Eröffnung und Begrüßung 9

Referat von Prof. Dr. Erwin von Beckerath (Bonn):
Politik und Wirtschaft: ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich? 25

Referat von Prof. Dr. Hans Peter (Tübingen):
Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung 42

Referat von Prof. Dr. Wilhelm Krelle (St. Gallen):
Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft 55

Generaldiskussion 110

Zweiter Tag

Referat von Prof. Dr. Horst Jecht (Münster):
Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung 126

Referat von Prof. Dr. Heinz Kolms (Berlin):
Der Einfluß der nicht-staatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung 166

Generaldiskussion 181

Schlußveranstaltung 199

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erster Tag

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erster Tag, Vormittag

Donnerstag, 27. September 1956

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Prof. Dr. Walther G. *Hoffmann* (Münster):

Herr Bundespräsident!
Magnifizenzen!
Herr Oberbürgermeister!
Meine Damen und Herren!

Im Namen des Vorstandes des Vereins für Sozialpolitik, der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, begrüße ich alle Anwesenden zur diesjährigen Tagung. Es handelt sich um die 36. Konferenz dieser Art, seitdem im Jahre 1872 von Männern der Praxis die Anregung zur Bildung dieses wissenschaftlichen Forums gegeben wurde. Der Verein für Sozialpolitik ist damit eine der ältesten wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigungen, die es international überhaupt gibt. Seine Geschichte ist ein Spiegelbild sowohl der Wirtschafts- und Sozialgeschichte als auch der Entwicklung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Ideen von nunmehr über acht Jahrzehnten. In einer stattlichen Anzahl von Sitzungen kleiner Arbeitsausschüsse zu verschiedenen Problemen — neben den großen Tagungen vor der Öffentlichkeit — hat sich deutsches Geistesleben geformt; die Fülle der Publikationen, die fast alle Lebensbereiche von Wirtschaft und Gesellschaft berühren, ist ein Zeugnis der von zwei bis drei Generationen insoweit geleisteten Arbeit. In dieser Kette von Äußerungen wissenschaftlichen Lebens bildet die diesjährige Veranstaltung ein weiteres Glied.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden Tagungen 1948 in Marburg, 1950 in Bad Pyrmont, 1952 in Salzburg und 1954 in Bad Nauheim abgehalten. Die Wahl der Standorte deutet vielleicht an, daß es zunächst wieder darauf ankam, die Kräfte zu sammeln, nachdem der Verein sich im „Dritten Reich" freiwillig aufgelöst hatte, da das freie Wort unmöglich geworden war. Unser aller Dank gebührt Professor Gerhard *Albrecht,* Marburg, für die Wahrnehmung der Funktion des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorsitzenden in diesen schwierigen Jahren des Wiederaufbaus. Nicht zuletzt seiner Mühe ist es zu verdanken, daß nunmehr wieder der Schritt in die breite Öffentlichkeit gewagt und damit ein Tagungsort wie Köln gewählt werden konnte.

Die letzte Konferenz fand hier im Jahre 1897 statt und stellte drei Themen zur Diskussion: die Handwerkerfrage, den ländlichen Personalkredit und das Arbeiter-Vereins- und Koalitionsrecht. Seitdem haben sich weltwirtschaftlich wichtige Veränderungen vollzogen. Wenn diese wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft erneut in einer Stadt wie Köln zur Aussprache auffordert und über die Mitglieder aus Wissenschaft und Wirtschaft hinaus eine große Anzahl von Gästen einlädt, so sind dafür drei Gesichtspunkte maßgebend:

1. Der rasche Wiederaufbau in der Bundesrepublik erfordert eine Besinnung auf die Problematik der Einkommensbildung und Einkommensverteilung.

2. Der heutige Stand von Forschung und Lehre läßt die Erörterung dieser zentralen Probleme der Wirtschaft gerechtfertigt erscheinen, auch wenn dabei viele Grenzen unserer Kenntnis in Theorie und Erfahrung sichtbar werden.

3. Es besteht ein großes Interesse in der Öffentlichkeit an der Diskussion dieser Fragen auf einer Ebene der Objektivität, die von jeher die Wissenschaft auszeichnet.

Diese letztere Annahme scheint sich auf jeden Fall als berechtigt erwiesen zu haben, so daß ich heute einer stattlichen Anzahl und einem auserlesenen Kreis von Teilnehmern den Gruß an dieser Stelle entbieten darf.

Gestatten Sie mir die Freiheit, daß ich den namentlichen Willkommensgruß auf ganz wenige Persönlichkeiten beschränke. Ich hoffe, daß sich jeder, der nicht namentlich erwähnt wird, schon durch die Einladung persönlich angesprochen fühlt.

Ich begrüße als Staatsoberhaupt, Kollegen und Mitglied in aufrichtiger Verehrung Herrn Bundespräsident Professor *Heuss*.

Der Herr Bundeskanzler und mehrere Herren Bundesminister hatten ihr Erscheinen zugesagt. Infolge einer Kabinettssitzung sind sie jedoch verhindert. Ich bin gebeten worden, Ihnen die Grüße des Herrn Bundeskanzlers und der übrigen Herren der Bundesregierung zu übermitteln. Das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers hat folgenden Wortlaut:

„Der Verein für Sozialpolitik hat in den acht Jahrzehnten seines Bestehens durch seine von hohem wissenschaftlichen Gehalt getragenen Untersuchungen Wesentliches zur Klärung und Vertiefung der die Öffentlichkeit bewegenden sozial- und wirtschaftspolitischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grundfragen geleistet. Meine besten Wünsche gelten seinem verdienstvollen Wirken auch für die Zukunft.

Da ich entgegen meiner ursprünglichen Absicht verhindert bin, an Ihrer Eröffnungssitzung teilzunehmen, bitte ich, den Teilnehmern der Tagung auch meine guten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf ihrer diesjährigen Arbeiten zu übermitteln."

Herr Bundesminister *Erhard* bedauert ganz besonders, nicht auch heute morgen anwesend sein zu können.

Einen herzlichen Willkommensgruß entbiete ich Seiner Magnifizenz, dem Rektor der Universität Köln, in ganz besonderer Würdigung der Tatsache, daß wir alle wissen, was die Universität Köln hinsichtlich Lehre und Forschung auf unserem Gebiet bedeutet.

Ich begrüße den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Köln in unserer Mitte und verbinde damit zugleich den aufrichtigen Dank für die abermals gewährte Gastfreundschaft.

Ich darf mich schließlich darauf beschränken, nur noch einige Gruppen aus dem Teilnehmerkreis besonders anzusprechen:

Es erfüllt uns alle mit Freude, eine große Anzahl von Gästen aus dem Ausland bei uns zu sehen. Selbst entfernteste Länder, wie z. B. Japan, haben es sich nicht nehmen lassen, Vertreter ihrer gelehrten Gesellschaften hierher zu entsenden. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich statt der einzelnen Namen nur die Länder nenne, die hier vertreten sind: Belgien, Finnland, Griechenland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Jugoslawien, Korea, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Schweiz und die Vereinigten Staaten. Der Präsident der französischen Fachvereinigung, Professor Louis *Baudin,* hat mich mehrfach gebeten, ihn zu entschuldigen.

Aus dem Kreise der deutschen Teilnehmer darf ich alle Persönlichkeiten der Wirtschaft ausdrücklich und sehr herzlich willkommen heißen. Es dürfte bereits deutlich geworden sein, wie großen Wert wir Ökonomen darauf legen, das Gespräch mit denen ständig zu pflegen, in deren Händen die Gestaltung des wirtschaftlichen Alltags liegt. Ihr Tun und Ihre Erfahrung sind Gegenstand unserer wissenschaftlichen Arbeit.

Die junge Generation schließlich möchte ich begrüßen mit dem Hinweis, daß sie eines Tages ein großes Erbe zu hüten und zu mehren hat. Denn wenn es auf unserem Gebiet im deutschen Sprachbereich eine Plattform gegeben hat, auf der Tradition und Fortschritt von jeher zur Auseinandersetzung drängten, so ist es sicher der Verein für Sozialpolitik gewesen.

Allen Anwesenden danke ich zugleich für das große Interesse an unserer Arbeit und darf hierbei besonders die Herren Vertreter der Presse erwähnen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach dieser Begrüßung der Erschienenen wäre es sicher meine Pflicht, eine Reihe von Persönlichkeiten und Institutionen zu erwähnen, die leider heute nicht vertreten sind, der Tagung aber ausdrücklich einen guten Verlauf wünschen. Ich bitte mich jedoch von weiteren Nennungen zu entbinden und mir zu gestatten, daß ich noch zwei Bemerkungen dem Beginn der Tagung vorausschicke: nämlich hinsichtlich der Lage der Wirtschaftswissenschaften im allgemeinen und hinsichtlich des Gegenstandes dieser Tagung im besonderen.

Wer so unvoreingenommen als möglich die Lage der Wirtschaftswissenschaften international zu charakterisieren versucht, dem wird auffallen, daß die Ansprüche an dieses Fach seitens der Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten außerordentlich gestiegen sind.

Nach der Gründung des Vereins für Sozialpolitik nahm von Zeit zu Zeit ein relativ kleiner Kreis zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen der Zeit aus eigener Vollmacht im Namen der Wirtschaftswissenschaft Stellung. In der Gegenwart ist der Anspruch an diese Wissenschaft bereits weitgehend an feste Institutionen gebunden. Dementsprechend werden nicht nur fallweise, sondern laufend sachadäquate Entscheidungen von den Ökonomen erwartet. Voraussetzung dafür war die Herausbildung eines selbständigen wirtschaftswissenschaftlichen Studiums. Die insoweit ausgebildeten Ökonomen stehen heute in den meisten Ländern der Erde teils der öffentlichen Verwaltung aller Stufen, teils der privaten Wirtschaft in Unternehmungen und Verbänden, teils den Parteien, der Presse oder für sonstige Aufgaben zur Verfügung und versuchen, eine fundierte Urteilsbildung in ihren Bereichen zu ermöglichen. Darüber hinaus werden — wenn auch in ganz unterschiedlichem Ausmaße — Hochschullehrer in Form von „Councils", bzw. „Beiräten" laufend gutachtlich zu gewissen Grundsatzfragen gehört. Dieser Wandel in der öffentlichen Funktion einer Wissenschaft ist noch nicht abgeschlossen. Die Ansprüche sind weiterhin im Steigen begriffen. Denn sowohl in den alten Industrieländern wie auch in den Gebieten der Erde, die durch eine Industrialisierung ihren Wohlstand zu steigern hoffen, wird ein vertiefter Einblick in die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge als notwendig erachtet, um wirtschaftliche Erschütterungen im Interesse der sozialen und politischen Stabilität zu vermeiden. Der erst vor wenigen Tagen in Rom abgeschlossene, erste Weltkongreß der Wirtschaftswissenschafter, hat ein beredtes Zeugnis abgelegt von der wachsenden Verantwortung dieser Wissenschaft, gleichgültig, ob es sich um Äußerungen von Vertretern der Sowjet-Union oder eines westlichen Landes handelte.

Wieweit kann aber dieser Anspruch befriedigt werden? Die Frage soll an dieser Stelle nur aufgeworfen, aber nicht beantwortet werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Denn dieser gesamten Problematik ist das Referat von Professor Erwin *von Beckerath* am heutigen Vormittag gewidmet, das mit gutem Grund der Tagung vorangestellt wurde. Der Vortragende hat in der Klärung des Spannungsverhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft von jeher ein Stück Lebensarbeit gesehen, so daß wir ihm besonderen Dank wissen dürfen für die Bereitwilligkeit, das Grundsatz-Referat zu übernehmen.

Wenn ich bisher von dem wachsenden Anspruch an unser Fach sprach von seiten derer, die konkrete, praktische Antworten erwarten, so darf ich aber zugleich nicht unerwähnt lassen, daß seit den Tagen von Gustav *von Schmoller* diese Wissenschaft größte Fortschritte gemacht hat, die es u. a. verbieten, ohne sehr eingehende Analysen wirtschaftspolitische Aussagen zu machen. Je mehr sich jemand der Differenziertheit der gesellschaftlichen und technischen Zusammenhänge in unserer Zeit bewußt ist, um so mehr wird er nur mit Bedacht und Vorsicht ein Urteil abzugeben bereit sein. Der Ökonom ist dabei in einer etwas schwierigeren Lage als mancher andere Fachwissenschaftler. Denn sein Erkenntnisobjekt glaubt in den meisten Ländern fast jeder Bürger beurteilen zu können, so daß nicht selten auch „falsche Propheten" sich Gehör verschaffen. Der derzeitige Leiter des Council of Economic Advisers in Washington, Professor Arthur *Burns*, sagte einmal, es sei seine Aufgabe, den Menschen unangenehme Dinge zu sagen. Dem gleichen Gedanken hat bereits der große englische Ökonom Alfred *Marshall* vor einem halben Jahrhundert Ausdruck gegeben mit der Bemerkung: „es ist fast unmöglich für einen Ökonomen ein wahrer Patriot zu sein und gleichzeitig den Ruf eines solchen zu haben."

Es geziemt sich wohl, zu Beginn eines wissenschaftlichen Kongresses auf diese Grundproblematik hinzuweisen. Angesichts der wachsenden Verantwortung der Wirtschaftswissenschaft gegenüber der Öffentlichkeit und zugleich der Tendenz einer zunehmenden Verfeinerung des Denkapparates — im Sinne des Fortschrittes aller Wissenschaften — scheinen mir nun zwei praktische Schlußfolgerungen möglich: Zunächst sollte wohl — und damit spreche ich nur für die Bundesrepublik — weit mehr getan werden für die Förderung von Forschung und Lehre auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Es ist dies zwar ein in den letzten Jahren seitens der Wissenschaft schlechthin häufig erklingender Ruf; soweit ich sehe, hat sich aber die Wirtschaftswissenschaft bisher sehr zurückgehalten. Die Zeit ist jedenfalls vorüber, in der die Wirtschaftswissenschaft von wenigen Lehrstuhlinhabern an Universitäten oder Hochschulen vertreten werden kann. Eine gewisse Arbeitsteilung ist vielmehr erforderlich. Sie ist angesichts der großen Anzahl von Stu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dierenden auch schon deswegen erwünscht, um dem akademischen Lehrer noch die Möglichkeit zu selbständiger Forschung zu geben und ihn nicht mit Lehrverpflichtungen zu überlasten.

Allerdings gebietet die Eigenart des Faches, daß diese Arbeitsteilung nicht zu einer Abschließung führen darf. So ist es sicher berechtigt, in Lehre und Forschung starke Kräfte den betriebswirtschaftlichen Problemen zu widmen. Es wäre aber sachlich nicht vertretbar, nur aus einzelwirtschaftlicher Sicht den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zu beurteilen, ebensowenig wie eine gesamtwirtschaftliche Analyse ohne Kenntnis der spezifischen Probleme der einzelnen Unternehmungen und der Haushaltungen — privaten und öffentlichen Charakters — durchgeführt werden kann.

Ein ähnliches Problem der Spezialisierung hat sich gegenüber der Soziologie, bzw. dem engeren Gebiet der Sozialforschung ergeben. War es früher Sitte, daß in den üblichen Lehrbüchern auch gesellschaftliche Fragen mehr oder weniger tiefgründig abgehandelt wurden, so wird der Ökonom von heute geneigt sein, die in diesem Spezialbereich erarbeiteten Erkenntnisse — statt eigener Forschung — zu übernehmen, zumal er auf sie nicht verzichten kann. Auch in diesem Falle darf Arbeitsteilung nicht zur Abschnürung führen. Im Gegenteil: ohne engste Zusammenarbeit der sozialwissenschaftlichen Dispizlinen ist fruchtbare Forschung nicht möglich.

Die eine Schlußfolgerung aus der aufgeworfenen Problematik geht also dahin, daß den Wissenschaften von Wirtschaft und Gesellschaft breiteste Entfaltungsmöglichkeit gegeben werden sollte, um sie besser in die Lage zu versetzen, ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit gerecht zu werden. Die zweite Schlußfolgerung bezieht sich auf den Einsatz des mit den modernen Erkenntnissen vertrauten Ökonomen, und zwar nicht nur selbstverständlich in der öffentlichen Verwaltung, sondern in zahlreichen Funktionen, die ihm in einer „industriellen Gesellschaft" zufallen. Es geht dabei nur um das Bemühen, einen Beitrag zu leisten zur fachlichen Objektivierung wirtschafts- und sozialpolitischer Urteilsbildung. Denn je mehr an verantwortlichen Stellen im privaten und öffentlichen Sektor die Sprache des gleichen Faches gesprochen wird, um so eher müßte es möglich sein, Verständnis zu finden für die Voraussetzungen und Annahmen, die einer Argumentation zugrundeliegen. Da es nur e i n e Logik gibt, und da die Theorie des volkswirtschaftlichen Kreislaufes es einfach nicht gestattet, mehrere Größen gleichzeitig in willkürlichem Umfange zu ändern, wäre bei einer derartigen Versachlichung der Sprache vielleicht auf die Dauer zu erreichen, daß jede vorgeschlagene Therapie in ihren wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen voll sichtbar wird. In manchen Fällen werden diese Konsequenzen sogar

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

quantifizierbar sein und daher denjenigen, die die Entscheidung zu fällen haben, die Übernahme der Verantwortung erleichtern. Auf jeden Fall müssen aber bei einer derartig wissenschaftlich fundierten Argumentation Dinge ausgesprochen werden, die sonst im Bereich der zahlreichen Vorurteile oder bewußten Unterlassungen eine Verständigung über Diagnose und Therapie in einer konkreten wirtschaftlichen Lage erschweren.

Alles das setzt freilich voraus, daß jeder Ökonom, wo immer er im öffentlichen Leben steht, sich seiner Verantwortung gegenüber der Wissenschaft bewußt und daher nicht bereit ist, selbst berechtigte eigene Interessen mit irgendeiner Pseudowissenschaft zu verteidigen.

Auf dem Hintergrund dieser allgemeinen Bemerkungen darf ich mich auf wenige Andeutungen hinsichtlich des speziellen Themas dieser Tagung beschränken.

Die Probleme der Einkommensbildung und -verteilung sind offensichtlich von so zentraler Bedeutung für eine Wissenschaft und eine Politik des Volkswohlstandes, daß dem Vorstand die Entscheidung zugunsten dieses Gegenstandes leicht gefallen ist. Es kann nicht das Anliegen der alle zwei Jahre stattfindenden Tagungen sein, Fragen von tagespolitischer Relevanz zu erörtern. Außerdem wird sicher der eingangs genannte Gesichtspunkt allgemein bejaht werden, daß das relativ schnelle Wachstum des deutschen Volkseinkommens in der Nachkriegszeit begleitet wird von einer Fülle offener Fragen etwa der funktionellen und personellen Verteilung.

Die Schwierigkeit lag vielmehr darin, in vier Referaten die wichtigsten Probleme der Einkommensbildung und -verteilung aufzuwerfen. Aus Zeitgründen mußten die Fragen der Einkommensverwendung weitgehend ausgeklammert werden. Diese Einengung schien vertretbar, zumal wenigstens über die Probleme der „Kapitalbildung und Kapitalverwendung" auf der Tagung in Salzburg 1952 diskutiert worden ist.

Professor Hans *Peter,* Tübingen, wird in seinem Referat die theoretische Grundproblematik aufrollen; Professor Wilhelm *Krelle,* St. Gallen, geht in einer mehr ökonometrischen Analyse speziell auf die Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung ein; Professor Horst *Jecht,* Münster, behandelt — ebenfalls unter Benutzung umfangreichen empirischen Materials — die Bedeutung der staatlichen Wirtschaftspolitik und besonders der Finanzpolitik für die Einkommensverteilung; Professor Heinz *Kolms,* Berlin, untersucht den Einfluß von Verbänden und sonstigen nicht-staatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung. Allen Vortragenden sei aufrichtig gedankt für die Bereitwilligkeit, sich der nicht ganz einfachen Aufgabe zu unter-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ziehen. Zugleich darf ich Professor Erich *Schneider,* Kiel, danken für die wissenschaftliche Vorbereitung dieses Kongresses.

Nun erhält eine Tagung erst ihren Charakter durch die Lebendigkeit und Tiefe der Diskussion. Wer die Geschichte des Vereins für Sozialpolitik kennt, weiß, daß diese Tradition eine große Verpflichtung bedeutet. Um für die Aussprache geeignete Voraussetzungen zu schaffen, ist neben den Generaldiskussionen im Plenum eine Erörterung von Spezialfragen der einzelnen Referate in parallel laufenden Arbeitsgemeinschaften am morgigen Nachmittag vorgesehen. Beide Formen des Gesprächs mögen dazu beitragen, die Teilnehmer zu fruchtbaren Auseinandersetzungen zusammenzuführen. Jeder, der es ernst meint mit der Deutung wirtschaftlich-sozialer Zusammenhänge in diesem Bereich und der glaubt, zur Klärung dieser Probleme im allgemeinen und in der Bundesrepublik im besonderen beitragen zu können, ist daher zur Mitwirkung aufgerufen. In diesem Sinne darf ich die Tagung für eröffnet erklären und zunächst unser Mitglied, Herrn Bundespräsidenten Professor *Heuss,* um die Liebenswürdigkeit bitten, zu uns zu sprechen.

Bundespräsident Prof. Dr. Theodor *Heuss:*

Geehrte Anwesende, meine Damen und Herren!

Die Bitte, ein paar Worte an Sie zu richten, ist für mich eine leichte Belastung geworden. Ich folge ihr mit der Ungewißheit gegenüber meiner wissenschaftlichen Legitimation; ich kann sie vielleicht aus meinem persönlichen Leben beziehen. Von den Männern, die 1872 für das kommende Jahr die Gründung des Vereins für Sozialpolitik vorbereiteten, habe ich die für die nächsten Jahrzehnte nach 1873 am wichtigsten gewordenen Gelehrten noch persönlich erlebt, zum Teil sehr von der Nähe, manchen wie Adolph *Wagner* und Gustav *Schmoller* „nur als Dozenten". Zu *Schmoller,* der ein Heilbronner Landsmann von mir gewesen ist, wollte ich ins Seminar, aber sein damaliger Assistent, *Spiethoff,* komplimentierte mich mit der vollendendsten Verbindlichkeit wieder zur Stube hinaus, als ich ihm mit der schönen Naivität eines jungen Menschen mitteilte, daß ich mit *Brentano* bereits das Thema der Doktorarbeit verabredete hätte und Material sammele (Heiterkeit). Lujo *Brentano,* der 1873 die erste Tagung mit einem sozialpolitischen Fachreferat eingeleitet hatte, wurde dann auch mein eigentlicher akademischer Lehrer und blieb den Jahren der Entfaltung der so wohlwollende als freundschaftlich-kritische Gönner. Zu dem vierten der damals jungen und später großen Gelehrten, Georg Friedrich *Knapp,* kam nach Jahrzehnten die Nähe der familiären Bindung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die eigentlich wissenschaftliche Folge bin ich diesen Männern, bin ich den anderen Lehrern, ich nenne da *Jastrow* und *Lotz,* schuldig geblieben. Manchmal schmeichle ich mir, die Studie, die ich 1914 schrieb für die Schülerfestschrift, die wir *Brentano* zum 70. Geburtstag widmeten, „Organisationsprobleme der freien Berufe", diese Arbeit könnte mit ein Anstoß gewesen sein, daß nach dem ersten Krieg der „Verein für Sozialpolitik" sich diesem, bislang ökonomisch nicht gesehenen Sozialbezirk in einer großen Enquête zugewandt habe. Die Thematik steht ja heute wieder in der Atmosphäre einer höchst schmerzensreichen Aktualität: die Spannung zwischen dem individuellen schöpferischen Beruf, der sich zum mindesten in der Luft der Freiheit für schöpferisch hält und halten muß, und im B e g i n n immer ein Wagnis auf eigene Gefahr ist, im Ausgang aber, zwischen den wohlerworbenen Rechten der anderen, zwischen den Sicherungen, Versicherungen der anderen, sie mögen bescheiden sein, doch sie sind da, vereinzelt, verloren, verlassen, schutzlos dasteht.

Der Beginn des „Vereins für Sozialpolitik" sah auch vereinzelte Lohnempfänger des individuellen Arbeitsvertrages, aber es hatten doch ein paar Jahre zuvor die Bemühungen begonnen, sie in Gruppen, in Verbänden zu sammeln. *Brentano* hatte in den 60er Jahren drüben in England die Trade Unions entdeckt, auch Max *Hirsch,* der die Genossenschaften suchen wollte, merkte etwas von Gewerkvereinen. Man soll, glaube ich, den Ausgangspunkt der Gründung nie vergessen; denn ihm war etwas wie ein humanitärer Elan beigemischt. Aber auch das bleibt nachdenkenswert: die verbandsmäßige Erörterung ökonomischer Dinge hatte in Deutschland schon vorher eingesetzt in dem sogenannten „Volkswirtschaftlichen Kongreß", der sich selber als Interpret der „englischen", der „klassischen" Lehre der Volkswirtschaft begriff. Die Auseinandersetzungen jener Zeit, Ausgang der 60er, Beginn der 70er Jahre, zum Teil sehr heftige Auseinandersetzungen, sind heute verjährt und mancher mag auch inzwischen begriffen haben, daß Adam *Smith's* die neue Wissenschaft recht eigentlich begründendes Werk „Wohlstand der Nationen" heißt und keine Anweisung für erfolgreiche individuelle Betriebsführung enthält, außerdem von einem Professor für Ethik stammte.

Im Elementaren ging es und geht es wohl heute noch, nachdem das volkhafte und gesellschaftliche Leben aus den traditionell vielfarbigen Ordnungen oder Unordnungen der Vergangenheit heraustrat — sie mögen fürstlicher oder feudaler, kirchlicher oder korporativer Art gewesen sein — in den Zustand der rationalisierten Staatlichkeit einfach darum, welchen Grad von „I n t e r v e n t i o n i s m u s", an welcher Stelle, zu welchem Ziele die in einer Befehlskraft oder doch in einem Anweisungsvermögen verfaßte Rechtsordnung zu entsenden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weiß. Darf sie es? Soll sie es? Muß sie es? Ich zögere fast, vor Ihnen diese Banalität auszusprechen: eine Wirtschaft o h n e staatlichen Interventionismus gibt es nur in Lehr- und in Thesenbüchern, die schon bei ihrem Erscheinen veraltet sind (Zustimmung). Ich sage nur ein paar ganz primitive Worte: Straßen- und Brückenbau, Wirtschaftsrecht, zu dem auch das Strafrecht des Eigentumsschutzes gehört, Zoll- und Handelspolitik, Geldschöpfung, das Dickicht der Steuerpolitik, das selbst die professionellen Wegbereiter, die Steuerberater, zum Stöhnen bringt, Diskont-Politik, auch wenn sie nicht vom Staate besorgt, aber in einem Rechtsprivileg delegiert ist. Und so fort, und so fort.

Warum mache ich Ihnen diese „Mitteilungen"? Halten Sie bitte diese Abfolge von Selbstverständlichkeiten nicht für eine wichtigtuerische Plauderei; in jedem dieser Begriffe steckt eine Frage für den Problemkreis: S t a a t u n d W i s s e n s c h a f t, staatlicher Anordnungswille, gesetzliche Anordnungs-Nötigung, vielleicht Notwendigkeit und wissenschaftlich dargetane ökonomische Rationalität, wirtschaftliche Eigengesetzlichkeit, falls es derlei gibt, — die Wissenschaft muß sie als gegeben nehmen, um sich vor subjektivem Feuilletonismus zu sichern, der mehr als einmal durch eine Nebentür in ihren Bereich eingetreten ist.

Die Dinge sind sehr komplex: Jede politische Führung tut gewiß gut daran, sich der Beobachtungsmethoden, der Rechenhaftigkeiten der Wissenschaft zu bedienen, aber: gibt es in diesem Bereich d i e Wissenschaft? Ich bin zu vorsichtig, um in die Argumentationen der Gegenwart zu greifen, auch gar nicht genug auf dem laufenden über die Entwicklung der nationalökonomischen, soziologischen Fragestellungen. Aber zu der Zeit, als ich studierte, war etwa das Zentralproblem des staatlichen Interventionismus die Stellungnahme zur Erhöhung des agrarischen Schutzzolls, seine berechenbaren Wirkungen auf den ökonomischen Gesamttrend, auf den Lebensstandard, auf Handels- und Zahlungsbilanz, die Wissenschaft aber, Adolf *Wagner, Oldenburg* usf., usf. auf der einen Seite, *Brentano, Lotz,* usf., usf. auf der anderen Seite, für, gegen die Erhöhung. Nachher ergab sich dies, daß die tatsächliche Entwicklung, weil eine Anzahl entscheidender technischer Erfindungen auf ganz anderem Gebiet zur ökonomischen Auswirkung kamen, — etwa die weltweite Motorisierung, an die so kein Mensch gedacht hatte, obwohl sie schon auf dem Wege war, Einsetzen der breiten elektrischen Kraftübertragung, die jetzt zum Zug kam, Auswertung bestimmter großer chemischer Erfindungen, kurz: aus einer ganz anderen Ecke heraus sind nachher alle Analytiker und alle Propheten vor dem Tatsachenvorgang, ich will nicht sagen desavouiert, aber überrollt worden. Das soll nun ganz gewiß keine Herabwertung oder gar Ironisierung des wissenschaftlichen Beitrags für Entscheidun-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen der ökonomischen Staatsräson oder für die Sicherung eines Bewußtseins, das sich oberhalb einer ständischen Interessenlage gesichert wissen möchte, sondern die Markierung eines Grenzgefühls bedeuten.

Es ist in den letzten Jahrzehnten und ganz gewiß nach 1945 dies ein sehr interessanter Vorgang, daß Wirtschaftsverbände der verschiedensten Natur und Zweckhaftigkeit sich „wissenschaftliche Institute" angegliedert haben. Es wird dort sicher mancherlei notwendige, wohl auch nützliche Arbeit geleistet, aber es wäre doch eigentlich ganz schön, wenn sie sich über die Methodik der Forschung verständigen möchten (Heiterkeit), — manchmal mag das ja wohl gelingen —. Denn dann wäre die Simplifikation im politischen Raum, die ja unvermeidbar ist, ganz gewiß geringer, auch ein Abschirmen leichter gegenüber eingängigen Begriffen, in die sich zumal die Deutschen so leicht verlieben, etwa heute in das Wort „dynamisch". Ich glaube fast, es ist eine Fernwirkung von *Keynes* in ihm ziemlich fremde Gebiete.

Ich bremse jetzt ab; ich will ja nicht vor diesem illustren Kreise eine früher nicht gehaltene Vorlesung nachholen. Und da ich ja nicht *Erhard,* sondern bloß *Heuss* heiße (Heiterkeit), umkreise ich jetzt nicht die aktuellen Fragen, wo die öffentliche Kontroverse, die eine politische Entscheidung einleiten mag, einleiten soll, der Durchleuchtung durch Forschung, Argument und Urteil des Wissenschaftlers einfach bedarf. Die Wechselbeziehung ist gegeben; heute wohl viel dichter als ehedem, als langehin, da das komplizierter gewordene gesellschaftliche Gefüge stärker des Gestänges von Ordnungen und Entscheidungen aus dem außerökonomischen Raum bedarf, deren Sicherheit nun nicht im Machtwillen, sondern in der Erkenntnis und im Maße gegeben ist. Fruchtbar wird dies Nebeneinander von Staat und Wissenschaft durch ein Ineinander von Freiheit und Vertrauen. (Starker anhaltender Beifall.)

Rektor der Universität Köln, Professor Dr. Hans *Kauffmann:*

Herr Bundespräsident! Herr Oberbürgermeister! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Dem zu seiner Tagung versammelten Verein für Sozialpolitik, der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, darf ich den Gruß der Universität Köln entbieten. Mit Hochachtung begegnen wir einer Gesellschaft, die für Nationalökonomen Ähnliches bedeutet hat und wieder bedeutet wie der Juristentag für Juristen oder die Versammlung der Naturwissenschaftler für diesen Gelehrtenkreis: eine freie Vereinigung von Forschenden mit Männern der Wirtschaft, der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Rang einer Akademie zukommt, die in voller Unabhängigkeit um unsere Lebensordnungen bemüht ist.

Sie blicken auf eine denkwürdige Geschichte zurück. Eine monumentale Reihe von Publikationen bezeugt Ihre Tatkraft. In der Vereinsgeschichte, wie sie von Franz *Boese* bis zu einem tragischen Abschnitt im Jahre 1936 zusammengefaßt worden ist, spiegelt sich, wie schon ausgesprochen wurde, getreu und erschöpfend die Geschichte der Sozialpolitik selbst und ihrer Probleme seit den Gründerjahren wider. Sind auch mit dem Wandel der Zeiten andere Fragen aufgekommen, die Sinnesrichtung von früher ist die gleiche geblieben. Nur der Wahrheit verschworen, auf das gemeinsame Ganze bedacht hat der Verein auch seit seiner Wiederbelebung sein Ansehen auf die Freiheit seiner Forschungen gegründet und als repräsentative Vertretung weltweite Achtung errungen. Aufgeschlossen für die Bewegungen des Lebens, dem Sittlichen verpflichtet wirkt er als sachkundiger Berater auch für gesetzgeberische Gestaltung und macht sich seit Jahrzehnten um die Allgemeinheit verdient.

Uns belebt sich heute aufs neue die Erinnerung an die Tagung des Jahres 1897, mit der der Verein zugleich sein silbernes Jubiläum beging und die er nach Köln verlegte. Ganz ausdrücklich war Köln ausersehen, weil die rheinische Metropole als Vorort des Industriegebiets akute Probleme naherückte und die ehrwürdige Bürgerstadt von traditionswegen Gegensätze zu fruchtbringendem Ausgleich hat gelangen lassen.

Ihre damalige Tagung schuf ein Forum, wo sich die Wissenschaft dem andrängenden Leben stellen mußte und die Praxis an systematischer Forschung eine Stütze fand. Im Rückblick darauf scheint mir so etwas wie ein Dankeswort der Universität Köln wohl angebracht. Damals wurde Ihre Tagung von seiten der Stadt durch den Oberbürgermeister Wilhelm *Becker* begrüßt, und in seine Worte ließ er die Erinnerung an die alte Kölner Universität und das sehnsüchtige Verlangen nach deren Wiedererstehen einfließen, womit er Gustav von Mevissens, des Handelskammerpräsidenten, Gedanken weitertrug: „In Köln fehlt die Universität; kaufmännische Einseitigkeit ist nirgends wohltuend."

Wilhelm *Becker* war es dann auch, dessen Initiative nicht einmal vier Jahre später, im Mai 1901, die Errichtung der Handelshochschule in Köln, der ersten selbständigen in Deutschland, zu verdanken war. Wer wollte ermessen, wie sehr die Tagung Ihres Vereins für Sozialpolitik 1897 die Stadt Köln und ihr damaliges Oberhaupt inspiriert und sie in der Einsicht bestärkt hat, daß Praxis und Theorie einander nicht entbehren können, Industrie, Wirtschaft und Forschung vonein-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ander leben? Gleichsam als Vorboten und Wegebahner der Handelshochschule waren Sie 1897 hier willkommen.

Seitdem ist die Handelshochschule in der von Konrad *Adenauer* ins Leben gerufenen Universität aufgegangen, besteht in dieser fort mit vielen, besorgniserregend vielen Studenten, und unsere Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, vielseitig ausgebaut wie wohl keine zweite in Deutschland, stellte und stellt tätige, einflußreiche Mitglieder Ihres Vereins und seines Vorstandes.

Ihren Studien in der Sozialpolitik und für sie ist damit ein Zugang mehr zur Jugend erschlossen worden. Im Angesicht unabsehbarer Neuerungen der Technik mit umwälzenden Konsequenzen für den Anteil der Menschen am Arbeitsgang, im Angesicht staatlicher Gebilde, die den Fortschritten von Technik und Forschung zuliebe an breitester, zielbewußter Förderung aufstrebender Jugend nicht sparen, wird der Verein für Sozialpolitik im Auge behalten wollen und müssen, was in den jungen Menschen vorgeht, die sich vielleicht einer anderen geistigen und sozialen Umwelt verbunden fühlen.

Dabei wissen wir uns auf seiten der Universität mit Ihnen in der Überzeugung einig, daß organisatorische Reformen nie ohne Ergänzung durch innerliche Menschenformung fruchtbar werden können.

Bedeutungsvoll umfängt dieser Bau diese feierliche Versammlung. Als ein Wahrzeichen und Inbegriff dieser Bürgerstadt lenkt er die Gedanken auf die Geschichte der kulturbewußten Metropole. Alt und groß bietet sie ein seltenes, Historiker verschiedener Zweige immer aufs neue bewegendes Beispiel einer reich differenzierten, aber ebenso harmonisch abgestimmten städtischen Gemeinschaft, und vorbildlich tritt mit ihr in Erscheinung, daß Wirtschaftskraft über Wohlstand hinaus schließlich der Veredelung dienstbar gemacht werden soll in Gestalt fortdauernder, bleibender Denkmäler der Pietät und der Ehrfurcht. Der genius loci und seine Atmosphäre möge Ihre Tagung befruchten. Meine aufrichtigen Wünsche für deren ersprießlichen Ertrag und für die weitere gesegnete Zukunft Ihrer Vereinigung lassen Sie mich in das Wort zusammenfassen: „Der Menschen Würde ist in Eure Hand gegeben." (Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeister der Stadt Köln Dr. Ernst *Schwering:*

Herr Bundespräsident! Herr Professor Hoffmann! Magnifizenz!
Meine Damen und Herren!

Es ist mir eine große und herzliche Freude, Sie namens der Stadt Köln, der Stadt, in der Sie tagen, begrüßen zu dürfen. Man sagt manchmal, seltene Gäste seien besonders gern gesehen. Wenn das wirklich stimmt, so können Sie sich denken, wie sehr und wie herzlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ich Sie hier willkommen heiße; denn Ihre letzte Tagung in Köln war vor 59 Jahren, (Heiterkeit) im Jahre 1897, als der Verein für Sozialpolitik sein 25jähriges Jubiläum feierte. Ich war zwar damals schon auf der Welt, aber noch ohne nähere Beziehung zur Sozialpolitik. (Heiterkeit) Dieser zwar offenbare, aber entschuldbare Mangel wurde dann später in einer ziemlich harten Zeit wettgemacht, als ich nämlich 1925 als Beigeordneter dieser Stadt das Sozialdezernat übernahm. Das war in jener Zeit, als sich eine schreckliche Epoche vorbereitete, die kurz nach dem Jahre 1925 begann: die Arbeitslosigkeit, die von Jahr zu Jahr immer groteskere Formen annahm und die in einem geradezu diametralen Gegensatz zu dem steht, was wir heute erleben.

Immerhin, um den Anschluß an Ihre Tagung im Jahre 1897 zu finden, blieb mir nichts anderes übrig, als die Protokolle Ihrer damaligen Tagung einmal anzusehen. Was mir dabei besonders auffiel, war der Glanz der Namen, der der Tagung von 1897 Rang und Gewicht gab, und ich bin in der angenehmen Lage, noch den einen oder anderen Namen nennen zu können, der noch nicht erwähnt worden ist. (Heiterkeit) Selbstverständlich war *Schmoller* dabei, der 1897 den Verein für Sozialpolitik ins Leben rief; ferner *Brentano, Bücher, Sombart, Philippovich* und andere.

Im Laufe der Jahre hat sich der Verein für Sozialpolitik der Vielfalt und der Größe der immer neuen Aufgaben entsprechend zu einer umfassenden Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft entwickelt. Seine alte Tradition hat Schritt gehalten mit den Forderungen der Zeit, mit der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Entwicklung.

So stellt sich dieser Kongreß dar als ein Forum der Wirtschaftswissenschaft, das heute ebenso wie damals Ruf und Bedeutung hat.

Eine zweite Verbindungslinie zwischen den beiden Tagungen in Köln fand ich in der Idee und der geistigen Zielsetzung, die seit der Gründung des Vereins für Sozialpolitik unverändert lebendig geblieben sind. Professor *Schmoller* hat in seiner Ansprache zur Eröffnung der Kölner Tagung von 1897 die Mitglieder des Vereins „Gelehrte und humane Praktiker" genannt. Diese glückliche Verbindung von Wissenschaft und Praxis, die den Verein für Sozialpolitik ausgezeichnet hat, bestimmt auch heute sein Wirken auf der breiteren Grundlage. Nicht zuletzt scheint mir die Betonung des Humanen noch an Gewicht und Aktualität gewonnen zu haben. Viele der sozialen Fragen, die Anlaß zur Gründung des Vereins für Sozialpolitik gaben, sind gelöst oder durch die Entwicklung der Zeit überholt. Dafür sind wir aber vor ganz neue Probleme gestellt, mit denen auch die Stellung des Menschen in der modernen Wirtschaft stark in den Vordergrund

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

getreten ist. Allein das Wort „Automation" weist auf den Kern und die Fülle neuer Aufgaben hin, die es zu lösen gilt.

Eine dritte Parallele zu der Tagung vor 59 Jahren ergibt sich daraus, daß das wissenschaftliche Programm dieser Tagung wiederum höchst aktuellen Fragen der Wirtschaft gewidmet ist. Es heißt immer wieder: Probleme der Einkommensbildung und der Einkommensverteilung; das kehrt in fast allen Themen wieder. Die Relation zur Wirtschaftspolitik und ihrer Problematik ergibt sich auch hier von selbst, wie auch die aktuellen Fragen der Preisbildung bei diesen Themen anklingen.

Wenn vorhin der Herr Präsident in seiner Einführungsansprache mit Nachdruck darauf hinwies, daß es bei dieser Tagung nicht um Einkommens v e r w e n d u n g gehe, so wird er es doch hoffentlich vom Standpunkt der Wissenschaft dem einfachen Laien nicht übelnehmen, wenn er bei Einkommens v e r t e i l u n g auch an die Einkommens-v e r w e n d u n g denkt und sich gelegentlich in stillen Stunden darüber klar wird, wie sehr doch zwei starke Partner in Bonn für den Bund und Düsseldorf für dieses Land die Regelung der Einkommens-v e r w e n d u n g erleichtern (Heiterkeit).

Noch ein weiterer Vergleich ist mir bei der Durchsicht der Protokolle aufgekommen. Er bezieht sich auf den Ort dieser Tagung, auf unsere Stadt Köln. 1897 wies Professor Dr. *Schmoller* darauf hin, daß man die Jubiläumstagung nicht mit dem Gründungsort des Vereins, nämlich Eisenach, verbunden, sondern, wie er gesagt hat, sich entschlossen habe — nun kommt es wörtlich —, „nach Köln, in diese industriereiche, aufblühende Stadt zu gehen, weil wir glaubten, hier mehr und besser zu wirken, weil wir die Berührung mit den Männern des praktischen Lebens stets suchen". Wie weisheitsvoll! Und Professor Dr. *Brentano* nannte Köln die „Verkörperung der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung, die edelste Frucht dieser wirtschaftlichen Blüte, die Metropole großen wirtschaftlichen Schaffens". Ich zweifle nicht daran, daß das vor 59 Jahren den beteiligten Herren dieser Stadt ebenso wohlgetan hat wie uns heute. (Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, diese Worte sind in unseren Tagen in einem ganz andern Sinn wieder aktuell geworden: unsere Stadt, die sozusagen aus dem Nichts wiedererstanden ist, darf als gültiges Beispiel für den wirtschaftlichen Aufschwung gelten, den unser Land nach dem Zusammenbruch genommen hat. Die Erwähnung der Stadt Eisenach auf der anderen Seite zeigt aber zugleich die tragische Problematik, die uns als Erbe einer in jeder Beziehung unseligen Zeit wirtschaftlich und sozial als drückende und bedrückende Last verblieben ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der wirtschaftliche Aufschwung kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß unserer Zeit mehr und größere Aufgaben gestellt sind, als wir jemals zu lösen hatten. Hierbei haben aber gerade die wirtschaftlichen und sozialen Fragen an Dringlichkeit und Gewicht nur gewonnen.

Der Verein für Sozialpolitik ist in seiner langen Geschichte den jeweiligen Problemen, den aktuellen Problemen der Zeit nicht aus dem Wege gegangen. Er ist mit dem Rüstzeug der Wissenschaft auch kämpferisch für seine Erkenntnisse und Ziele eingetreten. Das Wort, mit dem Professor *Schmoller* das Wirken des Vereins für Sozialpolitik auf der damaligen Kölner Tagung kennzeichnete, ist von neuem gültig geworden. Es heißt: „Wir wollen mit der Leuchte der Wissenschaft der Praxis auf ihren Wegen vorangehen, in den Kämpfen des Tages, der Interessen und der Leidenschaften der Stimme der Billigkeit, der Vernunft, der Wissenschaft Gehör verschaffen." Ich wiederhole diesen auf der Tagung von 1897 gesprochenen Satz, weil ich kein besseres Geleitwort wüßte, das ich Ihrer heutigen Tagung voranstellen könnte. Möge es auch das Motto bleiben für ihre weitere Tätigkeit in der Zukunft und die alte Tradition des Vereins für Sozialpolitik weiterführen!

In diesem Sinne, meine verehrten Damen und Herren, heiße ich Sie noch einmal sehr herzlich in diesem Köln willkommen mit den besten Wünschen für den Erfolg Ihrer Tagung. Mögen von diesem Forum der deutschen Wirtschaftswissenschaft Anregungen und Auswirkungen ausgehen, die dem friedlichen Aufbau und der weiteren erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Möge aber auch der Name unserer Stadt verbunden bleiben mit der Geschichte und dem Wirken Ihrer Gesellschaft! (Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Professor Dr. Walther G. *Hoffmann* (Münster):

Meine Damen und Herren!

Bevor wir uns dem ersten Referat der Tagung zuwenden, darf ich dem Herrn Bundespräsidenten, Seiner Magnifizenz und dem Herrn Oberbürgermeister den Dank aller Anwesenden für die liebenswürdigen Worte der Begrüßung übermitteln. Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, haben dank Ihrer engen Beziehung zu führenden Nationalökonomen und zum Gegenstand unseres Faches die großen Themen wirtschafts- und sozialpolitischer Gestaltung anklingen und damit zugleich ein Stück Geschichte des Vereins für Sozialpolitik lebendig werden lassen. Dafür Ihnen zu danken, ist uns ein besonderes Anliegen. Sie, verehrte Magnifizenz, haben dem in unserem Verein sich seit mehreren Generationen zusammenfindenden Gelehr-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tenkreis eine schöne Würdigung zuteil werden lassen, die wir dankbar entgegen nehmen dürfen. Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, haben nicht nur der Begrüßung den Charme des Kölner Humors mitgegeben, sondern auch zugleich durch Quellenstudium in glücklichster Weise die Beziehungen unserer Gesellschaft zu Ihrer Stadt aufgedeckt, so daß wir um so dankbarer uns auf Ihre Gastfreundschaft in diesen Tagen besinnen wollen.

Doch nunmehr darf ich zum fachlichen Gespräch überleiten und Herrn Kollegen Erwin *von Beckerath* bitten, das Wort zu seinem Referat: Politik und Wirtschaft: ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich? zu ergreifen.

Politik und Wirtschaft: ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich?

Von Prof. Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn):

Herr Vorsitzer, meine Damen und Herren!

Das Thema, über das ich heute zu Ihnen spreche, berührt sehr verschiedene Wissensgebiete. Es hat es ebenso mit Politik und Philosophie wie mit Soziologie und Ökonomik zu tun. Ich möchte versuchen, die kühne Frage zu beantworten: „Ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich?" — oder, bescheidener, die Elemente klar zu legen, die als unerläßlich zu ihrer Beantwortung erscheinen.

Die grundsätzliche Behandlung des Gegenstandes bedeutet zugleich einen Verzicht. Sie verbietet es, die reichen Erfahrungen, die in ökonomisch fortgeschrittenen Ländern zu diesem Thema gesammelt wurden, mehr als bloß anzudeuten. Unsere Ausführungen zeichnen sich auf einem Erfahrungshintergrunde ab, der meist aus Daten zur Wirtschaftspolitik Deutschlands gebildet wird. Wenn ich mich gelegentlich aphoristisch ausdrücke, so liegt dies an dem Ungleichgewicht zwischen der zur Verfügung stehenden Zeit und der Dimension eines Themas, welches sich so tief in die Zusammenhänge von Wissenschaft und Leben erstreckt.

I.

Es ist nicht leicht, den Sinn des Wortes Politik zu bestimmen. Max *Weber* legt den Akzent auf „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung" . . .: das gilt nicht nur für das Verhältnis der Staaten untereinander, auch innerhalb des Staates für die „Menschengruppen" — Verbände und Parteien —, „die er umschließt"[1].

[1] *Weber*, Max, Staatssoziologie, mit einer Einführung und Erläuterungen, herausgegeben von Johannes Winkelmann, Berlin 1956, S. 27.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In der Verbindung mit Worten wie Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft gewinnt die Vokabel Politik einen anderen Sinn. Hier bedeutet Politik „bewußte Gestaltung"; ihr Träger ist der Staat, dessen politische Physiognomie, wie wir aus Max *Webers* Definition erfahren, durch das „Machtstreben" der Parteien und Verbände geformt wird. Der Gegensatz ist nicht so groß, wie es den Anschein hat. Parteien und Parteienkoalitionen können sich durchaus mit den Zielen einer gestaltenden Wirtschaftspolitik einverstanden erklären, ohne damit ihrem Machtstreben zu entsagen. Das Interesse der Wählermassen, welche durch die Parteien vertreten werden, richtet sich ganz deutlich auf einen stabilen Ablauf wirtschaftlichen Geschehens — falls sie es nicht mit *Lenins* Inflationsthese halten und die „desorganisierende Wirkung" einer Geldentwertung herbeiwünschen[2]. Gleichwohl lassen sich Situationen denken, in denen das Machtstreben der Parteien, welches die Verstärkung der Zahl ihrer Wähler verfolgen muß, mit der immanenten Ratio einer Wirtschaftspolitik in Konflikt gerät. Auch das gehört zur Thematik meines Vortrags.

Die Bezeichnung „rational" ist ebensowenig eindeutig wie das Wort Politik. Für die Aufklärung war die Ratio, deren Gesetze sich in jedem Menschen vorfinden, die sichere Führerin zu einer neuen und besseren Welt, deren Inhalte unsere Vernunft zu erkennen und zu fixieren vermag. Diesen Anspruch kann die Vernunft längst nicht mehr vertreten: ebensowenig wie es irgendeine „wissenschaftliche Methode" gibt, deren Befolgung im Stile *Comtes* die Erreichung einer höheren Stufe menschlicher Entwicklung garantiert. Wiederum Max *Weber* folgend, identifiziere ich die Worte „rational" und „zweckrational" und verbinde in Gedanken das zweite Epitheton mit einem Handeln, welches solche empirisch erprobten Mittel gebraucht, die das gesteckte Ziel, auf dessen Herkunft wir später noch eingehen werden, so genau wie möglich erreichen. Dieses „zweckadäquate" Verhalten deckt sich sachlich genau mit *Paretos* logischen Handlungen, deren Eigenart darin besteht, daß sie nicht nur in der (trügerischen) Vorstellung der Individuen gewisse Ziele erreichen wollen, vielmehr diese nach gesicherter Erfahrung auch tatsächlich erreichen. Sollten sich außer den gewollten Zielen „Nebenfolgen" ergeben, so wird dieser Umstand zu einer sorgfältigen Prüfung der gewählten Mittel und vielleicht zu einer Ersetzung durch andere führen.

Die Wirtschaftspolitik als ein System von Mitteln, die sinnvoll aufeinander und auf gegebene Ziele abgestimmt werden: diese Definition enthält eine Grundforderung, ohne die wir uns eine „rationale" Wirtschaftspolitik nicht vorstellen können.

---

[2] *Schumpeter*, Joseph A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1946, S. 361.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Macchiavellis genialer Verstand hat klar gesehen, daß für alles politische Handeln drei Momente wesentlich sind: die Situation, in der es wurzelt, die Ziele, die es sich setzt, und die Mittel, welche den Zwecken „adäquat" sein müssen. Die Unerbittlichkeit, womit er bei der Anwendung des Schemas vorging, hat seinem Ruf in der Nachwelt geschadet.

Auch jedes wirtschaftspolitische Handeln geht von einer konkreten Situation aus, die in allen Teilen durchforscht sein muß. Wird sie nur unzulänglich ausgeleuchtet, so fehlt die feste Basis, auf welche das wirtschaftspolitische Handeln aufbaut. Das Gleiche gilt von den Instrumenten. Greift man zu einem geld- und finanzpolitischen Mittel einer Diskonterhöhung, einer Senkung der Einkommensteuer, die verschieden nuanciert sein kann —, so hält man Instrumente in der Hand, die ihrer Natur nach vielfältig wirken und nach allen Richtungen durchanalysiert werden wollen. Geschieht es nicht, so verschwimmt die reale Beziehung zwischen Mitteln, Zielen und Nebenfolgen, auf deren Kenntnis es entscheidend ankommt, in einem undurchdringlichen Nebel.

Hier liegen weite Felder für sozialökonomische Forschung. Die älteren Bände des Vereins für Sozialpolitik sind angefüllt mit Enquêten, welche mit einfachen deskriptiven und statistischen Mitteln durchgeführt wurden. Die Möglichkeiten einer exakten Situations- und Instrumenten-Analyse, besonders die Formen einer theoretisch induzierten Statistik, sind inzwischen ungemein verfeinert worden. Davon soll noch die Rede sein.

Schon an diesem Punkte, gleichsam noch im Vorfelde unserer Betrachtung, zeigt sich die ganze Schwierigkeit des Gegenstandes, welche unserm Thema zu Grunde liegt: Ist die klärende Analyse der Wissenschaft, wie sie an der Situation und den Methoden einsetzen sollte, politisch immer erwünscht?

Die Charakteristik der ökonomischen Situation und nicht minder der wirtschaftspolitischen Instrumente bildet selber das Kampffeld organisierter wirtschaftlicher und politischer Interessen. An der Art, wie man die Ausgangslage sieht, hängt die konkrete Vorstellung, welche die Ziele formt, ebenso wie die Auswahl der passenden Instrumente. Die Beziehungen sind sehr komplex. Verstößt der Einsatz gewisser Mittel — einer Diskont- oder Steuererhöhung — gegen massive Interessen, so liegt es nahe, die Ausgangslage, etwa eine Überspannung der monetären Nachfrage, einfach zu leugnen: mag sie noch so klar aus den statistischen Ziffern hervorleuchten. Kommt es zur öffentlichen Besprechung der Mittel, so verlagern sich die Interessengegensätze von der Situationsdiagnose zur Kritik der Instrumente, und es ist nicht schwer, hinter dem Kontrast vorgeschobener

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gründe die reale Verteilung der Interessen in der Gesellschaft zu erkennen. Daß der Mensch seine Wünsche, Neigungen und Interessen mit „logischen Ableitungen", also mit scheinbar objektiven Argumenten, verkleidet, gehört nach *Pareto* zu seinen „Lieblingsbeschäftigungen"[3] und vermag den Erfahrenen kaum noch zu täuschen.

II.

Darf sich die Wissenschaft mit der Aufgabe, wirtschaftspolitische Mittel aufeinander und auf gegebene Ziele abzustimmen, zufriedengeben? Die erregendste Frage im Bereiche der Wirtschaftspolitik ist unstreitig die nach den Zielen: den Werten, an welchen sie ihre Maßnahmen jeweils ausrichtet. Dekouvriert man, wie *Pareto*, der so entschiedene Anti-Platoniker, es getan hat, diese Werte als „gesellschaftlich anwendbare Symbole und Imperative"[4], die ihrerseits auf gewisse nicht weiter auflösbare psychische Konstanten zurückgehen, so verlieren sie jede ethisch verbindliche Kraft. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik wäre dann keine andere, als zweckadäquate Mittel für die „Wunschbilder" derjenigen Schichten bereitzustellen, die sich in einem soziologisch deutbaren Wechsel im Genusse der Herrschaft ablösen.

Mit einer solchen Interpretation begibt sich die rationale Wirtschaftspolitik auf einen gefährlichen Weg. Wenn die Wunschbilder, wie es in einer nicht weit zurückliegenden Vergangenheit der Fall war, extravagant und absurd sind, so müßte die Wirtschaftspolitik kritiklos die passenden Instrumente liefern. Aber die Mitverantwortung für das Geschehene wird sie dann auch zu tragen haben.

Lehnt man die Vorstellung ab, die Menschheitswerte ließen sich auf psychische „Residuen" reduzieren, so wie der Chemiker bei seiner Forschung auf die Elemente zurückgeht, dann erhebt sich die Frage, woher jene Werte kommen, welche die Wirtschaftspolitik als die für sie maßgebenden gelten lassen soll. Trotz aller Differenzierung im einzelnen gibt es ein einheitliches europäisches Kulturbewußtsein, welches durch die Anerkennung gemeinsamer Werte konstituiert wird. Wäre es anders, so dürfte man das Wort von der europäischen Einheit nicht in den Mund nehmen; die Integration hinge in der Luft, wenn ihr Sinn nur im Ökonomischen läge. Den Gehalt der gemeinsamen Werte gilt es wissenschaftlich auszuschöpfen: zu zeigen, wie sie sich innerhalb unseres dynamischen Kulturbewußtseins umformen und differenzieren und — mit Nicolai *Hartmann* zu reden[5] — immer neue „Ausschnitte" aus der „idealen Ebene der Werte" offen legen.

[3] *Pareto*, Vilfredo, Traité de Sociologie Générale, Vol. I, § 180, Paris, 1932.
[4] *Brinkmann*, Carl, Vilfredo Pareto, Allgemeine Soziologie, ausgewählt, eingeleitet und übersetzt, S. 3, Tübingen 1955.
[5] *Hartmann*, Nicolai, Ethik, Berlin 1949, S. 49.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die rationale Wirtschaftspolitik hat es letzten Endes mit Werten wie persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu tun, die so sichtbar am Rande ihres Horizontes aufleuchten. *Plato* hat in einem seiner Dialoge gezeigt, daß alle Ziele, die auf den mittleren und unteren Ebenen liegen, im Grunde selber nur Mittel sind, um die höchsten Ziele zu erreichen; jene untergeordneten Ziele sind in *Platos* Sprache lediglich „Abbilder" der letzten Werte, zu deren Verwirklichung sie eingesetzt werden[6].

Die Wirtschaftspolitik hat es meist mit abgeleiteten Werten zu tun, die ihre Legitimation der höchsten Wertebene entlehnen. Diese Werte erhalten schärfere Konturen, wenn wir in unserer Sprache Formulierungen wie: stetig fortschreitende Entwicklung der Wirtschaft, freie Initiative, optimale Beschäftigung, leistungsgerechte Entlohnung gebrauchen. Es ist falsch zu glauben, es ließen sich Forderungen aus dem schlecht definierten „Wesen" der Wirtschaft ableiten. Die Vergrößerung des Sozialprodukts hat keinen Sinn, wenn die Vorstellung einer gerechten Verteilung fehlt oder die Stabilität des Geldwertes verloren geht, wodurch sich eine Hauptquelle sozialer Ungerechtigkeit auftut.

Diese Betrachtung bildet einen integrierenden Bestandteil unseres Themas. Sind die Ziele der Wirtschaftspolitik gleichsam Projektionen aus einer höheren Wertebene, die innerhalb einer umfassenden geistigen Konzeption realisiert werden wollen, so gibt es eine klar ausgerichtete, in sich geschlossene Wirtschaftspolitik, deren Instrumente auf jenes soziale und ökonomische „Leitmotiv" gleichsam abgestimmt werden.

Hier entsteht die eingangs angedeutete Möglichkeit, daß jenes Machtstreben der Parteien mit den gestaltenden Kräften der Wirtschaftspolitik in Konflikt gerät. Eine starke Tendenz unserer Zeit zielt allenthalben dahin, früher feste Bestandteile einer Ordnung des öffentlichen Lebens, etwa das Wahlrecht, von seiner ursprünglichen Aufgabe zu lösen und zu einem Instrument parteipolitischen Machtstrebens zu machen. Der Zug der Politik, sich alle Lebensbereiche zu unterwerfen, sie ihren eigentlichen Zwecken zu „entfremden", findet im totalen Staat seine volle Entfaltung; dagegen entspricht es der liberalen Tradition Europas, die relative Autonomie der Zweckbereiche zu beachten: zu ihnen gehört auch die Wirtschaftspolitik. Betrachtet man die Stabilisierung des ökonomischen Ablaufs als ein Ziel der Wirtschaftspolitik, so ist es natürlich falsch, in Zeiten konjunktureller Hochspannung aus taktischen Gründen die Steuern zu ermäßigen oder die Masseneinkommen durch erhöhte Ausgaben an-

[6] Lysis 219 E — 220 C.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zuheben. Die besonders dem Verhältniswahlsystem immanente Gefahr, die Gesetzgebungsarbeit schon direkt nach Beginn einer Legislaturperiode durch kommende Wahlen beeinflussen zu lassen, verstärkt sich zum Nachteil einer rationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik in dem Maße, wie die Parlamentswahlen näherrücken.

Der Wegfall des Goldmechanismus, die wachsende Beanspruchung des Sozialprodukts durch die öffentlichen Finanzen haben mit der Zeit den Charakter der Wirtschaftspolitik wesentlich verändert; die Auswirkung von Fehlern wird um so größer, je differenzierter der Mitteleinsatz ist, welcher der Wirtschaftspolitik zu Gebote steht.

III.

Vergleicht man die Wirtschaftspolitik von heute mit dem Charakter, den sie vor einem halben Jahrhundert hatte, so wird deutlich, daß der Unterschied, den wir konstatieren, vollkommen den tief greifenden Wandlungen entspricht, die das technische, wirtschaftliche und soziale Leben inzwischen durchmachte.

Vor Beginn des ersten Weltkrieges wurde das System einer wettbewerblichen Marktwirtschaft von einem Teil der Theorie kritisiert, vom Marxismus verworfen, aber seine Existenz war in der Praxis weitgehend gesichert, wenn auch das Vordringen der Kartelle den Bestand gefährdete. Die Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik ließen sich damals in Deutschland auf einen kurzen Nenner bringen. Zur Sicherung des Wirtschaftssystems selber geschah ebensowenig wie zur Beeinflussung des ökonomischen Ablaufs. Die politisch gestaltenden Kräfte konzentrierten sich auf institutionelle Maßnahmen der sozialen Strukturpolitik: mochte es sich um die Existenzsicherung der Arbeiter, ihr Verhältnis zu den Unternehmern, um die Verbesserung der Chancen des Mittelstandes oder um die Erhaltung und Verbreiterung des ländlichen Grundbesitzes handeln. Die imponierende Tätigkeit des Vereins für Sozialpolitik lag vorwiegend auf der gleichen Ebene; sie griff später auf methodologische und theoretische Bereiche über. Probleme, welche das Wirtschaftssystem als solches oder den ökonomischen Ablauf betrafen, wurden nicht gestellt.

Vorsichtig wägend ging die Wirtschaftspolitik jener Tage an ihre eben skizzierten Aufgaben heran; oft dauerte es Jahre, ehe die Lösungen reiften. Langfristige Maßnahmen der Zollpolitik veränderten Stärke und Richtung der Güterströme; ihr einkommenspolitischer Aspekt bildete den Streitgegenstand zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern. Die relativ flexiblen Diskontsätze der alten Reichsbank, welche die internationalen Güter- und Kapitalströme beeinfluß-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten, hatten den Sinn, die Goldreserve zu schützen; hinter der Währungspolitik trat die Rücksicht auf den inneren Geldmarkt erkennbar zurück.

Zahl, Art und Wirkungsgrad der wirtschaftspolitischen Instrumente haben sich inzwischen vervielfacht. Für die Bundesrepublik ergab sich nach der Währungsreform die Notwendigkeit, die planwirtschaftlichen Mittel der Kriegszeit gemäß dem Prinzip der Wettbewerbswirtschaft nach Möglichkeit abzubauen und den Knappheitspreisen die Steuerung des ökonomischen Prozesses zu überlassen, soweit dies innerhalb einer modernen Volkswirtschaft noch möglich ist. Solche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, welche Einzelbetriebe und Haushalte gleichsam individuell ansprechen, können die ganze Skala vom direkten Befehl bis zur temperierten Einflußnahme durchlaufen, die den Subjekten die Freiheit letzter Entscheidung beläßt. Deutschland hat Maßnahmen der Steuerpolitik eingesetzt, welche Investition und Sparen förderten und die Kapitalströme zu kanalisieren suchten. Die Mittel waren erfolgreich im Sinne der gewollten Ziele; aber sie wirkten ungleichmäßig auf die Vermögensbildung und belasteten teilweise die Kapitalmarktpolitik in verhängnisvoll nachwirkender Weise.

Die gedanklichen Keime zu einer Finanzpolitik, welche sich ihrer sozialen und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten bewußt ist, liegen in dem Werke Adolph *Wagners*. Seine lange umstrittene These, wonach die Steuer- und Ausgabenpolitik zu einer ex post erfolgenden Umverteilung der Einkommen verwendet, also der Gesellschaftspolitik eingefügt werden solle, ließ in dem Moment, wo sie ausgesprochen wurde, die Konturen einer künftigen Entwicklung erahnen. *Wagners* Prognose über das ständige Ansteigen staatlicher Ausgaben — einer der wenigen Fälle, in denen ein Gelehrter des Faches eine entfernte Zukunft richtig vorausgesagt hat — enthielt insofern die Notwendigkeit einer sozial und wirtschaftlich gelenkten Finanzpolitik, als sie die wachsende Funktion des Staates bei der Umleitung des Sozialprodukts sichtbar machte.

Die Möglichkeiten, welche in der Höhe, Differenzierung und zeitlichen Verteilung der öffentlichen Ausgaben sowie in der Auswahl der Steuern, ihrer Anlage und systematischen Verknüpfung liegen, ergeben gemeinsam mit den modernen Methoden der Kreditpolitik ein eindrucksvolles Instrumentarium zur Stabilisierung des ökonomischen Ablaufs: seine Handhabung erweist sich als eine theoretisch schwierige Aufgabe, welche durch mannigfache politische Gewichte belastet wird. Es ist durchaus denkbar, daß die Verzögerung in der politisch-parlamentarischen Aktion, welche dem Einsatz finanzpoli-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tischer Mittel vorangeht, in einer zugespitzten Lage dazu nötigt, Last und Verantwortung des Handelns der Notenbank zuzuschieben, da sie — ein wertvolles Erbstück des Liberalismus — ihre Entschlüsse in politischer Unabhängigkeit zu fassen vermag.

Die enorme Vermehrung und Differenzierung der Instrumente, welche der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehen, sowie das Maß der damit verbundenen Wirkungen erscheint manchen geradezu als eine Fehlleistung der Geschichte, als ein gefahrvoller Irrweg, von dem man so rasch wie möglich wieder abkommen müsse.

Was Krieg und Krisen, was Not und Unverstand zu einer solchen Entwicklung beigetragen haben: vor allem die Flucht der Staaten in die Autarkie-Bewegung der dreißiger Jahre —, das alles ist viel zu bekannt, um es hier zu wiederholen. Aber die Psyche der Völker hat sich inzwischen verändert, die Idee der sozialen Gerechtigkeit entfaltet sich in neuen Formen: Ziele wie Stabilisierung des Ablaufs, der Beschäftigung und des Geldwertes sind zu Leitbildern in der Vorstellungswelt der Völker geworden; starke Organisationen des sozialen und parlamentarischen Lebens stellen ihren politischen Einfluß sicher. Nur durch den Ausbau des Marktmechanismus, so wichtig er ist, lassen sich diese Ziele nicht erreichen. Sollen sie optimal kombiniert werden, so muß die Wirtschaftspolitik von den vielfältigen, in ihrem Zusammenwirken sorgsam zu berechnenden, politisch oft schwer beweglichen Instrumenten Gebrauch machen. Das Maß an Verantwortung, welches die Wirtschaftspolitik auf sich nehmen muß, dürfte heute größer sein, als es je zuvor gewesen ist.

IV.

An diesem Punkte, wo wir die Verantwortung der Wirtschaftspolitik berühren, entsteht in der Konsequenz unseres Themas die Frage, welchen Beitrag sie bei dem Versuche, ihre Aufgaben rational zu lösen, von der Wirtschaftstheorie heute zu erwarten hat.

Der Vorwurf, den wir den Interessenten in Politik und Wirtschaft machten, ihren Wünschen und Neigungen den Mantel von logischen Ableitungen umzuhängen, trifft auch die Wissenschaft selber. Sie hat sich damit auseinanderzusetzen. Es handelt sich um die Möglichkeit objektiver Erkenntnis.

Seitdem *Schopenhauer* die Beeinträchtigung intellektueller Tätigkeit durch den übermächtigen Willen behauptet, sein „tiefes Schweigen" zur Bedingung einer „objektiven Auffassung der Welt" gemacht hat; seitdem die klassische Theorie Englands von *Marx* auf die Interessenlage ihrer Verfechter reduziert wurde, ist diese Frage in National-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ökonomie und Soziologie nicht mehr zur Ruhe gekommen, obwohl sie natürlich auch andere Wissenschaften angeht.

Das wissenssoziologische Dilemma, dem „Ideologieverdacht" gegenüber die Möglichkeit „echten" Wissens zu retten, führte Karl *Mannheim* zu der geistreichen Konstruktion einer „freischwebenden Intelligenzschicht", welche das „aktivistische Element", das allem Suchen nach Erkenntnis innewohnt, „kontrollierbar" macht und so überwindet. Für *Schumpeter,* der von der Fähigkeit des Intellektuellen zur Objektivität gar nichts hielt, aber noch in den Notizen seines letzten, nachgelassenen Werkes gegen den Ideologie-Einwurf erbittert ankämpfte, vollzieht sich die Entwicklung unseres Fachs zur Wissenschaft im Zeichen seiner „tooled knowledge", welche fortschreitend immer vollkommenere Werkzeuge des Erkennens entdeckt und verwendet: in dieser Grundfrage, wie auch in anderen Teilen seines Werkes, *Pareto* und seiner positivistischen Wissenslehre nahestehend, welche ihrerseits nur die rationalisierte Erfahrung als gültiges Erkenntnismittel gelten ließ.

Man findet die Gefahr einer Verfälschung wissenschaftlicher Wahrheit durch Wünsche und Interessen sowie die Möglichkeit, sich ihrer zu erwehren, in unserer Literatur bis in die Gegenwart hinein häufig behandelt. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Versuche, dieses Dilemma zu lösen, die ethische Forderung nach „Selbstbesinnung", „Selbstkontrolle" — gegebenenfalls durch die Benutzung möglichst exakter, aber anspruchsvoller Werkzeuge — und nach einer ganz auf „die Erkenntnis tatsächlicher Zusammenhänge" eingestellten „Sachlichkeit", wie sie schon den machtvollen Grundakkord von Max *Webers* berühmtem Vortrage über „Wissenschaft als Beruf" gebildet hatte.

Man kann das Problem seines ethischen Charakters nicht entkleiden. Eine andere Frage ist es, ob unsere Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten, die man innerhalb des raschen Wechsels altgewohnter Perspektiven für ihre Entfaltung als besonders fruchtbar ansieht, die Fähigkeit gewonnen hat, zu der rationalen Gestaltung der Wirtschaftspolitik entscheidend beizutragen.

Moderne Naturwissenschaftler haben den Unterschied zwischen ihrer Disziplin und den Geisteswissenschaften, denen wir wie jede Wissenschaft vom Menschen auch die unsere zurechnen, so umschrieben, daß die Naturforscher ein „faktisches Wissen" kontinuierlich „akkumulieren", wogegen die Geisteswissenschaftler dieses stetige Fortschreiten von Ergebnis zu Ergebnis, wobei eine Generation auf den Resultaten der vorangegangenen weiterbaut, in ihren Wissens-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gebieten nicht kennen[7]. Max *Weber* spricht irgendwo in seinen Werken von jenen Wissenschaften, „denen eine ewige Jugendlichkeit beschieden" — wozu er offenbar die unsere rechnet —, welchen „der Fluß der Kultur stets neue Problemstellungen zuführt"[8]. Das ist gewiß richtig; die soziale und wirtschaftliche Welt zeigt immer neue Ziele und Möglichkeiten, mit ihnen neue Probleme; gleichwohl gibt es gerade in den letzten Dezennien in unserem Fache ständig sich verbessernde Methoden, nicht zuletzt durch den Einbau der mathematischen Logik, und demgemäß bedeutend verfeinerte Einsichten: auf den Gebieten der Kosten-, Preis- und Marktformenlehre, der Außenhandelstheorie, der Geld- und Kreditlehre, welche in der Wissenschaft weitervererbt werden. Hat *Schumpeter* Unrecht, wenn er sich auf die moderne Preis-Problematik beziehend, den anschaulichen Zweifel äußert, ob ein zeitlich nicht weit zurückliegender Autor von dem Range eines John Stuart *Mill* die einschlägigen Partien in den Büchern von *Hicks* und *Samuelson* zu verstehen in der Lage wäre? Bei allem Skeptizismus, den wir gegen die Verwendung des Wortes „Fortschritt" mit Recht in uns tragen: er wird sich für die nationalökonomische Theorie nicht leugnen lassen. Wenn *Pareto* in seiner sarkastischen Weise vor rund 40 Jahren unsere Wissenschaft zum Teil noch als eine „branche de la littérature" bezeichnete[9], so dürfte sie diesen Charakter viel weiter als es damals der Fall war, abgestreift haben.

Untersucht man modernes theoretisches Denken in seiner Eigenschaft, für die wirtschaftspolitische Praxis fruchtbar zu werden, so zeigen sich große Gebiete, wo die Kontakte zwischen Denken und Handeln sich gleichsam mit Händen greifen lassen. Vielleicht ist die Ausrichtung auf die Praxis der hervorstechende Zug im gegenwärtigen Trend unserer Wissenschaft.

Zwischen den beiden Weltkriegen fehlte die Orientierung der Wirtschaftspolitik an einem logisch in sich geschlossenen Wirtschaftssystem. Mit der Ordnungsidee, die Walter *Eucken* noch während des Krieges konzipierte, tauchten Zusammenhänge auf, die lange unbeachtet geblieben waren. Sie hatten wirtschaftspolitisch eine große Bedeutung. Der Umstand, daß es innerhalb einer Ordnung kein partikulares Geschehen gibt, vielmehr alles, was sich ereignet, selbst beeinflußt ist und seinerseits wiederum auf anderes einwirkt: diese den Theoretikern wohl bekannte Tatsache der „Interdependenz" erhielt in

---

[7] *Hartner*, Paul, Humanismus und technische Präzision (Wissenschaft und Wirtschaft, S. 146 f.), Frankfurt a. M., 1956.

[8] Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951, S. 206.

[9] Traité de Sociologie Générale, § 1415.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Euckens Ordnungsidee einen hohen Grad geistiger Anschaulichkeit. Die Konsequenz für die Wirtschaftspolitik war leicht zu ziehen: mit der Interdependenz der ökonomischen Phänomene mußte eine Zusammenordnung, eine Koordination der wirtschaftspolitischen Maßnahmen einhergehen, welche angesichts der nur historisch zu erklärenden Vielzahl der Instanzen, die sich in einem modernen Staate mit der Wirtschaftspolitik befassen, schwer zu erreichen und — jedenfalls in der Bundesrepublik — noch längst nicht erreicht ist. Der Ordnungsgedanke hat für die Wirtschaftspolitik noch eine zweite Folge, die wir früher schon angedeutet haben. Wenn die Entscheidung über das Sozial- und Wirtschaftssystem selber gefällt ist, dann wird jede Maßnahme auf sie abgestimmt, mit ihr „kompatibel" sein müssen. Eine Maßnahme auf ihre Kompatibilität hin zu prüfen, ist eine spezifisch theoretische Aufgabe. Die Theorie hat jene analytischen Methoden entwickelt, welche Wirkungen und Nebenwirkungen einer Maßnahme durchsichtig machen; von der Verwendung dieser Methoden hängt es ab, wie im Einzelfalle das Urteil ausfällt.

Im Frühjahr 1954 kamen aus der Mitte des Bundestages Anträge, welche der Landwirtschaft eine Sicherung ihres Einkommens mittels der Aufwands-Ertragsparität gewähren wollten. Das gesamte Instrumentarium der Wirtschaftspolitik (Preis-, Handels-, Steuer- und Kreditpolitik) sollte in den Dienst dieses Zieles treten. Der Wissenschaft fiel es nicht schwer zu zeigen, daß diese Maßnahme — abgesehen von der unsinnigen Hypothek, die auf sämtliche wirtschaftspolitischen Mittel gelegt wurde — mit einer wettbewerblichen Marktwirtschaft schlechterdings nicht vereinbar war: denn sie veränderte die Startchance zugunsten der Landwirtschaft und verkoppelte die Agrarpreise in systemwidriger Weise mit der Höhe der Kosten.

Selbst wenn es möglich wäre, die konkreten Bedingungen eines Systems wettbewerblicher Marktwirtschaft den Modell-Voraussetzungen in idealer Weise anzupassen, würde dieses nicht imstande sein, Ansprüchen zu genügen, welche heute an die Entwicklung des Sozialprodukts, die Stabilität von Geldwert und Beschäftigung und den Ausgleich der Zahlungsbilanz gestellt werden.

Das Problem besteht darin, die Wirtschaftspolitik im Sinne dieser Ziele auszurichten. Hierzu bedarf es einer vorhergehenden Diagnose und späteren Kontrolle; für beides bietet die an das Werk von *Keynes* anschließende makroökonomische Betrachtung, welche die unendliche Vielzahl der elementaren Einheiten zu den „für den Ablauf der Wirtschaft relevanten Größen[10]" zusammenfaßt, unschätzbare

[10] *Schneider,* Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I, S. 50, Tübingen 1955.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hilfe. Diese Methode ist wissenschaftlich weit genug entwickelt, um ökonomische Situationen, die so stark von der „Parteien Gunst und Haß" verwirrt werden, „transparent" zu machen: sowohl was ihre bestimmenden Elemente als auch was die in ihnen enthaltenen Entwicklungstendenzen anlangt. Die makroökonomische Diagnose zeigt jene kritischen Punkte, an denen die Steuerung des wirtschaftlichen Ablaufs einsetzt, sie belehrt darüber, auf welche Weise die Mittel zweckmäßig dosiert und miteinander verknüpft werden. Eine Dekomposition der Aggregate in ihre individuellen Erscheinungsformen wird vorgenommen, je mehr man zum wirtschaftspolitischen „Feinschliff" fortschreitet.

Tinbergens geistreich gestelltes Problem, wie die Mittel numerisch zu fixieren sind, wenn die Ziele bestimmte Werte erreichen sollen, ist seiner Natur nach auf „quantifizierbare" Instrumente beschränkt und leidet zudem daran, daß menschliche Reaktionen sich nicht mit genügender Schärfe voraussehen lassen[11]. Wirtschaftspolitische Mittel, die durch eine Änderung in der Struktur des Wirtschaftssystems wirken, bleiben wegen ihres „qualitativen" Charakters der „wertenden" Entscheidung vorbehalten.

Unschwer läßt sich zeigen, daß alles, was den Funktionsmechanismus eines Systems verbessert, etwa zur Erhöhung der Preisflexibilität beiträgt, auch auf den Ablauf positiv einwirkt: ebenso wie die Stabilisierung des Prozesses den Bestand eines wirtschaftlichen Systems festigt, welches durch nichts so gefährdet wird wie durch Konjunkturausschläge nach unten. Daher wiegt die Wirkung einer rational verfeinerten Apparatur zur Kontrolle und Vorausschau des Ablaufs schwerer als die Möglichkeit ihres Mißbrauchs im „dirigistischen" Sinne. Diese Ambivalenz ist nun einmal den technischen Mitteln generell eigen; deshalb werden die Menschen nicht auf sie verzichten. Das Sauerstoffgebläse wird man nicht verbieten, weil es auch zu Einbrüchen mißbraucht werden kann.

V.

Entschließt man sich für eine rationale Gestaltung der Wirtschaftspolitik und folglich für die Teilnahme der Wissenschaft an den Entschlüssen, die den Gang der Wirtschaftspolitik bestimmen, so gründet man sein Urteil vor allem auf die Richtung, in welcher sich die Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten so sichtbar bewegt hat. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß die immanente Logik

[11] Hierzu *Tinbergen*, Jan, On the Theory of Economic Policy, Amsterdam 1952.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Wirtschaftssystemen, der ökonomische Ablauf in seinen vielfältigen Komponenten, die wirtschaftlichen Situationen in ihren Bestimmungsgründen und in den Entwicklungstendenzen, endlich die Wirkungsweise der zu verwendenden Mittel heute klarer und richtiger gesehen werden, als es jemals zuvor der Fall gewesen ist.

Sagte man früher, der Krieg sei eine zu ernste Sache, um ihn allein den Soldaten zu überlassen: man müsse auch den Politiker zu Rate ziehen, so gilt heute von der Wirtschaftspolitik, daß sie gerade auf jene Kräfte, welche im Dienste der Ratio stehen, nicht verzichten sollte. Ich bin weit davon entfernt zu glauben, die Welt bedürfe zu ihrer Gesundung der Lenkung durch eine Art „wissenschaftliche Priester-Kaste", wie sie dem alternden *Comte* vorschwebte. Umfassendes ökonomisches Wissen findet sich selbstverständlich nicht nur in universitären Hörsälen, in Wirtschafts- und Konjunkturinstituten, vielmehr ebenfalls in den Parlamenten und Verwaltungen sowie in allen Teilen der Wirtschaft selber. Das Unterscheidende liegt darin, daß der Gelehrte gegenüber den Vertretern von Politik und Wirtschaft zumeist die universelle Sicht voraus hat, welche das volkswirtschaftlich Nötige gegenüber dem partikular Nützlichen heraushebt: eine Blickrichtung, die den Praktikern weniger gemäß ist und oft durch die Ziele, welche sie verfolgen müssen, geradezu verwehrt wird. Es ist gleichwohl ein interessantes Beispiel für die durchbrechende Sachlichkeit auf unserem Gebiete, wenn in einem der Hearings des Joint Committee, das für die wirtschaftspolitische Ausrichtung des amerikanischen Kongresses an Einfluß ständig zunimmt, vor kurzem der Wunsch, eine sichere Basis für wirtschaftspolitisches Handeln zu finden, unzweideutig Ausdruck gewann in den Worten, „man müsse zuerst die Fakten in den Griff bekommen"[12].

Wirtschaftspolitische Entscheidungen sind wesentlich Akte der politischen Willensbildung. Von der Modalität dieser Willensbildung, in die stets auch das Machtstreben der Beteiligten eingeht, hängt es ab, in welchem Ausmaß die Wirtschaftspolitik rational gestaltet oder — vorsichtiger gesagt — dieses Ziel überhaupt „anvisiert" werden kann. Der spezifisch politischen Seite des Problems werden wir unsere Aufmerksamkeit widmen.

Gustav *von Schmoller* war für seine Zeit politisch im Recht, wenn er durch die Tätigkeit unseres Vereins, der „praktische Sozialpolitik" treiben, also „die Gesetzgebung beeinflussen" wollte, auf Beamtenschaft und Bürgertum zu wirken suchte: denn diese Mächte waren damals für die politische Willensbildung entscheidend.

---

[12] Konjunkturpolitik, 3. Heft, 1956, S. 180 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das politische Milieu in der Bundesrepublik ist gänzlich anders. Generell kann man sich fragen, welche Chance die parteienstaatliche Demokratie bietet, rationale Argumente bei der Bildung der Wirtschaftspolitik zum Zuge kommen zu lassen. Die immense, in das Bewußtsein allenthalben eingegangene Bedeutung eines stabilen wirtschaftlichen Ablaufs für die Erhaltung des sozialen und politischen Gesamtgefüges, die mäßigende Kraft, welche im Wettbewerb der Parteien ebenso liegen kann wie der Zug zur Übertreibung, der Ausgleich und die mögliche Überwindung partikularer Interessen im Schoße von Koalitionen — all das wird sich positiv auswirken; dagegen ist negativ zu bewerten, daß der demokratische Parteienstaat im Rahmen einer Gesellschaft, die sich in starke Interessengruppen aufspaltet, diesen Kräften unvermeidlich den Zugang in die Parlamente öffnet, und es ihnen erleichtert, auch unmittelbar die Verwaltung auf allen Stufen unter Druck zu setzen. Wie der Kampf der Interessen die wirtschaftspolitische Problematik schon in den Ansätzen verfälschen kann, wurde eingangs erwähnt.

Die Ansatzpunkte, an denen der wissenschaftliche Einfluß auf wirtschaftspolitische Entschlüsse wirksam werden kann, wurzeln in den durch die Verfassung und das Herkommen verschiedenartig ausgeprägten Formen, in welchen die demokratische Willensbildung erfolgt. Mag in einem konservativ-bevormundenden Beamtenstaate die Transformation des rational Notwendigen in Regierungsentschlüsse relativ reibungslos vor sich gehen: in der parteienstaatlichen Demokratie bietet die Diskussion von Argumenten in der Öffentlichkeit der Wissenschaft eine große Chance, auf die Bildung des Wählerwillens, auf die Verwaltung, auf die Parlamente und ihre Ausschüsse einzuwirken, in welchen sich die „parlamentarische Arbeit und Entscheidung“[13] mehr und mehr konzentriert. Diese Diskussion erreicht global alle an der Willensbildung teilnehmenden Elemente, sie gibt die Möglichkeit, Ideologien zu entlarven, Scheingründe so fadenscheinig zu machen, daß sie sich nicht mehr sehen lassen können; sie gewinnt an Gewicht, wenn sich der wissenschaftliche Einfluß in irgendeinem Stadium der gesetzgeberischen Vorbereitung — bei der Verwaltung, der Legislative oder bei beiden — gleichsam konkretisiert: wenn er „institutionalisiert“ wird, wie es in einer Reihe der ökonomisch fortgeschrittenen Staaten heute der Fall ist.

Neben der Unabhängigkeit und Objektivität des Gelehrten, welche den ganzen Einsatz „intellektueller Rechtschaffenheit“ (M. *Weber*) erfordert, bildet die Möglichkeit, die öffentliche Meinung mit ratio-

[13] *Dechamps*, Bruno, Macht und Arbeit der Ausschüsse, Meisenheim am Glan 1954, S. 154.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nalen Argumenten zu durchdringen, einen wesentlichen Anspruch, welcher zur Institutionalisierung wissenschaftlichen Einflusses gehört. Die organisierten Interessen, welche unausgesetzt mit vielgestaltigen Mitteln die Öffentlichkeit zu formen versuchen, bleiben so nicht ohne Gegengewichte.

International bietet unser Problem interessante Aspekte, die wir nur oberflächlich streifen können. Erwägt man, daß die wissenschaftlichen Berater des Präsidenten in den Vereinigten Staaten sich mehr und mehr aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit zurückziehen[14], aber ihre Berichte der ungeschminkten Kritik einer gemischten Parlaments-Kommission unterliegen, die über einen permanenten „Expertenstab" verfügt[15], so wird klar, daß die Beteiligung der Wissenschaft an der wirtschaftspolitischen Willensbildung in aller Öffentlichkeit erfolgt: die von dem Joint Committee publizierten Hearings lassen zudem die einzelnen wissenschaftlichen Positionen in scharf profilierten Umrissen hervortreten. Die wirtschaftspolitische Verantwortung ebenso wie die Last der Ämter-Koordinierung liegt in Großbritannien beim Schatzamt. In seiner wirtschaftlichen Abteilung, welche auf die beteiligten Ministerien und besonders auf die für die Meinungsbildung der Regierung so wichtigen „interministeriellen Komitees" ausstrahlt, kommt die Wissenschaft zum Zuge. Die Arbeit selber vollzieht sich in der lautlosen Verschwiegenheit, welche das englische Beamtentum charakterisiert. Die öffentliche Diskussion, deren hoher Stand die klassische Tradition des Landes widerspiegelt, entzündet sich an der Budgetrede des Schatzkanzlers, welche die Richtlinien der Wirtschaftspolitik enthält. Ich versage es mir, weitere Streiflichter auf den institutionalisierten wissenschaftlichen Einfluß im Auslande zu werfen — was für Skandinavien und die Niederlande besonders reizvoll wäre.

Eine partielle Einflußnahme, die durch Publizität an Wirkung gewinnen kann, ergibt sich, wenn regelmäßige Kontakte zwischen Gelehrten und maßgebenden Beamten der wirtschaftlichen Verwaltung eingerichtet werden, wie es bei den „wissenschaftlichen Beiräten" in der Bundesrepublik geschieht. Der Beamte, der ein Teilgebiet bearbeitet, hat eine tief dringende Detailkenntnis; der Gelehrte ist gewöhnt, komplizierte interdependente Querschnitt-Zusammenhänge, in die er jede Einzelfrage hineindenkt, zu überschauen. Die rationale und verbindende Diskussion zwischen den Partnern, auf welche der

[14] *Wissler*, Albert, Das Dilemma des Konjunkturforschers in der Stellung eines konjunkturpolitischen Beraters der Regierung, Konjunkturpolitik, Drittes Heft 1956, S. 172.

[15] *Dechamps*, S. 32 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Liberalismus ehemals seine parlamentarische Theorie aufbaute, kann zur Objektivierung wirtschaftspolitischer Probleme beitragen: um so mehr, wenn die Ergebnisse der Öffentlichkeit prompt zugänglich gemacht werden.

VI.

Die These, daß die Ziele der Wirtschaftspolitik Projektionen aus einer europäisch verbindlichen Wertebene darstellen, spricht unsere Generation mit einem viel ruhigeren Gewissen aus, als es vor genau einem halben Jahrhundert — zur Zeit des Werturteil-Streites — der Fall war. Damals gab es unter den Angreifern niemand, der die Werte als solche in Frage stellte; das Streitgebiet waren nicht die Werte selber, wie sie die europäische Entwicklung geformt hatte, vielmehr Probleme der Wissenschaftslehre: genauer die Frage, ob Werturteile wissenschaftlich erlaubt seien oder nicht. Das im Grunde Selbstverständliche stumpft sich mit der Zeit ab; der Mensch erstirbt an der „Gewohnheit des Lebens" *(Hegel)*. Daß ein Wert radikal „in Frage gestellt wird", vermittelt dem Menschen jenes Werterlebnis, welches den Werten selber einen viel höheren Grad von Konsistenz verleiht.

Sofern diese Wert-Klammern halten, ist es nicht allzu tragisch, wenn selbst erhebliche Divergenzen in Gewichtung und Kombination wirtschaftspolitischer Ziele in den Politiken der Staaten und in den Parteiprogrammen bestehen. Im Wettbewerb der Parteien mögen manche Abweichungen taktisch bedingt sein, ohne von der Substanz her begründet zu werden. Ist es allzu kühn anzunehmen, daß sich im Laufe der Zeit wenigstens eine Angleichung allenthalben vollzieht?

Die Auseinandersetzung zwischen westlicher und östlicher Hemisphäre bildet das beherrschende politische Problem unserer Zeit. Dieser dynamische Kontrast, der immer neue Formen annimmt, immer neue politische Fragen aufwirft, stellt zwei in Geist und Durchbildung radikal verschiedene Sozial- und Wirtschaftssysteme einander gegenüber: er rückt zugleich alle Divergenzen, die innerhalb der westlichen Welt bestehen, tief in den Schatten. Wir haben alle Veranlassung, unser System unter Zuhilfenahme aller Kräfte — und die rationalen sind die spezifisch abendländischen — so leistungsfähig und stabil wie möglich auszugestalten. Die Erfahrung zeigt, wie ungeheuer die Konsequenzen einer Wirtschaftskrise für das soziale und politische Gefüge sein können, und ich glaube, daß wir mit den modernen Mitteln einer Krise wohl zu begegnen wissen. Verbinden wir in Gedanken die essentielle Situation auf dem Gebiete der internationalen Politik mit dem Problem einer rational ausgewogenen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftspolitik, so zeigt sich die weltpolitische Perspektive unseres Themas. Aus der Möglichkeit, die gestellte Aufgabe zu lösen, erhebt sich die Notwendigkeit, entsprechend zu handeln, wenn wir gewillt sind, unsere Welt, welche auf die europäische Kultur aufbaut, in dem weltpolitischen Kontrast unserer Zeit zu erhalten.

Erster Tag, Nachmittag

Donnerstag, 27. September 1956

Vorsitz: Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Vorsitzender Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Nach dem Festvortrag des heutigen Vormittags treten wir nunmehr in die Behandlung des Themas der diesjährigen Tagung unseres Vereins ein. Gegenstand der Verhandlungen sind die Probleme der Einkommensbildung und Einkommensverteilung. Einer alten Übung entsprechend werden heute die grundsätzlichen theoretischen Probleme erörtert, die mit den Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung und mit den Bestimmungsgründen der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft zusammenhängen. Die wirtschaftspolitischen Fragen, die sich an die Thematik unserer Tagung anknüpfen, werden morgen Gegenstand der Verhandlungen sein. Nach Erstattung der Vorträge wird — das haben wir in der Geschichte des Vereins zum erstenmal vorgesehen — eine Generaldiskussion eröffnet werden, die mit bestellten Korreferaten beginnt; d. h. die Generaldiskussion wird eröffnet durch Referenten, die vorher das Manuskript der Vorträge gesehen haben und die die großen Fragen, die sich an diese Referate anschließen, zum Gegenstand der Diskussion machen.

Es folgen die Referate von Professor Dr. Hans *Peter* (Tübingen), „Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung", und von Professor Dr. Wilhelm *Krelle* (St. Gallen), „Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft".

Ich erteile zunächst Herrn Kollegen *Peter* das Wort zu seinem Referat „Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung

Von Prof. Dr. Hans *Peter* (Tübingen):

Herr Vorsitzer, meine Damen und Herren!

In der Marktwirtschaft definieren wir Reineinkommen als Preis der originären Produktionsfaktoren, die in der Periode auf den Markt gebracht werden. Die genaue Abgrenzung macht im Einzelfall wie im Ganzen Schwierigkeiten; denn auf den Markt kommt zumeist eine Ware — Gut oder Dienst —, die unter gleichzeitiger Aufwendung sekundärer Produktionsfaktoren erzeugt worden ist; Werkzeuge werden abgenutzt, Vorprodukte werden aus Lagern genommen. Was einer Periode genau zuzurechnen ist, läßt sich bestenfalls hinterher und stets ein bißchen willkürlich entscheiden. Auch das sorgfältigste Einkommensteuergesetz kann nur sagen, wie weit der Gesetzgeber Abschreibungen oder Werbungskosten anzuerkennen bereit ist; stets bleibt eine Spanne des Ermessens, innerhalb derer die Grenze liegt; über die genaue Lage der Grenze wird man immer streiten können. Größen, die den Definitionen genau entsprechen, findet man nur im Modell, mit dem man sich als Theoretiker befaßt.

Eine Volkswirtschaft ist zudem nie reine Marktwirtschaft. Mancherlei Bedürfnisse werden gewöhnlich kollektiv befriedigt, und es ist schwer, die Entsprechung von sozialem Nettoprodukt und sozialem Nettoeinkommen ohne Kunstgriffe zu zeigen.

Über die Struktur des Volkseinkommens haben wir wenig empirische Kenntnisse. Das meiste, was wir aussagen, beruht in viel höherem Grade auf theoretischen Hypothesen, als wir uns oft klarmachen.

Die Reihe der klassischen Einkommensarten, Lohn, Zins, Rente versehen wir vorsichtshalber mit einem „usw.", das gegen vorwitzige Einwendungen decken soll.

Statistisches Material über die gesellschaftliche Einkommensverteilung verdanken wir vor allem der Statistik der Lohn- und Einkommensteuer.

Man hat die Verteilungskurve als J-Kurve bezeichnet. Die kleinsten Einkommen sind sehr häufig, die großen selten. Am instruktivsten ist die Darstellung durch die sog. *Lorenz*kurve, die abzulesen gestattet, wieviel Prozent des Gesamteinkommens eine ebenfalls in Prozenten angegebene reichste oder ärmste Gruppe der Bevölkerung bezieht. Das reichste Zehntel bezog in Deutschland 1936 39 % und 1950 34 %. Durchschnittseinkommen war zu diesen Zeitpunkten 1800 RM und 2860 DM. 1936 blieben 74 % unter dem Durchschnitt, 1950 62 %.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zur Charakterisierung der Ungleichmäßigkeit hatte *Pareto* um die Jahrhundertwende einen einzigen Koeffizienten vorgeschlagen, der die Abhängigkeit der Zahl der Einkommensbezieher von der Größe des Einkommens, das sie überschritten, angibt. Bei dem damaligen Material lagen die Logarithmen dieser Zahlen ziemlich genau auf einer Geraden. Das jüngste Material zeigt dagegen eine deutliche asymmetrische Verteilung, die etwa beim Durchschnittseinkommen eine Häufigkeitsspitze hat. Der Grund dafür liegt wahrscheinlich nicht darin, daß sich wirklich die Verteilungsstruktur geändert hat, sondern darin, daß unsere Kenntnisse tiefer gedrungen sind. Da Quelle des Materials die Einkommensteuer ist, wird die Verteilungskurve nur bis zu den Einkommen hinab bekannt, die besteuert werden. Damals blieb der untere Ast der Verteilung unbesteuert, heute hat sich der Staat auch seiner bemächtigt. Die bisher unbekannte Verteilungskurve taucht infolgedessen höher aus dem Nebel des Unbekannten auf.

Bei aller Problematik bleibt der Koeffizient *Paretos* auch heute noch für Vergleiche ganz instruktiv, wenn man sich auf den absteigenden Ast rechts vom häufigsten Werte beschränkt. Der Koeffizient ist konjunkturempfindlich und hat im Trend ständig zugenommen. Das jüngste deutsche Material, das noch vorläufig ist, zeigt ihn gegenüber etwa 1,5 früher mit heute ungefähr 2,0. Jedenfalls ist die Schichtung also gleichmäßiger geworden.

Aber was besagt das?

Diese Statistik der Einkommensschichtung umfaßt Einkommen jeglicher Art. Es ist eine personelle Verteilung; aber es sind in ihr die Pyramiden der Lohnempfänger, derer, die vorzugsweise Besitz- und Unternehmereinkommen beziehen, derer, die wie Handwerker und Bauern Arbeitseinkommen haben, aber ihre Produktionsmittel selbst besitzen, freie Berufe usw. zusammengeschoben. Errechnet man — trotz aller Problematik — den paretianischen Koeffizienten für die Löhne und für die Einkommen, die veranlagt werden, so bekommt man die Koeffizienten 3,1 und 1,4. Das ist nun bei aller Skepsis gegenüber der Methode doch ein so exorbitanter Unterschied, daß eine wesentlich verschiedene Verteilung nicht gut geleugnet werden kann.

Mehr als diese Verteilung feststellen und zur Kenntnis nehmen können wir aber nicht. *Winklers* Siebungsthese ist kaum eine Interpretation. Da in den veranlagten Einkommen die Besitzeinkommen enthalten sind, kann man kaum einen Erfolg der Nivellierungsbemühungen konstatieren.

Es möge an dieser Stelle auch bemerkt werden, daß solche Schichtungsstatistiken eine sehr zweifelhafte Grundlage für die Beurteilung der Gerechtigkeit der Verteilung sind. Ich erwähne diese Frage hier nur, um sie aus meinen weiteren Betrachtungen auszuschalten; sie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gehören nicht in die Theorie. Da diese Gedanken aber immer mitschwingen, ist eine Abschirmung notwendig. Ich merze sie nicht aus, weil sie unwichtig sind. Ich habe dem Problem der gerechten Verteilung im Januar einen Vortrag gewidmet, der inzwischen in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft veröffentlicht worden ist.

Hier darf immerhin soviel gesagt werden, daß es an einem Kriterium fehlt, wie weit eine Minderung der Ungleichmäßigkeit eine größere Gerechtigkeit impliziert. Irgendwo muß die Minderung ja zu weit gehen, sonst käme man dazu, die vollständige Gleichmäßigkeit als Ideal anzusehen. Mehr als dieses Bedenken kann man aber auch kaum aussprechen.

Was aber hat nun die Theorie zu sagen?

Ich will gleich die skeptische Frage stellen: Ist das, was die Theorie herkömmlicherweise in dem Kapitel „Distribution" darbietet, eigentlich eine Verteilungstheorie? — Zumindest für die einfachste Preistheorie der stationären Wirtschaft kann man daran zweifeln.

Unbestritten ist, daß Einkommen — sicher in diesem Modell — Preis originärer Produktionsfaktoren ist.

Preisbildung und — sagen wir vorsorglich: sogenannte — Verteilung vollziehen sich in dem von der Theorie beschriebenen Prozeß uno actu. Jeder startet mit bestimmten Mengen von Gütern, und jeder erstrebt seinen subjektiven Präferenzen gemäß den ihm zusagenden Warenkorb. Der Austausch vollzieht sich am Markt, und im Spiel von Angebot und Nachfrage bildet sich das Preissystem. Zu den Gütern, deren Preise sich einspielen, rechnet die Arbeit. Bei ihr könnte man Hemmungen haben zu sagen, sie sei von vornherein in bestimmter Menge gegeben; denn wieviel der einzelne arbeitet, hängt davon ab, wann der Grenznutzen seines Arbeitsertrages die Grenzarbeitsmühe aufwiegt. Aber diese Anpassung bleibt im Spiel von Angebot und Nachfrage verständlich.

Wir können also allgemein sagen, daß die Mengen der Güter und Dienste, über die jeder einzelne zu Gebrauch und Tausch verfügt, die bestimmenden Daten des theoretischen Modells sind. Sie lassen sich zunächst nur in ihren natürlichen Maßen beziffern. Immerhin ist schon im Voraus festgelegt, wie die Mengen in der Wirtschaftsgesellschaft des Modells verteilt sind. Allerdings läßt sich die Verteilung nicht von vornherein in einfachen Zahlenverhältnissen angeben; denn die Verhältnisse der natürlichen Mengenziffern sagen nichts. Eine verständliche Aussage über Proportionen wird erst möglich, sobald sie durch Preise auf einen Nenner gebracht sind. Preise aber bilden sich erst im Marktprozeß. Mehr als das leistet aber diese Theorie nicht. Sie beziffert nur die Verteilung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das ist natürlich höchst unbefriedigend. Denn hier wird die Verteilung nicht aus irgendwelchen Ursachen abgeleitet, sondern umgekehrt das Preissystem aus einer gegebenen Verteilung begründet.

Das Distributionskapitel ist nun schon sehr früh weiterentwickelt worden. Ausgangspunkt bildet zunächst ein in noch höherem Maße fiktives Modell: das Ausgangsmodell der ricardianischen Arbeitswerttheorie, in dem es nur den einen Produktionsfaktor Arbeit gibt, Boden frei und alle Güter beliebig vermehrbar sind. Das Modell hat nur den didaktischen Vorzug, daß sich die Preise auf ein Gut beziehen, das eine bestimmte Funktion im Produktionsprozeß hat. Dadurch werden schwierige Probleme umgangen. Personelle und funktionelle Verteilung sind hier identisch. Das Nettoprodukt entspricht dem gesamten Arbeitseinsatz der Periode und verteilt sich pro rata der geleisteten Arbeit. Das kann man einen verteilungstheoretischen Satz nennen; aber man darf seine Tragweite nicht überschätzen; denn dieser Trick kann unmöglich aus dem speziellen Modell mehr herausholen, als sich aus dem allgemeinen gewinnen läßt.

Der nächste Schritt der sog. Verteilungstheorien besteht darin, daß man mehrere Produktionsfaktoren unterscheidet, die sich nicht ineinander überführen, wenn auch vielfach substituieren lassen.

Die einfachsten Modelle sind die, in denen nur ein zweiter Produktionsfaktor eingeführt wird. Als halbstatisch darf man das der Differentialrente nennen, bei dem von der zufälligen Verteilung von Boden verschiedener Bonität ausgegangen wird. Der Grenzboden bestimmt den Preis des Produktes, bei dem die Arbeit ihren Konkurrenzlohn erzielt; bessere Böden bringen solange eine Differentialrente, wie die nivellierende Kraft der Konkurrenz noch nicht die vollständige Anpassung erzwungen hat.

In den anderen Varianten tritt als zweiter Faktor das sachliche Produktionsmittel Werkzeug oder Boden neben die Arbeit. In der einen Gruppe von Modellen wird es als materielles Mittel eingeführt, das die Produktivität der Arbeit steigert; in den anderen als das Substrat gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen der Besitzer als zweiter personeller Typus neben den Arbeiter tritt.

In dieser zweiten Form der Theorien handelt es sich um die Änderung des Datums „gesellschaftliche Struktur"; es werden zwei Klassen unterschieden, deren jede einen der beiden Produktionsfaktoren kontrolliert, die eine die Arbeit, die andere die Produkionsmittel. Die entscheidende soziale Tatsache ist die Sperrung des Eigentums, primär der Naturgaben, als pars pro toto Boden genannt, sekundär auch aller übrigen, so daß Franz *Oppenheimer* die Identität von Profit und absoluter Rente behaupten kann. Die Wirkung der Sperre geht dahin, daß der Lohn unterhalb der Grenze bleibt, die seinem Empfänger zu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sparen erlaubt. Daraus dürfte sich die ökonomisch empfehlenswerteste Definition des Existenzminimums entwickeln lassen.

Die erste Form der Theorie unterläßt die Betonung der Klassenscheidung im Modell, kann sie aber bei der funktionellen Verteilung nicht vermeiden; denn bei ihr wird unterstellt, daß die Einzelwirtschafter jeweils Träger nur eines einzigen Produktionsfaktors sind; das aber bedeutet nichts anderes als Klassenscheidung. Auf die mannigfaltigen Vokabeln, mit denen die Eigentümlichkeit des zweiten — oder wenn man den Boden besonders zählt — dritten Produktionsfaktors bezeichnet wird, die ihn zum originären Kostenfaktor werden lassen soll, wie „reine Nutzung", „Abstinenz", „Waiting", brauche ich heute wohl nicht mehr einzugehen. Die sog. Produktivitätstheorien führen schon in die Diskussion der Dynamik.

Was die Zweifaktorentheorien unzulänglich bleiben läßt, ist die Unmöglichkeit, von der funktionellen Verteilung zur personellen überzugehen. Es ist ja nicht damit getan, daß man die Bemerkung hinwirft, die realen Personen seien selten Träger bloß eines einzigen Faktors, sondern sehr häufig z. B. zugleich Arbeiter und Besitzer. Verhalten sich aber die Zweifaktorenträger nicht anders als die Einfaktorenträger? Und erfaßt man das Wesen einer Gruppe von ihnen auch nur annähernd richtig, wenn man sie in fiktive Gruppen von Einfaktorenträgern auflöst oder sie als Mischung solcher Gruppen denkt?

In den Gruppenmodellen — ob makroökonomisch oder mikroökonomisch behandelt — wird gegenüber der einfachen Markttheorie ein neues Problem in die Erörterung eingeführt. Im Grunde wird es gestellt, indem der zweite Produktionsfaktor eingeführt wird: Warum hat er einen Preis? und, da er ein originärer Faktor ist: Warum erhält sein Träger ein Einkommen?

Die Frage wird nur teilweise beantwortet.

Der Versuch, in einer Wirtschaft mit freier Konkurrenz aus der Tatsache der Einführung produzierter Produktionsmittel einen ursprünglichen Profit oder Kapitalzins abzuleiten, scheitert, weil die Konkurrenz auf die Dauer jeden Differentialgewinn beseitigen müßte. Nur für die Anpassungsperiode, in der die Preise noch nicht wieder auf die neuen Kosten gesunken sind, bleibt *Schumpeters* dynamischer Gewinn bestehen. Wenn immer wieder Neuerungen eingeführt werden, entstehen solche Gewinne immer wieder neu, um immer wieder die Tendenz zu haben, zu verschwinden. Immerhin, ein solcher Ansatz läßt dauernde Einkommen, die nicht Arbeitseinkommen sind, verständlich erscheinen.

Wer aber bezieht diese Einkommen? Ich spreche nicht vom Anspruch! Theoretisch ist die Antwort: Wer besitzt und wer sparen kann. — Sparen ist nun aber nicht einfach eine moralische Qualität;

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

man muß sparen können, und das hängt wesentlich vom Einkommen ab. Damit sind wir aber wieder bei demselben kritischen Punkt: Wir müssen bereits eine Verteilung vorgeben, und zwar tritt in diesen Modellen neben die Vorgabe der Quantitäten wie im homogenen Marktmodell noch irgendeine Hypothese oder Fiktion, durch die die beiden Faktoren oder Faktorengruppen zueinander in Beziehung gesetzt werden.

In einem Teil der Theorien heißt diese Hypothese ganz einfach „Macht". In Marktwirtschaften ist es nicht mehr die nackte Gewalt der Sklaverei oder die rechtliche Degradierung der Leibeigenschaft, sondern eine gesellschaftliche Situation, bei der das Machtverhältnis in der Preisbildung zum Ausdruck kommt: Monopol, beschränkte Konkurrenz, Klassenmonopol. Der Verteilung der Macht folgt die Verteilung der Einkommen, möglicherweise vermittelt durch die Verteilung des Besitzes.

Einige Theoretiker mißverstanden das Grenzproduktivitätsgesetz, das sich als Bedingung der Minimalkostenkombination ergibt. Im Gleichgewicht müssen sich die Grenzproduktivitäten der Produktionsfaktoren wie deren Preise verhalten. Danach wird entschieden, welche Technik man wählt. In seiner einfachen Form wird das Gesetz für den Betrieb bei partiellem Gleichgewicht ausgesprochen und ist da bei Respektierung der ceteris-paribus-Klausel richtig. Beim ursprünglichen Zins und beim Lohn geht es aber um ein Problem der allgemeinen Interdependenz, und die Rückwirkungen jeder Veränderung, die bei der Methode des partiellen Gleichgewichtes in der ceteris-paribus-Klausel untergeht, dürfen nicht mehr außer Acht bleiben. Der Fehler ist elementar.

Einkommenstheoretisch ist man dann wieder bei den zeitweiligen Differentialgewinnen, die in jedem Anpassungsprozeß auftreten. Ein weiterer Ausbau der Mikroökonomik hat nur Aussicht bei Zugrundelegung des Interdependenzmodells.

Faktisch liegt denn auch der Schwerpunkt der jüngeren Forschung bei der Makroökonomik und bei der Kritik der reinen Markttheorie und einer Beschränkung auf bloße Ablauftheorie.

Den Verfeinerungen der stationären Modelle nachzugehen, fehlt hier die Zeit. Sie haben stets die Verteilungsdominante als Datum. Interessant werden feiner gegliederte Modelle dadurch, daß auf Daten hingewiesen wird, die in der komparativen Statik variieren oder zu Aktionsparametern auch nichtmarktwirtschaftlicher Strategien werden.

Bestimmte Bemühungen richten sich auf die Einführung eines Monopolisierungskoeffizienten, um quantifizierte Aussagen über die Abweichung der Monopol- oder ähnlicher Preise von den Konkurrenzpreisen zu ermöglichen. Ich nenne *Kuznets*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kalecki baut das *Marx*sche Modell aus, indem er die Bezieher fixer Gehälter in eine Gruppe absondert und die variablen Löhne und Gehälter in ein festes Verhältnis zum Gesamteinkommen setzt. Während bei *Marx* das Verhältnis des Profites zum Lohn, die Mehrwertrate, festliegt, ist bei *Kalecki* von dem Nettoeinkommen oder Sozialprodukt erst eine absolute Größe abzuziehen. Das ergibt natürlich bei Variation des Sozialproduktes andere Größenbeziehungen. Hier wie dort wird der Profit abhängig von Strukturgrößen wie der Mehrwertrate oder den konstant gehaltenen Einkommen. Hier wie dort wird man vorsichtigerweise solche Strukturkoeffizienten nur kurzfristig als konstant ansetzen, wie das auch *Föhl* in seinem dynamischen Versuch tut.

Sobald man weiterhin unterstellt, daß die auftretenden Einkommen gemäß den Gepflogenheiten in den betreffenden Schichten gespart werden, und annimmt, daß investiert wird, und da Investitionen im allgemeinen Produktivitätssteigerungen im Gefolge haben, ist der Übergang zu evolutorischen Wirtschaftsmodellen geradezu zwangsläufig.

Es ist ein Leichtes, die Konstanten eines Modells so zu wählen, daß Randbedingungen erfüllt werden, wie sie das gerade vorliegende Forschungsobjekt verlangt. Ich erwähne nur die Lehre von der sinkenden Profitrate bei *Ricardo*.

Man kann auch an Stelle der zunächst konstant gehaltenen Größen Beziehungsgleichungen einführen, in denen sie variabel angesetzt sind und nur gewissen Bedingungen unterworfen werden. Der einfachste und wohl älteste Fall ist das Gesetz des relativen Mehrwertes bei *Marx*, in dem die Mehrwertrate an die Bedingung der Konstanz des Reallohnes — das sog. Eherne Lohngesetz *Lassalles* — gebunden ist und von der Produktivität abhängt. Das strahlt dann z. B. auf die Akkumulation und das Profitratengesetz aus.

Alle diese Theorien haben das Gemeinsame, daß sie Preissysteme und Marktabläufe aus Strukturen ableiten, die gegeben sind. Diese Strukturen sind stets auch durch ein Verteilungsmoment gekennzeichnet. Kern einer echten Verteilungstheorie ist aber die Frage, worauf die Verteilung zurückzuführen ist, welches ihre Ursache ist. Das ist keine normative Fragestellung. Es wird nicht gefragt, ob sie gut oder schlecht ist. Aber die Antwort auf diese Frage bietet erst die Möglichkeit, Mittel anzugeben, diese Verteilung zu erhalten, wenn man sie billigt, und sie zu verändern, wenn man sie für verbesserungsbedürftig hält. Die statischen Theorien der Wirtschaft konstatieren nur, wann der Zustand der Wirtschaft im Gleichgewicht ist, und wann das Gleichgewicht stabil ist. Die Voraussetzung über die Verteilung wird zumeist nur stillschweigend gemacht. Infolgedessen kann man einen bestimmten Zustand nicht aus immanenter Kritik,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sondern nur aus transzendenter Wertung loben oder tadeln. Bei der in der Theorie berechtigten Gegenüberstellung von extremen Typen scheint es dann leicht, als hätte man in der Realität nur die Wahl zwischen Konservatismus und Revolution.

In der Dynamik wird nun allerdings auch in die Verteilung Bewegung gebracht. Liefert aber die dynamische Theorie die Antwort auf die aufgeworfene verteilungstheoretische Frage? — Aus dem Marktgeschehen kann die Verteilung im Zusammenhang mit der technischen Entwicklung und über die Vermögensbildung geändert werden. In der Phase der Anpassung an eine neue Technik ergeben sich Differentialgewinne, die je nach dem Grade der Wirksamkeit der Konkurrenz schneller oder langsamer wieder verschwinden. Es ist insbesondere eine Frage der Lohnbildung, ob und wie schnell sich die Produktivitätssteigerung auf die Reallöhne auswirken kann, und der Ersparnisbildung, wer die zur Investition notwendigen Mittel zur Verfügung hat. Bestimmend sind hier dieselben Strukturelemente, die schon in der Statik vorausgesetzt werden: die Macht und die Verteilung des Reichtums. Hinzu kommt die Auswirkung des Sparens, durch das Vermögen gebildet wird. Auf die Frage des Sparenkönnens gibt die vorgegebene Einkommensverteilung eine Antwort. Für die Dynamik ist weiterhin wichtig, wie weit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird. Im Leben des einzelnen gibt es Phasen, in denen Vermögen aufgebaut wird, und solche, in denen auf Vermögen oder Einkommen aus Vermögen zurückgegriffen wird. Außerdem bestimmen Volkscharakter und Zeitgeist die Einstellung zum Sparen. All das gehört aber in den Datenkranz des Marktmodells. Die Frage nach der Ursache für das jeweilige Sosein der Bedingungen führt in Geschichte und Soziologie. Der Datenkranz der Dynamik ist umfassender als der der Statik. Auf die Notwendigkeit der Einbeziehung der Gesellschaftslehre in die Verteilungsdebatte hat Jean *Marchal* kürzlich mit Nachdruck hingewiesen.

Zu den Daten, die die Einkommensverteilung bestimmen, gehört auch der Fiskus — im weitesten Sinne —; soweit der Umfang seiner Wirtschaft allein in Betracht gezogen wird, ist er eine in das Marktgeschehen eingebettete Einzelwirtschaft. Die Sonderstellung, die darin liegt, daß er in seiner Existenz nicht von der Gewinnerzielung abhängt, gibt die Möglichkeit, sein Gebaren zur Beeinflussung der Verteilung zu benutzen. Soweit er selbst Güter und Dienste auf den Markt bringt, kann er sie unter Preis, sogar unter Kosten, ja unentgeltlich zur Verfügung stellen oder auch über Preis, was marktheoretisch auch als Monopol aufzufassen ist, volkswirtschaftlich eine Form der Besteuerung bedeutet. Damit geraten wir an die Grenze der marktwirtschaftlichen Betrachtung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schon die Kosten der staatlichen Dienste, die gewisse Aufgaben kollektiv bewältigen, werden nach einem Schlüssel verteilt, der im Besteuerungs- und Abgabensystem liegt. Auch dieses Instrument kann planmäßig zur Beeinflussung der einzelwirtschaftlichen Einkommensbildung benutzt werden und wird es auch. Das gilt aber nicht nur für die Verteilung der Lasten, sondern kann auch ergänzt werden durch die Übernahme von Lasten auf den Fiskus, z. B. durch Subventionen. Doch das bedeutet volkswirtschaftlich auch nichts anderes als Umschichtung der Lasten und Korrektur einer sich selbst überlassenen Bildung von Markteinkommen. Bei dieser Problematik handelt es sich um eigentliche Verteilungstheorie, die nach der Verursachung der Verteilung fragt.

Diese These trägt aber noch weiter. Die Möglichkeit, die Einkommensverteilung zu beeinflussen, besteht nicht nur für die Gestaltung des Steuer- und Zollsystems; die ganze positive Gesetzgebung wirkt sich in dieser Hinsicht aus. Das wird gerade dadurch zugegeben, daß man sich oft um Lösungen bemüht, die verteilungsneutral sind. In den Daten der Markttheorie wird die Rechtsordnung oder die Wirtschaftsverfassung ausdrücklich benannt. Beide unterliegen der ständigen Wandlung, und somit modifiziert sich auch ständig der Einfluß auf die Verteilung. Das gilt keineswegs nur für unmittelbar wirtschaftsbezogene Gesetze, wie etwa ein Kartellgesetz oder allgemein die rechtliche Regelung jeder Koalitionsbildung.

Das Problem der Macht stellt sich nicht nur in der Frage nach der Bedeutung der Wettbewerbsbeschränkung im Marktgeschehen, sondern in der nach der Gestaltung seiner Bedingungen. Damit bietet sich eine weitere Grundlage für die Diskussion des Problemes „Macht und ökonomisches Gesetz", das seinen antinomischen Charakter nur im Rahmen der Theorie einer geschlossenen Marktwirtschaft hat. Bei Einbeziehung der Gestaltung der Morphologie der Gesellschaft löst sich der scheinbare Widerspruch.

Ähnliche Probleme ergeben sich immer dann, wenn in die Marktwirtschaft Institutionen hineinragen, die sich nicht ausschließlich wie die Einzelwirtschaften des *Gossen-Paretianischen* Modells verhalten, wie z. B. der Bankenapparat. Die Bankpolitik, Diskontpolitik wie eigentliche Kreditpolitik, vermag spontan Bedingungen zu schaffen, die den Prozeß bestimmen. Das gilt nicht nur für die Diskontpolitik, die z. B. bei der Konjunkturpolitik als Instrument eingesetzt wird; es gilt auch für die Auslese aus den Kreditbegehren. Gerade diese ist für die Vermögensbildung, besonders bei lebhafter Dynamik, geradezu von ausschlaggebender Bedeutung.

Mit diesen Feststellungen wird nur die Schranke wieder aufgehoben, die der Wirtschaftstheoretiker sich in den Modellen setzt, die allein

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Markt betreffen. Erst das gesellschaftliche Geschehen als Ganzes kann als interdependentes System der Realität angesehen werden. Die Interdependenz des Marktgeschehens ist eine Fiktion der reinen Markttheorie. Das Übrige ist nicht neben, unter oder über sie gelagert, sondern mit ihr verschränkt. Andererseits wird man kaum einen Vorgang in der Gesellschaft aufzeigen können, der keine wirtschaftlichen Auswirkungen haben kann oder nicht durch andere Vorgänge über die Wirtschaft beeinflußt werden könnte. Politik hat stets ihre wirtschaftliche Seite, und sie wird immer besonders interessant, wenn sie die Verteilung berührt. Deshalb wird man auch den Interessentenstreit weder aus der Politik noch gar aus der Wirtschaftspolitik ausschalten können. Die Aufgabe, die uns allerdings hier nicht beschäftigt, kann nur sein, ihn einer Ordnung zu unterwerfen. Aber das kann eben nur wirklichkeitsnahe vollzogen werden, wenn man die verteilungstheoretischen Ausstrahlungen beachtet.

Beim Aufbau einer derartigen Verteilungstheorie muß man auch die Verhaltensmaxime der handelnden, d. h. wirtschaftenden Personen erneut der Kritik unterwerfen und prüfen, ob die Maxime des rationalen Handelns mit den Tatsachen in Einklang steht, wie das in der Spieltheorie geschieht.

Ehe wir aber darüber eine Bemerkung machen, möchten wir darauf hinweisen, daß mit der Heraushebung des Staates als eines Trägers der Macht, die auf das wirtschaftliche Geschehen ausstrahlt, die Wirklichkeit noch nicht adäquat gezeichnet wird. Wohl ist damit schon der gefährlichen Alternative „Freie Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft" die stets bestehende Synthese von Markt- und Staatswirtschaft gegenübergestellt, deren Grenzfällen „Markt und Nachtwächter" und „Zentralverwaltungswirtschaft" man zu ausschließliche Aufmerksamkeit gewidmet hat. Aber die gesellschaftliche Wirklichkeit kennt eine Fülle von Gebilden zwischen diesem Alles und Nichts, die gerade für die Beeinflussung der Verteilung von Bedeutung ist. Die im Marktmodell atomistisch isoliert gedachten Einzelwirtschaften empfangen nicht nur Weisungen von oben, sie binden sich aus mancherlei Gründen untereinander. Sie tun das keineswegs immer primär aus wirtschaftlichen Gründen, und sie binden sich bei solchen Gebilden durchaus nicht immer in dem Sinne, daß sie ihr eigenes Dispositionsrecht ganz an eine übergeordnete Institution abgeben. Sie binden sich für bestimmte Aufgaben, die allein zu bewältigen sie sich für zu schwach halten. Man denke nur an die verschiedenen Zielsetzungen, die zu Genossenschaftsbildungen geführt haben. Ich darf mir Einzelheiten ersparen und mich auf den Hinweis beschränken, daß durch die kostensparende, Nachfrage gestaltende und die Marktform modifizierende Auswirkung solcher Institutionen die Verteilung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beeinflußt wird. Ich brauche nur das einzige Beispiel der Dreiecksspannung zwischen Warenhaus, Konsumgenossenschaft und Einzelhandel anzuführen. Bei der Analyse dieser Vorgänge bildet die Marktformentheorie ein Glied der Kette; sie zeigt die Auswirkung einer solchen „Datenänderung" im Marktmodell auf die Preis- und damit Einkommensbildung; aber sie zeigt nicht die Motive des Entschlusses zur Koalitionsbildung und die Interdependenz des Ganzen.

Mit der Einbeziehung der Gesellschaftsstruktur, die als Datum der Marktpreistheorie die Preis- und Einkommensbildung determiniert, wird auch die Charakterisierung des Einzelwirtschafters korrekturbedürftig. Solange er nur als Anbieter und Nachfrager fungiert, kommt man mit der *Gossen-Paretianischen* Verhaltensmaxime des rationalen Verhaltens als des Verfahrens nach dem Prinzip des kleinsten Mittels aus. Sobald man aber die Ansatzmöglichkeiten des Handelns erweitert — man braucht nur an die Koalitionsbildung zu denken —, langt das nicht mehr aus. Das Individuum greift von jeder Position aus, in die es gestellt ist, in das gesellschaftliche Geschehen ein; es wirtschaftet nicht nur als Marktperson, es gestaltet immer und überall auch das gesellschaftliche Geschehen und greift dabei in die Struktur der Gesellschaft an den verschiedensten Stellen ein, um seine Ziele zu verwirklichen.

Die moderne Forschung weist dabei auf zwei Fortbildungen der Fragestellung hin. Die eine betrifft die Verhaltensweise des Einzelwirtschafters, von dessen Motiven und Eigentümlichkeiten seines individuellen Typus aus gesehen, die Gerhard *Weisser* untersucht; die andere betrifft den Schematismus des gesellschaftlichen Geschehens, den die Spieltheorie neu konzipiert. Die Neoklassik erzwang die Darstellung der statischen Markttheorie durch die Fiktion, daß der einzelne sich in seinem wirtschaftlichen Handeln jeweils einer Umwelt gegenübersieht, die ihm gegeben ist und an die er sich nur anpassen kann. Die Simultaneität dieser Anpassung bedeutete die Interdependenz des Systems. Punktförmiger Markt und zeitliche Koinzidenz von Wirkung und Gegenwirkung sind die keineswegs stillschweigenden, sondern oft genug betonten Vereinfachungshypothesen dieses Systems.

In Wirklichkeit ist jede Handlung jedes einzelnen ein bestimmendes Moment für jede folgende Handlung irgendeines Wirtschaftssubjektes. Und diese Wirkung erfordert stets eine gewisse Zeit bis zur Auslösung der Gegenwirkung.

Der Gedanke, diesem Umstand durch Einführung von time lags Rechnung zu tragen, ist für die Marktmodelle verschiedentlich ausgesprochen worden, insbesondere für makroökonomische, die dem *Marx*- oder dem *Keynes*-Modell ähneln, so z. B. von *Kalecki*. Mit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diesem Ansatz lassen sich Wellen ableiten, die nicht nur als Konjunkturkomponenten der Bildung des Gesamteinkommens gedeutet werden können, sondern auch seine Verteilung auf die im Modell unterschiedenen Einkommensgruppen beschreiben.

Aber das führt noch nicht zu dem eben angeschnittenen Problem der Zeitfrage der einzelnen Handlungen, das sich daraus ergibt, daß jeder Schritt durch den anderen, durch die Kenntnis des früheren und die Erwartung der Gegenzüge mitbestimmt wird. Dieser Ansatz ist in voller Klarheit erst in der Theorie der strategischen Gesellschaftsspiele gemacht. Es muß hier genügen, darauf hinzuweisen, daß die Lösungsmaxime eines solchen Spieles nicht verständlich als die Wahl des besten unter den möglichen Zügen formuliert werden kann. Die Erfolgsbedingungen, die beeinflußt werden können, sind sehr verschiedenartig. Wer auf Erzielung eines Markteinkommens ausgeht, sieht sich an die Rechts- und Gesellschaftsordnung und an die natürlichen Realitäten gebunden. Aber diese Marktbedingungen, vom einfachsten Vertrag bis zum Grundgesetz, kann er kurz- oder langfristig gestaltend beeinflussen. Jede Überlegung, wie man das am zweckmäßigsten tun kann, führt zu einer Theorie, zur Markttheorie, zu speziellen soziologischen Theorien. Von den speziellen Theorien strebt man zur Synthese.

Gehen wir beispielsweise von einer Unternehmung aus, die den Markt abtastet und die optimale Produktionsweise sucht. Sie entschließt sich vielleicht zu einer Koalition. Als schwächere weicht sie vielleicht; vielleicht aber bemüht sie sich auch um eine Änderung der Wirtschaftsverfassung, die ihr größere Chancen gibt. Vielleicht sucht sie das öffentliche Interesse zu wecken und Subventionen zu bekommen, erstrebt Zollschutz und dergleichen.

Es wird im allgemeinen viele Wege geben, dasselbe Ziel zu erreichen. Jeder bringt besondere Vorteile, jeder läßt aber auch verschieden gefährliche Gegnerschaft entstehen sowie unterschiedliche Schwierigkeiten sich auftürmen. Das alles und nicht nur die Marktvorgänge wollen bei der Verteilungspolitik berücksichtigt werden und müssen deshalb in die theoretische Überlegung einbezogen werden. Soweit ich hier als Theoretiker Kritik zu üben habe, darf das nur Kritik an dem theoretischen Bemühen sein. Und da ist meine Feststellung, daß das Bild der Gesellschaft nur unvollkommen bleibt, wenn man sich auf die angeblich mögliche Isolierung des rein Wirtschaftlichen etwa in der Marktwirtschaft oder der Zentralverwaltungswirtschaft beschränkt, und womöglich sich mit Modellen befaßt, die noch wenig vom Dreifaktorenschema des Jean Baptiste *Say* unterschieden sind, das Otto *Conrad* Todsünde der Nationalökonomie nennt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Konturen einer wirklichen Verteilungstheorie beginnen erst sich abzuzeichnen. Die bisherige Theorie liefert Teilaspekte, die höchst instruktiv sind, wenn man sie als solche versteht. Es ist nicht ungefährlich, das Ziel in einer Synthese zu sehen; denn das klingt arg nach der Weltformel des *Laplace*schen Dämons.

Der Glaube an Teiltheorien hat noch immer die Menschen fanatisiert. Aber es scheint nur charaktervoll, wenn man sich zu einer Alles-oder-Nichts-Entscheidung verpflichtet fühlt. Das gilt nur in der Alternative Recht oder Unrecht. Das gesellschaftliche Geschehen ist zu kompliziert, um es auf einfache Modelle zu reduzieren. Der Theoretiker möge bedenken, daß Logik und Mathematik, auf die er die Stringenz seiner Aussagen gründet, an sich nur negative Kriterien der Wahrheit sind.

Literatur

Boulding, Kenneth E.: Economic Analysis, New York and London 1941.
— M. Allais's Theory of Interest, in: The Journal of Political Economy, Vol. LIX, 1951, S. 69—73.

Clark, John Bates: The Distribution of Wealth, New York 1924.

Fürst, Gerhard: Zur Frage der Einkommensschichtung, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 6, 1954, S. 265—266.

Hicks, J. R.: The Valuation of the Social Income — A Comment on Professor Kuznets' Reflections, in: Economica, N. S., Vol. XV, 1948, S. 163—172.

Keirstead, B. S.: An Essay in the Theory of Profits and Income Distribution, Oxford 1953.

Kuznets, Simon: On the Valuation of Social Income — Reflections on Professor Hicks' Article, in: Economica, New Series, Vol. XV, 1948, S. 1—16.
— National Income Estimates for the United States Prior to 1870, in: The Journal of Economic History, Vol. XII, 1952, S. 115—130.
— Economic Growth and Income Inequality, in: The American Economic Review, Vol. XLV, 1955, S. 1—28.

Moore, Geoffrey H.: Secular Changes in the Distribution of Income, in: The American Economic Review, Vol. XLII, 1952, Papers and Proceedings, S. 527—544.

Raabe, K. H.: Die Einkommensverteilung und ihr Zusammenhang mit der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 6, 1954, S. 30—33.

Somers, Harold M.: A Theory of Income Determination, in: The Journal of Political Economy, Vol. LVIII, 1950, S. 523—541.

Vorsitzender Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Ich danke Herrn Kollegen *Peter* für seine Ausführungen und erteile nunmehr Herrn Kollegen *Krelle* das Wort zu seinem Referat „Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft

Von Prof. Dr. Wilhelm *Krelle* (St. Gallen):

I. Problemstellung und kurzer dogmengeschichtlicher Rückblick

Herr Vorsitzer, meine Damen und Herren!

Wie sich das Sozialprodukt unter die verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung verteilt, das war eines der Zentralprobleme der klassischen Nationalökonomie[1]. Bald allerdings wandte sich das Interesse anderen Fragen zu, vor allem der Preis- und Beschäftigungstheorie. Und das ganz mit Recht, wie man rückblickend sagen muß. Denn die Verteilungstheorie umfaßt Lohn-, Zins- und Beschäftigungstheorie zugleich, und nur auf der Basis eines soliden Ausbaus jeder dieser drei Säulen kann der tragfähige Bau einer Verteilungstheorie errichtet werden. Vielleicht ist jetzt die Zeit eher reif dazu.

Das Grundproblem der Verteilungstheorie, mit dem wir uns hier beschäftigen wollen, ist: wie teilt der kapitalistische Wirtschaftsprozeß das Sozialprodukt[2] zwischen Arbeit und Kapital auf? Unsere Fragestellung bezieht sich allein auf die Einkommen, wie sie sozusagen frisch aus dem Produktionsprozeß hervorgehen, vor aller Umverteilung durch direkte Steuern, Sozialversicherung und andere Transferzahlungen. Wir haben es also nicht mit der personellen Verteilung[3] zu tun, sondern allein mit der funktionellen Verteilung. Die Beziehungen zwischen funktioneller und personeller Verteilung, sowie letztere in ihrer zeitlichen Entwicklung, werden in anderen Referaten behandelt.

Befragen wir zunächst die Dogmengeschichte, was andere Theoretiker zu unserem Problem zu sagen hatten.

Ricardo glaubte, mit seiner Wert- und Preistheorie bewiesen zu haben, daß sich die Löhne auf die Dauer nicht über ein konventio-

---

[1] Vgl. *Ricardo:* Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, Übersetzung von Waentig, 2. Aufl., Jena 1921, Vorwort S. 6: „Die Gesetze aufzufinden, welche die(se) Verteilung bestimmen, ist das Hauptproblem der Volkswirtschaftslehre."

[2] Unter Sozialprodukte oder Volkseinkommen verstehen wir hier immer das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, wie es in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der verschiedenen Länder ausgewiesen wird.

[3] Dieses Problem ist seit *Pareto* insbesondere von statistischer Seite oft behandelt worden. Ein sehr interessanter Beitrag dazu ist vor einiger Zeit von *Kuznets* geliefert worden (*Kuznets* „Economic Growth and Income Inequality", Presidential Address, delivered at the 67th Annual Meeting of the Am. Ec. Ass., The Am. Ec. Rev. March 1955, pp. 1—28). Er kommt zu dem Ergebnis, daß die personelle Verteilung bei den bereits industrialisierten Staaten immer gleichmäßiger geworden ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nelles Existenzminimum erheben könnten und daß die gesamte Zunahme das Volkseinkommen im Zuge des technischen Fortschritts dem Besitzeinkommen und hier wieder ausschließlich dem Renteneinkommen zufällt.

Marx verschärfte diese Prognose sogar noch mit seiner Verelendungstheorie und dem Gesetz der fallenden Profitrate.

Dann kam die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung, vor allem von John Bates *Clark* und in einer gewissen Abart von *Böhm-Bawerk* entwickelt und von fast allen neueren Theoretikern, zum Teil bis in die Gegenwart hinein, vertreten[4]. Nach ihr sind es die relativen Seltenheiten von Kapital und Arbeit, die bei einem gegebenen technischen Wissen, d. h. bei einer gegebenen Grenzproduktivität von Arbeit und Kapital, unter dem Einfluß des Gewinnstrebens der Unternehmer die Verteilung bestimmen und zwar derart, daß ein um so größerer Anteil des Volkseinkommens der Arbeit zufließt, je relativ knapper das Arbeitsangebot ist.

Die Gegenposition wird von der Machttheorie der Verteilung gehalten, als deren frühe Vertreter Lujo *Brentano* und *Tugan-Baranowski* zu nennen sind. Nach ihr sind es überhaupt nicht ökonomische oder technische Daten, die die Verteilung bestimmen, sondern einfach die soziale und politische Macht von Arbeitern und Kapitalisten bzw. von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Diese Theorie hat sich in Europa nicht recht durchsetzen können. Sie hat jetzt aber vor allem in den USA als bargaining power theory oder im mehr soziologischen Gewand als Prinzip der countervailing power[5] Auferstehung gefeiert.

Aber in allen diesen Theorien ist der Wurm drin. Die Entwicklung ist ganz und gar nicht so verlaufen, daß sich die Verteilung für die Arbeiter stets verschlechterte, vielmehr ist der Arbeitsanteil am Volkseinkommen ziemlich konstant geblieben und damit der Lebensstandard der Masse stets gestiegen. Die Profitrate ist nicht gesunken, und das Renteneinkommen hat nicht den größten Teil der Steigerung des Sozialproduktes aufgefressen; letzteres nimmt vielmehr jetzt eine ganz unbedeutende Stellung in der Verteilung ein.

Auch mit den relativen Seltenheiten ist es nichts. Sonst müßte z. B. in den kapitalreichen und relativ arbeitsknappen USA die Verteilung für die Arbeiter günstiger sein als etwa in dem kapitalärmeren und arbeitsreicheren Deutschland, was nicht der Fall ist. Wohl sind in den USA die Löhne höher als in Deutschland, aber das Kapitaleinkommen

[4] Z. B. von *Fellner* „Significance and Limitations of Contemporary Distribution Theory", Am. Ec. Rev. Papers and Proceedings, May 1953, pp. 484—494.

[5] *Galbraith:* „American Capitalism. The Concept of Countervailing Power", Boston 1952.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist auch bei niedrigerem Zinssatz eben wegen des Kapitalreichtums gleichfalls höher, so daß die Verteilung, auf die es uns ja ankommt, in Deutschland und den USA nicht sehr unterschiedlich und in Deutschland für die Arbeiter sogar eher günstiger ist als in den USA. Ein Vergleich der Abb. 2 und 4 der Anlagen zeigt das sehr deutlich.

Überhaupt muß hier gleich zu Anfang dringend davor gewarnt werden, Lohn- oder Zinshöhe und Verteilung ohne weiteres zu identifizieren. Eine Verknappung an Arbeitskräften kann selbstverständlich den Lohn und somit das Arbeitseinkommen pro Beschäftigten hochdrücken. Das ist die theoretisch richtige Grundlage einer Gewerkschaftspolitik der Knapphaltung des Arbeitsangebots. Hier hat die Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes ihr legitimes Feld. Auf die Verteilung braucht das aber gar keinen Einfluß zu haben. Die Verteilung könnte bei sehr knappem Arbeitsangebot und sehr hohen Löhnen sogar für die Arbeiter ungünstiger sein als im umgekehrten Fall, indem sich bei knappem Arbeitsangebot in ein geringeres Gesamtarbeitseinkommen nur wenige Arbeiter teilen, so daß pro Kopf ein recht bedeutendes Arbeitseinkommen resultiert, während gleichzeitig eben wegen des geringeren Gesamtarbeitseinkommens das Besitzeinkommen insgesamt hoch ist. Umgekehrt ist möglicherweise bei größerem Arbeitsangebot das Gesamtarbeitseinkommen absolut und relativ größer, wenn auch der auf den einzelnen entfallene Teil kleiner. Dann haben wir eine für die Arbeiter günstigere Verteilung, aber ein geringeres Arbeitseinkommen pro Kopf[6].

Kurz: mit der relativen Knappheit als Erklärungsgrund der Einkommensverteilung kommen wir nicht weiter. Die relative Knappheit kann höchstens die Lohnhöhe pro Arbeiter erklären helfen; das ist aber nur ein Faktor unter vielen, der die Verteilung beeinflußt. —

---

[6] Nennen wir α den Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen,
A die Arbeitsmenge (etwa in Arbeitsstunden pro Jahr),
l den durchschnittlichen Lohnsatz (etwa in DM pro Arbeitsstunde),
K das Privatkapital in DM,
r die durchschnittliche Kapitalverzinsung pro Jahr, so ist offensichtlich

$$\alpha = \frac{A \cdot l}{A \cdot l + K \cdot r}$$

Das Argument ist, daß bei kleinerem A und größerem l (also höherem Lohnsatz infolge größerer Knappheit an Arbeitskräften) α durchaus kleiner sein kann als vorher. Bei $A^* < A$ und $l^* > l$ und unverändertem K und r ist offensichtlich $\alpha^* < \alpha$ falls $\frac{A \cdot l}{A^* \cdot l^*} > 1$. Das ist aber ohne weiteres möglich; das Prinzip der Knappheit besagt darüber nichts.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Daß die Macht allein die Verteilung bestimmen sollte und ökonomische Verhältnisse gar keinen Einfluß hätten, ist nun ebenso offensichtlich falsch.

Die herkömmlichen Theorien sind also unbefriedigend. So sind in neuerer Zeit andere Erklärungsversuche vorgebracht worden, von denen wir die wichtigsten kurz aufführen wollen.

Kalecki[7] läßt den Arbeitsanteil am Sozialprodukt im wesentlichen invers abhängen vom Monopolgrad in der Volkswirtschaft und dem Verhältnis von Rohstoffkosten zu Lohnkosten. Der Monopolgrad steigt nach ihm stets im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung; bisher sind die Rohstoffkosten allerdings relativ gesunken, so daß der Arbeitsanteil etwa gleich bleiben konnte. Nichts weist aber darauf hin, daß dies weiter der Fall sein wird; und dann muß der Arbeitsanteil sinken.

Boulding[8] konstruiert ein gesamtwirtschaftliches interdependentes Modell entlang den *Keynes*schen Linien, das Löhne und Gewinne explizit enthält. Danach ist die Lohnquote abhängig von der Konsum- und Investitionsfunktion, der Geldbestandsänderung der Firmen, deren Gewinnausschüttungs-Gewohnheiten und von der Höhe der Konsumentenkredite. Die Abhängigkeit selbst läßt sich verbal nicht mehr einfach darstellen.

Keirstead[9] kommt von der Profittheorie aus zur Verteilungstheorie. Es sind die unternehmerischen Erwartungen in einer durch Risiko und Unsicherheit gekennzeichneten ökonomischen Welt, die die Profite bestimmen; die Löhne werden dann durch die relative Macht von Gewerkschaften und Arbeitnehmern festgelegt. Aus beiden resultiert die Verteilung.

Schließlich hat *Preiser*[10] die bestehenden Besitzverhältnisse selbst als mitentscheidend für die funktionelle Einkommensverteilung nachgewiesen. Das Arbeitsangebot ist um so starrer, der Lohn um so niedriger und die Verteilung um so ungünstiger für die Arbeiter, je geringer ihr Besitzhintergrund ist. Personelle und funktionelle Ver-

---

[7] *Kalecki:* „Distribution of National Income", Ch. 2 in seiner „Theory of Economic Dynamics", London 1954. Eine frühere Version dieser Theorie findet sich in *Kalecki's* „Essays in the Theorie of Economic Fluctuations", London 1939, pp. 13—41, abgedruckt in der „Readings in the Theory of Income Distribution", Philadelphia/Toronto 1946, pp. 197—217.

[8] *Boulding:* „A Reconstruction of Economics", N.Y. and London 1950, Ch. 14, p. 243 ff. Eine abgekürzte Version der Theorie mit einigen Verbesserungen findet sich bei *Boulding* „The Fruits of Progress and the Dynamics of Distribution", Am. Ec. Rev., Papers and Proceedings, May 1953, pp. 473—483.

[9] *Keirstead:* „An Essay in the Theory of Profits and Income Distribution", Oxford 1953.

[10] *Preiser:* „Besitz und Macht in der Distributionstheorie", in „Synopsis", Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948, S. 233 ff. Vgl. auch „Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie", Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 89. Jahrgang (1953), S. 25—45.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teilung sind also nicht unabhängig voneinander. — Das ist sicher richtig. Immerhin sind aber die Besitzverhältnisse in normalen Zeiten ziemlich stabil, so daß dadurch eine funktionelle Verteilungstheorie ihre Bedeutung behält. Im übrigen wollen wir nichts anderes, als einen Erklärungsgrund für statistisch aufweisbare Verhältnisse beibringen.

Es sind also die vielfältigen Ursachen für die bestehende Einkommensverteilung verantwortlich gemacht worden. Und tatsächlich ist ja auch die Verteilung ein so komplexes Phänomen, daß man nicht erwarten darf, mit einem einzigen einfachen Erklärungsgrund auszukommen.

In solcher Lage ist es das beste, zunächst die Fakten zu befragen und unvoreingenommen zu prüfen, wie die Verteilung sich tatsächlich entwickelt hat.

II. Statistische Übersicht über die Verteilung

Die Zeitreihen über die Verteilung in Deutschland und den USA finden Sie in den Abb. 1 bis 5 der Anlagen. Die Folgerungen, die man hieraus und aus ähnlichen Untersuchungen für andere Länder m. E. ziehen muß, sind:

1. Die Verteilung schwankt, seit wir sie statistisch verfolgen können, innerhalb einer gewissen Bandbreite, ohne einen Trend aufzuweisen.
2. Diese Bandbreite ist für alle entwickelten Länder etwa gleich und beträgt 10 bis 25 % reines Besitzeinkommen.
3. In der Depression steigt der Arbeitsanteil am Volkseinkommen, im Konjunkturaufschwung sinkt er. Das gilt übrigens nicht für andere Definitionen der Einkommensverteilung. Betrachten wir z. B. nur das ausgeschüttete Einkommen, rechnen also die in der Firma zurückbehaltenen Gewinne nicht zum Besitzeinkommen, so erhalten wir die umgekehrte konjunkturelle Abhängigkeit[11].

Eine Verteilungstheorie muß diesen Tatsachen Rechnung tragen, also die Bandbreite selbst und überdies die tatsächliche Verteilung innerhalb dieser erklären können. Wir werden im folgenden eine Theorie vortragen, die in ihrer Grundbeziehung relativ einfach ist, wenn auch dann die Ausarbeitung im einzelnen zu komplizierten Zusammenhängen führt.

III. Die grundlegende Beziehung

Die grundlegende Beziehung, von der wir ausgehen wollen, ist die folgende:

[11] Vgl. hierzu *Creamer* „Personal Income during Business Cycles", N.B.E.R., Princeton 1956.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es läßt sich zeigen, daß der Anteil des Besitzeinkommens am Volkseinkommen gleich dem Zinssatz multipliziert mit dem Kapitalkoeffizienten ist. Hierbei ist unter dem Zinssatz die durchschnittliche reale Verzinsung des privaten Volksvermögens (der ursprüngliche Kapitalzins im Sinne Böhm-Bawerk) und unter dem Kapitalkoeffizienten das Verhältnis von privatem Volksvermögen zum Volkseinkommen zu verstehen. Ist das private Volksvermögen etwa 500 Mrd. DM, das Volkseinkommen im Jahre 100 Mrd., so ist der Privatkapitalkoeffizient also 5. Die Ableitung dieser Beziehung finden Sie in den Anlagen, die in Ihren Händen sind. Sie ist aber auch so schon einsichtig. Wenn z. B. die durchschnittliche Kapitalverzinsung 3 % im Jahr beträgt und das Verhältnis des Gesamtkapitals zum Volkseinkommen im Jahr 5 : 1, d. h. der Kapitalkoeffizient 5 ist, so muß offenbar der Besitzanteil am Volkseinkommen 15 % sein.

Die Benutzung dieser Beziehung in einer Verteilungstheorie ist nur sinnvoll, wenn wir das Besitzeinkommen als Verzinsung des realen Vermögens auffassen dürfen. Das ist im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aber sicher richtig. Die Kredite an Haushalte und deren Verzinsung bedeuten i. a. nur einen Einkommenstransfer innerhalb der Haushalte, der hier herausfällt und im übrigen auch in Deutschland volkswirtschaftlich keine große Rolle spielt. Alles übrige Nicht-Arbeitseinkommen, unter welchem Namen es immer erscheint (Zins, Risikoprämie, verteilter oder unverteilter Gewinn usw.), stammt letztlich aus Besitzansprüchen an realem Vermögen und kann daher als Realverzinsung des volkswirtschaftlichen privaten Kapitals angesehen werden.

Will man also die Verteilung erklären, so muß man nach unserer Formel

1. eine Theorie der Realverzinsung des Privatkapitals und
2. eine Theorie des Kapitalkoeffizienten liefern.

Letzteres ist nicht zu schwierig, wenn wir uns mit den praktisch wichtigen Folgerungen aus einfachen Überlegungen und empirischen Tatsachenfeststellungen begnügen. Der Kapitalkoeffizient gibt an, wievielmal der private volkswirtschaftliche Produktionsapparat (also der Kapitalbestand im weitesten Sinne des Wortes, einschließlich Wohnhäuser z. B.) größer ist als das mit seiner Hilfe in einem Jahr produzierte Sozialprodukt, wobei beide zu konstanten Preisen eines Basisjahres zu bewerten sind. Da wir es hier mit einer Verteilungstheorie zu tun haben, interessiert uns nur der in Privatbesitz befindliche Teil des Volksvermögens. Wir meinen also im folgenden stets den P r i v a t kapital-Koeffizienten, nämlich das Verhältnis von P r i v a t kapital zu Volkseinkommen, auch wenn wir das „Privat" nicht ausdrücklich davorsetzen. — Es folgt schon aus der Definition, daß der Kapital-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

koeffizient zunächst einmal von rein technischen Gegebenheiten abhängt. In der Abb. 7 des Anlagenbandes finden Sie die Größe des Kapitalkoeffizienten für Deutschland und zum Vergleich für Großbritannien und die USA. Die zugrunde gelegten Schätzungen der Entwicklung des deutschen Volksvermögens sind in der Anlage 6 angegeben und erläutert. Sie sind natürlich außerordentlich unsicher. Wir sind mit den Schätzungen bewußt auf der konservativen Seite geblieben, so daß die Zahlen eher die mögliche Untergrenze darstellen. Man muß vielleicht mit einem Konfidenzintervall von — 10 und + 50 % und mehr rechnen. Aber die absolute Größe des Kapitalkoeffizienten wird dadurch nicht so stark beeinflußt. Beträgt er bei unserer Schätzung für Deutschland 1954 nach Anlage 7 z. B. 2,81, so würde er bei dem angegebenen Konfidenzintervall zwischen 2,5 und 4,2 liegen. Für die Differenzen der Kapitalkoeffizienten verschiedener Jahre, auf den es hier ankommt, ist sowieso ein höherer Genauigkeitsgrad anzunehmen. — Aus diesen und ähnlichen Berechnungen anderer Autoren[12] lassen sich folgende Erfahrungstatsachen ableiten:

1. Der Kapitalkoeffizient sinkt leicht mit dem technischen Fortschritt. Das würde bedeuten, daß sich bei gleicher durchschnittlicher Kapitalverzinsung die Verteilung im Zuge des technischen Fortschritts zugunsten der Arbeiter ändern müßte.
2. Der Kapitalkoeffizient ist stark konjunkturempfindlich. In der Depression ist er hoch, im Aufschwung niedrig. Nun, das ist selbstverständlich, da ja in einer Depression mit dem real gleichen Kapitalbestand ein geringeres Sozialprodukt erzeugt und das Verhältnis von Gesamtkapital zu Sozialprodukt dadurch größer wird. Je besser also die Ausnutzung des Produktionsapparates, um so kleiner ist der Kapitalkoeffizient.

Daraus folgt, daß bei gleicher Verzinsung des Realkapitals der Anteil des Besitzeinkommens in der Depression steigen, im Aufschwung fallen müßte. Tatsächlich ist wie gesagt das Gegenteil der Fall. Wir haben ja noch die Veränderung der durchschnittlichen Kapitalverzinsung, den zweiten Faktor bei der Bestimmung der Verteilung, zu berücksichtigen.

Eine Theorie der durchschnittlichen Kapitalverzinsung ist nun sehr viel schwieriger zu leisten. Wir werden uns im nächsten Abschnitt ausführlich damit befassen. Zunächst ist erst einmal festzustellen, daß

---

[12] Vgl. z. B. *Grosse:* „The Structure of Capital", in: ed. Leontief „Studies in the Structure of the American Economy", N.Y. 1953, p. 213. Ebenso lassen sich aus den Angaben bei Colin *Clark* „The Conditions of Economic Progress", 2nd ed. London 1951, pp. 486—489 die Kapitalkoeffizienten für viele Länder über lange Zeiträume errechnen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

es sich hier keinesfalls um eine monetäre Zinstheorie handeln kann. Die Zinssätze auf dem Geld- und Kapitalmarkt haben kurzfristig nichts zu tun mit der Realverzinsung des privaten Volksvermögens, die uns hier in der Verteilungstheorie allein interessiert. Vergleichen Sie z. B. in der Anlage 8 die errechnete durchschnittliche Verzinsung des Privatkapitals mit dem Verlauf der Kurve der Durchschnittsrendite von Obligationen in Deutschland. In der Weltwirtschaftskrise waren z. B. die Zinssätze auf dem Geld- und Kapitalmarkt enorm hoch, die durchschnittliche Realkapitalverzinsung dagegen um 1 %, die Netto-Gewinnsätze der Aktiengesellschaften sogar negativ. Dagegen folgen, wie man ebenfalls aus der Anlage 8 sieht, die Gewinnsätze der Aktiengesellschaften ohne Einrechnung der Verluste ziemlich genau der durchschnittlichen Realkapitalverzinsung. Was wir brauchen, ist also eine Theorie der Gewinnsätze in der Volkswirtschaft, nicht eine monetäre Zinstheorie.

Die Konjunkturabhängigkeit der Realverzinsung des Kapitals ist nach den Abb. 8 und 11 der Anlagen völlig klar: die Realverzinsung ist in der Depression geringer als in der Hochkonjunktur. Wie wirkt sich das auf die Verteilung aus? Nach unserer Formel ist der Anteil des Besitzeinkommens gleich dem Produkt aus Kapitalkoeffizient und Realverzinsung. Wir hatten vorhin festgestellt, daß in der Depression der Kapitalkoeffizient größer wird; dafür verringert sich nun aber die Verzinsung. Umgekehrt sinkt in der Hochkonjunktur der Kapitalkoeffizient; dafür steigt aber die Verzinsung. Da beide Faktoren sich gegenläufig verändern, wird die Verteilung im Konjunkturverlauf also ziemlich gleich bleiben[13]. Nach welcher Seite kleinere Ausschläge erfolgen, ist nicht abzuleiten. — Somit erklären uns diese einfachen Überlegungen immerhin schon die relative Konstanz der Verteilung über den Konjunkturzyklus hinweg. Um tiefer in die Verteilungsproblematik einzudringen, brauchen wir allerdings eine Theorie der Realkapitalverzinsung, der wir uns jetzt zuwenden.

IV. Die Bestimmungsgründe der Realverzinsung des Kapitals

Es ist nun vielleicht für die nachfolgende Diskussion am einfachsten, das Ergebnis der Überlegungen in Form von Thesen an die Spitze der jeweiligen Ausführungen zu stellen. Diese Thesen sind bewußt scharf und einseitig formuliert, um die entscheidenden Punkte klar heraus-

[13] Ähnliche Gedanken finden sich bei *Kuznets* „National Product since 1869", N.Y. 1946, p. 136 und *Kuznets* „Long-Term Changes in the National Income of the USA since 1870", in: „Income & Wealth" Series II, Cambridge 1952. Vgl. hierzu auch *Brochier* „Note sur le Coefficient de Capital et la Distribution des Revenues", Revue économique, Mars 1956, p. 257—271.
Kuznets scheint der erste gewesen zu sein, der den Zusammenhang von Einkommensverteilung, Verzinsung und Kapitalkoeffizient entdeckt hat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zustellen. Sie können auch nicht alle Einzelheiten zum Ausdruck bringen, sondern sollen die groben Umrisse des vorgetragenen Lösungsversuches zeigen.

1. These: Es gibt eine Untergrenze für die Kapitalverzinsung, bis zu der Investition und damit Produktion und Beschäftigung erhalten bleiben. Bei geringerer Kapitalverzinsung funktioniert der marktwirtschaftliche Prozeß nicht mehr. Diese Untergrenze bestimmt die für die Arbeit günstigste Verteilung des Sozialprodukts. Sie hängt bei gegebenen technischen und ökonomischen Fähigkeiten ab:

1. Von der Unsicherheit bezüglich der künftigen Erlöse und Kosten; je größer die Unsicherheit, um so höher die notwendige Mindestverzinsung;
2. Von den Alternativen zu einer produktiven Anlage des Kapitals im Inland; je schlechter sie sind, um so niedriger ist die notwendige Mindestverzinsung;
3. Von der Risikoempfindlichkeit der Unternehmer; je größer die Risikoempfindlichkeit, um so höher die Mindestverzinsung.

Lassen Sie mich nun diese 1. These kurz begründen.

Eine Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn Privatpersonen ihr Kapital auf eigenes Risiko zu Produktionszwecken einsetzen. Sie wollen es natürlich zumindest dabei nicht verlieren. Erlöse und Kosten liegen in der Zukunft; sie sind daher keine festen Größen, sondern nur mit einer gewissen subjektiven Wahrscheinlichkeit vorher zu schätzen. Aus der Wahrscheinlichkeit der Erlöse und Kosten ergibt sich diejenige der Gewinne bzw. Verluste[14]. Zum Beispiel kann ein bestimmtes Investitionsvorhaben bestenfalls 30 % Gewinn abwerfen; das ist aber reichlich unwahrscheinlich. Sagen wir, die subjektive Wahrscheinlichkeit sei 10 %. Schlimmstenfalls gibt es einen Verlust von 80 % des Kapitals; dies aber nur mit der geringen Wahrscheinlichkeit von 1 %. Dazwischen liegen die übrigen Gewinn- bzw. Verlustgrößen mit den dazugehörigen subjektiven Wahrscheinlichkeiten ihres Eintretens. Je größer nun die Unsicherheit in der Zukunft, d. h. je breiter die Erwartungsverteilung der Investitionsrendite, um so größer muß

---

[14] Gegeben seien die subjektiven Wahrscheinlichkeiten

$$e_1, e_2 \cdots e_n \text{ mit } \sum_{i=1}^{n} e_i = 1,$$

daß der Erlös E die Größe 1, 2 ... n DM hat.
Gegeben seien ebenfalls die subjektiven Wahrscheinlichkeiten

$$k_1, k_2, \cdots k_m \text{ mit } \sum_{j=1}^{m} k_j = 1,$$

daß die Kosten K die Größe 1, 2 ... m DM haben.
Die Gewinnerwartungen ergeben sich dann aus der Gewinntabelle

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der erwartete durchschnittliche Gewinn sein, der bei einer gegebenen Risikoempfindlichkeit des Unternehmers den Investitionsentschluß gerade noch herbeiführt[15]. Bei hoher Unsicherheit, wie in obigem Beispiel, mag die notwendige durchschnittliche Mindestverzinsung viel-

	E_1	E_2	...	E_n
K_1	$k_1 \cdot e_1$	$k_1 \cdot e_2$	...	$k_1 \cdot e_n$
K_2	$k_2 \cdot e_1$	$k_2 \cdot e_2$	...	$k_2 \cdot e_n$
. . .	. . .	. . .	...	. . .
K_m	$k_m \cdot e_1$	$k_m \cdot e_2$	...	$k_m \cdot e_n$

← Erlöse von 1, 2 ... n DM

↑ Kosten von 1, 2 ... m DM

Alle Felder einer Diagonale von links oben nach rechts unten ergeben den gleichen Gewinn Q. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Gewinn die Größe p hat, ist also:

$$W(Q_p) = \sum_{\nu} k_\nu \cdot e_{\nu+p} \text{ für alle } \begin{cases} 1 \leqq \nu \leqq m \\ 1 \leqq \nu + p \leqq n \end{cases}$$

Daraus ergibt sich die Kurve der Gewinn- bzw. Verlusterwartungen eindeutig.

[15] Wir wollen der Einfachheit halber annehmen, daß die Erwartungsverteilung von Gewinn und Verlust nur zwei diskrete Größen enthält: einen Gewinn der Größe G, $G \geqq O$, und einen Verlust der Größe V, $V \leqq O$, die beide mit 50 % Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Jede beliebige Verteilung läßt sich mit Hilfe eines Chancen-Aequivalenzfeldes gemäß Abb. 1 auf ein solches äquivalentes Größenpaar G und V zurückführen. In ein Risiko-Präferenzfeld gemäß Abb. 2 übertragen, wo im Urteil des

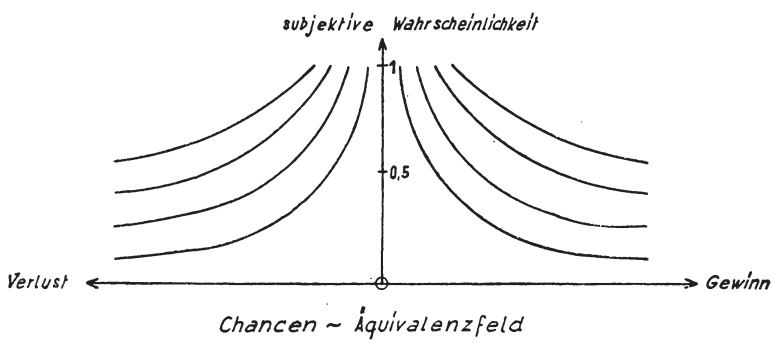
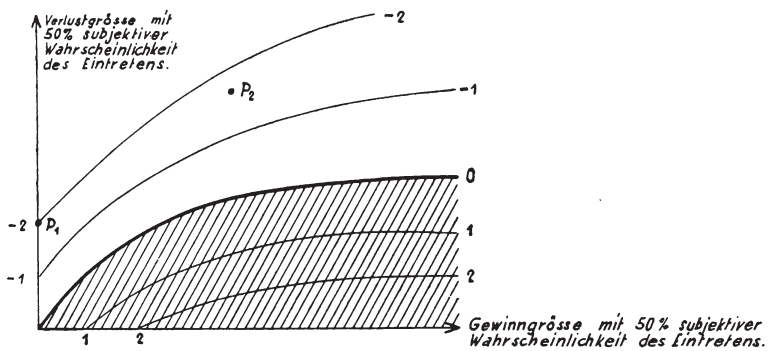


Abb. 1 *Die Kurven verbinden im Urteil eines Investors gleichwertige Risiken.*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

leicht bei 15 % oder darüber liegen; bei großer Sicherheit werden vielleicht 3 % genügen, um die Investition möglich erscheinen zu lassen. Politische und soziale Unruhen, Drohungen mit Enteignungen, monetäre Unordnung, Rechtsunsicherheit — alles das erhöht das Verlustrisiko und hebt damit die notwendige Mindestverzinsung, bei der jemand noch zur produktiven Anlage von Privatkapitalien auf eigenes Risiko veranlaßt werden kann. — Natürlich kommt es bei einem Investitionsentschluß auch auf die Alternativen zu dem bestimmten Vorhaben an. Ist die Alternative bei Nichtanlage z. B. der sichere Kapitalverlust, was bei stark inflationistischen Prozessen etwa zutrifft, so wird man auch kleinste Gewinnchancen noch wahrnehmen oder anders ausgedrückt: größte Verlustrisiken in Kauf nehmen, die z. B. bei der Möglichkeit einer Aufbewahrung des Kapitals völlig indiskutabel wären[16]. Die Alternativen zur Inlandsinvestition sind nun Horten und Auslandsinvestition. Alles, was dies nachteiliger macht, ist aber geeignet, dem Unternehmer die bestehenden Gewinnchancen bei Inlandsinvestition günstiger erscheinen zu lassen und drückt daher die notwendige Mindestverzinsung herab.

Risiko-Präferenzfeld



Die Kurven verbinden im Urteil eines Investors gleichwertige Investitionsvorhaben mit bestimmter Gewinnaussicht und bestimmtem Verlustrisiko.

Abb. 2

Unternehmers gleichwertige Risiken durch Kurven verbunden sind, zeigt sich, ob das Investitionsprojekt überhaupt eine Chance zur Verwirklichung hat, d. h. ob es durch einen Punkt im schraffierten Bereich unterhalb der Null-Linie wiedergegeben wird. Je unsicherer nun die Zukunft, um so breiter ist die Erwartungsverteilung des Investitionsergebnisses, um so höher muß aber auch der äquivalente Gewinn sein, der den möglichen Verlust kompensiert. —

[16] Z. B. wird in Abb. 2 eine durch den Punkt P_2 dargestellte Investition noch vorgenommen, wenn die Alternative nur P_1, nämlich ein Verlust von der Größe —2 ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bei gegebener Unsicherheit und gegebenen Alternativchancen ist es schließlich die Risikoempfindlichkeit der Unternehmer, die die Mindestverzinsung bestimmt. Gewinnerwartung und Verlustchancen müssen gegeneinander abgewogen werden. Es gibt hier eine Art Gesetz der abnehmenden Risikofreudigkeit bei zunehmendem absoluten Risiko[17]. Keine noch so hohe Gewinnaussicht wird einen vernünftigen Menschen dazu bringen, einen bedeutenden Teil seines Vermögens an ein Unternehmen zu wagen, bei dem er es mit 99 % Wahrscheinlichkeit verliert. Umgekehrt werden wir jemand für übertrieben vorsichtig halten, der wegen eines 1 %igen Verlustrisikos einen hohen Gewinn fahren läßt. Dazwischen rangieren sich nun die Unternehmer eines Landes nach ihrer Risikoempfindlichkeit ein. Je geringer die Risikoempfindlichkeit der Unternehmer, je mehr sie wagen, je besser sie den eigentlichen dynamischen Unternehmertyp verkörpern, um so geringer ist die notwendige Mindestverzinsung[18]. Auch vom Gesichtspunkt der Verteilung aus sollten wir also an der Heranbildung aktiver, unternehmerischer, wagender Typen in den Geschäftsleitungen interessiert sein. Der Rentner- und Verwaltertyp dort wirkt dahin, das Mindestzinsniveau zu steigern und die Verteilung für die Arbeiter zu verschlechtern.

Die hier gegebene Theorie leitet die Mindestverzinsung aus Risiko und Unsicherheit ab. Man darf aber deswegen diesen Mindestzinssatz nicht als eine Art Versicherungsprämie auffassen. Das unternehmerische Risiko ist unversicherbar, daher auch nicht über eine Prämienzahlung in Kosten zu verwandeln und so (zugleich mit dem Mindestzins) zum Verschwinden zu bringen. Solange wir eine auf Privatinitiative beruhende Volkswirtschaft und dazu Unsicherheit und Risikoempfindlichkeit haben, muß es eine positive Kapitalverzinsung geben, wenn die Wirtschaft funktionieren soll. Sie kann nicht auf null sinken — ganz unabhängig von allen geldwirtschaftlichen Betrachtungen, wie sie etwa *Keynes* anstellt. Das ist in guter Übereinstimmung mit der geschichtlichen Erfahrung. Vom Altertum über das Mittelalter bis jetzt lag der Mindestzinssatz für sichere Kapitalanlagen (soweit in einer Welt, deren konstitutives Element die Unsicherheit ist, überhaupt etwas sicher sein kann) zwischen 2 und 5 %, ganz unabhängig von allen technischen Gegebenheiten, Grenzproduktivitäten o. ä.[19].

---

[17] Dies Gesetz ist in der nach rechts abnehmenden Neigung der Risiko-Indifferenzkurven in Abb. 2 wiedergegeben.

[18] In diesem Fall verlaufen die Risiko-Indifferenzlinien in Abb. 1 steiler, so daß Investitionen schon bei geringeren Gewinnchancen und höheren Verlustrisiken vorgenommen werden.

[19] Normalerweise waren die Schuldzinsen im Mittelalter, besonders an Fürsten, enorm hoch, entsprechend dem hohen Risiko eines solchen Kredites.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach unten ist also der Kapitalverzinsung und damit dem Besitzeinkommen eine Grenze gesetzt, wenn eine Marktwirtschaft funktionieren soll. Eine Obergrenze besteht vom Gesichtspunkt der Kapitalverzinsung aus nicht. Je höher die Kapitalverzinsung, um so erfreulicher für den Kapitalbesitzer. Es gibt von der Kapitalseite aus keinen Mechanismus, der eine zu hohe Kapitalverzinsung verhindern würde. Die Obergrenze der Kapitalverzinsung wird vielmehr von der Lohnseite her gesetzt. Wir wollen das wieder in Thesenform aussprechen:

2. These: Es gibt eine Untergrenze für den Reallohn und damit eine Obergrenze für die Kapitalverzinsung und das Besitzeinkommen, bei der das soziale System einer freien Marktwirtschaft noch funktioniert, d. h. bei der eine soziale Revolution vermieden wird.

Wird nämlich die Ungleichheit in der Einkommensverteilung zu einer schreienden Ungerechtigkeit, wie etwa im zaristischen Rußland oder in vielen feudalen, unterentwickelten Gebieten noch jetzt, so sprengt der Unwille der arbeitenden Bevölkerung das ganze System früher oder später in die Luft.

Wann das allerdings eintritt, ist nicht primär ökonomisch bestimmt. Die sozialen und politischen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit kommen hier ins Spiel. Es muß den Leuten jemand sagen, daß es ihnen schlecht geht; es darf ihnen wieder nicht so schlecht gehen, daß sie zu einer Aktion unfähig werden; der polizeiliche und militärische Machtapparat muß genügend geschwächt sein usw. Die Aufgabe der ungefähren Bestimmung der Bruchgrenze eines sozialen Systems bei zu hohem Besitzeinkommen und damit die Obergrenze der möglichen Verzinsung ist eine solche der politischen Soziologie, und ich werde darauf nicht weiter eingehen.

Damit haben wir zwei Grenzen, innerhalb deren die tatsächliche Verteilung liegen muß. Wie sie in diesen Grenzen bestimmt wird, will ich in Thesenform wieder an die Spitze stellen.

3. These: Die Verteilung hat primär nichts zu tun mit den relativen Seltenheiten von Kapital und Arbeit. Innerhalb der oben festgelegten Grenzen hängt sie vielmehr ab

1. von der relativen Stärke von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und dem praktischen Vorgehen bei Lohnverhandlungen;

— Aus einer Mitteilung des Kollegen *Lütge* an mich auf eine Anfrage über Zinssätze im Mittelalter, für die ich ihm herzlich danke, gestatte ich mir zu zitieren: „Einen Satz von 5 % finden wir nur gelegentlich bei solchen Anlagen, die die größte Sicherheit boten, so etwa in den südlichen Niederlanden um 1500. Aber zugleich finden wir in den nördlichen Niederlanden bei Kommunalkredit 10 bis 20 % und bei Darlehen der Fürsten 25 bis 50 %. Dies ist nur ein Beispiel für viele."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. von der Bankpolitik;
3. von den Marktformen;
4. von der Vergangenheit, was ich als Prinzip des rekurrenten Anschlusses bezeichnen möchte.

Die These bestreitet zunächst die heutige Anwendbarkeit von Theorien, mit denen wir sozusagen groß geworden sind, nämlich den Grenzproduktivitätssätzen von Lohn und Zins, die später zur *Clark*schen Verteilungstheorie ausgebaut wurden und die ihren konzisesten Ausdruck im *Walras-Pareto*schen-System des allgemeinen Gleichgewichts gefunden haben. Aus ihnen folgt, daß es nur ein System von Löhnen und Preisen gibt, das mit Vollbeschäftigung von Arbeit und Produktionsmitteln verträglich ist. Die Verteilung ist also sozusagen naturgesetzlich festgelegt, wenn man Vollbeschäftigung haben will, und zwar so, daß sie sich um so günstiger für die Arbeit gestaltet, je mehr diese mit Kapital ausgestattet, d. h. je relativ seltener sie ist.

Es läßt sich nun statistisch, wie ich glaube, völlig einwandfrei zeigen, daß das falsch ist. Die Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz ist in den industrialisierten Ländern sehr verschieden. In der Anlage 9 finden Sie einige Angaben darüber. Aber weder hat das monetäre Zinsniveau dieser Länder, das Sie in Anlage 10 finden, noch die Verzinsung des Realkapitals oder das Gewinniveau, das für Deutschland und die USA in Anlage 11 wiedergegeben ist, noch die Verteilung, die Sie für Deutschland und die USA in den Anlagen 2 und 4 vergleichen können, damit irgend etwas zu tun. Während in den USA etwa doppelt soviel Kapital pro Arbeitsplatz investiert ist wie in Deutschland, ist die Verteilung doch praktisch gleich und in den USA eher nachteiliger für die Arbeit als in Deutschland. Auch das Gewinniveau der Aktiengesellschaften in den USA ist höher als in Deutschland, das monetäre Zinsniveau allerdings jetzt niedriger. Da wir das technische Wissen und Können in wesentlichen als gleich ansehen dürfen, ist die Grenzproduktivitätstheorie als Erklärungsgrund für die Verteilung — nicht natürlich als Lohn- oder besser: Beschäftigungstheorie für kleine Bereiche der Volkswirtschaft — offensichtlich durch die Tatsachen widerlegt.

Die Gründe dafür sind die folgenden:

1. Die moderne Technologie ist nicht mehr durch beliebige Substituierbarkeit eines Faktors gegenüber einem andern gekennzeichnet, wie es noch in der nicht-maschinisierten Landwirtschaft der Fall war, von der die klassischen Überlegungen ausgegangen sind. Vielmehr haben wir definitive Prozesse. Zur Herstellung eines gewisssen Produktes hat man normalerweise die Wahl zwischen verschiedenen Verfahren. Jedes Verfahren oder jeder Prozeß, ist nun charakterisiert durch die Verwendung einer bestimmten Art und Zahl von Ma-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schinen, Rohstoffen und Arbeitskräften, die nicht untereinander substituiert werden können. Jeder Prozeß kann auf höherer oder niedrigerer Skala erfolgen, d. h. man kann mehr oder weniger Endprodukte erzeugen, braucht aber dafür entsprechend mehr oder weniger Faktorenpakete. Da praktisch mit der Installation einer Fabrikationsanlage definitiv auch über den Prozeß entschieden ist, der zur Anwendung kommen soll, können Produktionsveränderungen kurzfristig nur durch Veränderung der Skala erfolgen, auf der der Prozeß stattfinden soll, nicht durch Veränderung der Prozesse. Damit erhalten wir an Stelle der „klassischen" s-förmig gebogenen Kostenkurve über weite Bereiche proportionale Kosten, eventuell mit Sprungstellen.

2. Die klassischen Voraussetzungen der vollständigen Konkurrenz oder des Monopols sind heute unzutreffend. Beide Marktformen sind Ausnahmen geworden. Normalerweise ist jede Firma in ein Netz von Konkurrenzbeziehungen eingespannt derart, daß sie mit gewissen ökonomisch „umliegenden" oder „angrenzenden" Firmen konkurriert, diese wieder mit andern usf. Keiner kann hier handeln, ohne die Reaktion der Kunden und der Konkurrenten zugleich in Betracht zu ziehen.

Die unvollständige (oder monopolistische) Konkurrenz ist die heutzutage typische Marktform. In ihr sind aber Nachfrage und Erlöskurven geknickt. Daraus folgt[20], daß die Produktionsmenge weitgehend

[20] Abb. 3 zeigt schematisiert die jetzt vorherrschende Situation für eine Firma. N ist die Nachfragekurve, E die Erlöskurve, K die Kostenkurve. Man sieht unmittelbar, daß die optimale Produktionsmenge bei praktisch jeder Kostengröße (vgl. etwa die gestrichelte Kostenkurve K* für höhere Kosten)

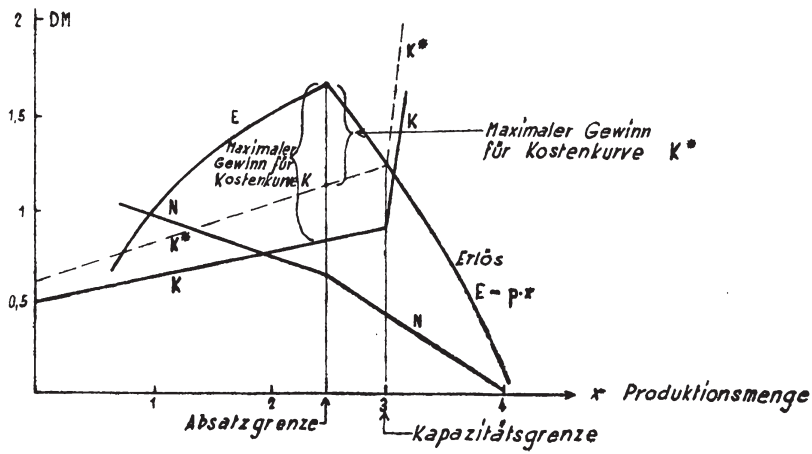


Abb. 3

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unabhängig von den Kosten ist. Die Absatz- oder die Kapazitätsgrenze bestimmt die Produktion. Mit größerem Absatz steigt der Gewinn, und das gilt für alle möglichen Kostengrößen. Höhere Lohnkosten, soweit sie nicht direkt zu Verlusten führen, bewirken also keinen volkswirtschaftlich bedeutsamen Beschäftigungsrückgang, sondern eine Gewinnverminderung oder Preissteigerung, wenn eine Überwälzung möglich ist. Die Beschäftigungsobergrenze ist durch den vorhandenen Produktionsapparat bestimmt, nicht durch die Höhe der Löhne. Inwieweit sie erreicht wird, hängt von der wirksamen Nachfrage ab. Hierbei ist, wie gesagt, immer vorausgesetzt, daß die Löhne die risikobedingte Mindestverzinsung unangetastet lassen.

Aus all dem folgt, daß Lohnhöhe, Beschäftigung und Verteilung nicht in einem eindeutigen, technisch bestimmten Zusammenhang stehen. Der Apparat der Marktwirtschaft arbeitet mit verschiedener Verteilung gleich gut. Er hat in Wirklichkeit viel mehr Freiheitsgrade, als die klassische Theorie glauben machen wollte. — Wovon hängt die Verteilung nun aber tatsächlich ab, wenn nicht von natural-

---

durch die Absatzgrenze, d. h. den Knick in der Nachfragekurve, bestimmt ist, bzw. durch den Knick in der Kostenkurve, d. h. die Kapazitätsgrenze, wenn diese tiefer liegt. Die Lage des Knicks in der Nachfragekurve, also die Absatzgrenze für die Firma, folgt aus der Marktsituation. Ihre Ableitung ist schwieriger; vgl. hierzu W. *Krelle*, „Unbestimmtheitsbereiche in der Preisbildung als ein Erklärungsgrund für Änderungen der Einkommensverteilung", Schriften des Vereins für Sozialpolitik N. F. Bd. 12, S. 61—96.

Es läßt sich aus diesen Voraussetzungen ableiten, daß

1. der Preis des Endprodukts gleich oder größer als die Grenzkosten sein muß:

$$p_x \geqq \frac{dK}{dx}$$

Würde die Preisgestaltung tatsächlich nur die Grenzkosten umfassen, so würden jetzt Verluste in Höhe der fixen Kosten entstehen;

2. der Lohn gleich oder kleiner als das Netto-Grenzprodukt der Arbeit sein muß

$$l \leqq \frac{dP}{da}$$

wobei P das Nettoprodukt bedeutet und a die Arbeiterzahl. Würde das Netto-Grenzprodukt der Arbeit an jeden Arbeiter ausgezahlt, so würden jetzt Verluste entstehen; jeder Arbeiter ist ja bei einem gegebenen Produktionsprozeß nicht oder doch kaum substituierbar, jedem müßte nach dem Grenzproduktivitätssatz also ziemlich das ganze Produkt zufallen;

3. der Preis eines sachlichen Produktionsmittels gleich oder kleiner als sein Grenzerlös ist:

$$p_m \leqq \frac{dP}{dm}$$

wobei P wieder das Nettoprodukt und m die Menge des betreffenden Produktionsmittels bedeutet. Auch hier würde wegen der fehlenden (oder doch sehr geringen) Substituierbarkeit eine Entlöhnung nach dem Grenzerlös Verluste für das Unternehmen bringen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirtschaftlichen Daten wie den relativen Seltenheiten von Kapital und Arbeit?

1. Bei konstantem Preisniveau offensichtlich von den Geldlöhnen. Bleiben die Preise, wie sie sind — ob das realistisch ist, werden wir gleich untersuchen —, so steigern höhere Löhne die Kosten und verringern den Gewinn, verbessern also die Verteilung für die Arbeiter, ohne die optimale Produktionsmenge und damit die Beschäftigung wesentlich zu beeinflussen. Die Geldlöhne werden aber in den Tarifverhandlungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gebildet, und dort entscheidet die relative Stärke der Verhandlungsposition und das Verhandlungsgeschick. Dies ist also ein entscheidender Faktor für die Verteilung.

Aber auch die Art und Weise der Lohnbestimmung ist von Einfluß. Es gibt hier zwei Extreme: entweder die Gewerkschaften bestehen auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit — dann muß man auf den schlechtesten Betrieb, den man noch erhalten will, Rücksicht nehmen und muß den besseren ihre Differentialgewinne lassen. Das ist im wesentlichen das deutsche System. Natürlich ist die Verteilung dadurch für die Arbeiter verschlechtert. Oder man macht Betriebstarife und verlangt von guten Betrieben hohe Löhne, während man den schlechten Zugeständnisse macht. Das ist im wesentlichen das amerikanische System. Hier kann offensichtlich die Gewinnzitrone viel besser ausgequetscht werden, und die Verteilung ist insoweit günstiger für die Arbeiter.

2. Kommt es bei der Bestimmung der Verteilung darauf an, ob durch Lohnerhöhungen die Preise steigen und in welchem Ausmaß. Das hängt im wesentlichen von der Stärke der Zentralbank, der Elastizität des Geschäftsbanksystems und dem Fiskus ab. Haben wir eine wachsame und aktionsfähige Zentralbank und sind die Geschäftsbanken an der Grenze ihrer Geldschöpfungsmöglichkeit, so werden restriktive Maßnahmen bei Versuchen der Überwälzung von erhöhten Lohnkosten auf den Preis die Gesamtnachfrage eindämmen. Das verringert den Absatz für jede Firma. Früher oder später wird einer der Konkurrenten mit Preissenkungen beginnen und somit für alle die Preisobergrenze wieder nach unten verschieben. Eine starke Zentralbank (in Verbindung natürlich mit einer entsprechenden Fiskalpolitik und einem unelastischen Geschäftsbanksystem) hat es also in der Hand, aus Geldlohnerhöhungen Verbesserungen der Verteilung für die Arbeiter zu machen. Das allein liegt im Interesse der Arbeiter; und so ist vom Gesichtspunkt der Verteilung aus die inflationsfreudige Haltung mancher sozialistischer Regierungen nicht recht verständlich. — Eine schwache Zentralbank, die eine Finanzierung der Lohnerhöhungen über zusätzliches Geld und damit eine Ausweitung der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gesamtnachfrage zuläßt, ein sehr elastisches Geschäftsbank-System, das sich den Einwirkungen der Zentralbank lange entziehen kann, oder eine ausgabenfreudige Finanzgebarung der öffentlichen Hand führen dagegen die Überwälzung der erhöhten Lohnkosten geradezu herbei und verhindern damit wirksam jede Veränderung in der Verteilung. Natürlich kann bei partiellen Lohnerhöhungen immer noch eine Arbeiterschicht auf Kosten einer anderen gewinnen, aber der Nettoeffekt ist null. Da wir — leider — in den meisten westlichen Ländern durch rechtliche oder politische Hindernisse gehemmte Zentralbanken, elastische Geschäftsbanksysteme und ausgabefreudige Volksvertreter haben, sind die Chancen, über Geldlohnerhöhungen zu Verteilungsänderungen zu kommen, praktisch nicht sehr groß. Die moderne Theorie, wie sie etwa von Erich *Schneider* dargestellt wird, zeigt dies eindeutig.

3. Wie leicht nun Überwälzungen erhöhter Lohnkosten vorgenommen werden können, inwieweit also bei einer gegebenen Fiskalpolitik eine schwache Zentralbank oder ein elastisches Banksystem zur Gewinnerhaltung ausgenützt werden können, das hängt von der M a r k t f o r m im einzelnen ab. „Unvollständige Konkurrenz" ist nur ein Sammelbegriff für eine Vielfalt von Möglichkeiten der Marktstruktur. Ohne Preisabreden sind bei genügender Beweglichkeit der Nachfrage Preiserhöhungen eines Konkurrenten allein vor Erreichung der Kapazitätsgrenze nicht möglich. Er würde sich durch Verlust eines erheblichen Teils der Kundschaft schlechter stellen als vorher. Mit Preisabreden oder bei stillschweigender Anerkennung einer Preisführerschaft sind aber Preiserhöhungen ohne weiteres möglich, wenn nicht von Seiten der Zentralbank durch Zurückschrauben der Gesamtnachfrage entgegengewirkt wird. Hier liegt also die ganze Last der Gegenwirkung auf den Schultern der Zentralbank, während ohne Verabredung das Konkurrenzsystem selbst allen oder jedenfalls einen großen Teil des Drucks sozusagen in sich abfängt. Das ist die verteilungstheoretische Bedeutung der Kartellgesetzgebung.

4. Neben diesen bisher erwähnten drei Hauptfaktoren, die wir kurz als Gewerkschaften, Zentralbank und Marktform bezeichnen können, wirken noch eine Anzahl von verschiedenen anderen Kräften bei der Bestimmung der Einkommensverteilung mit und zwar alle in der Richtung, eine einmal bestehende Einkommensverteilung zu konservieren. Es ist nicht so, als ob man nur den Gewerkschaften den Rücken stärken, Absprachen der Produzenten verhindern und die Zentralbank den Geldwert verteidigen lassen müßte, um ohne weiteres die Verteilung zugunsten der Arbeiter zu verändern. Dem stellen sich beträchtliche institutionelle und sachliche Hindernisse entgegen. Das System selbst besitzt sozusagen einen Trägheitswiderstand, der den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

status quo zu erhalten trachtet. Damit wird eine Stetigkeit des Anschlusses an die Vergangenheit bewirkt, die nur bei wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Revolutionen unterbrochen wird. Wir können dieses Phänomen als Prinzip des rekurrenten Anschlusses bezeichnen. Eine der Hauptrollen hierbei spielt der langfristige monetäre Zinssatz. Die Aufnahme von Fremdkapital mit langfristiger Festlegung der Verzinsung nimmt der Firma die Möglichkeit, sich mit einer geringeren Gesamtkapitalverzinsung zufrieden zu geben. Während das Eigenkapital sich eine Zusammenpressung seines Gewinnes bis zu einem Minimum gefallen lassen muß, bleibt die Fremdkapitalverzinsung vertragsgemäß für sehr lange fest. Ein Versuch der Gewerkschaften, die Verteilung in ihrem Sinne zu beeinflussen, führt nun nicht mehr einfach zu einem Rückgang der Kapitalverzinsung ohne Folgen für Produktion und Beschäftigung. Vielmehr kann nur die Verzinsung des Eigenkapitals in jeder Firma bis zu dem möglichen Minimum heruntergedrückt werden; die des Fremdkapitals muß unverändert auf dem alten hohen Niveau bleiben, wenn die Firma nicht in Konkurs gehen soll. Je mehr also mit Fremdkapital gearbeitet wird, um so schwieriger ist eine Verbesserung der Verteilung für die Arbeiter, wenn sich der langfristige Zins einmal auf einem hohen Niveau eingespielt hat, weil sie nur im Zusammenhang mit schwierigen Finanzoperationen wie Zinskonversionen, Umschuldungen usw. ohne größere Erschütterungen der Wirtschaft zu erreichen ist. — Wir sehen also, daß das Verhältnis von Eigenkapital- zu Fremdkapitalfinanzierung eine bedeutende Rolle bei der Bestimmung der Verteilung spielt. Aber nicht nur ist das Zinsniveau für Fremdkapital sozusagen langfristig zementiert und damit dem Zugriff der Arbeiter weitgehend entzogen, vielmehr bewirkt eine hohe Fremdkapitalverzinsung auch ein Steigen des notwendigen Eigenkapitalzinses. Es ist dies das Phänomen, das man nach *Kalecki*[21] das „Prinzip des steigenden Risikos" (principle of increasing risk) nennt. Das Risiko, das sonst vom Gesamtkapital getragen wird, fällt ja nunmehr nur dem kleineren Eigenkapital zur Last. Die risikobedingte Mindestverzinsung, die nicht angegriffen werden kann, ist also höher, als wenn das Gesamtkapital am Risiko beteiligt ist. Auch aus diesem Grund wirkt eine hohe Fremdkapitalfinanzierung konservierend auf die Verteilung: die Unternehmer kämpfen bei Lohnverhandlungen viel früher mit dem Rücken an der Wand, als es bei ausschließlicher Eigenkapitalausstattung der Fall wäre[22].

[21] *Kalecki:* „The Principle of Increasing Risk", Economica 1937, pp. 440-447. Vgl. auch die Diskussion darüber in Economica 1938, pp. 445-460.

[22] Bei dieser Gelegenheit sei es gestattet, mit wenigen Worten auf die Zinstheorie einzugehen, wobei mit Zins der monetäre Zinssatz gemeint ist. Er hängt von zwei Faktoren ab: einmal von der durchschnittlichen Kapi-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die zweite Hauptrolle beim Prinzip des rekurrenten Anschlusses spielt die Verausgabung des Einkommens. Das Lohneinkommen geht zum allergrößten Teil in den Konsum, das Besitzeinkommen unter entwickelten Verhältnissen zum größten Teil in die Investition. Jede Verteilungsänderung verschiebt also auch die Investitionsquote und damit die Wachstumsrate, und zwar derart, daß ein hoher Lohnanteil automatisch eine geringere Fortschrittsrate bedeutet und umgekehrt. Bei einer solchen Lage kann man sehr bezweifeln, ob eine Politik der Vergrößerung der Lohnquote am Sozialprodukt überhaupt im langfristigen Interesse der Arbeiter selbst liegt. Denn jede jetzige Besserstellung muß unvermeidlich zu einer nicht wieder aufzuholenden Verschlechterung in späteren Jahren führen. Gewiß hat auch die heutige Generation ihr Recht, und sie sollte nicht nur zugunsten einer doch unsicheren Zukunft Opfer bringen. Aber hier gibt es ein vernünftiges Mittelmaß, das aber z. B. schon im Hinblick auf die erzwungenen Wachstumsraten der kommunistischen Wirtschaften nicht zu tief liegen sollte.

Mit jeder Wachstumsrate ist nun ein bestimmter Produktionsaufbau verbunden. Je größer die Wachstumsrate, um so relativ stärker ist die Grundstoff- und Produktionsmittel-Industrie entwickelt und um so schwächer die Konsumgutindustrie. Jede Verteilungsänderung mit der dadurch bedingten Änderung der Wachstumsrate erzwingt also einen erheblichen Umbau des ganzen Produktionsapparates, der nicht ohne partielle Krisen abgehen kann. Auch aus diesem Grund wird die gesamte Wirtschaft selbst sowie normalerweise auch die staatliche Wirtschaftspolitik sich drastischen Verteilungsänderungen widersetzen. Ein Ausweg aus dieser Situation wären Formen von Lohnerhöhungen, bei denen ein Teil des zusätzlichen Einkommens für die Investition gesperrt bleibt. So sehr sich dieser Ausweg auch aufdrängt, so bietet er doch politische, psychologische, organisatorische und institutionelle Schwierigkeiten, die nicht so leicht zu nehmen, aber wohl auch nicht unüberwindbar sind.

Ein dritter Faktor der Konservierung eines einmal bestehenden Zustandes ist das unbewußte oder bewußte Streben aller Indi-

---

talverzinsung überhaupt, d. h. vom Gewinn-Niveau. Auf die Dauer kann das Zinsniveau nicht über dem durchschnittlichen Gewinn-Niveau liegen. Die durchschnittliche Realkapitalverzinsung gibt also nur eine Obergrenze ab und auch das nur sehr langfristig. Wie die Erfahrung zeigt, kann der monetäre Zinssatz durchaus jahrelang über der durchschnittlichen Realkapital-Verzinsung liegen. — Der Hauptbestimmungsgrund des monetären Zinsfußes ist die Liquidität der Wirtschaft. Jede Verminderung der Liquidität treibt das Zinsniveau nach oben, in Extremfällen, wie in der Weltwirtschaftskrise, weit über das Gewinn-Niveau hinaus, da die Alternative zur Geldaufnahme für eine in Liquiditätsschwierigkeiten befindliche Firma ja nur der Konkurs ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

viduen und Familien, ihre relative Stellung in der Sozialpyramide zu halten. *Duesenberry*[23] *und Modigliani*[24] haben diese Tendenz bei der Konsumbestimmung sogar statistisch nachweisen können. Das wirkt sich so aus, daß jeder eine bessere Stellung für sich verlangt, wenn andere, die entweder unter oder über ihm auf der sozialen Stufenleiter stehen, ihre Lage verbessern konnten. Für das Wohlbefinden und die Befriedigung in einer Lebenssituation kommt es, wenn ein gewisses Minimum an Güterversorgung sichergestellt ist, nicht so sehr auf die absolute Größe des Realeinkommens an als vielmehr auf das Verhältnis des eigenen Realeinkommens zu dem der Umgebung. Eine relative Besserstellung einer Schicht der Bevölkerung gegenüber der anderen ist also nur gegen erheblichen Widerstand der letzteren durchzusetzen.

Alle diese Faktoren wirken nun dahin, die Verteilung trotz aller Änderungen in der Macht der Gewerkschaften, der Politik der Zentralbank und der Marktformen über lange Zeiträume relativ konstant zu lassen. Nur bei wirklichen Umbrüchen sind praktisch drastische Verteilungsänderungen zu erwarten. Das ist die Macht des Prinzips des rekurrenten Anschlusses.

V. Schlußbemerkungen

Damit sind, wie ich hoffe, die vorgetragenen Thesen zur Einkommensverteilung einsichtig gemacht und begründet.

Gestatten Sie mir noch einige Schlußbemerkungen.

Zunächst einmal muß man davor warnen, sich übertriebene Vorstellungen von der Auswirkung einer möglichen Verschiebung der Verteilung zugunsten der Arbeiter auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung zu machen. Wenn wir versuchsweise als risikobedingte Untergrenze der durchschnittlichen Verzinsung 3 % annehmen, so können Sie die Beträge, die für eine Umverteilung in Deutschland und den USA in Frage kämen, aus den Anlagen 12 und 13 des Anlagenbandes entnehmen. Sie sind nicht so groß wie die Zunahme des Arbeitseinkommens in einem einzigen Jahr bei der jetzigen Wachstumsrate.

Ich möchte auch vor einer Überschätzung der Verteilungsproblematik ganz allgemein warnen.

---

[23] *Duesenberry:* „Income-Consumption Relations and their Implications", p. 54—81, Income, Employment and Public Policy. Essays in Honor of Alvin H. *Hansen,* N. Y. 1948; s. auch: *Duesenberry:* „Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior", Cambridge/Mass. 1949.

[24] *Modigliani:* „Fluctuations in the Saving-Income Ratio: a Problem in Economic Forecasting", in: Studies in Income & Wealth, Vol. II, N.B.E.R., Part V, p. 371—441.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der ganze Ökonomismus, der das Wohlergehen allein vom Einkommen oder gar von irgendeinem makroökonomischen Verteilungsprozentsatz abhängig glaubt, ist einfach ein Unsinn. Eine Verteilungstheorie ist wichtig nur insofern, als sie einen Anhaltspunkt gibt, inwieweit extreme Unbilligkeiten auf d i e s e m Gebiet vorhanden sind oder nicht. Andere Gebiete wie soziale Gleichstellung, öffentliche Achtung, politische Freiheit, Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeit, Teilnahme am kulturellen Leben, Freude an der Arbeit und an der Gemeinschaft mit den Mitbürgern u. ä. sind mindestens ebenso bedeutsam und nicht aus der Einkommensstatistik abzulesen.

Trotzdem behält die Verteilungstheorie in ihrem Rahmen ihren Wert. Ist sie doch der Finger auf dem wunden Punkt einer freien Marktwirtschaft: das reine Besitzeinkommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlagen

I. Die grundlegende Beziehung

Der Besitzanteil am Volkseinkommen ist gleich dem Produkt aus der durchschnittlichen Realkapitalverzinsung und dem Privatkapital-Koeffizienten.

Ableitung:

Es sei:

Y = Volkseinkommen (= Netto-Sozialprodukt zu Faktorkosten)

B = Besitzeinkommen

$\beta = \frac{B}{Y}$ der Anteil des Besitzeinkommens am Volkseinkommen

K = gesamtes privates Volksvermögen

r = durchschnittliche reale Verzinsung des privaten Volksvermögens (= ursprünglicher Kapitalzins im Sinne von Böhm-Bawerk; enthält ausbedungenen Kapitalzins und reinen Unternehmergewinn), so daß $B = r \cdot K$ ist.

$k = \frac{K}{Y}$ der Privatkapital-Koeffizient.

Nach diesen Definitionen ist

$$\beta = \frac{B}{Y} = \frac{r \cdot K}{Y} = r \frac{K}{Y} = r \cdot k;$$

also $\beta = r \cdot k$

II. Übersicht über die Verteilung in Deutschland und den USA (Anl. 1 bis 5)

Bemerkungen zu den Berechnungen:

1. Es handelt sich um die Verteilung vor Abzug der direkten Steuern (Lohnsteuer, Einkommen- und Körperschaftschaftsteuer), vor Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und vor Empfang von Transferzahlungen (Unterstützungszahlungen, Renten usw.). Die Umverteilung des Einkommens durch Sozialversicherung und Staat ist also nicht berücksichtigt. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber sind als Arbeitseinkommen gerechnet, ebenso alle staatlichen Löhne und Gehälter (einschließlich der militärischen). Die unverteilten Gesellschaftsgewinne gelten als Besitzeinkommen.
2. Um eine Unterteilung des Gesamteinkommens in Arbeits- und Besitzeinkommen zu ermöglichen, braucht man zu dem statistisch ausgewiesenen Lohn- und Gehaltseinkommen der Unselbständigen noch das Arbeitseinkommen der Selbständigen (Landwirte, Handwerker, freie Berufe usw.). Deren Einkommen ist aber aus Besitz- und Arbeitseinkommen zusammengesetzt. Um die Komponenten zu trennen, wurde für Deutschland (Anlage 1 und 2) angenommen, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Selbständigen ebenso groß ist wie das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Unselbständigen. Alles darüber hinaus vorhandene Einkommen der Selbständigen wurde als Besitzeinkommen klassifiziert.
3. In den Berechnungen für die USA in Anlage 3 und 4 ist das gesamte Selbständigeneinkommen als Arbeitseinkommen gerechnet. Damit erscheint das Arbeitseinkommen hier sicher überhöht. Immerhin ist der Fehler nicht sehr bedeutend, wie sich an Hand der Kuznetsschen Zahlen über den Trend in der Einkommensverteilung zeigen läßt (Anlage 5). Das rechnerische Arbeitseinkommen der Selbständigen (berechnet unter der Voraussetzung, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Selb-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ständigen ebenso groß ist wie das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Unselbständigen) fällt fast völlig mit dem tatsächlichen Einkommen der Selbständigen zusammen, was beweist, daß das Besitzeinkommen der Selbständigen (Bauern, Handwerker, freie Berufe) minimal ist. —

Folgerungen:

1. Die Verteilung schwankt innerhalb einer gewissen Bandbreite.
2. Diese Bandbreite (etwa zwischen 10 und 25 % reines Besitzeinkommen) ist für alle entwickelten Länder etwa gleich (hier nur gezeigt für die USA und Deutschland).
3. In der Depression ist der Anteil des Besitzeinkommens (im oben definierten Sinn) kleiner als im Konjunkturaufschwung.

III. Zur Berechnung der Verteilung aus Realverzinsung und Kapitalkoeffizient (Anl. 6 bis 8)

1. Schätzung des privaten Volksvermögens in Deutschland, s. Anlage 6.
2. Der Privatkapital-Koeffizient für Deutschland, USA und Großbritannien, s. Anlage 7.
   Folgerung:
   1. Der Kapitalkoeffizient sinkt leicht mit dem technischen Fortschritt.
   2. Der Kapitalkoeffizient ist höher in der Depression und geringer im Konjunkturaufschwung.
3. Die durchschnittliche reale Verzinsung des Privatkapitals, berechnet nach der Formel $r = \frac{\beta}{k}$, s. Anlage 8.

   Zum Vergleich sind die Nettogewinnsätze der AG, die Gewinnsätze der AG ohne Berücksichtigung der Verluste und der durchschnittliche Obligationenzins mit aufgeführt.

   Folgerung:
   1. Die durchschnittliche Realkapital-Verzinsung bewegte sich in Deutschland etwa zwischen 1½ und 6½ %.
   2. Sie ist in der Depression am tiefsten, im Konjunkturaufschwung am höchsten.
   3. Die durchschnittliche Kapitalverzinsung (= ursprünglicher Kapitalzins von Böhm-Bawerk) ist nicht identisch mit dem monetären Zinsfuß. Die Durchschnittsrendite von Wertpapieren war in Deutschland z. B. in der Weltwirtschaftskrise sehr hoch, die durchschnittliche Kapitalverzinsung dagegen außerordentlich niedrig. (s. Anlage 8)
   4. Die Netto-Gewinnsätze der AG geben die Veränderungen der durchschnittlichen Kapitalverzinsung in Deutschland qualitativ richtig wieder. Noch besser folgt die Kurve der Gewinnsätze der AG unter Ausschluß der Verluste der durchschnittlichen Kapitalverzinsung (vgl. Anlage 8). Mit ihrer Hilfe könnte man die Verteilung durch die Beziehung $\beta = r \cdot k$ unmittelbar errechnen.

IV. Zur 3. These: Die relativen Seltenheiten von Kapital und Arbeit haben mit der Verteilung nichts zu tun. (Anl. 9 bis 11)

1. Kapital pro Arbeitsplatz
   als Index für die relative Seltenheit von Kapital und Arbeit, s. Anlage 9. Errechnet wurde:
   Volksvermögen geteilt durch Arbeitskräfte insgesamt (Unselbständige und Selbständige, also einschließlich der Arbeitslosen). Die gewählten Maßstäbe entsprechen grob den Währungsparitäten.
2. Durchnittsrendite von Obligationen
   als Index für den monetären Zinsfuß, s. Anlage 10.
3. Durchschnittsverzinsung des Privatkapitals (errechnet nach der Formel $r = \frac{\beta}{k}$) und die Nettogewinne der AG nach Steuerabzug für Deutschland und die USA, s. Anlage 11.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dies gibt einen Anhalt für die Realkapital-Verzinsung in den beiden Ländern.

Folgerungen aus 1. bis 3.:

1. Weder die monetären Zinssätze noch die durchschnittliche Verzinsung des Privatkapitals oder die Gewinnsätze der AG sind von der relativen Seltenheit unmittelbar abhängig.
2. Die monetären Zinssätze hängen wesentlich von der finanziellen Stabilität des betreffenden Landes und von der Geld- und Kreditpolitik ab und haben mit einer naturalwirtschaftlichen Seltenheit von Kapital und Arbeit primär nichts zu tun.
3. Die durchschnittliche Realverzinsung des Privatkapitals war in Deutschland und den USA zwischen den beiden Weltkriegen gleich hoch. Jetzt ist sie höher in den USA als in Deutschland. Sie ist durch die Konjunkturlage und andere Faktoren bestimmt, jedenfalls aber nicht durch irgendwelche naturalwirtschaftliche Seltenheit von Kapital und Arbeit.

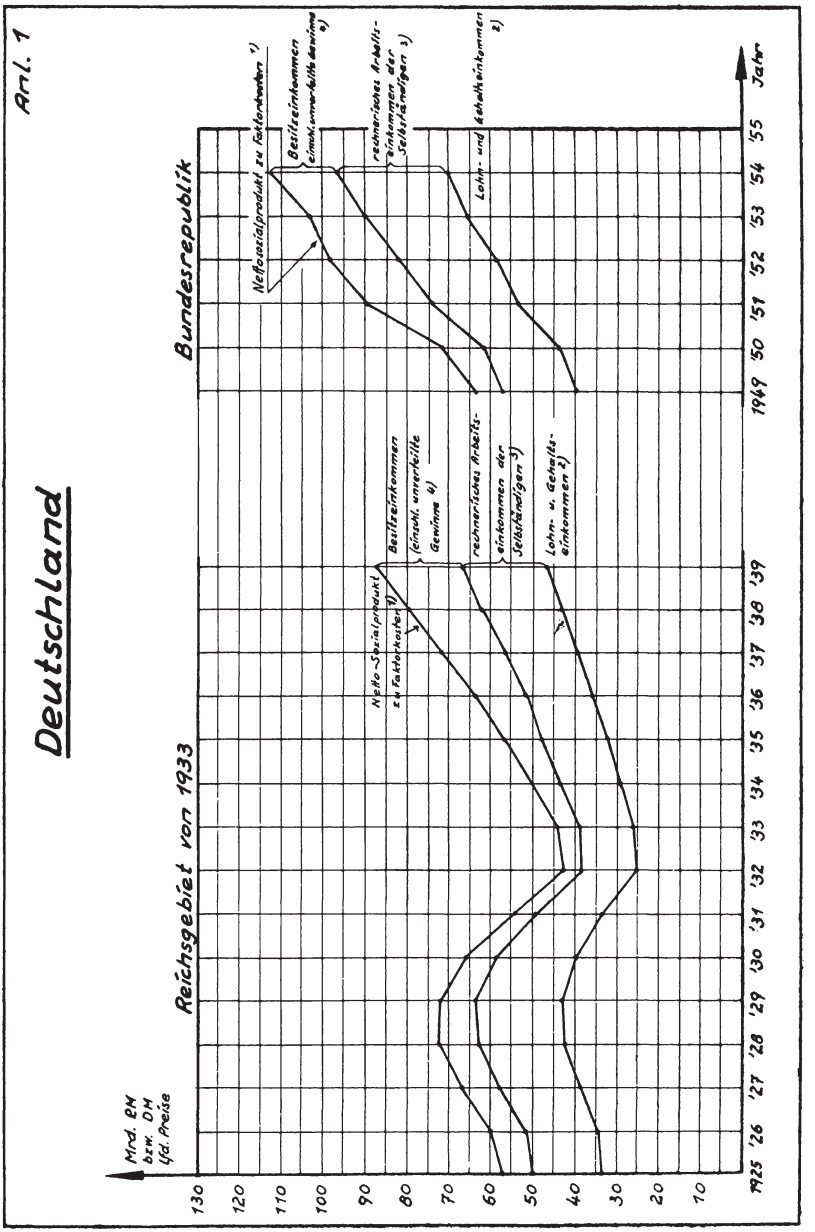
V. Über die Grenzen einer Verteilungsverbesserung (Anl. 12 und 13)

Verteilung bei 3%iger Verzinsung des Privatkapitals in Deutschland und den USA, konfrontiert mit der tatsächlichen Verteilung, s. Anlage 12 und 13).

Folgerungen:

Das Besitzeinkommen als Ganzes ist in Deutschland und den USA zwar noch zu komprimieren. Der Einkommenseffekt für die Arbeiter als Ganzes wird allerdings wenig spürbar sein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



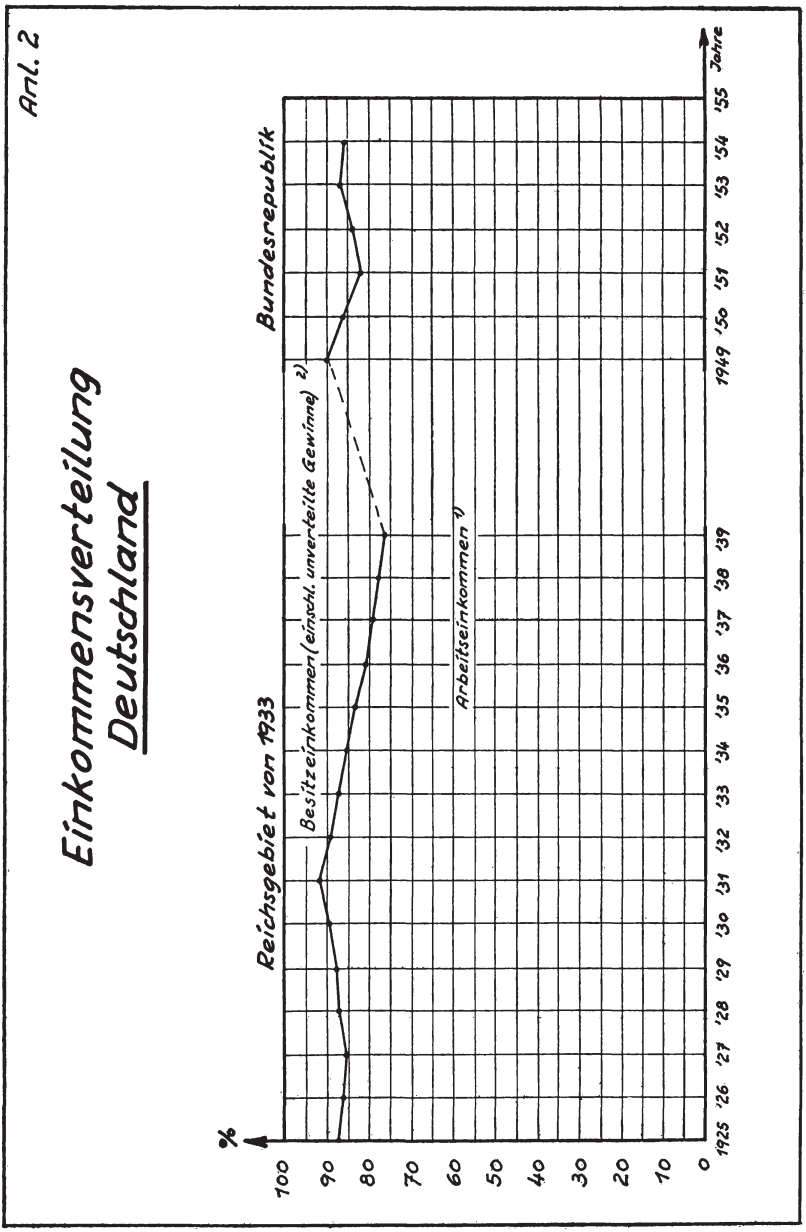
DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 1: **Deutschland**

	1925	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	1949	50	51	52	53	54
1) **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** zuf. „Wi. u. Stat." 1954, S. 63 u. S. 514 (Mrd. RM bzw. DM)	57.397	60.050	67,285	72,395	72,297	66,199	53,794	42,597	44.049	50,443	56,849	63,599	71,477	79,798	87.187	63,1	71,5	89,9	98,1	103.7	112,3
2) **Lohn- und Gehaltseinkommen** (Mrd. RM bzw. DM); Quellen wie 1)	33,747	34,815	38,880	42,621	43,045	39,851	33,378	25,711	25.960	29.183	32,252	35,260	38,907	42,958	46,450	39,6	43,5	52,7	59,1	65,4	70,73
3) **Arbeitseinkommen der Selbständigen** errechnet unter der Annahme, daß die Selbständigen **im Durchschnitt** ein gleiches Arbeitseinkommen beziehen wie die Unselbständigen.																					
a) **Zahl der Unselbständigen** (Arbeiter, Angestellte, Beamte) in Mill.; für 1925, 1933 und 1939 zufolge Stat. Jahrb. 1941/42, S. 33, für Zwischenjahre linear interpoliert; ab 1949 = beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose zuf. Stat. Jahrb. 1953, S. 21, und 1955, S. 21	21,559	21,586	21.612	21,639	21,665	21,692	21,718	21,745	21,770	22,119	22,467	22,815	23,163	23,511	23,857	14,772	{15.631*) 15,384	16,047	16,411	16,879	17.508
b) **Zahl der Selbständigen** (= Selbständige + mithelfende Familienangehörige) in Mill. Bis 1939: Quellen wie oben unter 3 a); ab 1949: für 1950 nach der Volkszählung vom 13. 9. 50; Stat. Jahrb. 1955, S. 109, für übrige Jahre: geschätzt auf Grund der Vorkriegsbewegung	10,450	10,459	10,469	10,478	10,488	10,497	10,507	10,516	10,526	10,506	10,487	10,468	10,449	10,430	10,411	6,400	6,406	6.412	6,418	6,424	6,430
c) **Durchschnittseinkommen der Unselbständigen** = $\frac{2)}{3\,a)}$ (RM bzw. DM)	1 565	1 613	1 799	1 970	1 987	1 837	1 537	1 182	1,192	1 319	1 436	1 545	1 680	1 827	1 947	2 681	2,828	3 284	3 601	3 875	4 040
d) **Rechnerisches Arbeitseinkommen der Selbständigen** = 3 b) • 3 c) (Mrd. RM bzw. DM)	16,357	16,868	18,834	20,637	20,837	19,284	16,147	12.433	12,551	13,861	15,054	16,177	17,551	19,057	20,270	17.158	18,116	21,057	23,111	24,893	25,977
4) **Besitzeinkommen** = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten — Lohn- und Gehaltseinkommen — rechnerisches Arbeitseinkommen der Selbständigen = 1) — 2) — 3 d) in Mrd. RM bzw. DM	7,293	8,367	9.571	9,137	8,415	7,064	4,269	4,453	5,538	7,399	9.543	12,162	15,019	17,783	20,467	6,3	9,8	16.1	15,8	13,4	15.6

*) nach Volkszählung Stat. Jahrb. 1955, S. 109.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



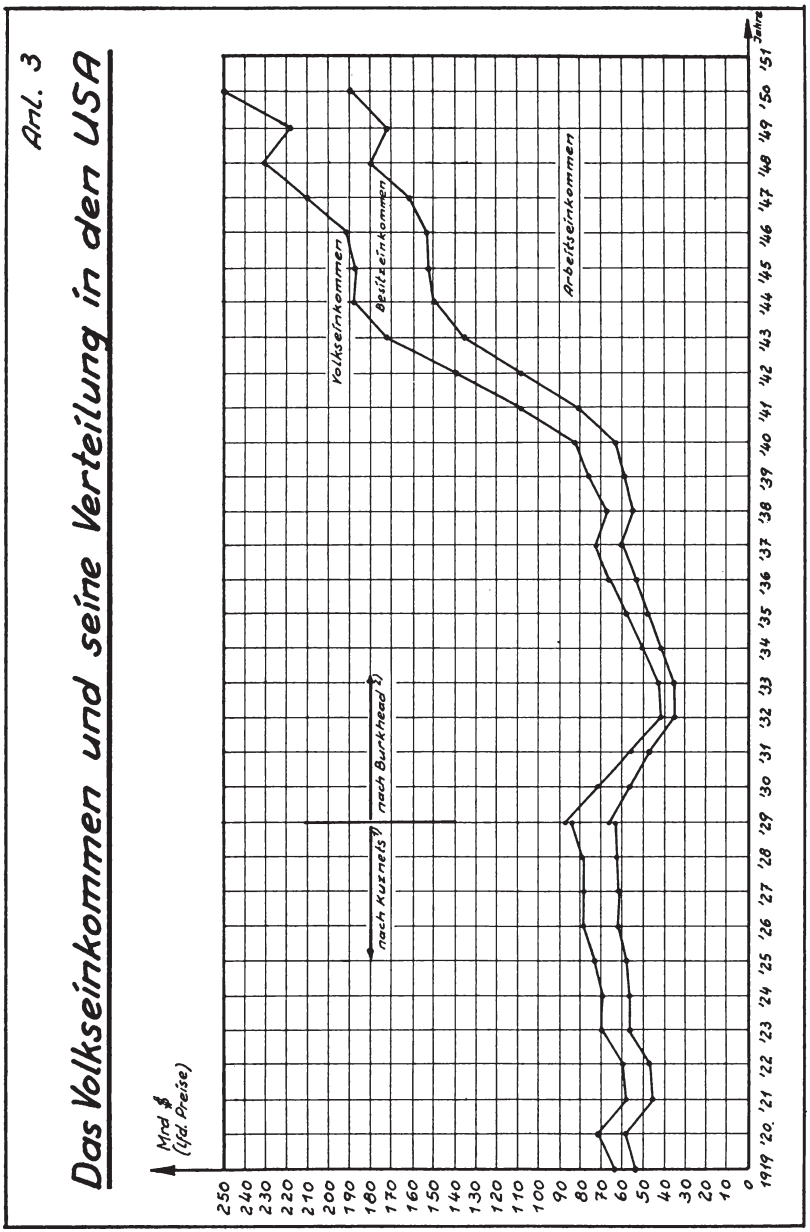
DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 2: **Einkommensverteilung Deutschland**

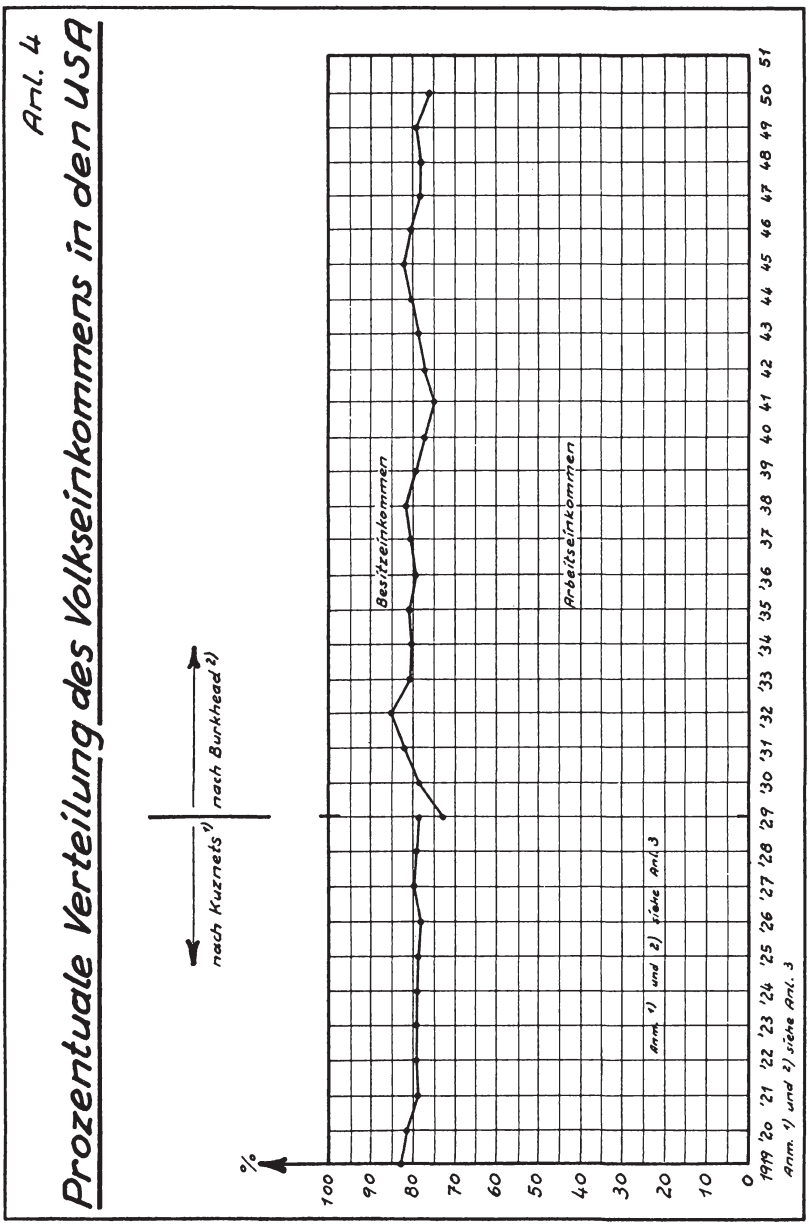
	1925	26	27	28	29	30	31	32	33	34
1) **Arbeitseinkommen der Unselbständigen und Arbeitseinkommen der Selbständigen in % des Nettosozialproduktes zu Faktorkosten** zuf. Anl. 1	87,3	86,1	85,8	87,4	88,3	89,3	92,05	89,5	87,5	85,3
2) **Besitzeinkommen in % des Nettosozialproduktes zu Faktorkosten** zuf. Anl. 1	12,7	13,9	14,2	12,6	11,7	10,7	7,95	10,5	12,5	14,7

	35	36	37	38	39	1949	50	51	52	53	54
1) **Arbeitseinkommen der Unselbständigen und Arbeitseinkommen der Selbständigen in % des Nettosozialproduktes zu Faktorkosten** zuf. Anl. 1	83,2	80,9	79,0	77,8	76,6	90,0	86,3	82,1	83,9	87,1	86,1
2) **Besitzeinkommen in % des Nettosozialproduktes zu Faktorkosten** zuf. Anl. 1	16,8	19,1	21,0	22,2	23,4	10,0	13,7	17,9	16,1	12,9	13,9

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlagen 3 und 4: **Das Volkseinkommen und seine Verteilung in den USA**

	1919	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
1) **Arbeitseinkommen**	54,43	58.97	46.43	47,71	55.82	56 09	59.11	62.62	62,15	63.17	66.69					
Besitzeinkommen Mrd. $ lfd. Preise	11,1	13.4	12,11	12 13	14.17	14 22	15.33	16.8	15.66	16.62	18,3					
Gesamteinkommen (National Income)	65,53	72,37	58.54	59.84	69,99	70,31	74.44	79,42	77,81	79,79	84,99					
% **Anteil des Arbeitseinkommens** am Volkseinkommen	83,1	81,5	79,3	79,7	79,8	79,8	79,4	78,8	79,9	79,2	78,5					
% **Anteil des Besitzeinkommen** am Volkseinkommen	16,9	18,5	20,7	20,3	20,2	20.2	20,6	21.2	20,1	20,8	21,5					
2) siehe Anmerkung																
2) **Arbeitseinkommen**											64,571	56.723	47 073	35.452	35.062	40,724
Besitzeinkommen Mrd. $ lfd. Preise											23,153	15 229	9.859	6,037	8,360	9.798
Gesamteinkommen (National Income)											87,724	71,952	56,932	41.489	43.422	50,522
% **Anteil des Arbeitseinkommens** am Volkseinkommen											73.6	78,8	82,7	85.4	80,7	80,6
% **Anteil des Besitzeinkommen** am Volkseinkommen											26,4	21,2	17,3	14,6	19,3	19,4
2) siehe Anmerkung																

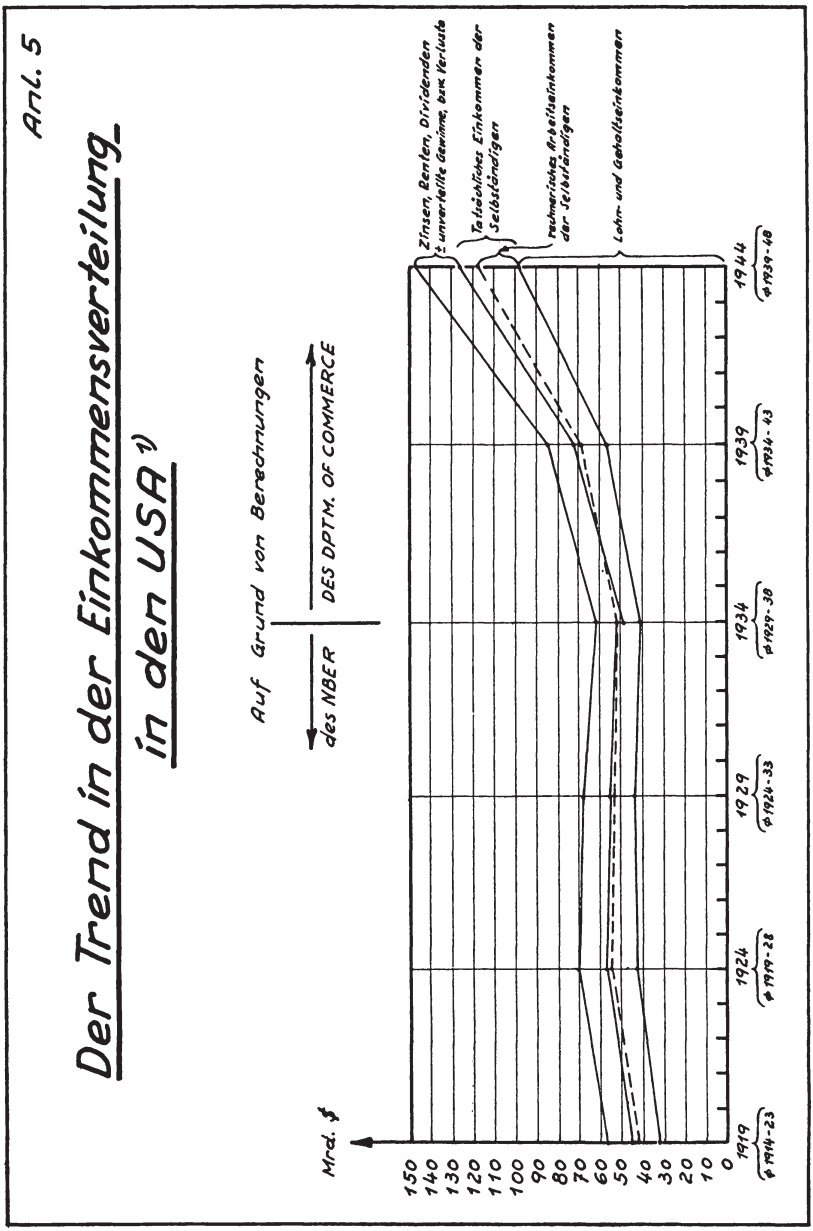
Fortsetzung der Tabelle siehe Seite 87.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
1) **Arbeitseinkommen**																
Besitzeinkommen Mrd. $ lfd. Preise																
Gesamteinkommen (National Income)																
% Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen																
% Anteil des Besitzeinkommen am Volkseinkommen																
1) siehe Anmerkung																
2) **Arbeitseinkommen**	47,015	52.737	59 974	55.294	59,268	64,498	81.428	108,304	136.097	150,230	154,386	154,202	164,900	180,312	173. 158	190 849
Besitzeinkommen Mrd. $ lfd. Preise	11,192	13.941	14.917	12.989	15,349	18,340	26,956	31,904	36,656	36 768	32 645	37.438	45,470	50,054	45.399	59.502
Gesamteinkommen (National Income)	58,207	66 678	74,891	67,383	74,617	82,838	108,384	140,212	172,753	186,998	187,031	191,730	210,370	230,366	218,557	250,351
% Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen	80,8	79,0	80,1	82,1	79,4	77,9	75,1	77,2	78,8	80,3	82,5	80,5	78,4	78.3	79,2	76,2
% Anteil des Besitzeinkommen am Volkseinkommen	19,2	21,0	19,9	17,9	20,6	22.1	24,9	22,8	21,2	19,7	17,5	19,5	21,6	21,7	20,8	23,8
1) siehe Anmerkung																

1) Nach Kuznets „National Income and its Composition, 1919—1938", NBER 1941, pp. 216—217; Zahlen auch bei Burkhead, „Changes in the Functional Distribution of Income", Journal of the Am.Stat.Ass. 48 (1953), p. 218.
2) Nach Burkhead (s oben), p. 212, Concept II, d. h. Gewinnsteuern sind in das Besitz- und Volkseinkommen eingerechnet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 5: **Der Trend in der Einkommensverteilung in den USA** (Anm. 1)

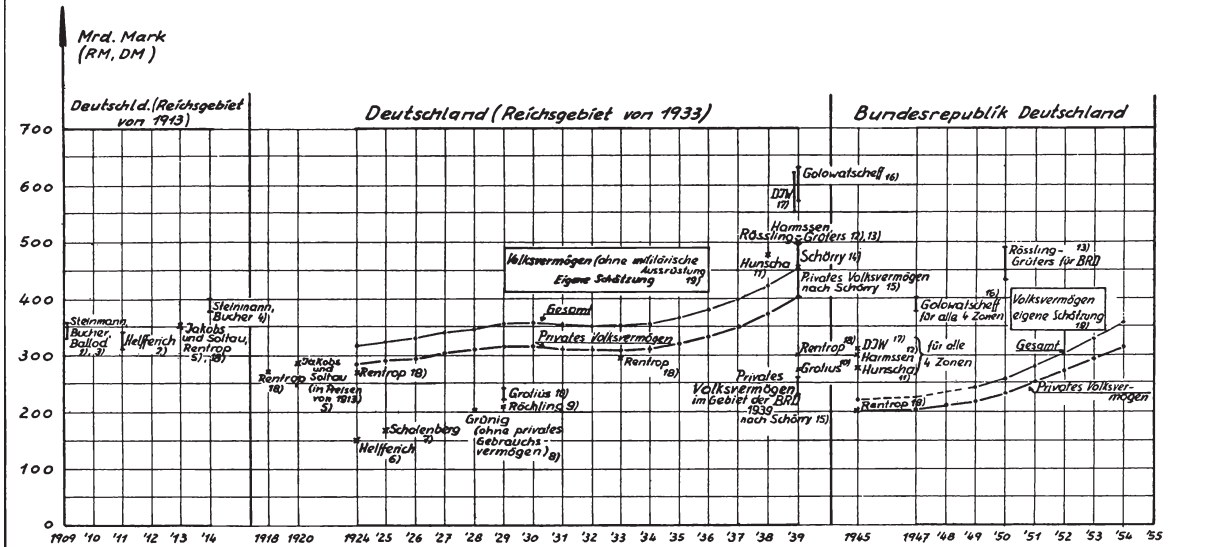
	1914 = Ø 1909—18	1919 = Ø 1914—23	1924 = Ø 1919—28	1929 = Ø 1924—33	1934 = Ø 1929—38	1939 = Ø 1934—43	1944 = Ø 1939—48
1) Unselbständigen-Einkommen (Employees Compensation) USA	21,5	32,2	43,0	43,8	41,0 ← NBER		
		Dptm. of Commerce →			40,5	56,7	99,3
2) Selbständigen-Einkommen (Entrepreneurial Income)	9,4	12,2	13,6	11,5	10,0 ← NBER		
		Dptm. of Commerce →			9,3	14,0	26,2
3) Besitzeinkommen (Property Income)	7,3	10,0	13,1	14,1	12,2 ← NBER		
		Dptm. of Commerce →			13,4	13,2	17,1
4) Unverteilte Gesellschaftsgewinne (Corporate Savings) (rechnet zum Besitzeinkommen)	+0,8	+1,3	+1,0	—0,6	—1,9	+0,6	+3,6
5) Volkseinkommen = (1) + (2) + (3) + (4) (alles Mrd. $ zu lfd. Preisen)	39,0	55,7	70,8	68,8	61,3	84,5	146,2
6) Unselbständig Beschäftigte (Employees) in Mill.	30,2	32,0	34,8	38,4	41,8	46,2	51,2
7) Durchschnittseinkommen der Unselbständigen $= \frac{1)}{6)}$ in 1000 $	0,712	1,06	1,35	1,14	0,980 ← NBER		
		Dptm. of Commerce →			0,970	1,23	1,94
8) Zahl der Selbständigen (in Mill.)	9,3	9,4	9,5	9,8	10,2	9,9	9,8
9) Rechnerisches Arbeitseinkommen der Selbständigen = (7) • (8) in Mrd. $	6,6	9,9	12,8	11,2	10,0 ← NBER		
		Dptm. of Commerce →			9,9	12,2	19,0
10) Tatsächliches Arbeitseinkommen = (1) + (9)	28,1	42,1	55,6	55,0	51,0 ← NBER		
		Dptm. of Commerce →			50,4	68,9	118,3

Zahlen zuf. Kuzets' „Long-Term Changes in the National Income of the USA since 1870", in „Income and Wealth", Ser. II, Cambridge 1952, pp. 133, 139 und nach den Ausführungen dort auf S. 132/134.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anl. 6

Schätzungen des deutschen Volksvermögens



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 6: **Schätzung des deutschen Volksvermögens**

1) Steinmann-Bucher, „350 Mrd. deutsches Volksvermögen. Das Volksvermögen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika. Neue Maßstäbe und Wege für deutsche Politik und Finanzwirtschaft", Berlin 1909.
2) Helfferich, „Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913", Berlin 1913.
3) Ballod, „Wie groß ist das deutsche Volksvermögen?" In „Verwaltung und Statistik", April 1914.
4) Steinmann-Bucher, „Das reiche Deutschland. Ein Wehrbeitrag", Berlin 1914 und „Deutschlands Volksvermögen im Krieg", Finanzwirtschaftliche Zeitfragen 24, Stuttgart 1916.
5) Jakobs und Soltau, nach einer nicht veröffentlichten Berechnung, Berlin 1930, zitiert nach „Investitionen, Sozialprodukt, Lebensstandard", (Harmssen-Bericht), Bremen 1947, Anl. V, S. 33.
6) Helfferich, „Der Schwund unseres Volksvermögens", Berliner Börsen-Courier 1924, No. 141.
7) Schalenberg, „Deutschlands Vermögensbildung und Verschuldung in den Jahren 1924 und 1925", Dissertation Köln 1927.
8) Grünig, „Der Wirtschaftskreislauf", München 1933.
9) Röchling, „Die Kosten des Weltkrieges für Deutschland", Kölnische Zeitung No. 105 v. 22. 2. 1931.
10) Grotius, „Die Ostgebiete als Bestandteil des Volksvermögens", Manuskript bearbeitet im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, März 1947.
11) Hunscha, „Krieg und Volksvermögen", in „Der Kurier", Berlin, No. 35 v. 9. 3. 1946.
12) Harmssen, „Investitionen, Sozialprodukt, Lebensstandard" (Harmssen-Bericht), Bremen 1947, Anl. V, S. 33.
13) Rössling-Grüters, „Zur Frage des Westdeutschen Volksvermögens", Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, No. 8, April 1951.
14) Schörry, „Das deutsche Volksvermögen", Finanzarchiv N. F. Jahrgang 11 (1948/49), S. 386 ff.
15) Berechnung auf Grund der Schörry'schen Zahlen unter Zuhilfenahme der Zahlen von Golowatscheff (s. Anm. 16) für das öffentliche Vermögen (vgl. hierzu Anm. 19).
16) Golowatscheff, „Der Verlust an Sachvermögen in Deutschland", Wiesbadener Kurier No. 82, v. 21. 6. 1947.
17) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, „Die deutsche Wirtschaft 2 Jahre nach dem Zusammenbruch", Berlin 1947.
18) Rentrop, „Versuch einer volkswirtschaftlichen Bilanz des Krieges für Deutschland", Europa-Archiv, August 1947.
19) Schätzung des Volksvermögens auf Grund der Schätzung Schörrys (s. Anm. 14) für 1939 (= 455 bis 500 Mrd. RM gesamtes Volksvermögen für das Reichsgebiet von 1933 und 260 bis 287 Mrd RM für das spätere Gebiet der Bundesrepublik Deutschland); öffentliches Sachvermögen nach Golowatscheff (s. Anm. 16) (= 45 bis 50 Mrd. RM für 1939 und Reichsgebiet von 1933; entsprechend 25 bis 30 Mrd. für das spätere Gebiet der B. R. D.). Das ergibt:
Privates Volksvermögen 1939 (Gebietsstand 1933): 405 bis 455 Mrd. RM. Wir wählen die Untergrenze: 400 Mrd. RM. Privates Volksvermögen 1939 (Gebietsstand der späteren B. R. D.): 230 bis 262 Mrd. RM. Rechnen wir Kriegszerstörungen nur zu 1/5 dieses Wertes (also zwischen 46 und 52 Mrd.), so kommen wir auf etwa 200 Mrd. RM als Privates Volksvermögen 1945. Das sind die Anfangswerte, die wir zur Errechnung der Bewegung des privaten Volksvermögens mit Hilfe der kumulierten Nettoinvestitionen 1924 bis 1939 und 1945 bis 1954 zurück- bzw. fortschreiben. Hierbei wurde das private Volksvermögen mit der gesamten Nettoinvestition fortgeschrieben mit Rücksicht darauf, daß die langlebigen Konsumgüter (Möbel

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

usw.) nicht in der Nettoinvestition erscheinen, aber doch zum Volksvermögen rechnen. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Posten „Möbel und Hausrat" des privaten Verbrauchs in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von der Größenordnung der staatlichen Investition, wenn wir etwa 1/5 für kurzlebigen Hausrat abrechnen. Das ergibt die Begründung für das angewandte Verfahren.

	1950	1951	1952	1953	1954
(1) Privater Konsum von Möbel und Hausrat zufolge Stat.Jahrb. 1954, S. 520, und 1955, S. 508 (Mill. DM)	4 120	5 195	5 277	5 959	6 470
(2) Staatl. Investition (Bauten) nach dem 7. OEEC-Bericht der Bundesregierung, zitiert nach den „Allgemeinen Vorbemerkungen zum Entwurf des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1956", S. 38 (Mill. DM)	.	2 510	2 860	3 390	3 710
(3) Langlebige Konsumgüterkäufe der öffentl. Verwaltung (ohne fremde Truppen) nach Berechnungen von Dipl.-Vw. Wiltrud Rehlen, Ökonometrisches Institut der Universität Heidelberg (Mill. DM)	293	454	459	498	515
(4) Gesamtvermögenszuwachs des Staates = (2) + (3) (Mill. DM)		2 964	3 319	3 888	4 225
(5) Geschätztes staatl. Vermögen (Mrd. DM) .... (1945: 20,0; 1949: 25,0)	27,0	29,5	32,4	35,8	39,5

Die staatliche Vermögensbildung wurde für die Vorkriegszeit durch lineare Interpolation zwischen Schätzungen zu Anfang und am Ende der betrachteten Periode gewonnen. Für 1924 schätzten Helfferich (s. Anm. 6) und Schalenberg (s. Anm. 7) das öffentliche Vermögen auf 35 Mrd. RM; für 1939 schätzte es Golowatscheff auf 50 Mrd. RM. Für die Zeit nach 1945 wurden die nach obiger Tabelle geschätzten staatlichen Investitionen aggregiert und dem geschätzten Ausgangsbestand, d. h. dem öffentlichen Vermögen in der Bundesrepublik 1945 zugezählt. Dabei wurden die Abschreibungen auf öffentliche Vermögen nicht berücksichtigt, da sie sich z. T. mit den langlebigen Konsumgüterkäufen des Staates kompensieren, z. T. infolge sofortiger Abschreibung von Anlagen nicht der wirklichen Abnutzung des Vermögensbestandes entsprechen. Die öffentlichen Abschreibungen betrugen:

	1950	1951	1952	1953	1954
(1) Abschreibungen auf öffentliche Gebäude (Mrd. DM)	0,14	0,14	0,15	0,15	0,16
(2) Abschreibungen auf Verkehrsbauten (Mrd. DM)	0,96	1,27	1,52	1,79	2,03
(3) Insgesamt (Mrd. DM)	1,10	1,41	1,67	1,94	2,19

Quelle: OEEC-Bericht der B.R.D. Tab. 7 (1), S. 56.

Rechnen wir mit 1/5 Kriegszerstörungen am öffentlichen Vermögen, so erhalten wir einen Wert des öffentlichen Vermögens 1945 im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von 20 Mrd. DM. Dies ist der Ausgangspunkt der Fortschätzung. — Auf diese Weise entstanden die folgenden Schätzungen:

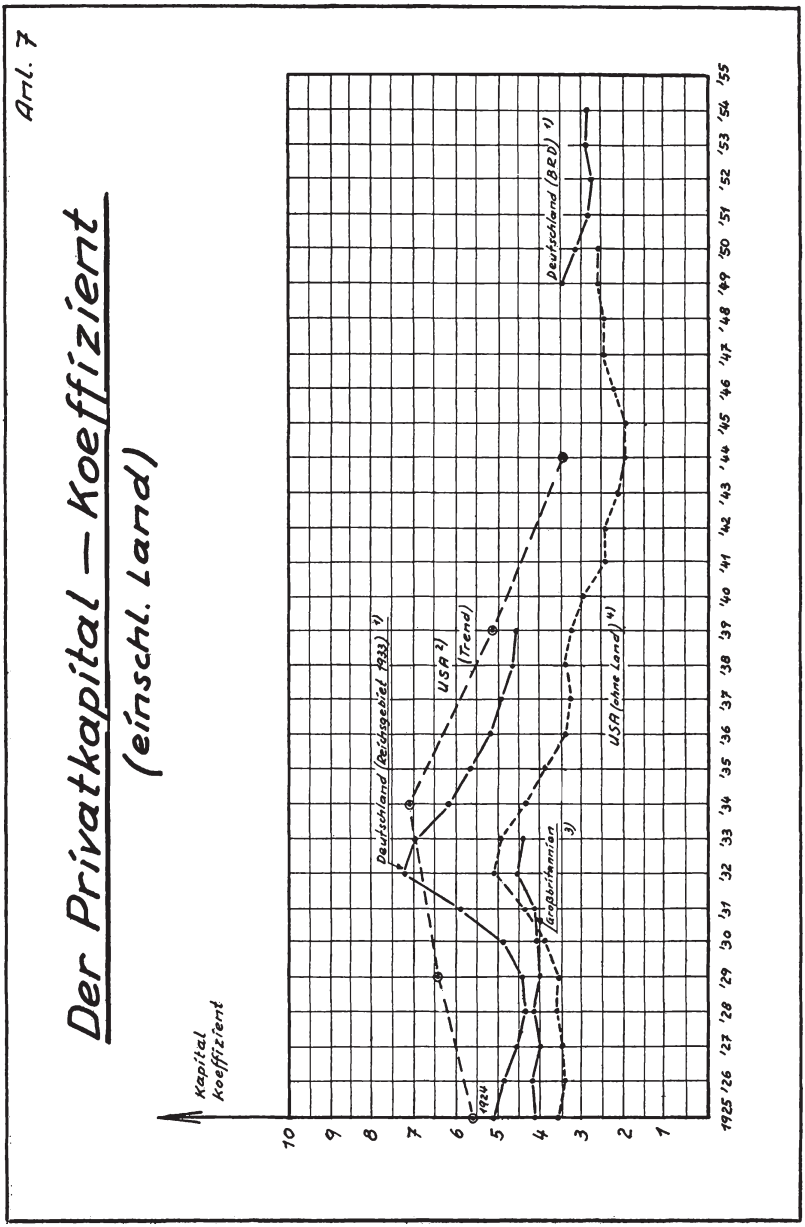
DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 6, Anm. 19

	1924	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
Schätzung des Volksvermögens												
a) **Nettoinvestitionen** (Mrd. RM bzw. DM)	8,072	7,393	2,798	10,988	9,622	4,592	—0,330	—5,073	—3,465	—0,138	+3,312	7,5
b) **Kumulierte Nettoinvestitionen** (Mrd. RM bzw. DM), 1924—1934 zuf. Stat.Jahrb. 1941/42, S. 610, 1935—1939 fortgeschätzt mit Hilfe der unverteilten Gesellschaftseinkünfte; 1945—1949 eigene Schätzung; 1949—1954 zuf. Stat.Jahrb. 1955, S. 508 und 506	8,072	15,465	18,263	29,251	38,873	43,465	43,135	38,062	34,597	34,459	37,771	45,2
c) **Schätzung des privaten Volksvermögens** (Mrd. RM bzw. DM) (in Preisen von 1938, Zuwächse in lfd. Preisen) 1939 = 400 Mrd., 1945 = 200 Mrd. (s. o.)	283	290	293	304	314	318	318	313	310	309	313	320
d) **Schätzung des gesamten Volksvermögens** 1924 = 318 Mrd., 1939 = 450 Mrd., 1945 = 220 Mrd. (s. o.)	318	326	330	342	343	358	359	355	353	353	358	366

	36	37	38	39	1945—48	49	50	51	52	53	54
Schätzung des Volksvermögens											
a) **Nettoinvestitionen** (Mrd. RM bzw. DM)	13,0	17,0	22,0	26,8	9,0	9,555	12,960	20,044	20,077	21,816	24,310
b) **Kumulierte Nettoinvestitionen** (Mrd. RM bzw. DM), 1924—1934 zuf. Stat.Jahrb. 1941/42, S. 610, 1935—1939 fortgeschätzt mit Hilfe der unverteilten Gesellschaftseinkünfte; 1945—1949 eigene Schätzung; 1949—1954 zuf. Stat.Jahrb. 1955, S. 508 und 506	58,2	75,2	97,2	124,0	9,0	18,555	31,515	51,559	71,636	93,452	117,762
c) **Schätzung des privaten Volksvermögens** (Mrd. RM bzw. DM) (in Preisen von 1938, Zuwächse in lfd. Preisen) 1939 = 400 Mrd., 1945 = 200 Mrd. (s. o.)	333	350	372	400	(1945) 200	218,6	231,6	251,6	271,6	293,5	317,8
d) **Schätzung des gesamten Volksvermögens** 1924 = 318 Mrd., 1939 = 450 Mrd., 1945 = 220 Mrd. (s. o.)	380	398	421	450	220	243,6	258,6	281,1	304,0	329,3	357,3

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 7

	1924	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	1944	1949	50	51	52	53	54
1) **Privatkapitalkoeffizient (= k) für Deutschland** $k = \frac{\text{Privates Kapital zuf. Anl. 6}}{NSP_F{}^{1}) \text{ zuf. Anl. 1, Anm. 1}}$		5,05	4,87	4,52	4,33	4,40	4,80	5,82	7,28	7,00	6,22	5,65	5,25	4,90	4,66	4,58		3,46	3,24	2,80	2,77	2,83	2,81
2) **Privatkapitalkoeffizient für die USA**, 10jährige, überlappende Durchschnitte[2])	5,56					6,49					7,17					5,11	5,48						
3) **Privatkapitalkoeffizient für Großbritannien**[3])		4,10	4,15	4,0	4,12	4,0	4,05	4,18	4,50	4,40	4,78	4,90											
4) **Privatkapitalkoeffizient für die USA** (ohne Land) = $\frac{\text{Total reproduc. tangible wealth}}{\text{Real net national income}}$ zuf. Goldsmith, „The Growth of Reproducible Wealth of the USA from 1805 to 1950", in: Income and Wealth. Ser. II, Cambridge 1952, p. 297 (volle Tabelle s. sep. Blatt)	3,46	3,51	3,45	3,58	3,68	3,51	3,99	4,36	5,07	4,94	4,30	3,85	3,37	3,27	3,49	3,21	1,94	2,67	2,61				

1) Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.

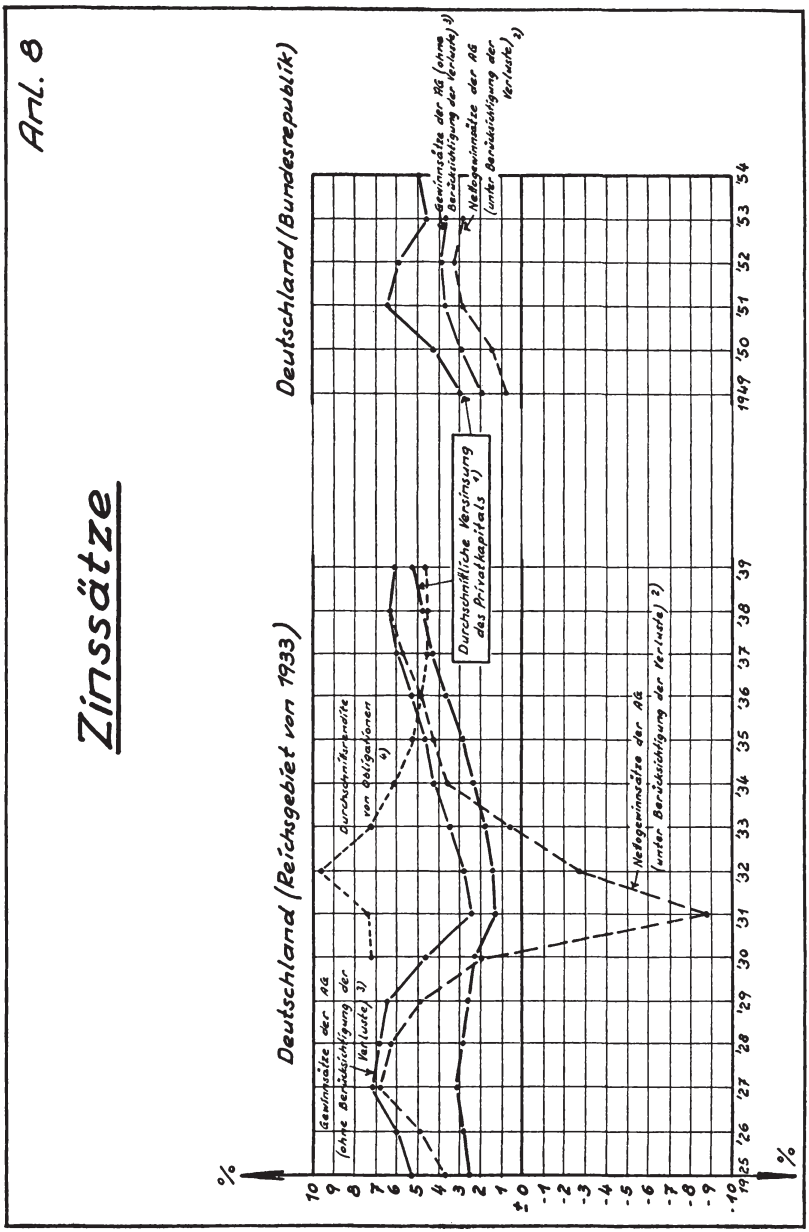
2) **Privatkapitalkoeffizient für die USA**, 10jährige, überlappende Durchschnitte. Die angegebenen Jahre sind die Mitteljahre der Periode. Errechnet nach Kuznets' „Long Term Changes in the National Income of the USA since 1870", in „Income & Wealth" Series II, Cambridge 1952. Privatkapital zufolge Kuznets, S. 78, Net National Product = Aggregate Payments + Corporate Savings zufolge Kuznets, S. 133.

3) **Privatkapitalkoeffizient für Großbritannien.** Privates Kapital für 1928 zufolge Stamp „The National Capital", London 1937, p. 31. Übrige Jahre extrapoliert nach dem Index von Feaveryear „Capital Accumulation and Unemployment", Economic Journal, June 1936, p. 214. Net National Income at Factor Cost nach Prest „National Income of the U. K. 1870—1946", Economic Journal, March 1948, p. 58.

4) Die vollständige Tabelle bei Goldsmith lautet:

1897	3,59	1905	3,34	1913	3,55	1921	3,91	1929	3,51	1937	3,27	1945	1,90
1898	3,57	1906	3,15	1914	3,84	1922	3,74	1930	3,99	1938	3,49	1946	2,24
1899	3,44	1907	3,19	1915	3,60	1923	3,37	1931	4,36	1939	3,21	1947	2,43
1900	3,41	1908	3,59	1916	3,35	1924	3,46	1932	5,07	1940	2,98	1948	2,51
1901	2,20	1909	3,16	1917	3,13	1925	3,51	1933	4,94	1941	2,43	1949	2,67
1902	3,29	1910	3,29	1918	3,00	1926	3,45	1934	4,30	1942	2,40	1950	2,61
1903	3,27	1911	3,47	1919	3,10	1927	3,58	1935	3,85	1943	2,12		
1904	3,45	1912	3,55	1920	3,56	1928	3,68	1936	3,37	1944	1,94		

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

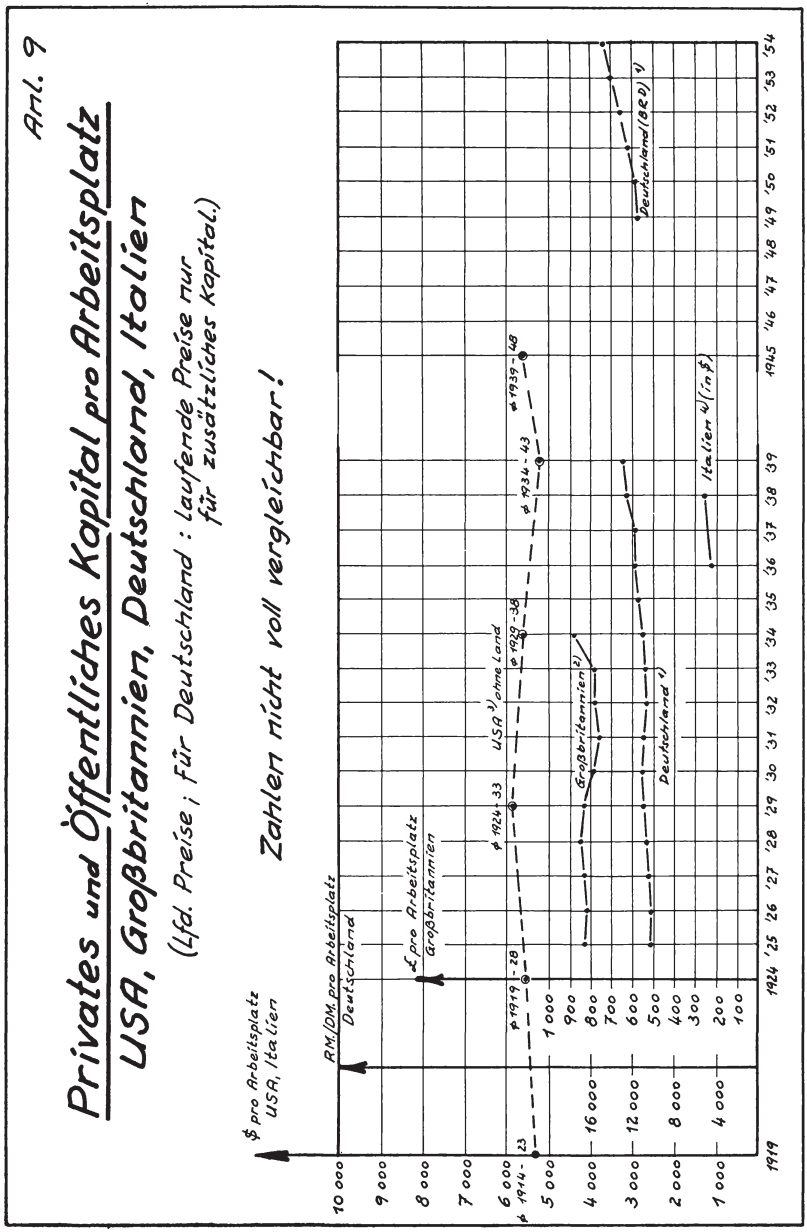


DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 8: **Zinssätze**

	1924	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	1949	50	51	52	53	54
1) Durchschnittliche Verzinsung des Privatkapitals =																						
= Besitzeinkommen zuf. Anl. 1, Anm. 4																						
Privates Kapital zuf. Anl. 6, Anm. 19c																						
oder r = $\frac{\beta \text{ zuf. Anl. 2, Anm. 2}}{k \text{ zuf. Anl. 7, Anm. 1}}$ in %		2,51	2,85	3,15	2,91	2,66	2,23	1,37	1,43	1,79	2,36	2,80	3,62	4,30	4,75	5,12	2,88	4,22	6,40	5,80	4,55	4,95
2) Nettogewinne der AG = Jahresgewinn — Jahresverlust aller AG, bezogen auf Grundkapital + Rücklagen in %, zuf. AG-Bilanzstatistiken in Stat.Jahrb. 1926 — 1941/42, 1954 und 1955 und Statistik der B.R.D., Bd. 131, S.40, 58, 63		3,76	4,98	6,80	6,39	4,90	2,19	-8,71	-2,68	0,49	3,59	4,21	4,80	5,84	6,16	5,97	0,68	1,39	2,90	3,20	2,80	
3) Gewinnsätze der AG ohne Berücksichtigung der Verluste = Jahresgewinn aller AG, bezogen auf Grundkapital und Rücklagen. Quellen wie 2)		5,36	5,35	6,11	7,25	6,95	6,27	4,57	2,37	2,78	3,43	4,24	4,60	5,34	5,92	6,22	6,03	1,88	2,99	3,66	3,87	3,62
4) Durchschnittsrendite von Obligationen in Deutschland, zuf. Stat. Jahrb. der Schweiz 1938, S. 474, und 1945, S. 567, in %							7,20	7,42	9,67	7,17	6,61	5,22	4,77	4,59	4,53	4,58	1940 4,48	1941 4,41				

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Anmerkungen zu Anlage 9 siehe S. 99 und S. 100.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 9: **Privates und öffentliches Kapital pro Arbeitsplatz**

	1925	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	1949	50	51	52	53	54
1) **Für Deutschland:** Gesamtes Volksvermögen zuf. Anl. 6, Anm. 19 d) geteilt durch Zahl der Unselbständigen u. Selbständigen zuf. Anl. 1, Anm. 3 a) und 3 b) in RM bzw. DM[1]	10200	10300	10600	10700	11100	11200	11000	10900	10900	11000	11100	11400	11800	12400	13100	11500	11850	12500	13300	14100	14900
2) **Für Großbritannien:**																					
(1) **Private National Wealth** errechnet nach Stamp, „The National Capital", London 1937, p. 30, für 1928; extrapoliert nach Feaveryear's Index in: „Capital Accumulation and Unemployment", Ec. J. June 1936, p. 214; in Mrd. £	16,3	16,2	16,5	17,1	16,8	16,1	15,3	16,1	16,4	18,6											
(2) **Public Property:** 1928 0,8 Mrd. £ nach Stamp, „The National Capital", Journal of the Royal Stat. Soc. 1931, p. 20, übrige Jahre geschätzt	0,8	0,83	0,86	0,9	0,92	0,92	0,9	0,9	0,93	0,96											
(3) **Gesamtes Volksvermögen Großbritannien** (= (1) + (2)) (Mrd. £ lfd. Preise)	17,1	17,0	17,4	18,0	17,7	17,0	16,2	17,0	17,3	19,6											
(4) **Zahl der Selbständigen und Unselbständigen** in Mill. nach Bowley, „Studies in the National Income 1924—1938", Cambridge 1942, p. 78	20,6	20,7	20,9	21,0	21,2	21,4	21,7	21,8	21,8	21,8											
(5) **Kapital pro Arbeitsplatz** $(= \frac{(3)}{(4)}$ in £)..	830	823	832	862	835	795	750	780	790	896											

1) Berechnungen über die Anlage-Investition pro Beschäftigten in einzelnen Industriezweigen sind kürzlich von Rolf Krengel vorgenommen worden. a) Rolf Krengel, „Die Anlage-Investitionen der Industrie, insbesondere der Investitionsgüterindustrien, in der Bundesrepublik seit der Währungsreform. Versuch einer Investitionsbilanz". Vj-Hefte zur Wi-Forschg. 1955, S. 339—359. b) Rolf Krengel, unter Mitwirkung von E. Baumgart und W. Moritz, „Die Anlage-Investitionen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in der Bundesrepublik seit der Währungsreform". Vj-Heft zur Wi-Forschg. 1956, S. 131—145.

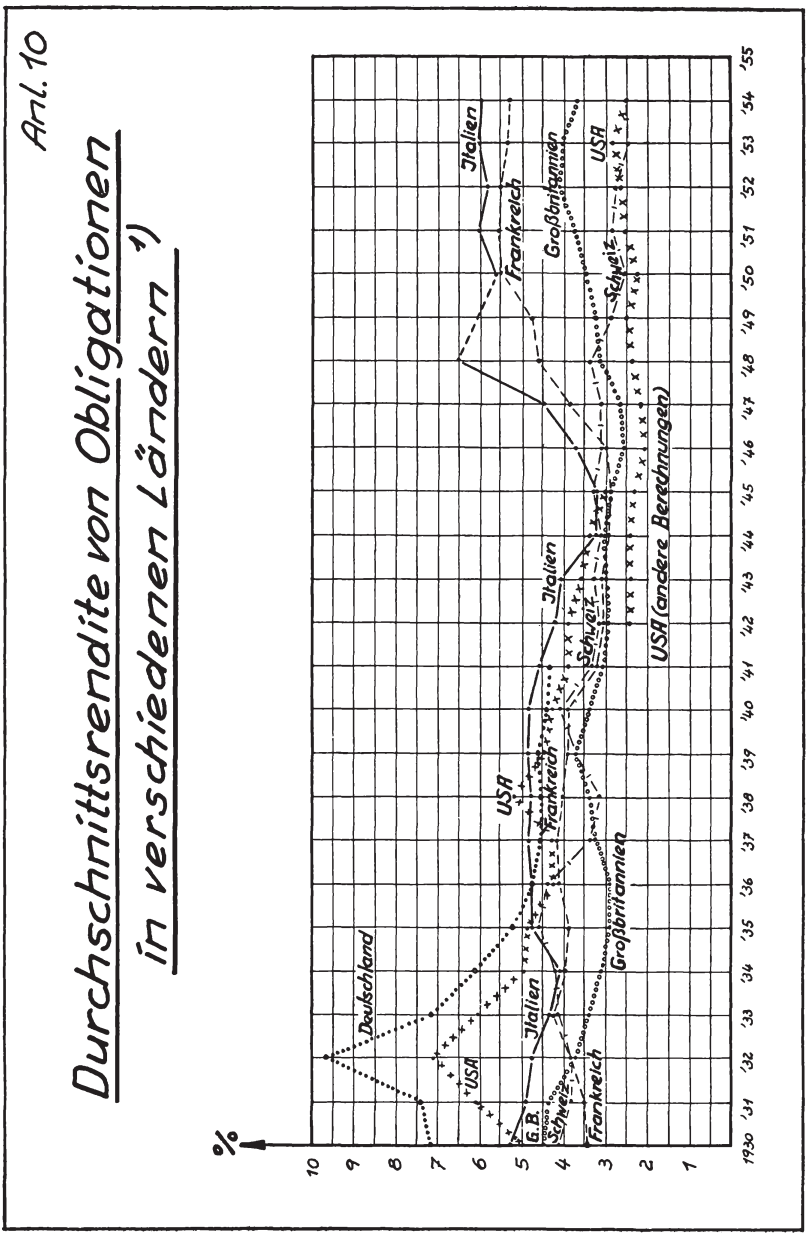
DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 9: (Fortsetzung)

	1914 = Ø 1909—18	1919 = Ø 1914—23	1924 = Ø 1919—28	1829 = Ø 1924—33	1934 = Ø 1929—38	1939 = Ø 1934—43	1944 = Ø 1939—48
3) **Für die USA:** Reproduziertes Kapital (in Mrd. $) nach Kuznets, „Long Term Changes in the National Income of the USA since 1870", in: Income and Wealth, Ser. II, Cambridge 1952, p. 78							
(1) **Reproduziertes Kapital**	200	215	244	283	290	288	347
(2) **Zahl der Selbständigen und Unselbständigen** nach Kuznets (s. o.), S. 139, in Mill.	39,5	41,4	44,3	48,2	52,0	56,1	61,0
(3) **Reproduziertes Kapital pro Berufstätigen** $(=\frac{(1)}{(2)})$ in $ lfd. Preise)	5 050	5 200	5 500	5 900	5 580	5 150	5 680

4) Für Italien: Zahlen (in $) nach Coppola D'Anna, „Economic Progress and Capital Investments", in: „Review of Economic Condition in Italy", 1947, p. 204, zitiert nach Salvatore Guidotti, „Il fabbisogno die capitale per unità lavorativa e tendenze nello sviluppo dell'occupazione", in: L'industria", rivista die economia politica 1952, No. 2, p. 184.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

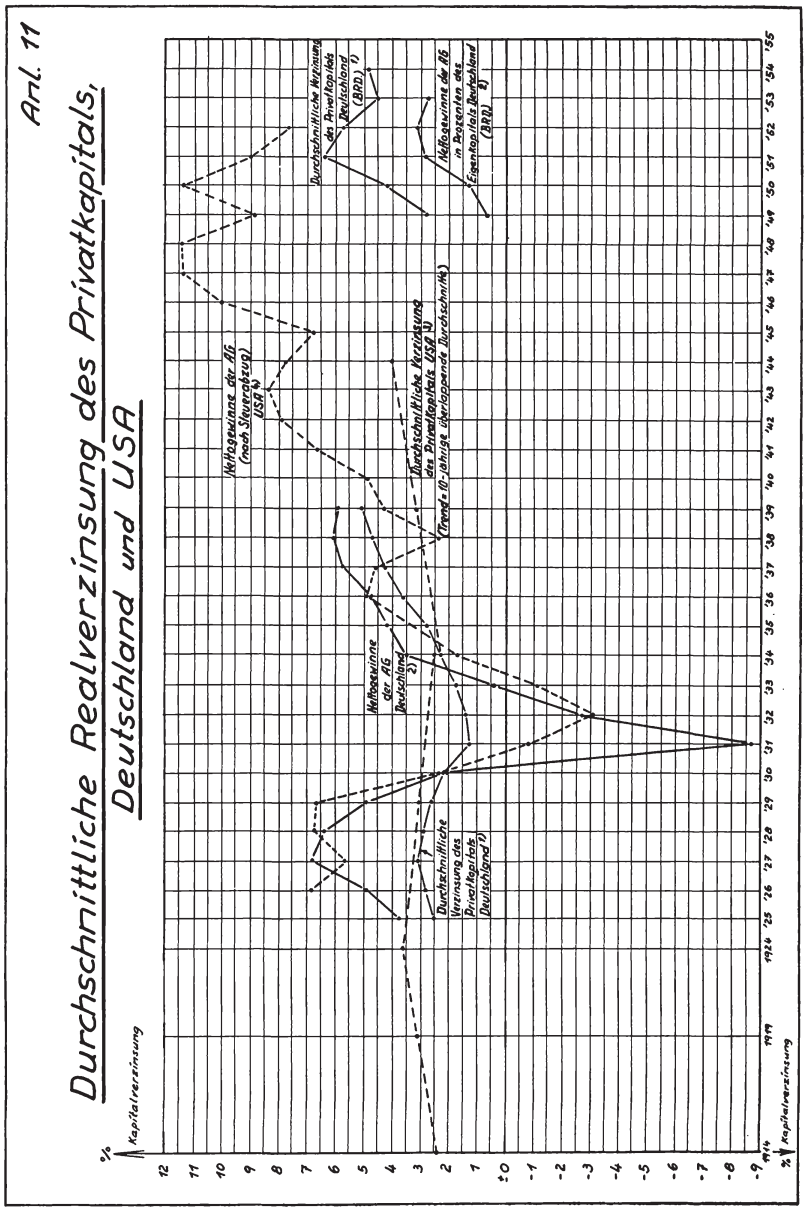


DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 10: **Durchschnittsrendite von Obligationen** (Anm. 1)

	1930	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54
(1) USA	4,96	6,10	7,61	6,06	4,96	4,95	4,24	4,34	5,21	4,53	4,30	3,95	3,96	3,64	3,39	3,06									
													2,46	2,47	2,48	2,37	2,19	2,25	2,44	2,31	2,32	2,57	2,68	2,92	2,54
(2) Großbritannien	4,48	4,39	3,76	3,38	3,08	2,91	2,95	3,31	3,41																
								3,28	3,38	3,72	3,40	3,13	3,03	3,10	3,14	2,92	2,60	2,76	3,21	3,30	3,54	3,78	4,23	4,08	3,76
(3) Frankreich	3,44	3,48	3,84	4,38	4,14	3,88	4,32	4,27	4,04	3,96	3,95	3,26	3,14	3,11	3,01	2,99	3,17	3,91	4,62	4,78	6,52	6,54	5,60	5,41	5,38
(4) Italien	5,21	4,90	4,77	4,35	4,09	4,79	4,74	4,82	4,80	4,88	4,86	4,68	4,24	4,06	3,36	3,22	3,79	4,50	6,56	.	5,73	6,11	5,90	6,06	6,06
(5) Deutschland ..	7,20	7,42	9,67	7,17	6,61	5,22	4,77	4,59	4,53	4,58	4,48	4,41	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
(6) Schweiz	4,12	3,86	3,80	4,02	4,16	4,64	4,43	3,41	3,24	3,76	4,06	3,39	3,15	3,32	3,27	3,29	3,10	3,17	3,42	2,94	2,67	2,95	2,84	2,55	2,62
(7) Japan	5,37	5,40	5,59	4,81	4,52	4,50	4,08	3,94	3,86	3,81	3,81	3,83	3,78	3,77	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Anmerkungen zu Anlage 11 siehe S. 104 und S. 105.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 11: **Durchschnittliche Realverzinsung des Privatkapitals. Deutschland und USA**

	1914 = Ø 1909—18	1919 = Ø 1914—23	1924 = Ø 1919—28	1929 = Ø 1924—33	1934 = Ø 1929—38	1939 = Ø 1934—43	1944 = Ø 1939—48
1) **Durchschnittliche Verzinsung des Privatkapitals in Deutschland** zuf. Anl. 8, Anm. 1)							
2) **Nettogewinne der AG** in % des Eigenkapitals in Deutschland zuf. Anl. 8, Anm. 2)							
3) **Durchschnittliche Verzinsung des Privatkapitals** in den USA = Anteil des Besitzeinkommens zuf. Anl. 3, Anm. 1 + 2 / Kapitalkoeffizient für die USA zuf. Anl. 7, Anm. 2 $= \frac{\beta}{k} = r$, r in %	2,41	3,10	3,60	3,03	2,35 ← NBER		
			Dptm. of Commerce →		2,6	3,2	4,07

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

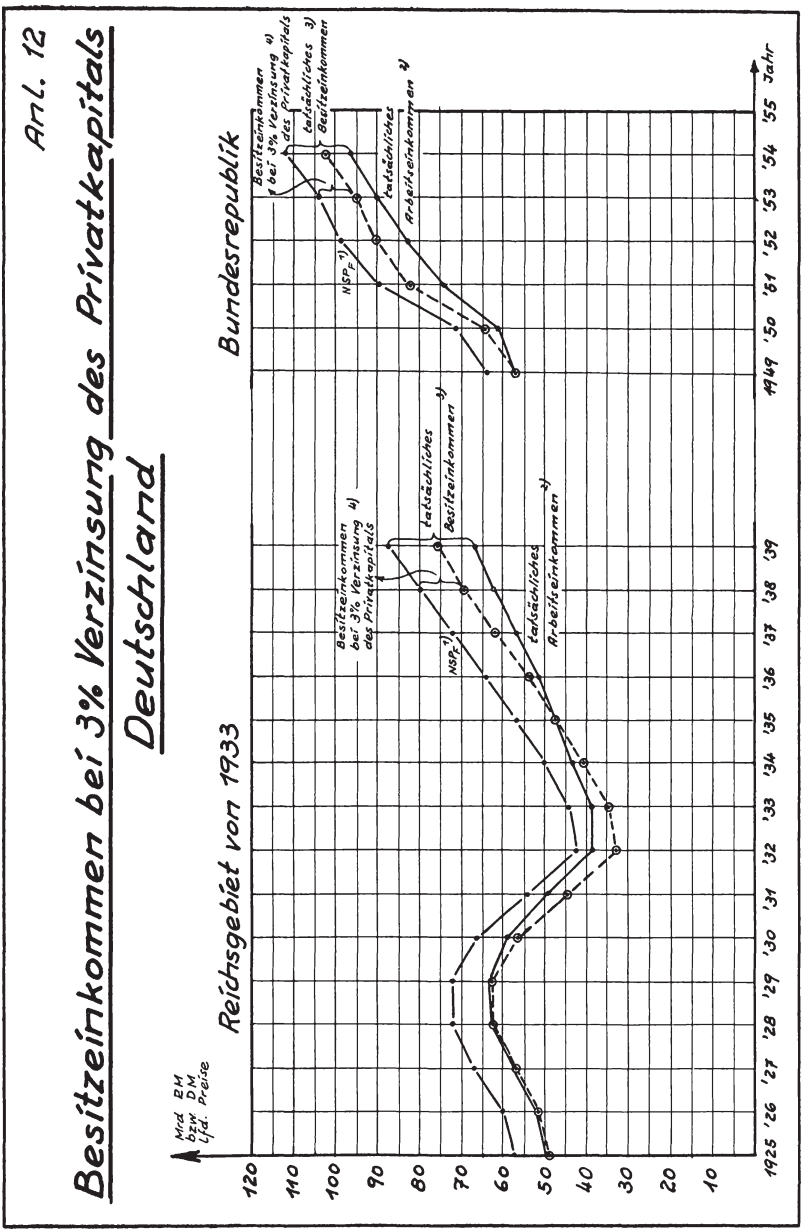
Anlage 11, Anm. 4

	1925	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38
4) Nettogewinne der AG in % des Eigenkapitals in den USA														
(1) **Capital Stock + Net Surplus** (in Mill. $) nach „Statistical Abstract of the United States", 1936, S. 189, 1943, S. 279, 1949, S. 375, 1951, S. 437, 1953, S. 480, 1955, S. 491		119,260	132,402	142,887	160,369	161,282	143,363	133,569	127,578	141,585	138,931	133,469	141,633	137,437
(2) **Compiled Net Profit less Total Tax** (in Mill. $) nach „Statistical Abstract of the United States", 1936, S. 187, 1943, S. 269, 1949, S. 363, 1951, S. 438, 1953, S. 481, 1955, S. 492	8,146	8,281	7,538	9,553	10,676	3,937	—1,176	—4,115	—1,353	2,374	4,688	6,580	6,554	3,271
(3) Gewinn oder Verlust in % ($=\frac{(2)}{(1)} \cdot 100$)		6,944	5,693	6,686	6,657	2,441	—0,820	—3,081	—1,061	1,677	3,374	4,930	4,627	2,380

	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52 *)
4) Nettogewinne der AG in % des Eigenkapitals in den USA														
(1) **Capital Stock + Net Surplus** (in Mill. $) nach „Statistical Abstract of the United States", 1936, S. 189, 1943, S. 279, 1949, S. 375, 1951, S. 437, 1953, S. 480, 1955, S. 491	136,864	138,387	142,591	139,629	145,665	150,459	154,525	146,614	180,567	197,220	208,297	223,609	239,038	254,006
(2) **Compiled Net Profit less Total Tax** (in Mill. $) nach „Statistical Abstract of the United States", 1936, S. 187, 1943, S. 269, 1949, S. 363, 1951, S. 438, 1953, S. 481, 1955, S. 492	5,946	6,800	9,507	11,132	12,201	11,663	10,551	16,524	20,634	22,668	18,569	25,514	21,717	19,588
(3) Gewinn oder Verlust in % ($=\frac{(2)}{(1)} \cdot 100$)	4,344	4,914	6,667	7,973	8,376	7,751	6,828	10,038	11,427	11,494	8,915	11,410	9,085	7,712

*) preliminary.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



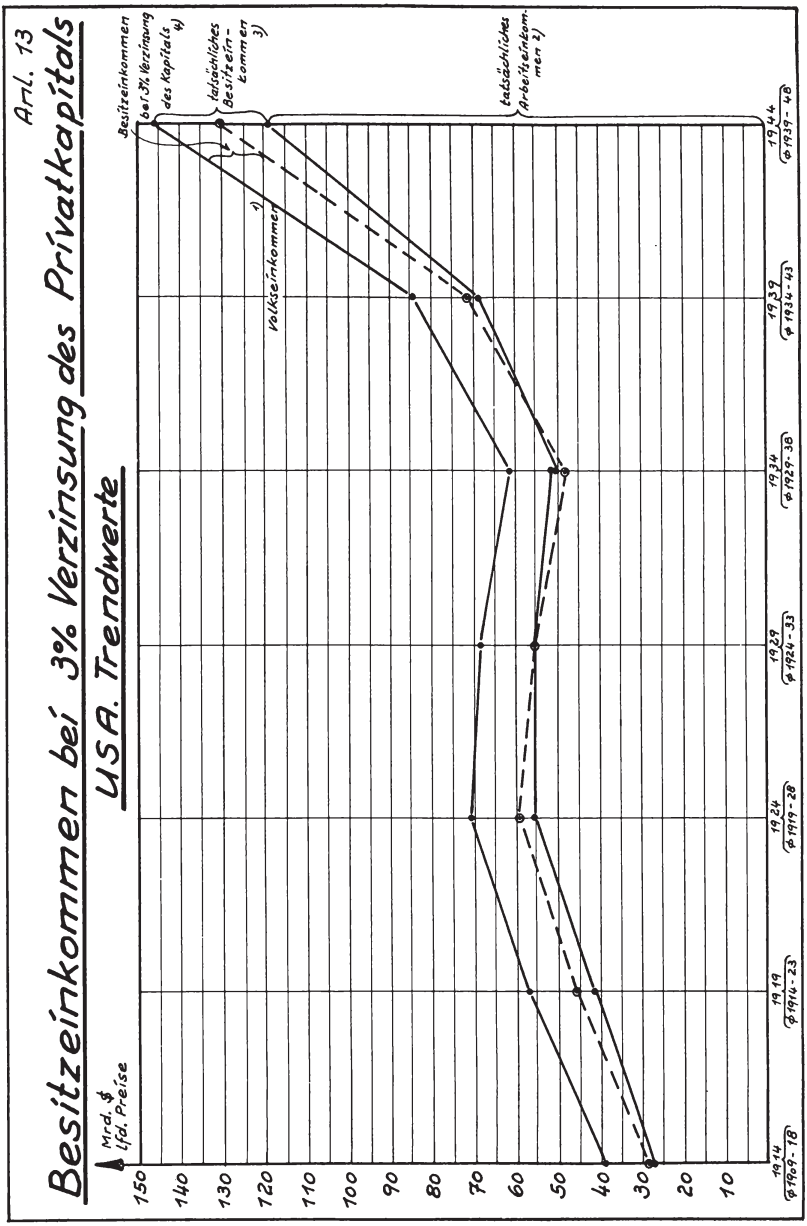
DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 12: **Besitzeinkommen bei 3 % Verzinsung des Privatkapitals. Deutschland**

	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	1949	50	51	52	53	54
1) **Netto-Sozialprodukt zu Faktorkosten**, zuf. Anl. 1, Anm. 1)	57,397	60,050	67,285	72,395	72,297	66,199	53,794	42,597	44,049	50,443	56,849	63,599	71,477	79,798	87,187	63,1	71,5	89,9	98,1	103,7	112,3
2) **Tatsächliches Arbeitseinkommen** = Lohn- und Gehaltseinkommen zuf. Anl. 1, Anm. 2) + rechnerisches Arbeitseinkommen der Selbständigen zuf. Anl. 1, Anm. 3 d) ..	50,104	51,683	57,714	63,258	63,882	59,135	49,525	38,144	38,511	43,044	47,306	51,437	56,458	62,015	66,720	56,758	61,616	73,757	82,211	90,293	96,707
3) **Tatsächliches Besitzeinkommen** = Besitzeinkommen zuf. Anl. 1, Anm. 4)	7,293	8,367	9,571	9,137	8,415	7,064	4,269	4,453	5,538	7,399	9,543	12,162	15,019	17,783	20,467	6,3	9,8	16,1	15,8	13,4	15,6
4) **Besitzeinkommen, das sich ergeben würde, wenn das gesamte private Kapital in der Volkswirtschaft zu 3 % verzinst würde.**																					
a) **Privates Kapital zuf. Anl. 5** (Mrd. RM bzw. DM)	290a)	293	304	314	318	318	313	310	309	313	320	333	350	372	400	218,6	231,6	251,6	271,6	293,5	317,8
b) **3 % davon** (Mrd. RM bzw. DM)	8,7b)	8,8	9,1	9,4	9,5	9,5	9,4	9,3	9,2	9,4	9,6	10,0	10,5	11,2	12,0	6,6	6,9	7,5	8,1	8,8	9,5

a) 1924 = 283
b) 1924 = 8,5

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 13: **Besitzeinkommen bei 3 % Verzinsung des Privatkapitals USA. Trendwerte**

1) Volkseinkommen zufolge Anl. 5, Anm. 1, Zeile (5).
2) Tatsächliches Arbeitseinkommen = Einkommen der Unselbständigen und rechnerisches Arbeitseinkommen der Selbständigen zufolge Anl. 5, Anm. 1, Zeile (10).
3) Tatsächliches Besitzeinkommen zufolge Anl. 5, Anm. 1, Zeile (5) — Zeile (10).
4) Reproduziertes Kapital + Land nach Kuznets „Long Term Changes in the National Income of the USA since 1870", in: „Income and Wealth", Series II, Cambridge 1952, p. 78.

	1914 = Ø 1909—18	1919 = Ø 1914—23	1924 = Ø 1919—28	1929 = Ø 1924—33	1934 = Ø 1929—38	1939 = Ø 1934—43	1944 = Ø 1939—48
Reprod. Kapital + Land (Mrd. $) lfd. Preise ..	336	366	394	447	440	432	509
3 % davon (Mrd. $) lfd. Preise	10,1	11,0	11,8	13,4	13,2	12,9	15,1

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Generaldiskussion
Nachmittag, 27. September 1956

Vorsitzender Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Ich danke Herrn Kollegen *Krelle* für seine Darlegungen und eröffne die Generaldiskussion. Herr Kollege *Seraphim* wird zunächst zum Vortrag von Herrn Kollegen Erwin *von Beckerath* sprechen. Danach wird Herr Kollege *Preiser* sein Korreferat zu dem Vortrag von Herrn Kollegen *Peter* erstatten. Als Dritter wird Herr Kollege *Föhl* zu dem Vortrag von Herrn Kollegen *Krelle* sprechen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen *Seraphim* (Münster):

Das Referat des Kollegen Erwin *von Beckerath* „Politik und Wirtschaft" läßt die ganze Breite und Tiefe des Problems einer rationalen Wirtschaftspolitik aufleuchten. Dabei handelt es sich offensichtlich um zwei gesonderte Problemkreise, die allerdings nicht beziehungslos nebeneinander stehen:

1. Einmal wird die Frage zur Diskussion gestellt, ob eine wissenschaftliche Wirtschaftspolitik, die ja ihrem Wesen nach stets „rational" sein muß, möglich ist;
2. Zum andern wird gefragt, ob und wieweit es gelingen kann, die Erkenntnisse dieser wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik in der Welt des praktisch-politischen Handelns zur Geltung zu bringen. Dabei wird davon ausgegangen, daß in ihrem Bereich, nicht zuletzt durch das Vorhandensein interessentenmäßiger Bindungen, aber auch aus anderen Gründen, rationales wirtschaftspolitisches Handeln nicht unbedingt oder nicht zureichend gewährleistet ist.

Das Gemeinsame dieser beiden, an sich höchst unterschiedlichen Problemkreise möchte ich darin sehen, daß in beiden Fällen das Rationale in Frage gestellt ist und durchzusetzen als eine überaus dringliche Aufgabe betrachtet werden muß.

Die beiden Problemkreise stehen aber auch sonst nicht beziehungslos nebeneinander, insofern nämlich nicht, als eine rationale Gestaltung praktischer Wirtschaftspolitik ohne eine hieb- und stichfeste wissenschaftliche Wirtschaftspolitik nicht möglich ist. Diese ist also die unabdingbare Voraussetzung für jene.

Diese Feststellung rechtfertigt es m. E., daß — bei aller Anerkennung der überaus großen Wichtigkeit der praktisch-politischen Fragestellung — der Wissenschaftler genötigt ist, sich vor allem der in seinem ureigenen Bereich beheimateten Problematik zuzuwenden.

Die von Kollegen Erwin *von Beckerath* vorgenommene Verkoppelung beider Fragenkreise impliziert eine grundsätzliche Entscheidung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hinsichtlich der Funktion der Nationalökonomie, die auch ihre Wesensbestimmung beeinflußt, im Sinne nämlich ihrer Anwendbarkeit. Das gilt zunächst ganz eindeutig für die wissenschaftliche Wirtschaftspolitik. Das gilt aber darüber hinaus auch für die theoretische Nationalökonomie, für die Wirtschaftstheorie, weil rationale, wissenschaftliche Wirtschaftspolitik nichts anderes ist als angewandte Theorie. Damit rückt das Verhältnis von wissenschaftlicher Wirtschaftspolitik und Theorie in das Zentrum unseres wissenschaftlichen Interesses.

Dieses Verhältnis beinhaltet nun eine Fülle von methodischen Problemen, von denen einige von Kollegen Erwin *von Beckerath* angesprochen werden, andere nicht. Zur Diskussion gestellt wird vor allem die Möglichkeit einer objektiven Fundierung wissenschaftlicher Wirtschaftspolitik auf der Grundlage einer Theorie, die ebenfalls auf demselben Fundament der Objektivität beruht. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang im Referat das Problem der Werte und ihrer Stellung und Bedeutung im Rahmen wissenschaftlicher Forschung angesprochen. Ich kann mich mit der von Herrn Kollegen Erwin *von Beckerath* bezogenen Position persönlich durchaus einverstanden erklären. Denn „Objektivität", als Gegenpol von bewußt eingenommenen Wertpositionen, ist im Bereich auch der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik identisch mit Wertneutralität. Der Wissenschaftler, der Wirtschaftspolitik als Disziplin pflegt und der seine Aufgabe nur darin sehen würde, die passenden Instrumente für die Realisierung ihm gesetzter Ziele zur Verfügung zu stellen, würde sich für das de facto Geschehene mitverantwortlich machen, da ja Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse gewollt wird.

Damit rücken die Ziele selbst zwangsläufig in den Bereich des wissenschaftlichen Interesses, und sobald das der Fall ist, erhebt sich die Frage z. B. ihrer Rangordnung und mit ihr diejenige ihrer Wertung. Die lapidare Feststellung im Referat: „Rationale Wirtschaftspolitik hat es letzten Endes mit Werten zu tun" bezieht sich nicht nur auf die Praxis der Wirtschaftspolitik, sondern auch auf ihre wissenschaftliche Fundierung. Sie würde vor einem Menschenalter noch heftigsten Widerspruch hervorgerufen haben und wird wohl auch heute nicht unwidersprochen bleiben. Doch zeigt sie den mittlerweise eingetretenen fundamentalen Wandel hinsichtlich dieser Grundposition an.

Dieser Wandel ist nicht zufällig und nicht nur als Reaktion auf de facto nicht zu erreichende „Objektivität" zu deuten, denn die wissenschaftliche Wirtschaftspolitik hat sich, nicht zuletzt unter *Euckens* Einfluß, in besonderem Maße den Ordnungsproblemen der Wirtschaft zugewandt, die eine Stellungnahme zu übergeordneten Wertpositionen nahelegen. Sofern sie mit der notwendigen Klarheit herausgearbeitet

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden, vermag ich in ihnen auch nicht eine Minderung echter, rationaler Wissenschaftlichkeit zu sehen.

Das wird z. B. deutlich bei der Lösung schon der ersten, mit Recht von Kollegen Erwin *von Beckerath* herausgestellten Aufgabe, die der angewandten bzw. der anzuwenden Theorie gestellt ist, nämlich der Durchforschung der konkreten Situationen, auf die das von der Theorie erarbeitete Instrumentarium bezogen werden muß. Diese Situationen umschließen nämlich die Prämissen, darüber hinaus den „Datenkranz", mit dem es sowohl die Theoretiker wie die wissenschaftlichen Wirtschaftspolitiker zu tun haben. Auf sie ist die Situationsanalyse bezogen, welche notwendigerweise eine Beurteilung von Fakten beinhaltet, die, das muß deutlich ausgesprochen werden, stets von einer bestimmten Position aus erfolgt. Deshalb wird dieselbe Situation von Wissenschaftlern häufig höchst unterschiedlich gedeutet. Darin liegt auch die Problematik der verstehenden Methode beschlossen, ohne die der wissenschaftliche Wirtschaftspolitiker überhaupt nicht und, wie *Sombart* m. E. unwiderlegt nachgewiesen hat, auch der Theoretiker nicht auskommen kann. Deshalb kann ich Herrn Erwin *von Beckerath* nur mit Einschränkungen zustimmen, wenn er in der Vervollkommnung des exakt-theoretischen Instrumentariums und in der Ausbildung der makroökonomischen Betrachtungsweise allein bzw. vorzugsweise den entscheidenden Fortschritt unserer Wissenschaft im Sinne zunehmender wirtschaftspolitischer Anwendbarkeit sieht. Gewiß sind die in den letzten Jahrzehnten erarbeiteten theoretischen Werkzeuge immer vollkommener, nicht zuletzt auch exakter geworden, gewiß hat die Anwendung mathematischer Methoden auf Teilgebieten verfeinerte Einsichten ermöglicht — das hindert aber nicht festzustellen, daß damit nicht zwingend die Situationsdiagnose objektiv zutreffender wird. Es wird immer entscheidend auf die Deutung der Zusammenhänge ankommen. Deshalb möchte ich meinen, daß die nationalökonomische Forschung, die wirtschaftspolitisch anwendbar sein soll, allen Anlaß hat, neben der Vervollkommnung des exakt-mathematischen und statistischen Instrumentariums sich in Zukunft viel intensiver als bisher der spezifisch kulturwissenschaftlichen Methoden anzunehmen, die für die wissenschaftliche Wirtschaftspolitik zweifellos ebenfalls fundamental wichtig sind. Hier scheint sich mir der Forschung noch ein weites Feld zu eröffnen.

Auf einer ähnlichen Ebene liegen gewisse Einschränkungen gegenüber der makroökonomischen Betrachtungsweise, deren Bedeutung für die wissenschaftliche Wirtschaftspolitik ich keinesfalls verkenne. Aber ihr quantifizierender Charakter wirft ebenfalls Probleme auf, die nur zu lösen sind, wenn man sich ihrer bewußt ist. Ein solches Problem ist z. B. die mit dieser Betrachtungsweise verbundene Simplifizierung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sozialpsychologischer Tatbestände und der mit ihnen gegebenen unterschiedlichen Verhaltenskonstanten, die sowohl für die Theorie als Daten wie für die wissenschaftliche und praktische Wirtschaftspolitik vom Standpunkt ihrer Anwendbarkeit von so großer Bedeutung sind. Es ist kaum übertrieben, wenn man behauptet, daß unsere Wissenschaft dieser Problematik beinahe geflissentlich aus dem Wege gegangen ist. Kollege *Schmölders* hat, wie mir scheint, mit Recht, nicht zuletzt vom wirtschaftspolitischen Standpunkt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich dieser Dinge in erhöhtem Umfang anzunehmen. Nur wenn die Theorie sich systematisch auch mit den im strengsten Sinne nicht-ökonomisch-rationalen Verhaltenskonstanten befaßt, wird es möglich sein, ein rationales System der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik zu entwickeln, das auf die reale Mit- und Umwelt anwendbar ist.

Insgesamt: Die unter dem Aspekt der Wirtschaftspolitik viel zu enge Fassung des Begriffes „Wirtschaft" hat zu einer Vereinseitigung der methodischen Grundhaltung und deshalb zu einer Beschränkung des theoretischen Instrumentariums geführt, die die Anwendbarkeit der theoretischen Forschungsergebnisse erschweren und beschränken.

Unter dem Aspekt des Grundsatzreferats des Kollegen *v. B.* liegt m. E. keine Veranlassung vor, sich mit den unleugbar gegebenen Fortschritten zufrieden zu geben, die methodisch und theoretisch die Entwicklung der Nationalökonomie in den letzten Jahrzehnten auszeichnet. Wenn diese Fortschritte nicht ergänzt werden durch die systematische Weiterentwicklung kulturwissenschaftlicher Methoden, die ja auch rationale Durchdringung der sozialökonomischen Wirklichkeit beinhalten, und wenn es nicht gelingt, ihre wechselseitige Anwendung zu synchronisieren — erfolgversprechende Ansatzpunkte in dieser Richtung liegen durchaus vor —, dann zeichnen sich m. E. schwerwiegende Gefahren ab für die Lösung der Aufgabe, die Kollege Erwin *von Beckerath* zum Thema seiner weitgespannten und überaus anregenden Ausführungen gemacht hat. Wenn ich ihn recht verstehe, beurteilt er den gegenwärtigen Entwicklungsstand unserer Wissenschaft um einige Schattierungen optimistischer als ich. Der entscheidende Durchbruch zu einer wirtschaftspolitisch anwendbaren Theorie ist noch nicht erfolgt. Er muß erst vollzogen werden.

Prof. Dr. Erich *Preiser* (München):

Nicht nur das Referat *Krelles,* sondern auch *Peters* Referat war eine Herausforderung — ich vermeide das Wort „Provokation" —, eine Herausforderung, für die wir dankbar sein müssen. Er fragt: „Gibt es eine Verteilungstheorie?", und er antwortet: „Nein, höchstens in An-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sätzen". Ich will ihm nicht geradezu widersprechen; ich kann das schwer bei so viel gemeinsamen Grundlagen. Aber es scheint mir, daß seine Skepsis zu groß ist und daß er von der Theorie zuviel verlangt. Ich möchte daher versuchen, das Bild, das mir vorschwebt, zu skizzieren, als Ergänzung zu dem Referat von Herrn Kollegen *Peter* und im Ergebnis durchaus auf seiner Linie.

Der Weg der Distributionstheorie ist merkwürdig genug. Bei den Klassikern, insbesondere bei *Ricardo,* steht sie im Mittelpunkt. Aber in der neoklassischen Literatur gibt es gar kein Kapitel „Distribution" mehr: in Gestalt der Grenzproduktivitätstheorie ist die Theorie der Einkommensverteilung völlig in der allgemeinen Preistheorie aufgegangen. *Peters* Verdikt trifft jedoch nicht nur diese Entwicklung. Vielmehr sieht er auch da, wo die Einkommensverteilung explicite behandelt wird, in den Modellen der Klassenmonopoltheorie von *Marx* über *Oppenheimer* bis zu *Kalecki,* keine Antwort auf die Frage, die es zu beantworten gelte. Eine bestimmte Verteilung werde vorausgesetzt, das Preissystem aus einer gegebenen Verteilung abgeleitet. Kernfrage einer echten Verteilungstheorie sei aber, worauf, d. h. auf welche Ursachen die Verteilung zurückzuführen sei. So böten zumindest die stationären Modelle keine Antwort auf die entscheidende Frage der Verteilungstheorie.

Nun, das ist richtig. Aber was könnte man hier mehr verlangen? Eine bestimmte Verteilungsstruktur ist in der Tat gegeben, Verteilung hier im Sinne der Eigentumsverteilung, der Besitzverteilung. Die Theorie hat zu zeigen und zeigt, wie sich demgemäß die Einkommen verteilen. Mehr kann sie nicht leisten. Sie stößt an die Grenze der Wirtschaftsgeschichte, der Soziologie. Die Grenzproduktivitätstheorie allerdings — soweit sie sich nicht bloß auf den Grenzproduktivitätssatz, d. h. auf die einzelwirtschaftliche Inputregel beschränkt, sondern wie *Clark* zu einer gesamtwirtschaftlichen Erklärung vorzustoßen trachtet — meint zwar, natürliche und technische Gegebenheiten seien die letzte Ursache der tatsächlichen Verteilung; aber sie setzt stillschweigend nicht nur das Privateigentum als solches voraus, sondern auch eine bestimmte Verteilung dieses Privateigentums. Die sogenannte relative Seltenheit der Produktionsfaktoren, ursprünglich als eine rein natürliche Mengenrelation gemeint, ist daher in Wirklichkeit eine soziale Kategorie, und die Grenzproduktivitätstheorie beruht so de facto auf denselben Grundlagen wie die Klassenmonopoltheorie. Manche, wie *Marx* und *Oppenheimer,* haben die Entstehung dieser sozialen Struktur in ihre Betrachtung einbezogen, d. h. sie haben selbst Soziologie getrieben; andere nehmen sie einfach als Datum, wie z. B. *Kalecki.* So oder so ist die theoretische Aufgabe gelöst, die tatsächliche Einkommensverteilung auf ihre Ursache, eine bestimmte gesellschaft-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Struktur, zurückgeführt, und mehr kann die statische Theorie nicht leisten.

Peters Problem entsteht nun allerdings erst, wenn wir die Begrenzungen der stationären Modelle aufgeben. Wir sollten in der Tat den ersten Satz von *Ricardos* Principles zu Ende lesen. Da wird die Aufgabe der Nationalökonomie nicht nur dahin bestimmt, zu untersuchen, wie groß die Anteile der Klassen am Sozialprodukt seien, sondern auch dahin, festzustellen, wie sie sich im Laufe der Entwicklung veränderten. Erst die moderne Theorie kehrt zu dieser dynamischen Fragestellung zurück. Jetzt wird es in der Tat notwendig, die Frage nach den Ursachen einer bestimmten Verteilung neu zu stellen, und das hat ja *Peter* auch gemeint. Der Hinweis auf die gesellschaftliche Struktur genügt nicht mehr. Gewiß bleibt diese Struktur mitbestimmend; aber sie ist jetzt nur noch e i n Erklärungsmoment, zu dem andere hinzutreten. *Peter* nennt die Technik, den Fiskus, den Bankapparat und anderes als Faktoren, die die Verteilung beeinflussen. Vielleicht darf ich das allgemein so formulieren, hoffentlich mit Zustimmung *Peters* selbst: Zur Frage nach der Einkommensverteilung, wie sie sich unter konstanten Bedingungen — wir können auch sagen: bei einem gegebenen Sozialprodukt — vollzieht, tritt die Frage nach den Einflüssen des Wachstumsprozesses einer Volkswirtschaft auf die Einkommensverteilung. Das aber verlangt andere Methoden als in den stationären Modellen, und das Gesicht der Distributionstheorie wandelt sich völlig, selbst dann, wenn man die von *Peter* herangezogene Andersartigkeit gewisser Verhaltensmaximen zunächst ganz außer acht läßt.

Sobald man nämlich die Frage nach der volkswirtschaftlichen Entwicklung stellt, versagt die Preistheorie. Ich brauche das hier nicht auszuführen. Die Distributionstheorie gleicht sich methodisch der Beschäftigungs- und Wachstumstheorie an, die mit makro-ökonomischen Größen, mit Einkommensströmen oder Vermögensbilanzgleichungen *(Boulding)* arbeitet, von Definitionsgleichungen über Verhaltensfunktionen zu Gleichgewichtsbedingungen fortschreitet und auf diese Weise die Grundlagen für die Betrachtung des Prozesses erhält. Sie wird dabei dynamisch in doppelter Beziehung: im Sinne der langfristigen Entwicklung und im Sinne der Betrachtung von Prozessen, im Sinne also der Sequenzanalyse. Der Ansporn geht hier von der Distributionstheorie selbst, d. h. von der Theorie der Einkommens v e r t e i l u n g aus. Ihr kommt aber zugleich das Bestreben entgegen, die Theorie von der B i l d u n g des Volkseinkommens — also das, was wir gemeinhin Beschäftigungstheorie nennen — nach der verteilungstheoretischen Seite hin zu ergänzen. Die Beschäftigungstheorie hat ja als erste mit Einkommensströmen gearbeitet, aber ihre Begrenzung lag und liegt darin, daß sie allein die Ausgabenströme betrachtet, den Strom der In-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vestitionen und des Konsums, und erst neuerdings den Versuch macht, auch die Ströme der Einkommensarten, der Löhne und der Profite, einzubeziehen. So kommt es also jetzt von beiden Seiten her zur Synthese von Theorie der Volkseinkommensbildung und Theorie der Einkommensverteilung.

Dabei tritt nun in der Tat in der Distributionstheorie manches in den Hintergrund, was bisher als ihr Kern galt, insbesondere der Kampf auf dem Arbeitsmarkt. Er tritt mit Recht zurück. Denn wie immer er auch ausgehe, die Entscheidung über die realen Anteile der Partner am Sozialprodukt fällt doch erst im Prozeß der Gesamtentwicklung, und diesen muß man betrachten. Dabei enthüllt sich, am deutlichsten vielleicht in der Theorie *Kaleckis,* das Zusammenspiel der beiden Gruppen von Faktoren, die die Distribution beeinflussen: des strukturellen Moments, also dessen, was man Monopolgrad im weiteren Sinne nennen könnte, auf der einen Seite und derjenigen Momente, die für den Wachstumsprozeß ausschlaggebend sind, auf der anderen Seite. Hier spielen vor allem die unternehmerischen Entscheidungen über Investitionen und Eigenkonsum eine Rolle. Die allgemeine Gewinnformel $G = I + Cu - S_{RF}$ zeigt das ja schon deutlich genug. Aber auch wer Formeln nicht liebt, wird die Bedeutung der Sache einsehen. Die Investitionsentschlüsse, die Entschlüsse der Unternehmer zu konsumieren und die Sparentschlüsse der Produktionsfaktoren bestimmen den Gewinn, und von den Gewinnaussichten hängt ab, was die Unternehmer tun.

Dieser Entwicklung der allgemeinen Distributionstheorie kommt die der neueren Profittheorie entgegen. Zur Klassenmonopoltheorie paßt die Profittheorie Jean *Marchals;* die spezifisch dynamischen Profitarten, den dynamischen Marktlagengewinn und den *Schumpeter*schen Pioniergewinn, haben *Föhl, Keirstead* und andere genauer untersucht. Wir wissen, daß auch sie leicht einen monopolistischen Charakter bekommen. Wir wissen, insbesondere auch durch die Untersuchungen von *Keirstead,* den *Krelle* vorhin zitiert hat, daß der Unternehmer heute den sicheren Monopolgewinn dem riskanten Gewinn aus Neuerungen vorzieht. Hier überall gibt es keine Automatik, weder wenn wir den Wachstumsprozeß im ganzen betrachten noch wenn wir auf die Profit- und Investitionstheorie sehen. Gewiß muß die Theorie versuchen, den Profit wie die Gesamtverteilung mathematisch in den Griff zu bekommen. Aber die Wirtschaftssubjekte gestalten den Wirtschaftsprozeß selbst, als Unternehmer, die über Investition und Konsum, als Produktionsfaktoren, die über das Sparen beschließen. Warum sie so oder so beschließen, bleibt offen, und wie für die Besitzstruktur, so gilt auch für dieses Verhalten im Wachstumsprozeß die Bemerkung *Peters* uneingeschränkt, alle Modelle seien un-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zureichend, die Frage nach den Ursachen führe in Geschichte und Soziologie.

Lassen Sie mich mit einer kurzen Bemerkung zur Einkommenspolitik schließen. *Peters* Ausführungen und meine Zugaben haben gezeigt, daß Distribution und Wachstum zusammen gesehen werden müssen. Daher können auch Einkommenspolitik und Konjunkturpolitik — als Politik der Verstetigung des Wachstums gesehen — nicht getrennt werden. Aber über der Frage nach dem Verhältnis von Profit und Lohn im Wachstumsprozeß, genauer: nach dem Anteil dieser beiden Einkommensarten am wachsenden Sozialprodukt sollten wir nicht vergessen, daß dem Prozeß eine bestimmte Struktur, besonders der Besitzverhältnisse, zugrunde liegt — immer, auch im Wachstum — und daß die entscheidende Frage der Einkommenspolitik nicht dahin geht, wie groß der Anteil der beiden Hauptgruppen von Einkommensbeziehern am laufenden Sozialprodukt ist, sondern dahin, wer die Produktionsmittel und damit auch Verantwortung und Mitspracherecht besitzt. Für die Einkommenspolitik spielt daher nicht nur die Höhe der Löhne eine Rolle, sondern auch ihre Verwendung, und eine Einkommenspolitik, die die Struktur ändern will, muß in der Tat auf das hinauslaufen, was *Weisser* soeben treffend eine „Vermögensbildungsstrategie zugunsten der Arbeiter" genannt hat. Sie erscheint mir fast wichtiger als die fiskalische Umverteilung der Einkommen, von der ich bewußt nicht gesprochen habe, weil sie morgen drankommt und weil es zunächst um die ursprüngliche und spontane Bildung der Einkommen und ihre spontane Verteilung ging.

Prof. Dr. Dr. Carl *Föhl* (Ebingen/Württ.):

Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich Herrn Professor *Krelle* Dank sage für die mühevolle Bearbeitung des ausführlichen Zahlenmaterials, das er uns mit seinem Referat vorgelegt hat.

Es verdient, hervorgehoben zu werden, daß man das Besitzeinkommen nicht mit dem aus der Steuerstatistik hervorgehenden Einkommen der Selbständigen verwechseln darf, sondern daß man, wie der Vortragende dies getan hat, von dem letzteren das Arbeitseinkommen der Selbständigen abziehen muß. Es ist sehr interessant, daß, wie das Zahlenmaterial zeigt, dann ein Besitzeinkommen in Höhe von etwa 15 % des Volkseinkommens übrigbleibt. Das klingt sehr beruhigend, aber wir wollen eines nicht vergessen: Auch 15 % sind ein recht erheblicher Teil der Einkommen, wenn man bedenkt, daß er sich auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gießt, zumal nur aus den großen Einkommen nennenswert gespart werden kann. Wenn man eine Familie von sechs Köpfen zu ernähren hat und 400 Mark nach Hause bringt, dann vergeht einem das Sparen. Ein Jahreseinkommen von mehr als 50 000 Mark aber kann man bei dem heute üblichen Lebensstil kaum noch mit Anstand zu Verbrauchszwecken verwenden. Was darüber ist, das wird gewissermaßen automatisch gespart. Die Folge ist, daß fast der gesamte Zuwachs des Volksvermögens immer wieder demselben Kreis zufällt. Mit anderen Worten: Wer hat, dem wird gegeben. Das ist immerhin ein Grund, die Frage zu stellen, ob es Mittel und Wege gibt, auf die Höhe der Besitzeinkommen Einfluß zu nehmen.

Bei seinem Versuch, die Bestimmungsgründe des Besitzeinkommens aufzuzeigen, hat der Vortragende von einer Untergrenze gesprochen, die dadurch gegeben ist, daß die Unternehmer nicht mehr bereit sind, das Produktionsrisiko zu übernehmen, und von einer Obergrenze, bei der die Unzufriedenheit der nicht am Besitzeinkommen Beteiligten zum Umsturz führt. Er hat dann versucht, klarzustellen, welche Gründe zwischen diesen beiden Grenzen die wirklich zustandekommende Größe des Besitzeinkommens bestimmen.

Was zunächst die Untergrenze anbetrifft, so halte ich die vom Referenten angegebene Grenzrendite von 3 % für reichlich hoch. Ich glaube, mit Herrn Professor *Krelle* ganz einer Auffassung zu sein, wenn ich geltend mache, daß wir unterscheiden müssen zwischen der erwarteten Rendite, bei welcher noch Investitionen vorgenommen werden, und der Grenzrendite, bis zu der die Produktion in bereits bestehenden Anlagen aufrechterhalten wird. Hinsichtlich der letzteren muß man bedenken, daß eine bereits vorhandene Produktionskapazität auch dann noch weiter ausgenutzt wird, wenn die erzielbaren Preise der hergestellten Erzeugnisse weder eine Verzinsung des Anlagekapitals noch auch nur die Deckung der Abschreibungen ermöglichen, solange nur neben den Lohn- und Materialkosten noch der Zins auf das Umlaufskapital erwirtschaftet wird. Die in einem solchen Falle nicht mehr gedeckten Abschreibungen entsprechen bereits einer negativen Rendite. Gleichzeitig kann aber, wenn dieser Fall vorliegt, in anderen Unternehmungen zur Erstellung wirtschaftlicherer Anlagen noch erheblich investiert werden, da dort Differentialgewinne zu erwarten sind. Infolgedessen ist es durchaus denkbar, daß insgesamt in der Wirtschaft auch bei einer Rendite, die im Durchschnitt in der Nähe von Null liegt, nicht nur die Produktion aufrechterhalten, sondern auch noch sehr schön investiert wird.

Andererseits liegt die Obergrenze meines Erachtens nicht erst dort, wo ein politischer Umsturz zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt, sondern bereits bei einer Rendite, welche die Arbeiter

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

veranlaßt, aus Unwillen über die als ungerecht empfundene Verteilung mit ihrer produktiven Leistung zurückzuhalten.

Für das Zustandekommen der wirklichen Besitzeinkommen zwischen diesen beiden Grenzen hat der Vortragende drei Erklärungsgründe angeführt, die Macht der Koalitionen, die Diskontpolitik der Notenbank und den „rekurrenten Anschluß". Unter dem letzteren versteht der Vortragende, wenn ich ihn recht verstanden habe, die durch die Gewöhnung gegebenen Ziele, welche die Einkommensbezieher zu erreichen hoffen, also eben das, was sie bei den Verhandlungen über die Verteilung des Sozialprodukts durch die Macht ihrer Koalitionen durchzusetzen versuchen. Dieser Bestimmungsgrund ist also mit der zuerst genannten Macht der Koalitionen zusammen zu betrachten. Es handelt sich einfach darum, was die Verhandlungspartner erreichen möchten und inwieweit sie infolge ihrer Machtstellung in der Lage sind, ihre Wünsche durchzusetzen. *Krelle* erkennt also im Grunde nur zwei die Verteilung bestimmende Faktoren: Erstens die mehr oder weniger erfolgreiche Durchführung von Lohnverhandlungen und zweitens die Diskontpolitik. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, auf diese Weise die funktionale Abhängigkeit der Einkommensverteilung mit genügender Vollständigkeit zu beschreiben. Ich bin der Ansicht, daß es nicht zulässig ist, das Besitzeinkommen als ein Ganzes zu behandeln, und daß man mindestens zwischen dem Unternehmergewinn und dem Faktoreneinkommen Zins unterscheiden muß, da diese Bestandteile von durchaus verschiedenen Faktoren abhängig sind.

Ricardo und *Marx* gingen bei ihren Versuchen, die Entstehung des Unternehmergewinns zu erklären, von der *Malthus*schen These aus, daß der Arbeiter nur sein Existenzminimum bekomme, und daß der dem Unternehmer verbleibende Teil des Erzeugten ein surplus, ein Mehrwert sei. Dieser Mehrwert könnte aber nur auf Grund einer Monopolstellung erhalten bleiben, während die Konkurrenz dafür sorgt, daß er weitgehend verschwindet. Es ist schwer zu sagen, wieviel Monopolgewinn aufgrund wirtschaftlicher Machtstellungen in dem heutigen Besitzeinkommen noch steckt. Der Anteil dürfte meines Erachtens sehr gering sein. Weitaus größer dürfte der Anteil der Differentialgewinne sein, die dann entstehen, wenn zwei Produzenten mit Produktionsmitteln verschiedener Wirtschaftlichkeit arbeiten. Diese Differentialgewinne sind — wie sowohl *Marshall* als auch Franz *Oppenheimer* durchaus geläufig war — eigentlich nichts anderes als eine Rente. Genauer gesagt, eine Quasirente, da das hier verwendete Sachkapital nicht absolut knapp ist, sondern im Laufe der Zeit erweitert werden kann. Diese Quasirente würde verschwinden, wenn einmal infolge des Ausbleibens neuer Erfindungen die gesamte In-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dustrie mit Produktionsanlagen gleicher Wirtschaftlichkeit ausgerüstet wäre. Sie bildet sich aber immer wieder aufs neue, wenn neuartige wirtschaftlichere Herstellungsverfahren entdeckt und angewendet werden, und sie ist um so größer, je größer der Unterschied der Wirtschaftlichkeit der neuen Verfahren im Vergleich zu derjenigen der alten ist.

Herr Professor *Krelle* hat ausdrücklich davon Abstand genommen, hier eine Zinstheorie zu entwickeln. Wenn wir aber der Auffassung sind, daß der Anteil der Zinseinkommen am gesamten Besitzeinkommen von anderen Faktoren abhängig ist als der des Unternehmergewinns, dann sind einige Hinweise auf Wesen und Abhängigkeit des Zinses doch unentbehrlich. Daß es nicht möglich ist, den Zins aus der Grenzproduktivität des Kapitals herzuleiten, ergibt sich daraus, daß der Zins ja seinerseits maßgebend dafür ist, welche Kapitalarbeitskombination verwendet wird. Wie der ursprüngliche Kredit wohl ein Konsumkredit gewesen sein dürfte, so wird auch der ursprüngliche Zins nur ein Konsumzins, eine Leihgebühr gewesen sein. Erst mit der Verwendung des Kredites zur Finanzierung von Produktionsvorhaben wird deutlich geworden sein, daß man es beim Zins mit einem Kostenfaktor zu tun hat, der die Nutzungen für lange Zeit angelegter Kapitalien in den ersten Nutzungsjahren ganz erheblich verteuert. So bedeutet bei einer Anlage, deren Lebensdauer für zehn Jahre berechnet ist und die demgemäß jährlich mit 10 % abgeschrieben wird, eine Verzinsung von 5 % eine Verteuerung der ersten Nutzungen auf das Anderthalbfache. Bei einer Anlage, deren Nutzungen sich auf hundert Jahre verteilen, bedeutet dieselbe Verzinsung eine Verteuerung auf das Sechsfache. Infolge dieser Verteuerung der Nutzung langfristiger Anlagen begrenzt der Zins den Investitionswillen der Unternehmer. Hier liegt nach meiner Auffassung der entscheidende Bestimmungsgrund des Zinses. Er hat die Aufgabe, die Nachfrage nach Investitionsgütern soweit zu beschränken, daß sie zusammen mit der aufgrund der Verbrauchsfunktion gegebenen Nachfrage nach Verbrauchsgütern Gesamtausgaben ergibt, welche dem Grenzproduzenten gestatten, seine Kosten zu decken. Er muß, um diese Aufgabe erfüllen zu können, um so höher sein, je mehr technische Investitionsmöglichkeiten bei einem gegebenen Zinsfuß rentabel erscheinen und je stärker die Initiative ist, welche die Unternehmer entfalten. Er ist also sowohl sachlich als auch psychologisch bedingt.

Beide Größen, der Differentialgewinn und der Zins, sind Erscheinungen der Dynamik. Wenn keine wirtschaftlicheren Herstellungsverfahren mehr erfunden werden, dann kann es auf die Dauer keine Differentialgewinne mehr geben. Wenn aber keine Differentialgewinne mehr erwartet werden können und außerdem auch noch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Bevölkerung konstant bleibt, dann gibt es auch keinen Anreiz mehr, zu investieren und dann sinkt auch der Zins auf Null, weil kein Investitionswille mehr da ist, der zu begrenzen wäre. Beide Erscheinungen streben also bei unveränderter Technik der Größe Null zu. Sie werden aber immer wieder neu geschaffen durch die ihrer Verwirklichung und ihrer allgemeinen Verwendung harrenden, durch den Erfindungsgeist neu gefundenen Lösungen der Technik. Das scheint mir die wesentliche Erklärung für die Bestimmungsgründe des Besitzeinkommens in der wirtschaftlichen Entwicklung zu sein.

Leider ist das Material, das uns der Vortragende vorgelegt hat, auf einen zu kurzen Zeitraum bezogen, als daß man die Richtigkeit dieser These mit seiner Hilfe überprüfen könnte. Ich vermute, daß in Zeitabschnitten, in denen sich neuartige, viel Kapital bindende technische Lösungen durchsetzten, beispielsweise in der Zeit der Entwicklung des Eisenbahnwesens und später beim Aufschwung des Automobilbaus und der chemischen Industrie, ein relativ hoher Anteil der Besitzeinkommen festzustellen sein wird, und daß wir dies auch für die bevorstehende Periode der Automation und der Atomtechnik zu erwarten haben.

Die Frage, ob wir durch wirtschaftspolitische Maßnahmen auf die Größe und die Verteilung des Besitzeinkommens Einfluß nehmen können, verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Man könnte aus den Ausführungen des Vortragenden entnehmen, daß er, da er ja den Einfluß der Machtstellung der Koalitionen auf das Besitzeinkommen betont, der Auffassung ist, daß durch die erfolgreiche Durchsetzung von Nominallohnerhöhungen auch ein höherer Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen erreicht werden könne. Ich bin überzeugt, daß dies, von vorübergehenden kurzfristigen Auswirkungen abgesehen, nicht der Fall ist, und zwar auch dann nicht, wenn die Diskontpolitik durch Herabdrosselung der Investitionen mit Hilfe eines höheren Zinssatzes einer solchen Verteilungspolitik Hilfestellung leistet. Gewiß ist es möglich, durch eine redistributive Steuerpolitik den Anteil des Arbeiters am Realprodukt zu vergrößern. Solange aber die Empfänger von Arbeitseinkommen nicht in gleicher Höhe Ersparnisse bilden, wie dies die Empfänger großer Besitzeinkommen tun, bedeutet eine Steigerung des Realeinkommens der Arbeitnehmer eine Erhöhung der Verbrauchsausgaben und zwingt damit zu einer entsprechenden Verminderung der Investitionen. Sie führt also zwangsläufig zu einer Verzögerung der Produktivitätssteigerung unserer industriellen Anlagen und zu einem langsameren Wachstum des verzehrbaren Sozialprodukts, was keineswegs im Interesse des Arbeiters liegt. Solange die Bezieher von Arbeitseinkommen nicht freiwillig in nennenswertem Maße sparen, ist eine Erhöhung ihres

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anteils an der privaten Vermögensbildung der Volkswirtschaft nur durch die Verbindung einer redistributiven Besteuerung mit einer langfristigen Fiskalpolitik zu erreichen, bei der ein Teil der zur Finanzierung der Investitionen erforderlichen Vermögensbildung an Stelle der Bezieher von Besitzeinkommen durch den Staat übernommen wird.

Vorsitzender Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Ich danke den Herren Diskussionsrednern für Ihre Beiträge. Leider erlaubt die zur Verfügung stehende Zeit nicht, weitere Diskussionsredner zu hören. Ich darf daher auf weitere Beiträge für die morgen nachmittag stattfindende Spezialdiskussion verweisen und somit die Nachmittagsveranstaltung schließen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweiter Tag

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweiter Tag, Vormittag

Freitag, 28. September 1956

Vorsitz: Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Wir haben gestern nach dem Grundsatzreferat des Herrn Kollegen *von Beckerath* zwei Vorträge gehört, die sich mit der Einkommenstheorie befaßten. Dabei hat allerdings Herr Kollege *Peter* einige Zweifel geäußert, ob wir überhaupt von der Existenz einer eigentlichen Einkommens-, namentlich einer Einkommensverteilungstheorie sprechen könnten. Ohne zu dieser Frage Stellung nehmen zu wollen — ich persönlich neige da eher dem gedämpften Optimismus zu, der in den Ausführungen des Herrn Kollegen *Preiser* durchklang —, meine ich, daß hinsichtlich der Einkommenspolitik, insbesondere der Verteilungspolitik, kein Zweifel an ihrer Existenz bestehen kann, spüren wir doch alle in dieser oder jener Form sehr deutlich die Wirkung einer solchen Politik, sei es in Form von Subventionen künstlich erhöhter Nahrungsmittelpreise, sei es in Gestalt progressiver Steuern. Problematisch ist freilich, ob die Einkommensverteilungspolitik immer die Ziele zu realisieren vermag, die sie sich setzt, und ferner, ob und inwieweit die Realisierung solcher Ziele wünschenswert ist, wünschenswert im Sinne von kompatibel mit der hier hpyothetisch als wünschenswert vorausgesetzten Erhaltung der geltenden Wirtschafts- und Sozialordnung.

Mit diesen Problemen werden sich die beiden Referate des heutigen Vormittags befassen. Das erste von ihnen, das von Herrn Kollegen *Jecht,* befaßt sich mit den Beziehungen zwischen der staatlichen Wirtschaftspolitik und der Einkommensverteilung. Das zweite, das des Herrn Kollegen *Kolms,* wird den Einfluß nichtstaatlicher Instanzen in dieser Beziehung behandeln.

Was das erste Referat betrifft, so könnte man sagen, daß mit der Themenstellung die Gesamtproblematik der Wirtschaftspolitik überhaupt angeschnitten wird. Aber es ist doch nicht zu verkennen, daß überall, in entwickelten wie in sogenannten unterentwickelten oder,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wie man heute lieber sagt, wenig entwickelten oder noch nicht voll entwickelten Ländern, seit ein, zwei Jahrzehnten spezifisch auf eine Beeinflussung der Einkommensverteilung gerichtete Maßnahmen progressiv an Bedeutung gewinnen. Dabei steht die Steuer- oder überhaupt die Finanzpolitik einerseits, die Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes andererseits im Vordergrund. Die meisten dieser Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Zielsetzung dem Grundsatz nach zwar unbestritten; aber eine Fülle von Fragen und Meinungsverschiedenheiten tut sich auf, wenn es sich darum handelt, Art, Maß und Tempo der fraglichen Staatseingriffe kritisch zu würdigen.

Eine solche Würdigung setzt nun einerseits Theorie, andererseits aber eine möglichst exakte und umfassende Kenntnis der Wirkungen voraus, die von derartigen Interventionen ausgehen können bzw. faktisch ausgegangen sind. Auf alle diese Punkte wird Herr Kollege *Jecht* in seinem Referat eingehen. Dabei ist er freilich insofern in einer sehr peinlichen Situation, als im Gegensatz zu der Lage in anderen, speziell den angelsächsischen und skandinavischen Ländern, in der Bundesrepublik das verfügbare empirisch-statistische Material in dieser Hinsicht unvollkommen ist; denn einmal ist es weitgehend veraltet, gerade was die Einkommensstatistik betrifft, und zum andern unvollständig hinsichtlich des Inhalts. Daß und wie es Herrn Kollegen *Jecht* gelungen ist, diese und manche anderen Schwierigkeiten zu meistern, soweit das irgend möglich ist, und die vielleicht wichtigste ökonomische und soziale Frage unserer Zeit ganz im Sinne der großen Tradition unseres Vereins — seit vorgestern müssen wir wohl sagen: unserer Gesellschaft — zu behandeln, werden Sie sogleich aus seinem Referat ersehen, zu dem ich ihm nunmehr das Wort erteile.

Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung

Von Prof. Dr. Horst *Jecht* (Münster):

Herr Vorsitzer, meine Damen und Herren!

I.

Der Gedanke eines staatlichen Interventionismus auf dem Gebiete der Einkommensverteilung taucht im Kreise der deutschen Sozialwissenschaft erstmals etwa im Beginn des letzten Drittels des vorigen Jahrhunderts auf. Den Hintergrund bildete die ungünstige Lage der Arbeiterschaft und die Verschärfung der sozialen Gegensätze in der Frühperiode der industriellen Entwicklung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auf der Eisenacher Konferenz im Jahre 1872, der Keimzelle des späteren Vereins für Sozialpolitik, wies Gustav *Schmoller* in seiner Eröffnungsrede auf die steigende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen und die daraus für den Bestand der freien politischen Institutionen drohenden Gefahren hin, denen der Staat keinesfalls gleichgültig zusehen dürfe[1].

Diese erste wissenschaftliche Diskussion über die Berechtigung einer staatlichen Einflußnahme auf die Verteilung der Einkommen erfolgte in einer Zeit, in der einerseits der Industrialismus bereits zu tiefgreifenden Umschichtungen der Gesellschaft geführt hatte, in der jedoch andererseits die überlieferte ablehnende Haltung des klassischen Liberalismus gegenüber allen Maßnahmen einer interventionistischen Politik die öffentliche Meinung noch völlig beherrschte. Seither haben sich unter dem Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung jene tiefgreifenden Strukturwandlungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat vollzogen, die in der Bezeichnung des heutigen Staates als „W o h l f a h r t s s t a a t" ihren charakteristischen Ausdruck finden. Dieser keineswegs auf Deutschland beschränkte Prozeß bahnt sich seit Ende des vorigen Jahrhunderts an, erfährt jedoch seine Intensivierung seit dem I. und II. Weltkriege. Die staatliche Einflußnahme auf die Einkommensverteilung ist heute eine Realität, die für die Integration zwischen Wirtschaft und Staat konstitutive Bedeutung besitzt. Jedoch bleiben Ausmaß, Wirkungen und Grenzen der Eingriffe weiterhin in vielfacher Hinsicht problematisch.

Im Rahmen der W i s s e n s c h a f t wurden von verschiedenen Seiten her Versuche unternommen, zu einer genaueren Erfassung dieser Fragenkreise zu gelangen. Bedeutungsvoll war zunächst die in der neueren Theorie allgemein vollzogene Unterscheidung zwischen funktionaler und personaler Verteilung im Sinne einmal der Zuordnung bestimmter Einkünfte zu den Produktionsfaktoren, sodann des tatsächlichen Bezuges von Einkommen durch die verschiedenen Personen und Personengruppen. In seinem berühmten Aufsatz „Macht oder ökonomisches Gesetz" beantwortete *Böhm-Bawerk*[2] die Frage nach der Beeinflussungsmöglichkeit der funktionalen Verteilung im wesentlichen im Sinne der Determiniertheit der Verteilungsvorgänge durch die Gesetzmäßigkeiten des Marktes, die einer Einwirkung nur verhältnismäßig geringen Spielraum ließen. In der anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Autoren der Versuch unter-

[1] G. *Schmoller*, Eröffnungsrede. In: Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der Sozialen Frage. Leipzig 1873.

[2] E. v. *Böhm-Bawerk*, Macht oder ökonomisches Gesetz, Ztschr. f. Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 23, 1914, wiederabgedruckt in „Gesammelte Schriften", 1924.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nommen, diese Grenzen interventionistischer Eingriffe in die Einkommensverteilung genauer abzustecken.

Daneben stehen die Bemühungen einiger neuer Richtungen der Wirtschaftsliteratur, das verteilungspolitische Ziel selbst zu begründen. Wurde der staatliche Interventionismus in der anfänglichen Diskussion mit dem Widerspruch zwischen der im Rahmen der Marktwirtschaft sich vollziehenden Einkommensverteilung und den Postulaten der sozialen Gerechtigkeit begründet, so war das Bestreben nunmehr darauf gerichtet, angesichts des schwankenden Inhalts der Gerechtigkeitsidee den Ausgleich der bestehenden Einkommensunterschiede mit ökonomischen Argumenten zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang ist der Versuch der sogenannten „Wohlfahrtsökonomie" zu erwähnen, anknüpfend an Gedankengänge der Grenznutzentheorie die stärkere Egalisierung der Einkommensverteilung mit einer dadurch bewirkten Erhöhung des Gesamtwohlstandes der Bevölkerung zu begründen. Dieser Versuch scheitert nicht nur an den Schwierigkeiten des interpersonalen Nutzenvergleichs, sondern auch an der Unmöglichkeit einer Aussage über die Grenzen der erstrebten Einkommensnivellierung. Wesentlich größer war — mindestens zeitweise — der Einfluß derjenigen Lehren, die das verteilungspolitische Postulat unter Berufung auf *Keynes* mit dem Argument einer Steigerung der Konsumrate zur Verbesserung der Beschäftigungslage zu rechtfertigen unternahmen. Von allen sonstigen Einwendungen abgesehen, liegt jedoch die Schwäche dieses Gedankenganges darin, daß er allenfalls unter den Voraussetzungen einer bestimmten konjunkturellen Lage Gültigkeit beanspruchen kann.

So bleibt den Bemühungen, die staatliche Einkommenspolitik ausschließlich mit ökonomischen Argumenten zu begründen, letztlich der Erfolg versagt. Das Ziel, die marktwirtschaftliche Einkommensbildung in bestimmter Weise zu korrigieren und zu ergänzen, findet seine Fundierung auch weiterhin in dem Postulat der sozialen Gerechtigkeit, das sich selbst der näheren wissenschaftlichen Begründung entzieht, das vielmehr von dem Vertreter der Sozialwissenschaft den herrschenden Ideenströmungen entnommen wird. Seine im höchsten Maße bedeutungsvolle Aufgabe besteht darin, die verschiedenen Formen der staatlichen Einflußnahme auf ihre Erfolgsmöglichkeiten hin zu diskutieren. Er wird dabei sein Augenmerk insbesondere auch jenen Nebenwirkungen zuwenden müssen, die häufig ebenso wichtig sind wie die unmittelbaren Ergebnisse der wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die deshalb bei der Beurteilung nicht übersehen werden dürfen, zumal ihre Kenntnis u. U. wichtige Gesichtspunkte für die Kritik der Zielsetzung selbst zu liefern vermag.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II.

Bei einem Überblick über die Formen staatlicher Einflußnahme auf die Einkommensverteilung wird man an den Anfang mit Nachdruck den Satz stellen müssen: Es gibt überhaupt keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates, die nicht verteilungspolitische Effekte haben oder jedenfalls haben könnten. Umgekehrt wird man hinzufügen müssen: Es gibt keine verteilungspolitischen Maßnahmen, die nicht ihrerseits andere wirtschaftliche Wirkungen ausüben.

Von grundlegender Bedeutung für das Verteilungsproblem ist bereits die Entscheidung zugunsten eines bestimmten Wirtschaftssystems. So besteht bekanntlich im Rahmen einer Verkehrs- und Marktwirtschaft — im Unterschied zu einer zentralen Verwaltungswirtschaft — eine unmittelbare Interdependenz zwischen Produktion und Verteilung des Volkseinkommens insofern, als alle originären Einkommen im Zusammenhange mit dem Einsatz der Produktionsfaktoren entstehen. Jeder Eingriff in den Prozeß der Einkommensbildung muß auf diesen Zusammenhang Rücksicht nehmen. Alle auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Marktordnung hinzielenden Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik, so etwa die ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung oder umgekehrt die Bekämpfung der Monopolbildung, Versagung oder Anerkennung der Koalitionsfreiheit, die Gestaltung des Unternehmungs- und Gesellschaftsrechts sind für die Einkommensverteilung zwischen den wirtschaftlichen Gruppen von größter Bedeutung. Selbstverständlich hat auch — um ein weiteres wichtiges Beispiel zu nennen — die Nationalisierung ganzer Wirtschaftszweige in einigen Ländern in der Zeit nach dem II. Weltkriege die Voraussetzungen der Einkommensverteilung tiefgreifend geändert.

Wenn man von diesen auf die Gestaltung des Wirtschaftssystems gerichteten Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik — qualitativ-strukturellen Maßnahmen i. S. Tinbergens[3] — absieht, lassen sich die für die Einkommensverteilung relevanten Interventionen in zwei große Gruppen gliedern:

1. Maßnahmen mit primär wirtschaftspolitischer Zielsetzung, die jedoch wichtige verteilungspolitische Wirkungen ausüben;
2. Maßnahmen, die primär verteilungspolitische Zielsetzungen verfolgen oder die — um mit Adolph Wagner zu sprechen — unmittelbar an der Beseitigung von Mißständen in der Verteilung orientiert sind.

---

[3] J. *Tinbergen*, On the Theory of Economic Policy, Amsterdam 1952. Ders., Centralization and Decentralization in Economic Policy. Amsterdam 1954.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III.

Ich beginne mit einer Diskussion der ersten Gruppe, d. h. also jener wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates, die zwar andere Zielsetzung verfolgen, jedoch beträchtliche Wirkung auf die Einkommensverteilungen ausüben. Hier ist zunächst an die bekannte Tatsache zu erinnern, daß das Verhältnis der verschiedenen Einkommensarten im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Wechsellagen wichtige Änderungen erfährt[4]. Sinngemäß ergibt sich daraus, daß auch alle beschäftigungs- und konjunkturpolitischen Maßnahmen einen mehr oder minder starken Einfluß auf die Verteilung ausüben. Je mehr deshalb die staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik neben den traditionellen Mitteln der Geldpolitik für die Konjunkturgestaltung Bedeutung erlangt, um so mehr beeinflußt sie die zyklischen Schwankungen der Einkommensverteilung. Darüber hinaus lehrt die historische Erfahrung der letzten Jahrzehnte, daß fundamentale Änderungen des Preisniveaus als Folge staatlicher Maßnahmen der Beschäftigungs-, Rüstungs- und Kriegsfinanzierung im äußersten Falle zur Deklassierung ganzer Einkommensschichten führen können. Aber auch die „dosierte Inflation", wie sie für die meisten Länder der westlichen Welt seit Kriegsende charakteristisch ist, bildet die Grundlage für Einkommensumschichtungen, deren Gefahr trotz der Allmählichkeit des Vorganges nicht unterschätzt werden sollte.

Im Hinblick auf die jüngste deutsche Vergangenheit ist es besonders wichtig, die verteilungspolitischen Wirkungen jener finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu analysieren, die im Zuge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus mit dem Ziel ergriffen wurden, verstärkte Anreize für die private Investition und Ersparnisbildung zu schaffen. Seit den 30er Jahren hat sich bekanntlich ein ganzes System steuerlicher Vergünstigungen herausgebildet, das insbesondere in den ersten Jahren nach 1948 der Steuergesetzgebung der Bundesrepublik geradezu das entscheidende Gepräge gibt, von dem aber bedeutsame Reste bis in die Gegenwart hineinragen, ja dessen teilweise Wiederbelebung einen Bestandteil der gegenwärtigen Steuerreformpläne bildet. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich einerseits um solche, die eine Erleichterung der Bildung von Eigenkapital bei den Unternehmungen bezwecken (hierher gehören vor allem die bekannten 7er Paragraphen des EStG[5], ferner die verschiedenen Regelungen zwecks Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns), an-

---

[4] Vgl. hierzu C. *Clark,* National Income and Outlay, London 1937; D. *Creamer,* Personal Income during Business Cycles, Princeton, 1956.

[5] Einige der 7er Paragraphen — wie z. B. § 7 c EStG — dienen gleichzeitig auch der Förderung der Kapitalversorgung anderer Wirtschaftszweige, insbesondere der Wohnungswirtschaft und des Schiffsbaus.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dererseits um die Gewährung von Steuernachlässen zur Förderung des langfristigen Sparens und der Wertpapieranlage (hierher gehören die Steuervergünstigungen im Rahmen der Sonderausgaben, ferner die Steuerbefreiungen und Ermäßigungen für Zinserträgnisse im Rahmen des sogenannten Kapitalmarktförderungsgesetzes vom 15. Dezember 1952). Diese Begünstigungen haben die erstrebten wirtschaftlichen Effekte in beträchtlichem, wenn auch bei den einzelnen Maßnahmen verschieden großem Umfange erreicht — über diese wirtschaftspolitische Problematik ist hier nicht zu sprechen —, gleichzeitig aber auch sehr bedeutsame verteilungspolitische Konsequenzen gehabt. Über diese wird man das Folgende sagen können:

1. Die Bezieher selbständiger Einkünfte und die körperschaftlichen Unternehmungen haben von den Vergünstigungen im allgemeinen stärker Gebrauch machen können als die Bezieher unselbständiger Einkommen. Das gilt nicht nur für die Abschreibungs- und Investitionsvergünstigungen, wo diese Differenzierung im Wesen der Sache liegt, sondern auch für die Vergünstigungen bei Kapitalansammlungsverträgen und die Steuerbefreiung der Zinsen bestimmter Wertpapiere, da der Anteil der privaten Sparer an der Wertpapieranlage in der Zeit nach 1948 äußerst gering war. Es läßt sich errechnen, daß auf diese Weise die steuerlich erfaßten Einkommen der Selbständigen 1949/50 um rund 2 Mrd. oder 12,5 %, 1952/53 um 4 Mrd. oder 15 bis 18 % vermindert worden sind[6]. Da diese Beträge an der Spitze abgesetzt wurden, war die Steuersparnis sehr beträchtlich.
2. Die Vorteile der Steuernachlässe waren in den meisten Fällen für die Bezieher höherer wesentlich größer als für die Bezieher kleinerer Einkommen. Dies ergibt sich daraus, daß bei der üblichen Methode der Absetzung der steuerfreien Beträge — z. B. im Falle der steuerbegünstigten Kapitalansammlungen — vom steuerpflichtigen Einkommen und nicht von der Steuerschuld die Steuerersparnis progressiv mit steigendem Einkommen zunimmt[7]. Den gröbsten Verstoß gegen die in der älteren deutschen finanzwissenschaftlichen Literatur so eindrucksvoll vertretene Forderung der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit stellt wohl das Kapitalmarktförderungsgesetz mit seiner völligen Steuerbefreiung wichtiger Kapitaleinkünfte unabhängig von der Höhe des Gesamteinkommens dar.

---

[6] Hinsichtlich der Einzelheiten vgl. Statistischer Anhang, Tab. 2.

[7] Auf diese Zusammenhänge habe ich bereits in meiner Schrift „Probleme der Einkommensteuerreform", Göttingen 1948, S. 31 f., ferner in einer (unveröffentlichten) Denkschrift über die Probleme der steuerlichen Sparbegünstigung hingewiesen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Auch bei gleicher Höhe der Einkommen und Gewinne wirkte sich die Vergünstigung je nach den besonderen Voraussetzungen z. B. nach der Kapitalintensität oder der Liquiditätslage der Unternehmungen in sehr verschiedener Weise aus.

Bei der Kritik wird man freilich nicht übersehen dürfen, daß im Interesse des raschen Wiederaufbaus gewisse sehr grobe Maßnahmen wohl mindestens vorübergehend unvermeidlich waren, zumal eine allgemeine Senkung des im Zeitpunkt der Währungsreform noch völlig überhöhten Tarifes an dem Widerstand der Besatzungsmächte scheiterte. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Einkommensverteilung (und ebenso auch die Vermögensverteilung) durch diese Begünstigungen in höchst einseitiger und ungleichmäßiger Weise beeinflußt worden ist.

Unter den Maßnahmen, mit denen der Staat den Wirtschaftsablauf zu beeinflussen versucht, kommt neben den steuerlichen Anreizen zur Belebung der privaten Initiative und Ersparnis der unmittelbaren Erhöhung der Nachfrage durch öffentliche Investitionen steigende Bedeutung zu. In der Bundesrepublik sind in der Zeit von 1949 bis 1955 von der öffentlichen Hand für Bauten und Darlehnsgewährung 45 Mrd. DM verausgabt worden[7a], wozu noch etwa 9 Mrd. DM Vermögensanlage der Sozialversicherungen kommen. Auch ohne diese entfallen auf die öffentlichen Investitionen (Real- und Finanzinvestitionen) in dieser Zeit etwa ein Viertel der gesamten Bruttoanlageinvestitionen der westdeutschen Volkswirtschaft[8]. Dieser Anteil ist etwa der gleiche wie in den USA[9], während die öffentlichen Investitionen in Großbritannien[10] — offenbar als Folge der Nationalisierung wichtiger Wirtschaftsgebiete — mehr als die Hälfte der gesamten Bruttoinvestitionen ausmachen.

Die Bedeutung dieser Ziffern liegt — soweit es sich um die Bundesrepublik handelt — zwar in erster Linie darin, daß Einkommensbeträge, die andernfalls mindestens teilweise konsumtiv verausgabt worden wären, auf dem Wege des „Zwangssparens" der Investition zugeführt wurden. Neben diesem für das volkswirtschaftliche Wachstum entscheidenden Effekt üben die öffentlichen Investitionen aber auch in verschiedener Richtung wichtige Wirkungen auf die Einkommensverteilung aus. Unter Berücksichtigung der Vermögensanlagen der Sozialversicherungen entfiel während der letzten Jahre mehr als die Hälfte des Gesamtbetrages auf Ausgaben

---

[7a] Bulletin der Bundesregierung Nr. 54 v. 17. 3. 1956.
[8] Vgl. Statistischer Anhang, Tabelle 6.
[9] Vgl. Statistischer Anhang, Tabelle 7. Während des New Deal in den 30er Jahren haben die öffentlichen Investitionen zeitweise mehr als 50 % aller Bruttoinvestitionen betragen.
[10] Vgl. Statistischer Anhang, Tabelle 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für den Wohnungsbau und andere Zwecke, die bei gleichzeitiger Bindung der Mieten und Preise in erster Linie den breiten Bevölkerungsschichten zugute gekommen sind. Auf der anderen Seite sind jedoch Darlehn und Bürgschaften in beträchtlichem Umfang gewährt worden, die eine Besserung der Einkommenslage bestimmter Unternehmer und Produzenten zur Folge hatten. Vielfach liegt eine enge Verbindung mit den an bestimmte Wirtschaftszweige gezahlten Subventionen vor. Um welche Beträge es sich dabei im einzelnen handelt, zeigen besonders eindrucksvoll die Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft, die allein im Bundeshaushaltsplan für 1956 896 Mill. ausmachen (einschl. der Maßnahmen aufgrund des „Grünen Berichtes")[11]. Angesichts der Zersplitterung der Haushaltspläne der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik und der bisherigen Methode ihrer Gliederung vorwiegend nach Ressorts und nicht nach Funktionen ist es allerdings kaum möglich, sich einen genauen Überblick über die Höhe und Zusammensetzung der Maßnahmen der öffentlichen Wirtschaftsförderung zu verschaffen. Die durch diese binnenwirtschaftlichen Interventionen bewirkten Änderungen der Einkommensverteilung dürften heute wichtiger sein als die Auswirkungen der staatlichen Zollpolitik, über deren Einkommenseffekt in der Wirtschaftsliteratur in früherer Zeit so lebhaft diskutiert wurde.

IV.

Ich wende mich nunmehr denjenigen Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik zu, die primär auf Beeinflussung der Einkommensverteilung gerichtet sind und die man in Übereinstimmung mit einer weitverbreiteten Terminologie auch als sozialpolitische Interventionen i. e. S. bezeichnen kann.

Sie können zunächst in dem Versuch einer unmittelbaren Einflußnahme auf die Höhe der Einkommen im Zeitpunkte ihrer Entstehung, d. h. also auf die funktionelle Einkommensverteilung, insbesondere auf die Höhe des Lohnes bestehen. Derartige Eingriffe des Staates, die auch mit dem System der Marktwirtschaft schwer vereinbar sind, kommen jedoch — von Kriegszeiten abgesehen — verhältnismäßig selten vor. Die Bestimmung der Löhne ist im allgemeinen eine Domäne der Verhandlungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und wird deshalb in dem folgenden Referat behandelt. Ich werde sie im weiteren außer Betracht lassen.

---

[11] Siehe Bulletin der Bundesregierung, Nr. 155 v. 21. 8. 1956, S. 1508. Die Ausgaben der Länderhaushalte für die Förderung der Landwirtschaft dürften insgesamt kaum hinter den Bundesausgaben zurückbleiben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das eigentliche Gebiet des verteilungspolitischen Interventionismus ist die Umverteilung der aus dem marktwirtschaftlichen Prozeß hervorgehenden Einkommen, insbesondere durch Maßnahmen der öffentlichen Haushaltspolitik. Es handelt sich um jene Vorgänge, die im allgemeinen als Einkommensredistribution bezeichnet werden. Der Begriff ist an sich wenig fest umrissen. Er sagt insbesondere nichts darüber aus, zwischen welchen Personen oder Personengruppen und mit welchem Ziel die Umverteilung des Einkommens erfolgt. Als Möglichkeiten, die hier in Betracht kommen, mögen etwa angeführt werden: Überleitung von Einkommen von den Gesunden auf die Kranken, von den Beschäftigten auf die Erwerbslosen, von den Erwerbsfähigen auf die Alten und Invaliden, von den Einzelpersonen zu den Familien. Schließlich ist noch jene Redistribution zu nennen, an die die Vertreter der klassischen Sozialpolitik in erster Linie dachten, als sie das Ziel des Einkommensausgleichs proklamierten: Die Übertragung von Kaufkraft von den einkommensstarken auf einkommensschwache Gruppen der Bevölkerung. Es ist unmöglich, alle diese Gebiete einer staatlichen Redistributionspolitik in diesem Referat zu erörtern, vielmehr zwingt die verfügbare Zeit zu einer Beschränkung auf bestimmte Probleme. Ich werde nacheinander jeweils in einem besonderen Abschnitt behandeln: erstens die Frage der Redistributionswirkung des Steuersystems; zweitens das Ergebnis des Zusammenspiels von Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des unter dem Verteilungsgesichtspunkt besonders wichtigen öffentlichen Sozialetats. In beiden Fällen werden die Hilfsfisci, d. h. Lastenausgleich und Sozialversicherung, mit in die Betrachtung einbezogen werden.

Vorauszuschicken sind einige Bemerkungen über die methodischen Grundlagen der Analyse. Im Hinblick auf die Besteuerung besteht die Aufgabe darin zu zeigen, in welcher Weise sich das Steueraufkommen auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung aufteilt. Es wird versucht, diese Frage aufgrund der vorhandenen Daten der Steuerstatistik und unter ergänzender Heranziehung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung so exakt zu beantworten, wie dies die Natur des Materials eben zuläßt. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich — infolge des Fehlens einer nach Einkommensschichten gegliederten Verbrauchsstatistik — bei der Aufteilung der „indirekten Steuern". (Ich verwende diese Bezeichnung hier im vollen Bewußtsein ihrer Problematik.) Um mehr als um eine verhältnismäßig grobe Schätzung kann es sich infolgedessen nicht handeln.

Die Einzelheiten hinsichtlich der angewandten Berechnungsmethode bitte ich den Anlagen zu entnehmen. Über manches läßt sich gewiß diskutieren, sogar darüber, ob angesichts der Mängel des heute

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verfügbaren Materials der Versuch einer Aussage über die Verteilung des Steueraufkommens überhaupt sinnvoll ist. Hierzu kann ich nur sagen, daß ich unter Zurückstellung vielfacher Skrupel zu einer Bejahung dieser Frage gelangt bin. Der Versuch, in das bisherige Dunkel der durch den öffentlichen Haushalt sich vollziehenden Redistributionsvorgänge hineinzuleuchten, schien mir angesichts der vielfach verbreiteten falschen Meinungen und der darauf gestützten Fehlurteile auch dann berechtigt zu sein, wenn das Ergebnis nur eine Aufhellung im Sinne der Anleuchtung gewisser Konturen sein konnte. Immerhin dürfte vielleicht die Errichtung einer Tafel mit der Aufschrift „Vor Mißbrauch wird gewarnt" angebracht sein.

Ergeben sich so aus der Unvollkommenheit des Materials starke Vorbehalte im Hinblick auf die Exaktheit der gemachten Aussagen, so scheidet andererseits eine bedeutende Schwierigkeit aus, mit der die Analyse der Steuerwirkungen zumeist belastet ist: das Überwälzungsproblem taucht, was ausdrücklich hervorgehoben werden muß, bei der Aufteilung des Steueraufkommens wie übrigens auch bei der Zurechnung der Ausgaben nicht auf. Die Analyse beschränkt sich ja auf die Distribution der Steuern bzw. der Ausgaben in einem bestimmten Zeitpunkt, genauer während einer bestimmten abgeschlossenen Periode, wobei aus Gründen des statistischen Materials das unter anderen Gesichtspunkten wenig geeignete Jahr 1950 gewählt werden mußte. Vorgänge der Überwälzung, d. h. solche Wirkungen der Besteuerung, die in Änderungen des Verhältnisses der verschiedenen Einkommensgruppen zueinander ihren Niederschlag finden, setzen jedoch den Vergleich zweier zeitlich aufeinander folgender Zeitpunkte bzw. Perioden voraus. Man kann diesen Sachverhalt auch so ausdrücken: in der statistisch erfaßten Einkommensverteilung z. B. wiederum des Jahres 1950 sind die Ergebnisse der Steuerüberwälzung während dieser oder einer früheren Periode bereits enthalten. Über sie wird ebensowenig eine Aussage gemacht wie über die in einer künftigen Periode etwa zu erwartenden Überwälzungsvorgänge.

Die Feststellung, daß die Ergebnisse unserer Analyse von der Behandlung des Überwälzungsphänomens unabhängig sind, gewinnt ihre besondere Bedeutung angesichts des gegenwärtigen Standes der Theorie. Gestattet dieser doch — daran dürfte ernsthaft kein Zweifel bestehen — keine wirklich sichere Aussage in der Überwälzungsfrage. Zwar hat die jüngste Diskussion insofern zu einer gewissen Klärung geführt, als nunmehr an der These einer in der Regel und vielfach vollständig sich vollziehenden Abwälzung der Besteuerung des Unternehmergewinns im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftssteuer, wie sie zuvor von verschiedenen Autoren mit unter-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schiedlicher Begründung vertreten worden war, nicht mehr festgehalten wird[12]. Eine solche vollständige Überwälzung kommt — das ist das Ergebnis der Diskussion — nur in bestimmten, in der Realität selten gegebenen Grenzfällen in Betracht. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die bisher verwendeten Methoden, insbesondere das allgemeine Kreislaufmodell ohne variable Gewinnfunktionen, das Problem überhaupt zu erfassen vermögen oder ob hierfür nicht vielmehr eine umfassendere Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen der öffentlichen Wirtschaft und den Bestimmungsgründen der funktionellen Einkommensverteilung wie Monopolisierungsgrad, Investitionen, Konjunktur erforderlich ist. Immerhin wird man aufgrund des gegenwärtigen Standes des theoretischen Denkens und gewisser empirischer Daten, insbesondere der langfristigen Konstanz der funktionellen Einkommensverteilung, von einer gewissen Wahrscheinlichkeit sprechen können, daß die direkten Steuern in relativ geringerem, die indirekten Steuern in relativ größerem Maße überwälzt werden. Diese Aussage läßt sich ohne weiteres in Einklang mit den Ergebnissen der statistischen Analyse bringen, obwohl diese, wie nochmals ausdrücklich betont werden muß, von der Überwälzungsproblematik völlig unabhängig ist.

V.

Wenn ich mich nunmehr den Ergebnissen der Analyse des Steuersystems zuwende — ich darf bitten, hierfür den Anlagenband zur Hand zu nehmen —, so ist unter dem Gesichtspunkte der Redistribution zunächst die Progression der Einkommensbesteuerung von Interesse. Bei ihrer Betrachtung gewinnt man den Eindruck, daß Adolph *Wagners* Idee der sozialpolitischen Steuergesetzgebung in einem Ausmaße verwirklicht worden ist, wie es *Wagner* selbst als unmöglich erschienen wäre. Erreichen doch die Spitzensätze der Einkommensteuer auch heute noch trotz der in der Nachkriegszeit erfolgten Herabsetzung in Großbritannien 92,5 %, in den USA 91 % (1954), in der Bundesrepublik 63 % (Plafond 55 %). In allen drei Ländern werden die Einkünfte aus Kapitalgesellschaften zusätzlich durch besondere Körperschaftssteuern (in Großbritannien: profits-tax) besteuert. In der Bundesrepublik wird diese Belastung — was bei dem niedrigeren Spitzensatz der Einkommensteuer, auch abgesehen von der anderen Struktur der Einkommensverteilung, zu beachten ist — durch Vermögensteuern (Lastenausgleich) z. T. beträchtlich verstärkt.

[12] Vgl. vor allem die an C. *Föhls* Aufsatz „Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung" anschließende Diskussion im Finanzarchiv N. F. Bd. 14—17 zwischen *Stucken-Ehrlicher, Rüstow, Neisser, Colm, Krelle* und *Richter-Hauser*. Die wichtigsten Ergebnisse faßt *Föhl* selbst in seinem Aufsatz „Das Steuerparadoxon" (Finanzarchiv NF Bd. 17, S. 101) zusammen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Alfred *Marshall* hat bekanntlich davor gewarnt, die verteilungspolitische Wirkung nur aufgrund einer einzigen Steuer zu beurteilen. Daß diese Warnung auch heute nicht überflüssig geworden ist, zeigt etwa der neuerdings von *Hayek*[13] unternommene Versuch, die „Ungerechtigkeit der Steuerprogression" bei der Einkommensteuer nachzuweisen, ohne dabei die Belastung der Einkommen durch andere Steuern zu berücksichtigen. Wir müssen also den Blick auf das Steuersystem als Ganzes richten[14]. Dabei zeigt sich zunächst die auffallende Tatsache, daß die Einkommensbesteuerung (einschl. der erst 1920 als selbständige Steuerformen eingeführten Lohn- und Körperschaftssteuer) weder im Deutschen Reich in den zwanziger Jahren noch in der Bundesrepublik nach 1948 jene Bedeutung im Steuersystem wiedererlangt hat, die sie vor dem I. Weltkrieg mit rund 35 % des gesamten Steueraufkommens besaß. Hingegen sind seit den 20er Jahren — mit Ausnahme der krisenbedingten Verhältnisse im Beginn der 30er Jahre — sowohl der Anteil der veranlagten Einkommensteuer zuzüglich der Körperschaftsteuer mit 17 bis 21 % als auch der Anteil der Lohnsteuer mit 8 bis 10 % ziemlich konstant geblieben. Die aufgrund der Verschärfung der Progression und der Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes eigentlich zu erwartende Steigerung der relativen Bedeutung der Einkommen- und Körperschaftssteuer ist also nicht eingetreten. Das erklärt sich z. T. aus dem Rückgang der Selbständigen, von denen diese Steuern vornehmlich erhoben werden, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen (1925: 17,2 %, 1950: 14,7 %), bestätigt jedoch i. ü. die früheren Aussagen über die Auswirkung der Begünstigungsmaßnahmen.

Der Wunsch, eine Aufgliederung des Steueraufkommens nach den verschiedenen Einkommensschichten vorzunehmen, läßt sich bei dem derzeitigen Stand der westdeutschen Statistik nicht realisieren. Wir betreten bereits ein äußerst unsicheres Terrain, wenn wir anknüpfend an die Unterscheidung zwischen Selbständigen und Unselbständigen versuchen, das Durchschnittseinkommen dieser beiden Gruppen der Bevölkerung und seine durchschnittliche steuerliche Belastung zu berechnen. Aufgrund der verfügbaren Daten und mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß es sich um nichts anderes als um eine ganz grobe Schätzung handelt, komme ich dabei zu folgendem Ergebnis: Das Durchschnittseinkommen der Bezieher unselbständiger Einkommen einschließlich der Transfereinkommen der Sozialrentner belief sich 1950 auf etwa 2400 DM, die durchschnittliche Belastung durch sämtliche Steuern auf

[13] Vgl. F. A. *Hayek*, Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression, Schweizer Monatshefte 33, 1952.

[14] Vgl. hierzu Statistischer Anhang, Tabelle 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

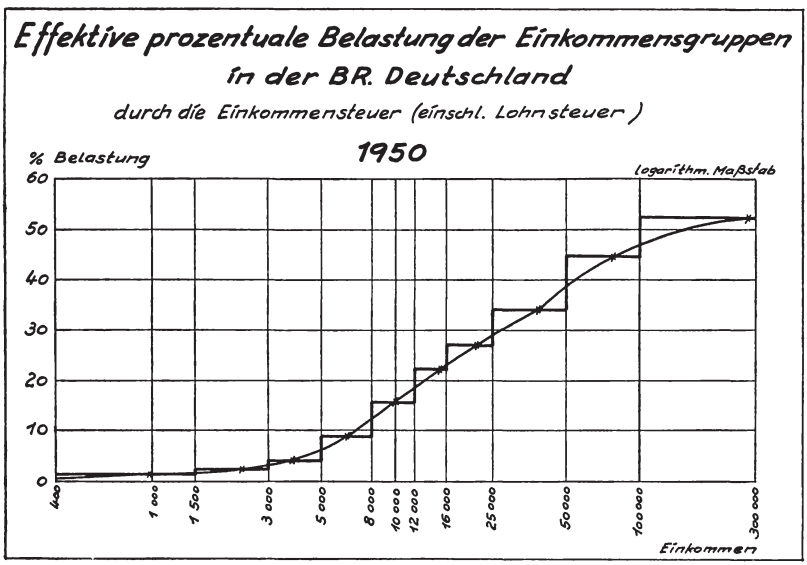
Effektive Belastung der Einkommensgruppen durch die Lohn- und Einkommensteuer in Deutschland 1950*

Einkommens-gruppen	Zahl der Steuerpflichtigen[1]	Summe der Einkommen[2]	Steuer-schuld	Steuern in vH der Einkommen
— 1 500	1 566 229	1 529,5	20,5	1,3
1 500— 3 000	4 890 616	11 442,7	264,6	2,3
3 000— 5 000	4 683 832	17 883,5	729,6	4,0
5 000— 8 000	1 128 925	7 142,0	619,2	8,7
8 000— 12 000	335 180	3 355,6	523,8	15,6
12 000— 16 000	92 463	1 391,1	312,2	22,4
16 000— 25 000	78 288	1 688,3	459,1	27,1
25 000— 50 000	38 017	1 477,4	507,1	34,3
50 000—100 000	11 152	866,4	371,1	42,8
über 100 000	4 480	1 265,8	662,1	52,3
Gesamt	12 829 182	48 042,3	4 469,3	9,3

* Quellen: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 125; Statistisches Jahrbuch 1956, S. 404—407.

[1] Steuerbelastete und Steuerbefreite.

[2] Bruttolöhne der nichtveranlagten und Einkommen der veranlagten Steuerpflichtigen (einschl. der Sonderausgaben).



etwa 25 %; das Durchschnittseinkommen der Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienmitglieder auf 4200 DM (ohne diese 8300 DM), die durchschnittliche steuerliche Belastung dieser Einkommen auf annähernd 37 %[15]. Ganz grob ausgedrückt: Die breite

[15] Die Einkommen der Selbständigen und Unselbständigen konnten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt und daraus das Durch-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schicht der Masseneinkommen trug im Jahre 1950 mit etwa einem Viertel, die ebenfalls noch recht umfangreiche Schicht der Einkommen der Selbständigen mit etwas mehr als einem Drittel ihres Einkommens zu den öffentlichen Ausgaben bei.

Die relativ geringe Progression, die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt, ist eine Folge der Regressionswirkung der Umsatz- und Verbrauchsbesteuerung. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich bei der Steuerbelastung der Selbständigen von einem Drittel um einen Durchschnittssatz handelt und daß die höheren Einkommen allein aufgrund der Einkommensteuerprogression viel stärker besteuert waren. Belief sich doch die Effektivbelastung der durch die Lohn- und Einkommensteuer erfaßten Einkommen im gleichen Jahre 1950 bei der Einkommensgruppe 8—12 000 DM auf 15,6 %, bei der Einkommensgruppe von 25—50 000 DM auf 34,3 % und bei den Einkommen über 100 000 DM auf 52 %. Gewiß ist bei diesen Ziffern zu berücksichtigen, daß Einkommen im steuerrechtlichen Sinne nicht mit ökonomischem Einkommen identisch ist und daß zumindest bei den veranlagten Steuerpflichtigen die tatsächliche Einkommensteuerbelastung unter der in der Steuerstatistik errechneten gelegen hat. Aber diese Abweichungen sind keinesfalls so beträchtlich, daß dadurch die progressive Abstufung der Steuerbelastung und die durch sie bewirkte Einkommensredistribution aufgehoben würde.

VI.

Aussagen über die Beeinflussung der Einkommensverteilung durch das Steuersystem gestatten — darüber dürfte heute Einmütigkeit bestehen — kein abschließendes Urteil über die Redistributivwirkung des öffentlichen Haushalts im ganzen. Hierzu ist vielmehr die Einbeziehung der Wirkung der Ausgaben auf die private Einkommensverteilung erforderlich. Die Schwierigkeit einer Analyse dieses Einflusses liegt darin, daß ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Ausgaben seiner Natur nach nicht bestimmten Gruppen von Einkommensbeziehern zugerechnet werden kann; das gilt z. B. für die Ausgaben für Verteidigungszwecke, für die Rechtspflege, für die innere Verwaltung u. a. Jeder Versuch einer Aufteilung dieser Ausgaben müßte von willkürlichen Annahmen ausgehen und ist infolgedessen abzulehnen.

---

schnittseinkommen errechnet werden. Die Arbeitslosen wurden dabei in die Zahl der Unselbständigen einbezogen. Die durchschnittliche Steuerbelastung ergab sich aus der Zuordnung des gesamten Steueraufkommens (einschl. der in späteren Jahren nachversteuerten Beträge) auf diese beiden Gruppen. Die Methode der Zuordnung kann aus den „Erläuterungen zu den Bilanzen der sozialen Transferleistungen" im statistischen Anhang ersehen werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die folgende Untersuchung beschränkt sich aus diesem Grunde auf ein Gebiet des öffentlichen Haushaltes, dessen Ausgaben einerseits mit hinreichender Genauigkeit bestimmten Einkommensgruppen zugerechnet werden können und andererseits im Rahmen des öffentsichen Gesamthaushaltes seit der Jahrhundertwende eine so starke Steigerung aufweisen, daß die Einkommensverteilung durch sie in entscheidender Weise beeinflußt wird: die Aufwendungen für den Sozialetat[16].

Die einschlägigen Zahlen, die dieses Wachstum der Sozialausgaben beleuchten, lauten für Deutschland:

Anteil der Sozialausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben (einschließlich Sozialversicherung und Lastenausgleich):

Deutsches Reich	1913	30 %
	1928	50 %
	1931	60 %
Bundesrepublik	1950, 1953	50 %

Interessant ist die Feststellung, daß die entscheidende Expansion der Sozialausgaben im Rahmen des öffentlichen Etats sich bereits in den zwanziger Jahren, also im Gefolge des I. Weltkrieges, vollzieht. 1931 nimmt als Krisenjahr eine Sonderstellung ein. Die Anteilziffern nach 1948 betragen wiederum wie in den zwanziger Jahren 50 %.

In Großbritannien wurde demgegenüber der entscheidende Schritt erst nach dem II. Weltkriege im Zusammenhang mit dem Ausbau des nationalen Gesundheitsdienstes getan. Der Anteil der Sozialausgaben am Gesamtetat belief sich 1937 auf 37 %, 1950 auf 45 % der Gesamtausgaben[17].

In mancher Hinsicht aufschlußreicher sind, da der Umfang des öffentlichen Haushaltes im Verhältnis zum Sozialprodukt gewachsen ist, die folgenden Anteilziffern des Sozialetats am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen[18]:

1913	5 %
1928	16 %
1931	21 %
1950	21 %
1953	23,5 %

Hier zeigt sich also auch seit den zwanziger Jahren eine weitere prozentuelle Steigerung.

---

[16] Vgl. zum Folgenden: Statistischer Anhang, Tab. 3, 4.

[17] Vgl. A. T. *Peacock*, The Social Services in Great Britain and the Redistribution of Income, in: Income Redistribution and Social Policy, London, 1954.

[18] Bei einem Vergleich mit Großbritannien zeigt sich, daß der Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Sozialprodukt 1950/51 dort 17,4 % (2,38 Mrd. von 13,66 Mrd. £) in der Bundesrepublik 19,8 % (17,8 Mrd. von 89,77 Mrd. DM) betrug.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es soll nun im weiteren der Versuch gemacht werden, durch Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben zu einer Art von „Sozialbilanz" zu gelangen, aus der sich der Gesamteffekt des Sozialetats in redistributiver Hinsicht ergibt. Indem ich für alle Einzelheiten wiederum auf die Anlagen verweise, möchte ich zu den angewandten Berechnungsmethoden das Folgende bemerken:

Auf der Einnahmeseite ruft die Zurechnung der Sozialversicherungsbeiträge im allgemeinen keine besonderen Probleme hervor. Sie stellen sich als eine Abgabe der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer dar. Wesentlich problematischer ist die Zuordnung des aus dem öffentlichen Haushalt, d. h. also letztlich aus Steuern finanzierten Teiles des Sozialetats. Hier wurde die Aufteilung entsprechend dem bei der Analyse des Steuersystems angewandten Verfahren vorgenommen.

Auf der Ausgabenseite liegt die Problematik in der Abgrenzung der Sozialausgaben. Es kommen drei Arten von öffentlichen Aufwendungen in Betracht:

a) unmittelbare Darbietung von Gütern und Leistungen seitens der öffentlichen Hand, soweit diese in erster Linie den weniger bemittelten Schichten zugute kommen, z. B. Ausgaben auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens, des allgemeinen Erziehungswesens usw.;
b) Zahlung von Preissubventionen, die zur Verbilligung von Gütern des Massenverbrauchs oder der Nutzung solcher langfristiger Gebrauchsgüter führen, die vorwiegend den weniger wohlhabenden Schichten zur Verfügung gestellt werden, z. B. Lebensmittelsubventionen, Zuschüsse zum Wohnungsbau zwecks Niedrighaltung der Mieten usw.;
c) direkte Geldzahlungen an einkommensschwache Personen aus den Haushaltungen der öffentlichen Gebietskörperschaften oder der Sozialversicherungskörper.

Zwischen den erwähnten drei Formen besteht insofern ein Unterschied, als die unter a) und b) genannten Ausgaben in der Regel teilweise auch Angehörigen der wohlhabenderen Schichten zugute kommen, sofern es nicht gelingt, dies durch besondere Maßregeln zu verhindern (z. B. Beschränkung der Wohnungsbauzuschüsse auf Bauvorhaben des sog. Sozialen Wohnungsbaues). Die unter c) erwähnten Geldzahlungen dagegen fließen im allgemeinen nur den einkommensschwachen Schichten zu. Streng genommen handelt es sich also nur hier um reine Sozialausgaben, jedoch erscheint es für den hier verfolgten Zweck berechtigt, auch die beiden ersten Ausgabenarten mit in den Sozialetat einzubeziehen, weil die Inanspruchnahme durch An-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gehörige der wohlhabenden Schicht im Rahmen der Gesamtausgaben relativ gering ist. — Noch nicht berücksichtigt sind die Einnahmen und Ausgaben der in der Bundesrepublik erst 1955 eingeführten Familienausgleichskasse, obgleich sie ihrem Wesen nach einen Bestandteil des Sozialetats bilden, wie andererseits auch die Familienermäßigungen in die vorangegangene Analyse des Steuersystems nicht ausdrücklich einbezogen worden sind.

Aufgrund der nach diesen Gesichtspunkten aufgestellten „Bilanz" läßt sich über die Redistributivwirkungen der Sozialausgaben das Folgende aussagen[19]:

1. Das Schwergewicht der Redistribution liegt heute innerhalb der breiten Schicht der unselbständig Erwerbstätigen — derart, daß die Kosten der Versorgung der Kranken, Invaliden, Alten usw. von den in Arbeit und Verdienst stehenden Angehörigen der gleichen sozialen Schicht in Gestalt von Versicherungsbeiträgen und Steuern aufgebracht werden. 1950 entfallen auf diese Art der Redistribution mindestens 63 %.
2. Etwa 23 % der Aufwendungen des Sozialetats — der absoluten Summe nach ungefähr 4,5 Mrd. DM — wurden von den selbständigen Erwerbstätigen getragen. Bei einer Umrechnung auf Einkommensstufen ergibt sich, daß auf die Bezieher von Einkommen über 4800 DM sogar 24 % der Sozialausgaben entfallen, die von ihnen in Form von Steuern erhoben wurden. In diesem Umfang hat also eine Redistribution im Sinne der klassischen Sozialpolitik stattgefunden. Gleichzeitig ist auf diese Weise die durch das Steuersystem bewirkte Tendenz zur Abschwächung der Unterschiede der Einkommensverteilung durch den Sozialetat weiter verstärkt worden[20,21].
3. Bei einer weiteren Ausdehnung des Sozialetats — etwa im Zuge der geplanten Rentenreform — wird sich der Anteil der Aufbringung mit großer Wahrscheinlichkeit weiter zu Lasten der unselbständigen Erwerbstätigen verschieben. Die Entscheidung für die Erhöhung der Renten bedeutet, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, in erster Linie einen Verzicht der sozialver-

---

[19] Vgl. Statistischer Anhang, Tabellen 5 a und 5 b.

[20] Voraussetzung für die Richtigkeit dieser Feststellung ist allerdings, daß der übrige Teil der öffentlichen Ausgaben nicht in einseitiger Weise den wohlhabenderen Einkommensschichten zugute kommt. Von einer solchen gleichsam in umgekehrter Richtung sich vollziehenden Redistribution großen Stiles kann jedoch keine Rede sein.

[21] In Großbritannien wurden 1950/51 die Kosten des Welfare-Budgets etwa je zur Hälfte von Beziehern von Einkommen unter und über 500 £ aufgebracht (s. *Peacock* a.a.O., S. 158). Der größere Anteil der Bezieher höherer Einkommen im Vergleich zu Deutschland ergibt sich daraus, daß die Finanzierung vorwiegend aus Mitteln des öffentlichen Haushalts erfolgte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sicherungspflichtigen Arbeitnehmer auf einen Teil des künftigen Zuwachses an Realeinkommen zugunsten der Rentenempfänger[22].

VII.

Versuchen wir, die Ergebnisse der bisherigen Analyse zusammenzufassen, so werden wir feststellen können, daß die staatliche Wirtschaftspolitik beträchtlichen Einfluß auf die personale Verteilung der Einkommen ausübt.

Wie aber ist dieses Ergebnis vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus zu beurteilen? Für die Gewinnung eines fundierten Urteils wäre es zunächst wichtig zu wissen, ob und in welcher Weise die Einkommensverteilung — gemeint ist die Einkommensverteilung vor Durchführung der Redistribution — langfristig durch die staatlichen Interventionsmaßnahmen beeinflußt worden ist. Wir fragen also, welche Änderungen sich in dieser Hinsicht seit dem Beginn des verteilungspolitischen Interventionismus vollzogen haben. Die Tendenzen, zu deren Feststellung jene Forscher, die sich mit dem Fragenkreis eingehend beschäftigten, ziemlich übereinstimmend gelangen, lassen sich in zwei Sätzen zusammenfassen:

1. Die Ungleichmäßigkeit in der Einkommensverteilung nimmt seit dem Beginn des industriellen Zeitalters zunächst zu.
2. Seit einigen Jahrzehnten, wenn auch in den einzelnen Ländern von einem jeweils verschiedenen Zeitpunkt an, setzt sich diese Entwicklung nicht nur nicht fort, sondern wird durch die Tendenz zu einer etwas größeren Ausgeglichenheit der Einkommensverteilung abgelöst.

Die den statistischen Anlagen[23] beigefügten Übersichten über die Änderungen der Einkommensverteilung in Deutschland, USA und Großbritannien, die sich zwecks Vereinfachung der Darstellungsform der Lorenz-Kurve bedienen, veranschaulichen diese Entwicklung. Besonders eindrucksvoll erscheinen die Wandlungen, die sich in England vollzogen haben, zumal hier ein Überblick über einen längeren Zeitraum möglich ist. Für Deutschland mußte auf die genauere Erfassung der Zeit vor 1913 aus methodischen Gründen verzichtet werden, obgleich auch hier alle Anzeichen dafür sprechen, daß seit der Jahrhundertwende eine gewisse Verringerung der Ungleichmäßigkeiten der Einkommen erfolgt ist. Die Einkommensverteilung des Jahres 1936, die eine Abweichung von dem langfristigen Trend dar-

[22] Vgl. H. *Jecht*, Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente, Stuttgart 1956, Abschnitt 3 und 4.

[23] Vgl. Statistischer Anhang, Schaubild 1, 2, 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stellt, läßt sich ohne Schwierigkeit aus den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen der 30er Jahre erklären. Besonders bedauerlich für unseren Zweck ist es, daß kein Material für die Zeit nach 1950 vorliegt.

Wie ist jene Umkehr in der Entwicklung der Einkommensverteilung zu erklären, die im Widerspruch zu sehr bedeutsamen, auf eine weitere Einkommenskonzentration hindrängenden Kräften der fortschreitenden Industrialisierung steht? Es liegt nahe, sie mit den Wirkungen des verteilungspolitischen Interventionismus in Verbindung zu bringen. Man könnte den Zusammenhang dann etwa so deuten, daß die progressive Einkommensbesteuerung der oberen Einkommensschichten deren Fähigkeit zur Vermögensbildung und damit langfristig auch die Höhe ihres Einkommens beeinträchtigt hätte. In der gleichen Richtung würde in denjenigen Ländern, in denen sie eine beachtliche Rolle spielt, auch die Erbschaftssteuer gewirkt haben. Einige britische Autoren sehen hierin einen entscheidenden Grund für die Abflachung der englischen Einkommenspyramide. Eine absolute Gewißheit, daß ein solcher ursächlicher Zusammenhang besteht, ist freilich nicht vorhanden. Es k ö n n e n auch andere Faktoren mit gleicher oder größerer Stärke diese Entwicklung beeinflußt haben. Immerhin spricht vieles für die Richtigkeit der Vermutung, daß das zeitliche Zusammentreffen zwischen der beginnenden Aktivität des Staates auf dem Gebiete der Einkommensredistribution und den veränderten Tendenzen der Einkommensverteilung kein bloßer Zufall ist.

Die Beeinflussung der Einkommenspyramide würde jedoch — sofern sie zutrifft — nur das äußere Symptom für tiefere Wirkungen sein, die von der staatlichen Verteilungspolitik auf die Verhaltensweisen der wirtschaftenden Menschen ausgeübt worden sind. Im Vordergrund der Diskussion dieser Probleme hat längere Zeit die Frage der Verminderung der „i n c e n t i v e s" als Folge der erhöhten Steuerbelastung gestanden. Jedoch dürfte ein Beweis für eine allgemeine Herabminderung der Risikobereitschaft der Unternehmungen durch die bestehenden Steuersätze in der bisherigen Entwicklung der Nachkriegsjahre kaum zu erbringen sein. Unbestreitbar und wichtig ist jedoch die Tatsache einer starken Orientierung der unternehmerischen Dispositionen an steuerlichen Gesichtspunkten, die für die Entscheidungen neben der Beurteilung der Marktlage eine früher nicht entfernt vorhandene Bedeutung erlangt hat. Daß diese steuerorientierten Dispositionen aber z. B. in Gestalt der vielberufenen „Unkostenproduktion" zu einer Minderung der volkswirtschaftlichen Effizienz führen können, ist unbestreitbar.

Werden so auf der Aufbringungsseite Grenzen sichtbar, die einer etwaigen weiteren Ausdehnung der Einkommensredistribution ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zogen sind, so gilt es die Gefahren zu erkennen, die sich möglicherweise auch von der Ausgabenseite des Sozialetats ergeben können. Intensität und Umfang der Arbeitsleistung können dann eine Minderung erfahren, wenn Renten und Unterstützungen nicht in einem sinnvollen Verhältnis zu den Einkünften der Erwerbstätigen stehen. Vordringliche Wichtigkeit kommt diesem Gesichtspunkte insbesondere bei der Regelung der Arbeitslosenbezüge zu. Aber selbst bei der Ausgestaltung der Altersversorgung, bei der diese Rücksicht an sich geringere Bedeutung besitzt, erscheint es im Zeichen weiterer Verknappung der Arbeitskräfte erwägenswert, Anreize für eine Hinausschiebung der Inanspruchnahme der Rentenleistung zu geben. Die Regelung in England, nach der die Höhe der Rente sich bei Verzögerung des Rentenbeginns über das 65. Lebensjahr bei Männern und das 60. Lebensjahr bei Frauen hinaus beträchtlich erhöht, könnte als Vorbild genommen werden.

Vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus beansprucht schließlich besonderes Interesse die Frage, inwieweit die Redistribution die Verwendung des Einkommens, vor allem seine Aufteilung auf Konsum einerseits, Ersparnisse und Investitionen andererseits beeinflußt. Von entscheidender Bedeutung wird hierfür wiederum die Art der Aufbringung der Sozialausgaben sein. Erfolgt diese im wesentlichen durch Beiträge und Steuern der breiten Schicht der unselbständig Erwerbstätigen selbst, so wird das Ergebnis sich besonders auf Umschichtungen innerhalb des Konsums und entsprechende Umlagerungen der Produktion beschränken. Im Falle der vorzugsweisen Belastung der höheren Einkommen hingegen wird sich die Redistribution entsprechend der geringeren Konsumquote dieser Einkommen aufs stärkste in einem Rückgang der privaten Ersparnisbildung niederschlagen. Eine in jüngster Zeit durch das Statistische Institut der Universität Oxford[24] durchgeführte Befragung von 2600 englischen Haushaltungen hat gezeigt, daß das Sparen in England überhaupt erst bei einem mittleren Einkommen von 600 £ einsetzt, um bei den Einkommen über 1500 £ im Durchschnitt 12 % der Einkommen zu erreichen. Die Ersparnisbildung vollzieht sich damit in den gleichen Einkommensschichten, in denen die Einkommensteuer mit mehr als 10 % progressiv ansteigt. — Nach alledem dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß der vielbeklagte anteilmäßige Rückgang des persönlichen Sparens an der volkswirtschaftlichen Gesamtersparnis, der ebensowohl für England wie für die Bundesrepublik festzustellen ist, in starkem Maße mit auf die hohe Besteuerung der größeren Einkommen zurückgeführt werden muß. Die Erwartung, daß dieser Ausfall bei den Ersparnissen der Bezieher höherer Einkommen mit steigendem Real-

[24] H. F. *Lydall*, British Incomes and Savings, Oxford 1955.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einkommen durch eine größere Sparleistung der breiten Schichten der Bevölkerung kompensiert werden würde, findet in der tatsächlichen Entwicklung leider keine Bestätigung. Die Sparquote ist in den Arbeitnehmerhaushaltungen trotz höherer Reallöhne nicht gewachsen. Das sog. „Gesetz der fallenden Konsumquote" ist auf die Erhöhung des Einkommensniveaus im Zuge der zeitlichen Entwicklung nicht anwendbar. Das Angebot stets neuer Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, das Vorbild des Verbrauchs der wohlhabenderen Schichten, vielleicht auch bis zu einem gewissen Grade die Abwälzung aller entscheidenden Risiken auf den heutigen „Versorgungsstaat" dürften die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung sein.

Einschränkung des persönlichen Sparens braucht keineswegs in jedem Falle zu bedeuten, daß die volkswirtschaftliche Investitionsquote geringer wird. Das zeigt ein Blick auf die Investitionsraten der drei Länder USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit nach dem Kriege. In den USA wird seit 1944 mit 16 bis 18 % Anteil der Brutto-Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt wieder die Investitionsquote der prosperity-Periode der zwanziger Jahre erreicht[25]. Auch Großbritannien liegt trotz des Rückganges der persönlichen Ersparnisse mit 12 bis 14 % Investitionsquote über der Vorkriegszeit[26]. In der Bundesrepublik schließlich, wo der Rückgang des privaten Sparens besonders sichtbar in Erscheinung tritt, wird seit der Währungsreform mit einer Investitionsquote von 18 bis 23 % die Rate sowohl der zwanziger wie der dreißiger Jahre erheblich übertroffen[27]. Dieses Ergebnis war freilich nur dadurch möglich, daß Selbstfinanzierung und öffentliche Investitionen die durch den Rückgang des persönlichen Sparens entstandene Lücke ausfüllten.

Ob dieser Wandel der Finanzierungsformen der Investition unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten positiv oder negativ zu beurteilen ist, steht hier nicht zur Diskussion. Auf jeden Fall wäre ohne das vergrößerte Volumen der Selbstfinanzierung und der öffentlichen Investitionen die außergewöhnlich hohe Investitionsquote der vergangenen Jahre nicht möglich gewesen.

Trotz dieser glänzenden Entwicklung der Investitionen der letzten Jahre bleibt das Verhältnis zwischen staatlicher Einkommensredistribution und volkswirtschaftlicher Investitionsquote in Zukunft problematisch. Dies gilt um so mehr, je mehr einerseits eine ständige Vollbeschäftigungslage der Volkswirtschaft die Finanzierung der Investitionen aus echten Ersparnissen erforderlich macht und je mehr

[25] Vgl. Statistischer Anhang, Tabelle 7.
[26] Vgl. Statistischer Anhang, Tabelle 8.
[27] Vgl. Statistischer Anhang, Tabelle 6.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

andererseits im Zuge der steigenden Ausgaben für die Aufrüstung und für die geplante Rentenreform eine Einschränkung der öffentlichen Investitionen zu erwarten ist. Auch wenn es sich nicht darum handeln kann, die unter außergewöhnlichen Voraussetzungen zustandegekommene Investitionsquote der letzten Jahre unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, bleibt eine hohe Spar- und Investitionsrate für die weitere Steigerung des Realeinkommens erforderlich. Jedes Wachstum des Realeinkommens hängt, wenn die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind und wenn man den marginalen Kapitalkoeffizienten, d. h. das Verhältnis zwischen Vermehrung des Kapitalstocks und Zuwachs der Produktion als konstant voraussetzt, von einer bestimmten Höhe der Nettoinvestitionen ab. Dabei spricht vieles dafür, daß wir angesichts der Eigenart der technischen Entwicklung in Zukunft eher mit einem steigenden Kapitalkoeffizienten und damit mit einem erhöhten Investitionsbedarf zu rechnen haben. In den Auswirkungen auf die Investition dürften deshalb auch die eigentlichen Grenzen einer weiteren Ausdehnung der Einkommensredistribution — z. B. auch im Rahmen der Rentenreform — liegen. Daß auch eine erfolgreiche Sozialpolitik auf die Dauer nur auf der Grundlage einer wachsenden Volkswirtschaft möglich ist, wird ernsthaft heute von keiner Seite bestritten.

Äußerst wichtig wäre es unter diesem Gesichtspunkte, die steigenden Realeinkommen der breiten Bevölkerungsschichten in stärkerem Maße, als dies bisher der Fall war, auf freiwilliger Grundlage an der Aufbringung der Investitionen und damit an der Vermögensbildung zu beteiligen. Je besser es gelingt, dieses Ziel zu erreichen, um so größer werden die Möglichkeiten für eine gleichmäßigeren Gestaltung der Einkommensverteilung sein.

Indem die in der Beibehaltung einer hohen Investitions- und Wachstumsquote liegenden Schranken aufgezeigt werden, muß freilich davor gewarnt werden, diese Grenzen als allzu starr zu betrachten. Hatte der viel belächelte Fortschrittsglaube früherer Zeitalter insofern einen gewissen noblen Zug, als er die geistige Weiterentwicklung des Menschen in den Mittelpunkt seiner optimistischen Erwartung stellte, so neigen die Menschen unserer Zeit zu einer viel gefährlicheren Form der Fortschrittsgläubigkeit, nämlich dazu, sich an den Zahlen des volkswirtschaftlichen Wachstums zu berauschen und ihre Steigerung als höchstes Ziel allen Strebens zu proklamieren. Das Problem hat seinen tiefen metaphysischen Kern. Hier genügt es zu sagen, daß es für das gewiß wichtige Ziel der Erhöhung des Realeinkommens nicht ein Maximum, sondern ein Optimum gibt. Die Aufgabe besteht darin, einen Ausgleich zu finden zwischen dem weiteren Wachstum der Volkswirtschaft und einer Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teilung des Volkseinkommens im Einklang mit der auch heute gültigen Idee der sozialen Gerechtigkeit.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Statistischer Anhang

Die Tabellen und graphischen Darstellungen wurden unter entscheidender Mitarbeit von Dozent Dr. Konrad *Littmann* und Dr. Alois *Oberhauser* zusammengestellt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsübersicht:

I. Tabellen

Seite

1. Steueraufkommen im Deutschen Reich bzw. in der Bundesrepublik 1913—1953 151

2a. Steuerlich begünstigte Einkommensteile der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen und der Körperschaftsteuerpflichtigen 1949—1953 152

2b. Anteile der steuerbegünstigten Einkommensteile am Einkommen .. 153

3. Die Sozialausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) 1913—1953 154

4. Die Entwicklung des Sozialetats der deutschen öffentlichen Gebietskörperschaften, der Sozialversicherung und des Lastenausgleichs 1913—1953 155

5. Bilanz der sozialen Transferzahlung für die BR Deutschland 1950 und 1953 156

a) Redistribution zwischen sozialen Gruppen nach ihrer Stellung im Wirtschaftsprozeß (Selbständige — Unselbständige) 156

b) Redistribution zwischen den Einkommensgruppen über und unter 4800 DM 157

Erläuterungen zu den Bilanzen der sozialen Transferzahlungen .. 158

6. Private und öffentliche Brutto-Anlageinvestitionen in Deutschland (1926—1954) 160

7. Private und öffentliche Brutto-Anlageinvestitionen in den USA (Ausgewählte Jahre 1920—1954) 161

8. Private und öffentliche Brutto-Anlageinvestitionen in Großbritannien (1913, 1938, 1946—1954) 162

II. Schaubilder

1. Lorenzkurven der (west)deutschen Einkommensverteilung für die Jahre 1913, 1928, 1932, 1936, 1950 163

2. Lorenzkurven der Einkommensverteilung in den USA für die Jahre 1935/36, 1947, 1950, 1953 164

3. Lorenzkurven der Einkommensverteilung in England für die Jahre 1867, 1929, 1938, 1947 165

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1. **Steueraufkommen im Deutschen Reich bzw. in der Bundesrepublik 1913—1953**
(Alle Gebietskörperschaften und Lastenausgleichsfonds) Mill. M., RM, DM.

	1913/14		1928/29		1931/32		1937/38		1950/51		1953/54	
		v.H.		v.H.		v.H.		v.H.		v.H.		v.H.
Veranlagte Einkommensteuer	1 390,2	34,4	2 518,4	18,9	1 043,2	8,7	2 219,2	11,9	2 002,9	9,3	4 726,5	12,9
Körperschaftsteuer	—	—			304,1	2,6	1 552,8	8,3	1 554,8	7,2	2 972,1	8,1
Sonstige Steuern v. Ertrage	0,7	0,2	9,4	0,1	2,2	0,0	87,6	0,5	43,6	0,2	156,0	0,4
Vermögensteuer	78,8	1,9	450,8	3,4	372,0	3,1	336,3	1,8	132,8	0,6	571,0	1,6
Erbschaftsteuer	61,0	1,5	73,7	0,6	77,7	0,6	94,5	0,5	25,9	0,1	61,9	0,2
Hauszinssteuer			1 682,3	12,6	1 314,1	11,0						
Krisensteuer					221,3	1,9						
Lastenausgleichsabgabe (Soforthilfe)									2 055,0	9,5	2 037,7	5,6
	1 530,7	37,8	4 734,5	35,5	3 334,6	27,9	4 290,4	23,1	5 815,0	26,9	10 526,1	28,8
Lohnsteuer	—		1 204,0	9,0	1 050,4	8,8	1 760,2	9,5	1 789,3	8,3	3 707,0	10,2
Sonstige Steuern (Umsatz-, Verbrauch-, Realsteuern, Zölle u. a.)	2 515,1	62,2	7 400,1	55,5	7 578,8	63,3	12 548,5	67,5	13 992,9	64,8	22 279,8	61,0
Gesamtes Steueraufkommen	4 045,8	100,0	13 338,6	100,0	11 963,8	100,0	18 599,1	100,0	21 597,2	100,0	36 512,9	100,0

Quellen: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 10 und Nr. 20. Statistische Jahrbücher 1934, 1939/1940, 1954, 1956.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2a. **Steuerlich begünstigte Einkommensteile*) der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen und der Körperschaftsteuerpflichtigen 1949—1953**

§§	Inhalt der Vergünstigungen	1949[1] a) Mill. DM	1950[1] a) Mill. DM	1952[2] Mill. DM	1953[2] Mill. DM
7 a	Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffung beweglicher Wirtschaftsgüter	450,4	428,9	50,0	30,0
7 b	Erhöhte Absetzungen für Wohngebäude	38,2	69,4	600,0	650,0
7 c	Zuschüsse und unverzinsliche Darlehn zur Förderung des Wohnungsbaus	147,6	270,3	1 000,0	700,0
7 d	Bewertungsfreiheit für Schiffe; (ab 1952 auch § 7 d II: Darlehn für Schiffsbau)	10,8	47,9	450,0	450,0
7 e	Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser, landwirtschaftliche Betriebsgebäude	46,8	77,8	—	—
7 f	Zuschüsse und Darlehn zum LAG	—	—	—	157,0[a])
10, 1	Aufwendungen für folgende Zwecke: Beiträge zu Kranken- und Lebensversicherung; Beiträge an Bausparkassen; Erwerb von Anteilen an Bau- und Wohnungsgenossenschaften; Kapitalansammlungsverträge; Förderung gemeinnütziger Zwecke[3])	420,0[4])	669,6	1 300,0	1 450,0
10 a	(= § 10, I, 3 EStG 1949) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns	332,3	500,3	—	—
32 a	Anwendung des Kö.-St.-Tarifs	286,1	100,0[4])		
36	Investitionshilfegesetz	—	—	600,0	?
	Summe der steuerbegünstigten Einkommensteile	1 732,2	2 164,2	4 000,0	3 457,0

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2b. **Anteile der steuerbegünstigten Einkommensteile am Einkommen**

		1949[1)a)]	1950[1)a)]	1952[2)]	1953[2)]
1	Summe der steuerbegünstigen Einkommensteile	1 732,2	2 164,2	4 000,0	3 457,0
2	Summe der steuerpflichtigen Einkommen (natürliche und juristische Personen)	15 303,7	19 277,7	—	—
3	Steuerbegünstigte Einkommensteile in vH der Summe der steuerpflichtigen Einkommen (1 : 2)	11,3 %	11,3 %	—	—
4	Veranlagte Einkommen ./. veranlagte Einkünfte aus unselbständiger Arbeit	14 048,9	17 472,2	—	—
5	Steuerbegünstigte Einkommensteile in vH der veranlagten Einkommen ./. veranlagte Einkünfte unselbständiger Arbeit (1 : 4)	12,3 %	12,4 %	—	—
6	Bruttoeinkommen der Selbständigen nach volksw. Gesamtrechnung (Mrd. DM)	23,1	27,0	38,1	37,4
7	Steuerbegünstigte Einkommensteile in vH der Brutto-Einkommen der Selbständigen (1 : 6)	7,4 %	8,0 %	10,5 %	9,2 %

Die Anmerkungen beziehen sich auf die Tabellen 2a und 2b

*) Ohne Berücksichtigung der Steuerfluchtausgaben und Steuerhinterziehungen.

a) Ist-Aufkommen.

1) Quelle: Statistik der BRD, Band 125, S. 35, 36, 39, 66, 67.

2) Schätzungen unter Berücksichtigung der Untersuchungen des IFO-Institutes, des WWI sowie der Steuerschätzungen des BFM.

3) Unter Ausschluß der Pauschbeträge.

4) Geschätzt unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung 1949, resp. 1950.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3. **Die Sozialausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) 1913—1953**

Verwaltungszweig	1913/14(a) Mill RM	vH	1928/29(b) Mill. RM	vH	1931/32(c) Mill. RM	vH	1950/51(d) Mill. DM	vH	1953/54(e) Mill. DM	vH
1. Volks- und Fortbildungsschulen	757,3	10,5	1 660,9	8,0	1 372,2	8,1	1 054,9	4,1	2 153,5	5,0
2. Allgemeine Wohlfahrtspflege	241,7	3,4	1 549,4	7,4	2 332,6	13,7	797,7	3,1	1 289,5	3,0
3. Zuschüsse des Reiches zur Sozialversicherung	54,2	0,8	416,6	2,0	486,1	2,9	695,7	2,7	2 139,0	4,9
4. Jugendwohlfahrt und Gesundheitspflege	392,1	5,5	917,1	4,4	654,7	3,9	950,6	3,7	1 767,1	4,1
5. Erwerbslosenfürsorge (einschl. Arbeitsvermittlung)	3,3	0,0	702,9	3,4	1 072,1	6,3	1 200,0	4,6	1 546,8	3,6
6. Wohnungswesen	31,3	0,4	1 542,4	7,4	638,3	3,8	1 625,8	6,3	3 020,2	7,0
7. Innere Kriegslasten (Kriegsopferversorgung)	62,5	0,9	1818,0	8,7	1 429,9	8,4	3 182,1	12,3	4 339,8	10,0
8. Staatszuschüsse zum Lastenausgleich (f)							63,1	0,2	733,1	1,7
9. Sozialetat (reiner Finanzbedarf) (Summe 1—8)	1 592,4	21,5	8 607,3	41,4	7 985,9	47,0	9 569,9	37,0	16 989,0	39,2
10. davon Zuschußbedarf	1 133,3		7 041,0		7 028,7		7 902,7		13 905,4	
11. Gesamtausgaben vom Reich resp. Bund, Länder u. Gemeinden	7 178,3	100	20 801,3	100	16 977,3	100	25 880,5*	100	43 384,2*	100

Quellen: a) Einzelschriften zur Stat. des Dt. Reiches, Bd. 10.
b) Einzelschriften, Bd. 20.
c) Stat. Jahrbuch für 1934, S. 434/35.
d) Stat. der BR., Bd. 57, 58.
e) Stat. der BR., Bd. 138, 139.
f) Stat. der BR., Bd. 58, 139.
*) Ohne Lastenausgleich.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4. **Die Entwicklung des Sozialetats der deutschen öffentlichen Gebietskörperschaften, der Sozialversicherung und des Lastenausgleichs 1913—1953 (in Mill. M, RM, DM)**

	1913	1928	1931	1950	1953
I. Sozialausgaben:					
Sozialetat der öffentlichen Hand (reiner Finanzbedarf)	1 542	8 607	7 986	9 569	16 989
Sozialversicherung ./· Staatszuschuß	1 042	4 512	5 138	6 783	9 776
Lastenausgleich •/• Darlehen und Währungsausgleich	—	—	—	1 451	2 429
Summe der Sozialausgaben	2 584	13 119	13 124	17 803	29 194
II. Gesamtausgaben:					
Gesamtausgaben der öffentlichen Hand (reiner Finanzbedarf)	7 178	20 801	16 977	25 881	43 384
Sozialversicherung ./· Staatszuschuß	1 495	5 202	4 983	7 612	11 750
Lastenausgleich ./· Staatszuschuß	—	—	—	2 055	2 867
Summe der Gesamtausgaben	8 673	26 003	21 960	35 548	58 001
Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben v.H.	29,8	50,5	59,8	50,1	50,3
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	48 100	81 400	62 600	83 401	124 126
Anteil der Sozialausgaben am Nettosozialprodukt in v.H.	5,3	16,1	21,0	21,3	23,5

Quelle: Statistische Jahrbücher; Wirtschaft und Statistik, 1954, H. 2; für den Sozialetat der öffentl. Hand s. Tabelle 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5a. **Bilanz der sozialen Transferzahlungen für die BR Deutschland 1950 und 1953 (in Mill. DM)**

I. Redistribution zwischen sozialen Gruppen nach ihrer Stellung im Wirtschaftsprozeß (Selbständige — Unselbständige)

Ausgaben		1950	1953	Aufbringung und Redistributionswirkung		1950		1953	
Sozialetat der öffentlichen Hand				Redistribution von den Selbständigen zu den Unselbständigen					
davon: Zuschußbedarf	(a)	7 903	13 905	1. Anteil der Selbständigen an der Aufbringung des Sozialetats	(a)	2 806		4 950	
Differenz: Finanzbedarf-Zuschußbedarf	(b)	1 667	3 084	2. Aufbringung zu den Leistungen des Lastenausgleichs (ohne Darlehen und Währungsausgleichs)	(b)	1 451		2 429	
		9 570	16 989			4 257	(22,1 %)	7 379	(23,3 %)
Gesamtausgaben Sozialversicherung ./. Staatszuschuß	(c)	7 612	11 750	Redistribution zwischen den Unselbständigen					
Gesamtausgaben Lastenausgleichsfonds und Soforthilfe ./. Staatszuschuß	(d)	2 055	2 867	1. Anteil der Unselbständigen an der Aufbringung des Sozialetat	(a)	5 097		8 955	
				2. Aufbringung zu den Leistungen der Sozialversicherung (ohne Staatszuschuß)	(c)	6 783		9 776	
						11 870	(61,7 %)	18 731	(59,3 %)
				Redistributionswirkung offen:					
				1. Vermögensbildung der Sozialversicherung	(c)	829		1 974	
				2. Sonstige Ausgaben des Lastenausgleichsfonds	(d)	604		438	
				Redistributiv unwirksam:					
				Differenz: Finanzbedarf-Zuschußbedarf	(b)	1 667		3 084	
		19 237	31 606			19 237	(100 %)	31 606	(100 %)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 5b. **Bilanz der sozialen Transferzahlungen für die BR Deutschland 1950 (in Mill. DM)**

II. Redistribution zwischen den Einkommensgruppen über und unter 4 800 DM

Ausgaben			Aufbringung und Redistributionswirkung			
Sozialetat der öffentlichen Hand			Redistribution von den oberen Einkommensgruppen (über 4 800 DM) zu den unteren Einkommensgruppen (unter 4 800 DM)			
davon: Zuschußbedarf	(a)	7 903	1. Anteil der oberen Einkommensgruppen an der Aufbringung des Sozialetats	(a)	3 169	
Differenz: Finanzbedarf-Zuschußbedarf	(b)	1 667	2. Aufbringung zu den Leistungen des Lastenausgleichs (ohne Darlehn und Währungsausgleich)	(b)	1 451	
		9 570			4 520	(23,5 %)
Gesamtausgaben Sozialversicherung ./. Staatszuschuß	(c)	7 612	Redistribution zwischen den unteren Einkommensgruppen			
			1. Anteil der unteren Einkommensgruppen an der Aufbringung des Sozialetats	(a)	4 734	
Gesamtausgaben Lastenausgleichsfonds und Soforthilfe ./. Staatszuschuß	(d)	2 055	2. Aufbringungen zu den Leistungen der Sozialversicherung (ohne Staatszuschuß)	(c)	6 783	
					11 517	(59,9 %)
			Redistribution offen:			
			1. Vermögensbildung der Sozialversicherung	(c)	829	
			2. Sonstige Ausgaben des Lastenausgleichsfonds	(d)	604	
			Redistributiv unwirksam:			
			Differenz: Finanzbedarf — Zuschußbedarf	(b)	1 667	
		19 237			19 237	(100 %)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erläuterungen zu den Bilanzen der sozialen Transferzahlungen

Zu Bilanz I

Der Schlüssel zur Aufteilung der Aufbringung des Sozialetats der öffentlichen Hand auf Selbständige und Unselbständige ergibt sich aus folgender Tabelle:

Steueraufkommen in den Jahren	1950/51 Mill. DM	%	1953/54 Mill. DM	%
Selbständige:				
Einkommensteuer (Veranlagte Einkommen-, Körperschaft-, Erbschaft-, Vermögensteuern und sonstige Einkommensteuern vom Ertrage)	3 760	19,2	8 488	24,6
Indirekte Steuern, die auf den Verbrauch der Selbständigen entfallen	3 176	16,3	3 810	11,0
	6 936	35,5	12 298	35,6
Unselbständige:				
Lohnsteuer	1 789	9,2	3 707	10,8
Indirekte Steuern, die auf den Verbrauch der Unselbständigen entfallen	10 817	55,3	18 470	53,6
	12 606	64,5	22 177	64,4
Steueraufkommen insgesamt:	19 542	100,0	34 475	100,0

Die „indirekten" Steuern (Umsatz-, Verbrauch-, Realsteuern usw.) wurden nach den Anteilen der beiden Gruppen am gesamten privaten Verbrauch[1], unter Zugrundelegung der Berechnungen des Berliner Institutes für Wirtschaftsforschung, aufgeteilt. Für die private Ersparnis ist dabei angenommen worden, daß beide Gruppen je 50 % aufbrachten. Der Verbrauch teilt sich somit wie folgt auf:

	1950	1953
Verbrauch der Selbständigen	13,3 Mrd. = 22,7 %	13,3 Mrd. = 17,1 %
Verbrauch der Unselbständigen	45,2 Mrd. = 77,3 %	64,4 Mrd. = 82,9 %

In der Gruppe der Unselbständigen sind auch die Bezieher von Transfereinkommen des Staates und der Sozialversicherung enthalten

Bei der Aufstellung der Bilanz sind Doppelzählungen ausgeschaltet worden mit Ausnahme jener Darlehen, die vom Lastenausgleichsfonds bzw. der Soforthilfe an die Länder gegeben wurden und über deren Verwendung die Finanzstatistik keine genaue Auskunft erteilt. Sie sind in den sonstigen Ausgaben des Lastenausgleichsfonds enthalten.

Fußnote 1 siehe S. 159

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu Bilanz II

Im Unterschiede zur ersten Bilanz sind in Bilanz II nicht die Redistributionsvorgänge zwischen den Selbständigen und den Unselbständigen, sondern zwischen den Einkommensschichten über 4800 und unter 4800 DM dargestellt werden. Aufgrund der Statistiken der veranlagten Einkommensteuer und der Lohnsteuer für das Jahr 1950 war es möglich, die Einkommen der Selbständigen und Unselbständigen nach Einkommensklassen aufzuspalten. Die Zurechnung der „indirekten" Steuern erfolgte in ähnlicher Weise wie in der Bilanz I im Verhältnis des Verbrauchs der beiden Einkommensschichten. Der Verbrauch der oberen Schicht konnte mit 14,1 Mrd. DM, der Verbrauch der unteren mit 44,4 Mrd. DM errechnet werden. Daraus ergab sich folgende Aufteilung der Steuern (in Mill. DM):

	Einkommensschichten über 4800 DM	Einkommensschichten unter 4800 DM
Direkte Steuern (einschl. Lohnsteuer)	4 460 = 22,8 %	1 089 = 5,6 %
indirekte Steuern	3 372 = 17,3 %	10 621 = 54,3 %
	7 832 = 40,1 %	11 710 = 59,9 %

[1] Diese Zuordnung schließt den methodischen Mangel ein, daß jene indirekten Steuern — wie insbesondere die Umsatzsteuer —, die in den Verkäufen von Investitionsgütern enthalten sind und mithin in der Periode von den Selbständigen aufgebracht werden mußten, dem Gesamtverbrauch zugerechnet wurden. Werden die indirekten Steuern auf Verbrauch und Nettoinvestition anteilmäßig umgelegt, ergibt sich bei der Annahme einer durchschnittlichen Belastung der Nettoinvestition von 4 % Umsatzsteuer im Jahre 1950, 5 % im Jahre 1953 folgendes Bild:

	1950 (Mill. DM)	1953 (Mill. DM)
1. auf die Nettoinvestition enfallende Umsatzsteuer	436	919
2. auf den Verbrauch der Selbständigen entfallende indirekte Steuern	3 077	3 652
3. auf den Verbrauch der Unselbständigen entfallende indirekte Steuern	10 480	17 709

Mit dieser Zurechnung wird der methodische Mangel zwar behoben. Gleichwohl gibt das sachliche Ergebnis zu Zweifeln Anlaß, da die Verbrauchsstrukturen der beiden sozialen Gruppen und damit ihre genaue Verbrauchssteuerbelastung unbekannt sind. Es besteht jedoch Gewißheit über die starre Einkommenselastizität einer größeren Zahl der mit Verbrauchssteuern belegten Güter (z. B. Salz, Zucker, Tabakwaren usw.). Infolgedessen wird die Belastung des Verbrauchs der Selbständigen mit indirekten Steuern zu hoch ausgewiesen sein. Bei Nichtberücksichtigung der in den Investitionen enthaltenen indirekten Steuern kann daher eine tendenzielle Aufhebung der beiden Fehler erwartet werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 6. **Private und öffentliche Brutto-Anlageinvestitionen in Deutschland** (in Mill. RM, DM)

	DR 1926	DR 1928	DR 1931	DR 1934	DR 1936	BR 1936	BR 1949	BR 1950	BR 1951	BR 1952	BR 1953	BR 1954	BR 1955
1. Brutto-sozialprodukt	73 700	88 100	69 000	65 500	81 200	47 928	81 265	89 765	113 596	126 018	134 315	145 460	164 000
2. Brutto-Anlage-investitionen	10 676	13 676	6 438	8 186	13 270	6 900	15 286	18 008	22 545	24 680	27 735	30 630	38 100
3. öffentliche Anlage-investitionen	2 285	2 658	1 456	2 978	5 237		1 628	2 071	2 518	3 009	3 438	3 680	4 070
4. öffentliche Darlehen							1 473	2 142	3 022	3 905	4 280	4 880	4 970
5. öffentliche Investitionen insgesamt							3 101	4 213	5 540	6 914	7 718	8 560	9 040
6. Anteil der gesamten Brutto-Anlageinvest. am BSP	14,5	15,5	9,3	12,5	16,3	14,4	18,8	20,1	19,8	19,6	20,6	21,1	23,2
7. Anteil der öffentl. Anlage-invest. am BSP	3,1	3,0	2,1	4,5	6,4		2,0	2,3	2,2	2,4	2,6	2,5	2,5
8. Anteil der gesamten öffentl. Invest. am BSP							3,8	4,7	4,9	5,5	5,7	5,9	5,5

Die öffentlichen Investitionen für die Nachkriegsjahre beziehen sich auf das Rechnungsjahr.

Quellen: 1. Stat. Jahrbuch 1956, S. 516 ff., 1938, S. 565. — 2. Bulletin der Bundesregierung Nr. 54, vom 17. 3. 1956. — 3. Wirtschaft und Statistik 1954, S. 65. — 4. Ehrlicher, Werner: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956, S. 278.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 7. **Private und öffentliche Brutto-Anlageinvestitionen in den USA. (Ausgewählte Jahre 1920—1954)**

	1920	1925	1928	1929	1932	1936	1939	1946	1948	1950	1952	1954
						in Mrd. $						
1. Bruttosozialprodukt	85,6	85,0	91,3	104,4	58,5	82,7	91,1	209,2	257,3	285,1	345,2	360,4
2. private Brutto-Anlage-Investitionen	10,0	14,0	14,2	14,6	3,5	7,5	9,0	21,0	37,0	43,9	46,8	50,1
3. öffentliche Anlage-Investitionen	1,1	2,0	2,4	2,5	1,8	3,5	3,7	2,1	4,7	6,8	9,5	10,8
4. gesamte Brutto-Anlage-Investitionen (2. + 3.)	11,1	16,0	16,6	17,0	5,3	11,0	12,6	23,2	41,7	50,7	56,4	60,9
						in v.H.						
5. Anteil der privaten Brutto-Anlage-Investitionen am Bruttosozialprodukt (2.:1.) ..	11,7	16,5	15,6	13,9	5,9	9,0	9,8	10,0	14,4	15,4	13,6	13,9
6. Anteil der öffentlichen Anlage-Investitionen am Bruttosozialprodukt (3.:1.) ..	1,3	2,4	2,6	2,4	3,1	4,2	4,0	1,0	1,8	2,4	2,8	3,0
7. Anteil der gesamten Brutto-Anlage-Investitionen am Bruttosozialprodukt (4.:1.)	13,0	18,9	18,2	16,3	9,1	13,2	13,9	11,1	16,2	17,8	16,3	16,9
8. Verhältnis der öffentlichen zu den privaten Brutto-Anlageinvestitionen (3.:2.) ..	11,0	14,3	16,9	16,9	52,7	46,8	41,2	10,3	12,6	15,6	20,3	21,5

Quellen: 1920—1928: Kuznets: National Product since 1869, New York, 1946, Tab. I 7, I 13, I 14, I 17, I 18. — 1929—1954: United States Departement of Commerce, National Income 1954, Washington D. C., 1954.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 8. **Private und öffentliche Brutto-Anlageinvestitionen in Großbritannien (1913, 1938, 1946—1954) (in Mill. £)**

	1913	1938	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
1. Bruttosozialprodukt		5,760	9,947	10,678	11,828	12,556	13,252	14,589	15,728	16,809	17,768
2. Private Brutto-Anlage Investitionen		416			736	791	851	892			
3. Öffentl. Brutto-Anlage-Investitionen	27	240			670	761	827	959			
4. Inländische Brutto-Anlage-Investitionen (gesamt)		656	905	1,173	1,406	1,552	1,678	1,851	2,039	2,305	2,452
5. Verhältnis der öffentlichen Brutto-Anlage-Investitionen an privaten Anlage-Investitionen (3 : 2)		57,6			91,0	96,2	97,2	107,5			
6. Anteil der öffentlichen Brutto-Anlage-Investition am BSP (3 : 1)		4,2			5,7	6,1	6,2	6,6			
7. Anteil der gesamten Brutto-Anlage-Investitionen am BSP (4 : 1)		11,4	9,1	11,0	11,9	12,4	12,7	12,7	13,0	13,7	13,8
8. Anteil der privaten Brutto-Anlage-Investitionen am BSP (2 : 1)		7,2			6,2	6,3	6,4	6,1			

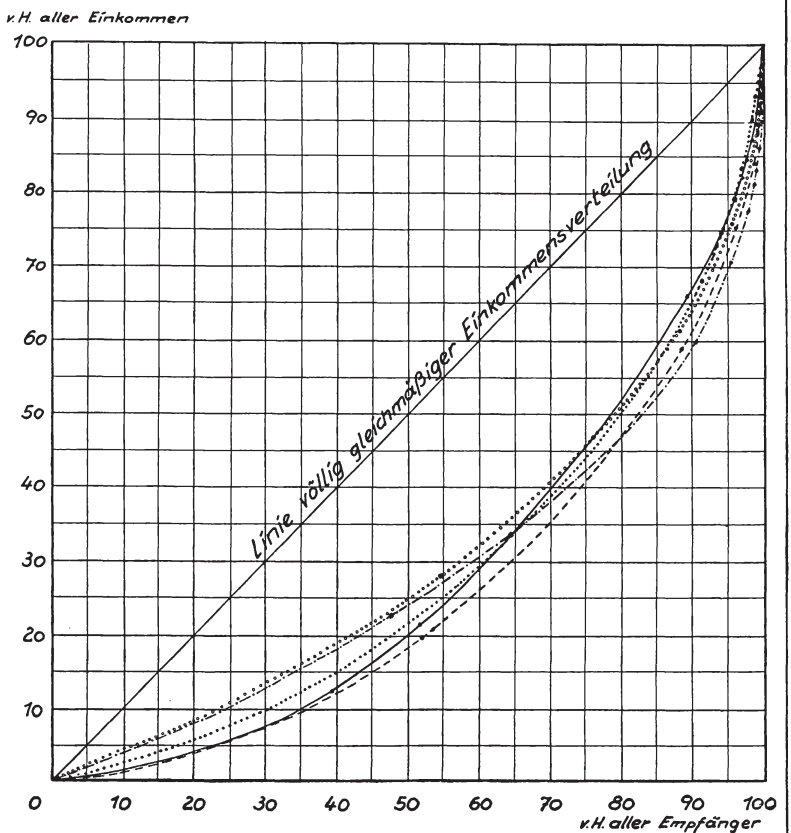
Quelle: Annual Statistics 1955 und 1952. Ursula Hicks: British Public Finances 1880—1952, London 1954, S. 20.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schaubild 1

Lorenzkurven der (west) deutschen Einkommensverteilung für die Jahre

1913 D.R. 1928 D.R. 1932 D.R. 1936 D.R. 1950 B.R.



Quelle: Wirtschaft u. Statistik 1939 Seite 660, 1954 Seite 462

Erläuterungen zu den Lorenzkurven

Die Darstellung der Einkommensverteilung in der Form von Lorenzkurven bietet nicht mehr als gewisse Anhaltspunkte über die in der Realität erfolgten Änderungen im Aufbau der Einkommenspyramide. Die Unvollkommenheit des statistischen Materials und häufig auch die unterschiedliche Abgrenzung des Einkommensbegriffs in den einzelnen Statistiken machen zusätzlich Vorbehalte erforderlich. Diese Ein-

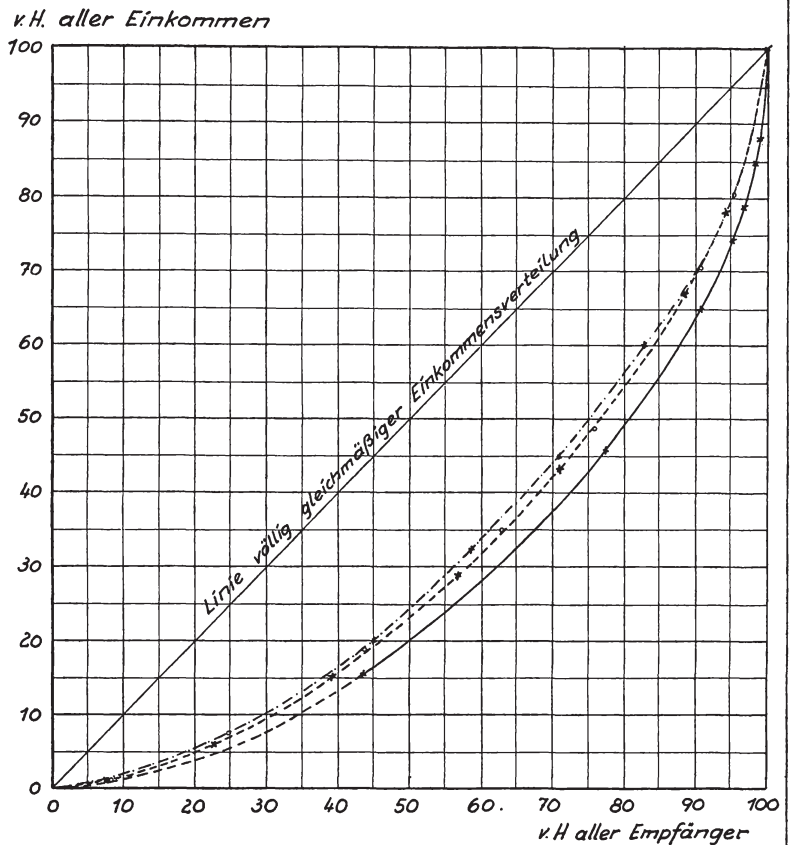
DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schaubild 2

Lorenzkurven der Einkommensverteilung in den USA für die Jahre

——1935/36 -----1950

[1] 1947 -·-·-1953



Quellen:
für 1935/36: Selma Goldsmith u.a.: Size Distribution of Income since the Mid-Thirties Rev. Econ. Stat., Vol XXXVI, Febr. 1954, S. 1-32
für 1947 u. '50: United States Department of Commerce, Office of Business Economics. Income Distribution in the United States by Size, 1944-1950, Washington, 1953, S 81, Tab. 2
für 1953: United States Department of Commerce, Office of Business Economics: Survey of Current Business, March 1955, S. 16, Tab. 2, Washington, 1955.

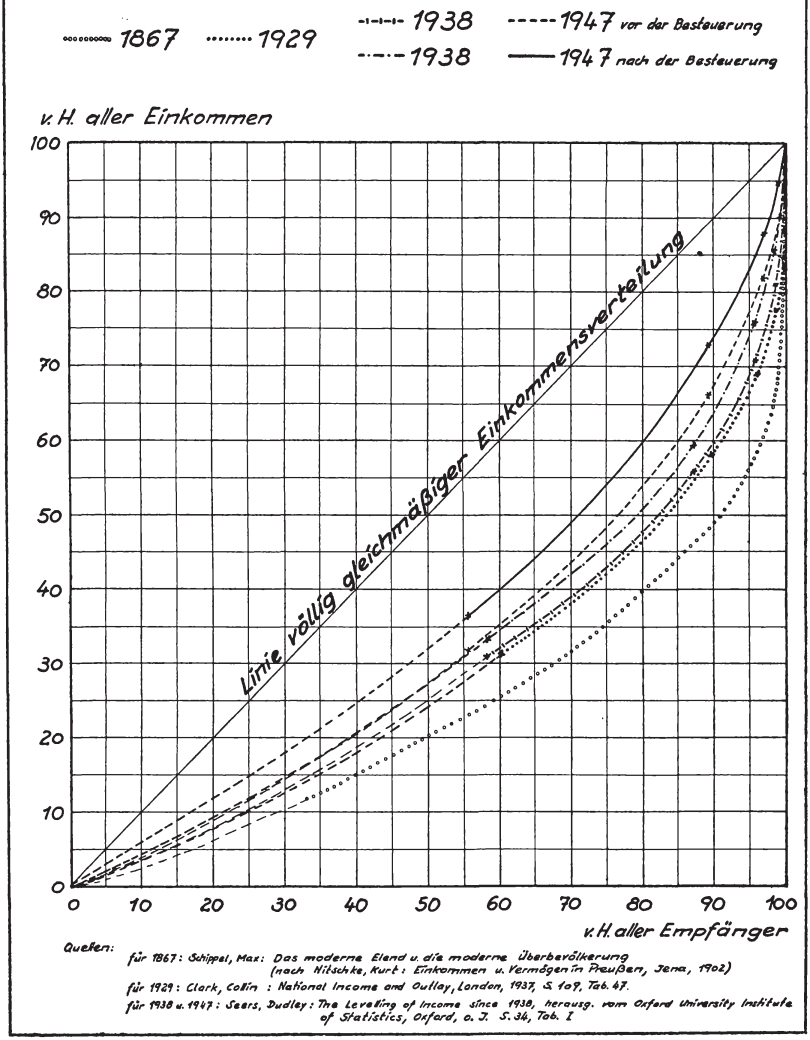
[1] Die Werte der Kurve für das Jahr 1947 weichen kaum von der 1950-Kurve ab und sind durch einen o gekennzeichnet.

schränkung gilt insbesondere für die Gegenüberstellung der deutschen Einkommensverteilung von 1950 und 1936 und der der Jahre vor 1936 einerseits und der Kurve für Großbritannien des Jahres 1867 andererseits. Da meist die Einkommensstruktur in den oberen Einkommensschichten genauer durch die Statistiken erfaßt wurde, bleibt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schaubild 3

Lorenzkurven der Einkommensverteilung in England für die Jahre



Quellen:
für 1867: Schippel, Max: Das moderne Elend u. die moderne Übervölkerung (nach Hilschke, Kurt: Einkommen u. Vermögen in Preußen, Jena, 1902)
für 1929: Clark, Colin: National Income and Outlay, London, 1937, S. 109, Tab. 47.
für 1938 u. 1947: Sears, Dudley: The Leveling of Income since 1938, herausg. vom Oxford University Institute of Statistics, Oxford, o. J. S. 34, Tab. I

zwischen dem Null-Punkt des Koordinatensystems und dem ersten und häufig auch dem zweiten statistischen Wert der Einkommenskurve ein ziemlich großer Unsicherheitsbereich, in dem der Verlauf der Kurven nur geschätzt werden konnte. Trotz dieser beträchtlichen Einschränkungen deuten die Kurven auf eine, wenn auch beschränkte Verflachung der Einkommenspyramide im Zeitablauf hin. Bei allen Kurven handelt es sich um die Einkommensschichtung vor der Besteuerung. Nur für Großbritannien konnte auch die Gliederung nach der Besteuerung hinzugefügt werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Ich erteile nunmehr Herrn Kollegen *Kolms* das Wort zu seinem Referat „Der Einfluß der nicht-staatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung".

Der Einfluß der nicht-staatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung

Von Prof. Dr. Heinz *Kolms* (Berlin):

Herr Vorsitzer, meine Damen und Herren!

I. Ich habe zu sprechen über das Thema: Der Einfluß der nicht-staatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung.

1. Die Schwierigkeiten des Themas könnten einmal in der Abgrenzung des Begriffs „nicht-staatliche Instanzen" gesehen werden. Immerhin handelt es sich dabei um eine reine Frage der bewußten Auswahl. Wir wollen unter nicht-staatlichen Instanzen verstehen: Organisationen, die von Personengruppen oder anderen wirtschaftlichen Entscheidungsträgern (decision units) mit der Befugnis ausgestattet sind, bestimmte wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen. Ihre Handlungen sollen — auch wenn sie in gewissem Rahmen Rechtsschutz genießen — nicht hoheitsrechtlicher Natur sein. Andererseits soll nicht ausgeschlossen sein, daß sie ihrerseits auf Handlungen von Hoheitsträgern Einfluß nehmen. Solche Instanzen können sein: (1) organisierte Marktparteien (a) auf Produktmärkten (insbesondere Wirtschafts- oder Unternehmerverbände, Kartelle), (b) auf Faktorenmärkten (insbesondere Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände). Überschneidungen hinsichtlich der Einflußnahme sind dabei in praxi nicht auszuschließen[1]. (2) Schutzverbände für besondere Interessen (wie z. B. Bund der Steuerzahler), die deswegen von den organisierten Marktparteien zu unterscheiden sind, weil die von ihnen vertretenen Interessen jenseits einer marktmäßigen Aufteilung der Wirtschaft liegen.

2. Die Problematik des Themas erweist sich vielmehr, wenn wir interpretieren wollen, was unter Einfluß auf die Einkommensverteilung verstanden werden soll. Die Behandlung des Themas könnte erfordern:

a) lediglich eine Beschreibung von Handlungen, die darauf gerichtet sind, bestimmte Ziele der o. a. Parteien zu erreichen. In

[1] Vgl. etwa „Milchstreik" der Gewerkschaften.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diesem Sinne wäre Einfluß zu deuten als Einflußnahme; darunter müßten sicher auch die Handlungen fallen, die nach außen hin andere Ziele verfolgen, aber dennoch Einfluß, zumindest auch, auf die Verteilung haben können.

b) Darüber hinaus aber kann gefordert werden zu untersuchen, was durch diese Handlungen tatsächlich — im Hinblick auf die gesetzten Ziele — erreicht wird. In diesem Sinne wäre Einfluß zu deuten als Einflußerfolg. Gerade diese weitere und interessantere Forderung birgt die besonderen Schwierigkeiten des Themas in sich. Rein deduktiv wurden Antworten in diesem Sinne z. B. von der neoklassischen Theorie der Marktformen versucht. Die gefundenen Lösungen sind allerdings partieller Natur. Will man dagegen die Interdependenzen, wie sie von der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts und der Kreislaufanalyse in den Vordergrund gerückt wurden, einbeziehen, wird die Zahl der als relevant zu betrachtenden Faktoren sehr groß. Dabei ist zu beachten, daß eine volle Lösung der gestellten Frage — wenn überhaupt — nur dann möglich erscheint, wenn genügend fundierte Vorstellungen über die Art der gegenseitigen Beziehungen zwischen den ökonomischen Variablen, die Form der Funktionen, in denen wir diese Beziehungen ausdrücken, insbesondere aber über die numerischen Größen der Koeffizienten (Elastizitäts-Koeffizienten in ökonomischer, Regressions-Koeffizienten in statistischer Hinsicht) vorhanden sind. Letzterer Punkt ist insofern besonders wichtig, als ja bekanntlich bei alternativer Wahl der Koeffizienten eines Modells völlig divergente Ergebnisse denkbar sind[2].

Deswegen wäre empirische Erforschung der numerischen Zusammenhänge für eine Lösung der nach (b) gestellten Fragen erforderlich.

Solche Forderung aber enthüllt einige spezifische Probleme, die in vorliegendem Thema begründet sind.

Prinzipiell braucht man, um die Wirkung eines Einflusses zu ermitteln, erstens einen Ausgangspunkt, hier die Einkommensverteilung, wie sie ohne jene Einflußnahme vorhanden wäre, und zweitens das Ergebnis, die Einkommensverteilung nach Einsetzen des Einflusses. Das heißt, das empirische Material muß ganz bestimmter Art sein, es muß der Einfluß (als Einflußnahme) einer Instanz innerhalb des zu untersuchenden Zeitraumes einsetzen und das Einflußergebnis dann ermittelbar positiv oder auch negativ in den Zahlen sich widerspiegeln.

Dann aber ist zu bedenken, daß eine Reihe anderer Tatbestände Einfluß auf die Verteilung ausüben, wie Konjunkturen, staatliche

[2] L. R. *Klein*, The Use of Econometric Models as a Guide to Economic Policy, Econometrica, Vol. 15, 1947, S. 111 ff., insbes. S. 138 f.; J. *Tinbergen*, Econometrics, New York, Philadelphia, Toronto, 1951, S. 161 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftspolitik usw., die es — zumindest gradweise — schwer machen, die zu ermittelnde Einflußwirkung zu isolieren. Ferner kommt dazu, daß nach dem Gesetz von actio und reactio in aller Regel[3] seitens mehrerer (also nicht nur einer, sondern auch anderer) Instanzen Einflüsse einsetzen, deren Wirkungen sich gegenseitig entweder ganz oder teilweise aufheben, ohne daß es (ohne weiteres) möglich ist, die einzelnen Einflußwirkungen zu isolieren.

Es soll nun allerdings nicht gesagt werden, daß die Ermittlung von Einflußwirkungen völlig unmöglich ist. Im Zusammenhang mit anderen Problemstellungen, so bei Konjunkturfragen und zentralisierter Wirtschaftspolitik[4], liegen bereits eine Reihe von Arbeiten vor, die, wenn auch nicht völlig unangefochten, so doch grundsätzlich als interpretations- und diskussionsfähig gelten können. Die Variablen jener Modelle können allerdings in einem stärkeren Maße aggregiert werden, als es bei vorliegendem Thema möglich erscheint. Auch ist hierfür das Zahlenmaterial in der Regel schwierig zu erhalten. Dennoch: wenn die Aufgabe nicht nur im Sinne der ersten, engeren, sondern der zweiten weiteren Fragestellung überhaupt in Angriff genommen werden soll, ist es notwendig, die Interdependenz grundsätzlich in die Überlegungen einzubeziehen. Von einer Lösung sind wir im Augenblick noch sehr weit entfernt.

Was zunächst zu leisten ist, ist eine Übersicht über die theoretisch möglichen Zusammenhänge, wie sie von der wirtschaftspolitischen Modelltheorie[5] vor allem für staatliche Wirtschaftspolitik erarbeitet worden sind, in ihrer Beziehung zum vorliegenden Thema. Zu diesem Zwecke sind nacheinander folgende Punkte zu klären:

1. Die Ausgangspunkte der Analyse.
2. Die Ziele der von der Analyse zu erfassenden Instanzen.
3. Die von den Instanzen anzuwendenden Mittel.

---

[3] Vgl. die Lehre J. K. *Galbraith'* von der „countervailing power", American Capitalism, The Concept of Countervailing Power, Boston, 1952.

[4] Zum Unterschied von „zentralisierter" und „dezentralisierter" Wirtschaftspolitik vgl. Jan *Tinbergen,* Centralisation and Decentralisation in Economic Policy (Contributions to Economic Analysis, 6), Amsterdam 1954.

[5] Ragnar *Frisch,* Price — Wage — Tax Policies as Instruments in Maintaining Optimal Employment. University Institute of Economics, Oslo (Umdruck), März 1949; Derselbe, Price — Wage — Tax — Subsidy Policies as Instruments in Maintaining Optimal Employment. E/Cn. 1/Sub. 2/13, April 1949, United Nations, Economic and Social Council; Derselbe, The Logarithmic Potential Method of Convex Programming, University Institute of Economics, Oslo, Mai 1955; L. R. *Klein,* a.a.O.; J. *Tinbergen,* a.a.O.; Derselbe, Econometrics, New York, Philadelphia, Toronto 1951; Derselbe, On the Theory of Economic Policy, Amsterdam 1952; H. *Theil,* Econometric Models and Welfare Maximisation, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1952, Bd. 72, S. 60 ff.; Jacob *Marshak,* Statistical Inference in Economics, in: Statistical Inference in Dynamic Economic Models, ed. T. C. Koopmans, New York, London, 1955, S. 1 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4. Die Nebenfolgen, die sich aus dem Mitteleinsatz ergeben.
5. Ein Ausblick auf mögliche volkswirtschaftliche Nebenbedingungen.

II. Anhand solcher Rahmenüberlegungen soll versucht werden, das Gebiet der Fragestellung zu umreißen.

1. Ausgangspositionen

Die für die Analyse notwendigen Ausgangspunkte beziehen sich zunächst auf die Einkommensverteilung, wie sie vor Einsetzen (oder auch deutlich bemerkbarem Stärkerwerden) des oder der zu untersuchenden Einflüsse besteht. Notwendig ist dann aber ferner, diese Verteilung zu verstehen als das Ergebnis ökonomischer Kräftezusammenhänge innerhalb eines Kranzes von Randdaten. Mit anderen Worten, es ist ein Ausgangsmodell zu entwickeln, das sowohl die ausgangsmäßige Einkommensverteilung (etwa in der Form einer Bilanzgleichung) als auch die Funktionen zu zeigen hat, die jene Einkommensverteilung zum Ergebnis haben.

Ich denke hierbei an die Vorarbeiten von Heinz *Haller* und die daran anschließende Diskussion im theoretischen Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik 1954[6]. Dann aber schwebt mir in grundsätzlicher Hinsicht vor allem die große Völkerbundsarbeit J. *Tinbergens*[7] aus dem Jahre 1939 über die Wirtschaftsentwicklung in den USA 1919 bis 1932 vor, in der in einem besonderen Abschnitt versucht wird, von einem empirischen Modell ausgehend die wahrscheinlichen Wirkungen wirtschaftspolitischer Aktivität aufzuzeigen. Das für eine fundierte Analyse schwierigste Probleme liegt vor allem darin, eindeutige numerisch bestimmte Reaktionsfunktionen, aus denen ein solches Modell neben technischen, institutionellen, Definitions- und Bilanzgleichungen der reinen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungsanalyse bestehen sollte, zu ermitteln. Diese Schwierigkeit gilt insbesondere für Deutschland, da hier eine derartige Folge von Strukturveränderungen — aus anderen als ökonomischen Gründen — zu beobachten ist, daß Zeitreihen weitgehend fehlen, die statistischen Kriterien genügen.

2. Die verteilungspolitischen Ziele nicht-staatlicher Instanzen

Der nächste Schritt ist eine Spezifizierung der verteilungspolitischen Ziele.

Nach der Weite der Zielsetzungen ist zu unterscheiden:

---

[6] Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, Neue Folge Band 11, 1955.

[7] J. *Tinbergen*, Statistical Testing of Business-Cycle Theories, Bd. II, Business Cycles in the United States of America 1919—1932, Genf 1939.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

a) eine Erhöhung (bzw. Bekämpfung einer Senkung) der nominalen (Geld)einkommen. Eine Gewerkschaft mag z. B. eine Erhöhung der Tariflöhne um einen bestimmten Prozentsatz verlangen oder auch durch Effektivklauseln einmal erreichte außertarifliche Zulagen zu sichern versuchen.

b) eine Erhöhung der Realeinkommen, zumindest aber ihre Erhaltung. In diesem Zusammenhang ist z. B. das Streben der Gewerkschaften nach Einführung einer Gleitskala zu erwähnen. Während — anders als in anderen Ländern — in Deutschland bisher Indexlöhne nicht verlangt wurden, wurde im Zusammenhang mit dem Bremer Abkommen (Juni/Juli 1956) eine Sicherheitsklausel diskutiert, die neue Tarifverhandlungen während der Vertragsdauer (bis Ende 1957) bei Steigen des Lebenshaltungsindex möglich macht. Solche Klauseln sind schon vor einigen Jahren in einzelnen westdeutschen Tarifverträgen verankert worden. Von gewerkschaftlicher Seite[8] wurden sie nicht als Vorläufer des Indexlohnsystems bezeichnet.

c) eine Erhöhung (bzw. Bekämpfung einer Senkung) der relativen Einkommensanteile, Objekt der klassischen Verteilungstheorie. Dabei ist es möglich, eine Verbesserung der Relationen innerhalb (intra) oder zwischen (inter) den Einkommensgruppen im Sinne der funktionalen Einkommenstheorie zu unterscheiden. Als Beispiel für eine versuchte Verbesserung inter sind (vorweg genommen: vor allem via Einflußnahme auf das Staatshandeln) Verteilungskämpfe zwischen Arbeitgebern (allgemeiner „Besitzenden") und Arbeitnehmern anzuführen; oder auch — soweit es möglich ist zwischen Grundrenten und Kapitalrenten zu unterscheiden — zwischen Landwirtschaft und Industrie. Im Hinblick auf versuchte intra-Verbesserungen kann auf die — über die klassischen Annahmen hinausgehenden — Spannungen zwischen einzelnen Gewerkschaften (Bergarbeiter-Metallarbeiter; Nautiker-Ingenieuroffiziere der Handelsschiffahrt) verwiesen werden[9]. Daß das Ziel einer Verbesserung der Einkommensrelationen sich in Aktionen zur Erhöhung der Geldeinkommen niederschlagen kann, ist natürlich unbestritten[10].

---

[8] Günter *Pehl*, Kritische Bemerkungen zum Indexlohn-System, in: Mitteilungen des Wirtschaftswiss. Instituts der Gewerkschaften, 1952, 94 ff.

[9] Es ist bereits der Versuch gemacht worden, die Weite der Zielsetzungen als wesentliches Element einer Morphologie der Gewerkschaftstypen zu verwenden; vgl. Clark *Kerr*, Trade Unionism and Distributive Shares, American Economic Review, Papers and Proceedings, 1954, S. 279 ff.

[10] Zum theoretisch interessanten Fall, daß autonome Gewerkschaften mit „ihren" Unternehmern gegen den „Markt", d. h. alle „Anderen" zusammengehen, vgl. Martin *Shubik*, A Business Cycle Model with Organized Labor Considered, Econometrica, Vol. 20, 1952, S. 284 ff., insbes. 287 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwegnehmend zum unten zu behandelnden Punkt Nebenfolgen ist bereits hier zu betonen: wird in den Zielsetzungen der Parteien nicht nur das naive Ziel einer absoluten nominellen Verbesserung oder einer reinen intra-Verschiebung der Einkommensrelation erstrebt, so sind die preismäßigen Nebenwirkungen der zur Erreichung der Ziele einsetzenden Handlungen in das Zielbewußtsein der Handelnden bereits einzubeziehen. Für eine erstrebte Realverbesserung sind somit Erhöhungen der Geldeinkommen lediglich Z w i s c h e n z i e l, bei gleichbleibendem Geldeinkommen könnte eine Senkung der für die betrachtete Einkommensgruppe wichtigen Konsumgüterpreise ebenfalls Zwischenziel sein. Die Notwendigkeit einer Einbeziehung der Nebenwirkungen stellt sich weiterhin hinsichtlich der Beschäftigung, sofern der gesicherte Empfang eines Einkommens als Produkt aus Vergütungssätzen pro Leistungseinheit mal Umsatzmenge dieser Leistung erstrebt wird.

3. M i t t e l e i n s a t z n i c h t - s t a a t l i c h e r I n s t a n z e n

Wie bei den Zielen eine Staffelung (Zwischenziele — letzte Ziele) denkbar ist, so auch bei dem Mitteleinsatz. Gewisse wirtschaftspolitische Bestrebungen können als Voraussetzung für den Einsatz von Mitteln angesehen werden, der dann erst dem erstrebten Ziele selbst dient — wir behandeln hier nur Verteilungsziele, nicht andere, wie etwa die Erringung wirtschaftlicher oder politischer Macht. Diese Betrachtung kann an der in neuerer wirtschaftspolitischer Theorie[11] gebräuchlichen Gliederung der Wirtschaftspolitik in qualitativ-strukturelle und quantitative Politik anschließen. Es ist von vornherein zu betonen, daß mit diesen Bezeichnungen keinerlei Werturteile verbunden sind, sondern daß es sich lediglich darum handelt, modelltheoretisch sauberes Denken zu erleichtern.

A. Bei q u a l i t a t i v e r Politik handelt es sich darum, die strukturellen Zusammenhänge, wie sie sich in einem Modell in der Form von Gleichungen oder von Kurven darstellen, zu verändern. Das bedeutet aber im Hinblick auf die eigentlichen Ziele ein Anstreben von Zwischenzielen, Erringung günstiger Ausgangsbasen im Verteilungskampf.

a) Die modelltechnische Veränderung der Struktur durch qualitative Politik kann sich darauf beziehen, daß bisher für die Teilnehmer sich als Daten darstellende Größen zu A k t i o n s p a r a m e t e r n werden. So etwa wenn bisher Vereinzelte sich zusammenschließen, um zu versuchen, über einen e i n h e i t l i c h gesetzten oder angebotenen Preis die Konkurrenz untereinander auszuschalten. Hierher gehören: Er-

[11] *Marschak*, a.a.O., *Tinbergen*, a.a.O.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kämpfung der Koalitionsfreiheit bis hin zum Koalitionszwang (union shop-Klausel), Bildung von Organisationen[12], Bekämpfung gegnerischer Organisationen durch Beschneidung ihrer Rechte; auf dem Arbeitsmarkt speziell Erkämpfung und Bekämpfung des Streikrechts, Erschwerung bzw. Erleichterung des Zuzugs von Fremdarbeitern zur Erleichterung oder zur Erschwerung monopolähnlicher Situationen, Erleichterung des Abzugs oder Bindung der Arbeiter an einen Betrieb usw.[13].

---

[12] Zwar mag man einwenden, daß das Erreichen solcher Zwischenziele praktisch oft pari passu quantitativen Einsatz bringen wird, z. B. Bildung einer Organisation (qualitative Politik), die sofort die Verkaufspreise für alle Mitglieder verbindlich erhöht (quantitative Politik). Streng theoretisch muß jedoch die Scheidung zwischen qualitativer und quantitativer Politik erfolgen: es kann ja durchaus Situationen geben, in denen ohne Veränderungen qualitativer Natur, z. B. der Organisation, auf einen bestimmten Einsatz quantitativer Mittel verzichtet wird, während in anderen Zeitpunkten davon Gebrauch gemacht wird.

[13] Um zu zeigen, wie sich solche qualitative Politik auf die Modellstruktur auswirkt, seien zwei extreme Beispiele unter Auslassung des einseitigen Monopols gezeigt.

I. Konkurrenzarbeitsmarkt neoklassischer Prägung.

1. $N_a = N_a\,(l,V)$
2. $A_a = A_a\,(l,p)$

N_a = Nachfrage nach Arbeitseinheiten
A_a = Angebot von Arbeitseinheiten
l = Lohnsatz
V = Absatzfaktoren
p = Konsumgüterpreise
(Unter Auslassung der Gleichungen, die ihrerseits p und V und andere, hier nicht einbezogene Variable des gesamtwirtschaftlichen Modells bestimmen)

Hier passen sich die Teilnehmer den Daten, den sich in Verbindung mit anderen, durch weitere Gleichungen bestimmten Variablen „einspielenden" Marktpreisen (Löhnen) an. Die Lösung des verkürzten Systems lautet

3. $l = l\,(p,V)$.

II. bilateraler (Arbeitgeber-Arbeitnehmer) Monopolmarkt.

Hier ist die Situation grundlegend verändert. Beide Parteien versuchen, den Preis zu bestimmen. Die folgenden Gleichungen (sie sind nicht mehr Teil eines gesamtwirtschaftlichen Modells) illustrieren lediglich die verhandlungsmäßige Ausgangssituation.

$l^*_A = l^*_A\,(V,X)$
$l^*_G = l^*_G\,(p,Z)$

l^*_A = Von Arbeitgebern angebotener Lohnsatz
l^*_G = Von Gewerkschaften geforderter Lohnsatz
X = Symbol für die Verhandlungsstärke (Reserven, Stärke der Organisation usw.) der Arbeitgeber
Z = Symbol für die Verhandlungsstärke (Streikkassen, Stärke der Organisation usw.) der Gewerkschaft.

Welcher Lohn endgültig erreicht wird, ist Frage der Verhandlungs- und evtl. Kampfstrategie, Objekt der Spieltheorie. Wenn einmal gegeben, ist er für das volkswirtschaftliche Gesamtmodell exogene Größe, die ihrerseits im Rahmen sonst unverletzter struktureller Zusammenhänge auf andere Größen wirkt. Somit ist die Lohnfestsetzung (1) Funktion der Kampfmöglichkeiten und des Kampfes, (2) Ursache von Nebenwirkungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Dann aber können auch die Koeffizienten in den Funktionen (Neigungen von Kurven) durch qualitative Politik verändert werden; so etwa wenn durch Typenvereinheitlichung[14] oder technische Verbesserungen — u. U. mit Unterstützung der Gewerkschaften — die Kapital- und/oder die Arbeitsproduktivität verändert wird.

c) Die Koppelung von sonst nur im Rahmen weiterer Modellzusammenhänge verbundenen Größen wie z. B. von Löhnen und Konsumgüterpreisen durch Gleitskalen oder von Gewinnen und Löhnen durch Gewinnbeteiligung nimmt eine Stellung zwischen qualitativer und quantitativer Politik ein, und zwar insofern, als es dabei zwar um die unmittelbare Erreichung quantitativer Ziele geht[15], modellmäßig jedoch eine Veränderung oder sogar eine Ausschaltung von Funktionen erfolgt, die den realen Lohn im Rahmen der Gesamtstruktur sonst bestimmen.

B. Während bei qualitativer Politik im Prinzip strukturelle Veränderungen (als Zwischenziele) erstrebt werden, handelt es sich bei q u a n t i t a t i v e r Politik streng theoretisch um den Einsatz von Mitteln im Rahmen gegebener Strukturen. Durch qualitative Politik errungene Verfügungsmacht über ökonomische Größen wird realisiert, um ein Endziel zu erreichen. Die endlichen Erfolge, einschließlich der damit verbundenen Nebenwirkungen (s. u.), ergeben sich im Rahmen gegebener struktureller Zusammenhänge.

Es ist nicht auszuschließen, daß eine bestimmte quantitative Politik eines Partners (Spielers, Kontrahenten) vom Gegenspieler (Partner, Kontrahent) durch qualitative Änderungen beantwortet wird, z. B. durch Änderungen der Produktionstechnik. Als Theoretiker müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß dadurch eine Veränderung der Struktur des den jeweiligen Überlegungen zugrunde liegenden Modells u. U. erforderlich wird.

Ein Überblick über die möglichen Mittel quantitativer Politik und ihrer Ansatzpunkte läßt sich am besten an Begriffen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen.

a) Zunächst gibt es Mittel, die an der E n t s t e h u n g s s e i t e des Sozialprodukts ansetzen, Summe der Wertschöpfung in den einzelnen

---

[14] So hat z. B. die Glühlampenindustrie großen Wert darauf gelegt, durch „Spannungsangleichung", Ausschaltung von Sondertypen und Sonderanfertigungen die Kosten zu senken. Voraussetzung dazu war ein intensiver Kampf um die Durchsetzung einheitlicher Spannungen und Typen.

[15] Bei Gleitskalen Verhinderung einer Verschlechterung der realen Einkommenslage; bei Gewinnbeteiligung eine Anpassung — der Idee nach — von Löhnen an wachsende Rentabilität. Die automatische Erhöhung der Löhne um einen bestimmten Satz pro anno, wie sie in einigen amerikanischen Tarifverträgen verankert ist, kann — der Idee nach — verstanden werden als Versuch zur Konstanthaltung der relativen Einkommensanteile: Ersatz für eine Gleitskala im Hinblick auf die Produktivitätsentwicklung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftsbereichen. Hier handelt es sich darum, die Bruttoeinnahmen abzüglich der Vorleistungen (von anderen Firmen oder anderen Wirtschaftsbereichen) zu steigern. Die Unternehmer können hier durch Preis- und/oder Absatzpolitik als Anbieter im Rahmen gegebener (oder erkämpfter) Strukturen ihre Positionen inter oder auch intra zu verbessern versuchen, wobei es nicht einmal grundsätzlich ausgeschlossen sein muß, daß sie die Hilfe der Arbeitnehmer finden, wie es z. B. *Dunlop*[16] für amerikanische Gewerkschaften geschildert hat.

b) Weiterhin ist quantitativ-politischer Mitteleinsatz denkbar, der primär die Verteilungsseite des Sozialprodukts berührt. Das ist einmal der Fall, wenn die Unternehmer bzw. ihre Verbände versuchen, die Preise der Kostenelemente zu senken. Modelltechnisch darf es sich im vorliegenden Zusammenhang nicht darum handeln, die Koeffizienten der Produktionsfunktionen selbst zu verändern. Vielmehr liegt gemeinter Fall vor, wenn es möglich ist, die Preise zu liefernder Einheiten auf den Produktmärkten oder die Faktorenpreise zu beeinflussen.

Andererseits ist die Politik der Arbeitnehmer (Gewerkschaften) zu nennen, durch Kollektivverhandlungen Lohnerhöhungen zu erreichen. Auch erstrebte Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Einkommen gehören systematisch insofern hierher, als dabei die Vergütungssätze pro Leistungseinheit, u. U. aber auch — wenn nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit durch Überstundenleistungen nicht oder nicht voll effektiv wird —, die Einkommen selbst steigen. (Die Relevanz dieser Politik auch für die Entstehungsseite des Sozialprodukts ist im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungsarithmetik selbstverständlich.) Bei Kollektivverhandlungen ist die Streikdrohung oder der Streik das Hauptmittel, das den Gewerkschaften zur Verfügung steht, um eine stärkere Berücksichtigung ihrer (nominellen) Forderungen zu erreichen. Der anderen Seite, den Arbeitgebern, steht passiv das Durchstehen des Streiks oder (heute seltener angewandt) das Kampfmittel der Aussperrung zur Verfügung. Der endlich festgestellte Lohn ist dann im volkswirtschaftlichen Gesamtmodell als exogene Größe zu behandeln, die ihrerseits im Rahmen sonst unverletzter struktureller Zusammenhänge auf andere Größen wirkt.

c) Auch die Einflußnahme nicht-staatlicher Instanzen auf staatliche Redistributionspolitik durch Steuern und Transferzahlungen ist hier zu erwähnen. Es muß allerdings deutlich gemacht werden, daß dadurch die Modellstruktur der ökonomischen Zusammenhänge betroffen werden kann. Das ist der Fall, wenn eine auf Dauer berech-

[16] John T. *Dunlop*, Wage Policies of Trade Unions, American Economic Review, 1942.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nete Änderung der Steuer- und Staatsausgabengesetze das Ziel ist. Die Koeffizienten gewisser sog. institutioneller Funktionen wie die in der Finanztheorie als „Konjunkturempfindlichkeit" bezeichneten Zusammenhänge zwischen Steuererträgen (oder gewissen Staatsausgaben) und Sozialprodukt können dadurch verändert werden. Eine von Fall zu Fall Steuer- und Ausgabensätze ändernde kompensatorische Fiskalpolitik etwa im Sinne A. *Hansens* entfernt sich insoweit von unserem Thema, als dabei Verteilungswirkungen zwar u. U. als Zwischenfolgen eintreten, zielmäßig jedoch nicht primär gewollt sind.

Vielleicht ist hier (modelltheoretisch) mit größerem Recht auf die Redistribution durch betriebliche („freiwillige") Sozialleistungen hinzuweisen. Diese mag auch im qualitativ-politischen Bereich deswegen eine Rolle spielen, als dadurch zumindest verbandsmäßig subjektiv geglaubt ein Einfluß auf die quantitative Einsatzmöglichkeit der Arbeitnehmer angenommen wird. In dieser Hinsicht ist auf die Polemik in der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpresse zum Problem der sog. „industriellen Hörigkeit" oder des „Industriefeudalismus" zu verweisen. Auf alle Fälle aber gehört sie (zumindest auch) in den vorliegenden Zusammenhang quantitativer Politik. Das ergibt sich auch daraus, daß solche Leistungen Gegenstand von Verhandlungen sind. Im Streit um die statistische Abgrenzung[17] — was sind zusätzliche freiwillige und was sind betriebsbedingte Sozialleistungen — klingt indes auch hier die qualitativ-politische Bedeutung dieser Leistungen durch.

4. Nebenfolgen

Quantitative Politik mag Auswirkungen auf ökonomische Größen haben, die von den Parteien vielleicht weder als Ziele noch als Mittel betrachtet werden. Oft wird betont, daß diese durch ökonomische Interdependenzen bedingten Nebenfolgen von den Verbänden wegen naiver oder auch radikalistischer Betrachtungsweise (u. U. wegen der qualitativ-politischen Auswirkungen auf die „Organisation") nicht genügend beachtet werden.

Die wesentlichen hier zu nennenden Probleme betreffen die Kosten-, Produktpreis- und die Beschäftigungsfrage. Ihre Behandlung in der wissenschaftlichen und Tagesliteratur geht einmal weitgehend von der deterministischen neoklassischen Theorie aus, zum anderen aber werden vielfach naive empirische Beweise derart gebracht, daß einzelne Tatsachen (Zahlenreihen) gegenübergestellt werden, ohne die in genereller Analyse heranzuziehenden „anderen" Zusammenhänge genügend zu berücksichtigen. Auf die

[17] Vgl. Hans *Willgerodt*, Die Krisis der sozialen Sicherheit und das Lohnproblem, Ordo 1955, S. 146 und die dort angegebene Literatur.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schwächen letzterer Behandlungsweise haben wir bereits oben aufmerksam gemacht. Auch hinsichtlich der ersten liegen die Dinge nicht mehr so klar, wie noch vor einiger Zeit angenommen wurde. Vielmehr befindet sich die Theorieentwicklung wieder kräftig im Fluß[18].

Das Kosten-Produktpreisproblem berührt den von uns bereits erwähnten Zusammenhang zwischen nominellen und realen Einkommen.

In einem Beispiel sei zunächst vorausgesetzt, daß es einer einzelnen Gewerkschaft gelungen ist, den Geldlohn ihrer Mitglieder zu erhöhen. Als mögliche Folge können, oder, so wird vielfach argumentiert, müssen nunmehr folgende Nebenwirkungen eintreten: Andere Arbeitnehmer als Konsumenten oder ganz allgemein die Konsumenten überhaupt tragen die Last insofern, als infolge erhöhter Löhne die Kosten und damit die Preise der Produkte steigen. Dazu wurde bereits betont, daß es für die Überwälzungsmöglichkeit auf die Marktlage der betreffenden Unternehmungen als Verkäufer ankommt. Nur bei „weichen" Märkten[19] wäre eine Überwälzung möglich. In dieser Frage mag auch die staatliche Außenhandelspolitik eine wesentliche Rolle spielen. Weiterhin ist, wie ich bereits früher betont habe[20], ein entscheidender Einbruch in die Beweisführung der deterministischen neoklassischen Theorie durch die *Bloom*sche Oligopoltheorie[21] erzielt worden, der m. E. durch die Theorie W. *Krelles* von den „Unbestimmtheitsbereichen" wesentlich vertieft worden ist. Wohl auch in den vorliegenden Zusammenhang gehört die Aussage[22], daß der Abschluß von „Schlüssel"-Tarifverträgen (key bargaining) an Stelle eines einheitlichen Tarifvertrages für ein größeres Vertragsgebiet dazu dienen kann, die Abwälzung von Lohnerhöhungen auf die Produktpreise zu erschweren, zumindest zu verzögern.

Liegen dagegen Einkommenserhöhungen auf der ganzen Linie vor, so ist die von der Einkommenserhöhung ausgehende Nachfrageerhöhung in Rechnung zu stellen, wobei es auf die Konsum- und Investitionsneigungen der betroffenen Kreise ankommt, ohne deren

---

[18] Auch für generell-makroökonomische Modelle ist die mikroökonomische und partielle Theorie, deren Neuorientierung hier z. T. gestreift wird, bedeutungsvoll. Vgl. hierzu L. R. *Klein*, der in seiner für die moderne empirisch unterbaute Theorie wichtigen Arbeit „Economic Fluctuations in the United States 1921—1941", New York, London 1950, makroökonomische, statistischer Forschung zugängliche Funktionen aus mikroökonomischer Analyse heraus entwickelt hat.

[19] *Kerr*, a.a.O., S. 290.

[20] Schmollers Jahrbuch, 72. Jg.

[21] Gordon, F. *Bloom*, A Reconsideration of the Theory of Exploitation, Quarterly Journal of Economics, LV, 1940—1941, abgedruckt in: Readings in the Theory of Income Distribution, Philadelphia, Toronto 1946, S. 245 ff.

[22] Vgl. Adolf *Sturmthal*, Gedanken zur Lohntheorie, Gewerkschaftliche Monatshefte 1956, 4.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kenntnis nicht allzuviel zu sagen ist. In diesem Zusammenhang verweise ich nochmals auf die Ergebnisse *Hallers* und der folgenden Diskussion von 1954 in Bad Nauheim.

Auch beim Beschäftigungsproblem wird die deterministische Lösung der neoklassischen Theorie entscheidend durch die eben genannten Theorien getroffen, insofern danach nicht mehr angenommen werden darf, daß eine Kostenänderung eine Veränderung der Firmennachfrage nach Faktoren ohne weiteres bringen muß. Die Beschäftigung wäre somit vor allem abhängig von einer Verschiebung der Nachfragekurve — oder Nachfragekurven — auf Grund einer Veränderung der Geschäftslage, die sich ja bei weitem nicht allein aus Veränderungen der Kosten der Faktoren bzw. der hiervon ausgehenden Nachfrageänderungen erklären läßt.

In diesem Zusammenhang müssen wir dann andererseits von einer Eigenschaft der Arbeitsangebotskurve (oder Kurven) auf organisierten Arbeitsmärkten Kenntnis nehmen, die darin besteht, daß sie, vom Punkt einmal festgelegter Preise ausgehend, bei sinkendem Lohnsatz nicht fällt, sondern parallel zur Abszissenachse verläuft. Das heißt, es ist — im Extremfalle — keine Portion zusätzlicher Arbeitskraft zu einem Preise unterhalb des gesetzten Preises erhältlich, oder mit anderen Worten: es sind Arbeitslose denkbar, ohne daß, wie nach der klassischen, insbesondere der Theorie der industriellen Reservearmee zu schließen, der Lohn sich ändern muß.

Arbeitslosigkeit wie allgemein das Nichtrealisierenkönnen latenter Produktionswerte beeinflußt andererseits die Verhandlungsposition. Damit öffnet sich der Blick auf die Verbindung zwischen Beschäftigungs- und Spieltheorie im Sinne *Neumann-Morgensterns*. In diesem Zusammenhang sei auf den Versuch von Martin *Shubik*[23] verwiesen, der den vorliegenden Tatbestand konjunkturell wechselnder Verhandlungsstärke spieltheoretisch formuliert in ein makroökonomisches Effektivnachfragemodell *(Samuelson-Hansens)* einzubauen versucht hat. Das bedeutet dann gleichzeitig den Versuch einer Antwort auf die Frage, wie und in welchem Maße durch qualitative Politik erkämpfte Aktionsmöglichkeiten in quantitativem Sinne eingesetzt werden.

5. Volkswirtschaftliche Zielsetzungen als Nebenbedingungen

Abschließend ist noch folgende Fragestellung zu streifen: in der wirtschaftspolitischen Diskussion wird oft die Forderung erhoben, daß die jeweiligen Kontrahenten sich „höheren", volkswirtschaftlichen

[23] A Business Cycle Model with Organized Labor Considered, Econometrica, 20, 1952, S. 284 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zielsetzungen unterordnen, z. B. das wirtschaftliche Wachstum nicht hemmen sollen.

Was bedeutet eine solche Forderung? In theoretischer Sicht die Einführung von Nebenbedingungen, denen die übrigen Variablen des Systems, einschließlich der hier zur Debatte stehenden einkommensbedeutsamen, genügen sollen.

Modelltechnisch handelt es sich darum, ökonomische Größen, die bisher als Nebenwirkungen dargestellt wurden, nunmehr unter die Zielsetzungen aufzunehmen. Damit aber gelangen wir in den Bereich der wirtschaftspolitischen Theorie, die in den „decision models" *Frisch-Tinbergen*scher Prägung[24] ihren Ausdruck gefunden hat. Für vorliegende Fragestellung muß danach neben anderen die Voraussetzung gegeben sein, daß eine genügende Zahl von Freiheitsgraden (Überhang der Variablen über die diese verbindenden voneinander unabhängigen Gleichungen), praktisch eine entsprechende Zahl von politisch manipulierbaren Größen, verfügbar ist. Das ist z. T. eine Frage qualitativer Politik. Die genannte Voraussetzung impliziert aber ferner, daß die organisierten Parteien, welche die quantitativ-politisch manipulierbaren Variablen gestalten können, sich bezüglich ihrer Handlungen (z. B. durch Einigung untereinander, wo solche erforderlich)[25], volkswirtschaftlichen Zielsetzungen unterwerfen.

Wirtschaftspolitisch bedeutet die Einführung solcher Nebenbedingungen somit, daß von den Kontrahenten verlangt wird, gerade die ökonomischen Größen, die sie selbst als Ziele (oder zumindest als Zwischenziele) erstreben, nunmehr als quasi-Mittel einzusetzen (oder setzen zu lassen) zu einem „höheren", ihnen in verkehrswirtschaftlich-altliberalem Sinne u. U. fremdem Zweck. Das aber kann nur verlangt werden, wenn dieser höhere Zweck von den organisierten Parteien erkannt und anerkannt wird oder die Allgemeinheit seiner Anerkennung, z. B. via öffentliche Meinung, erzwingt.

Sie können dann immerhin die Frage aufwerfen, ob nicht der Einsatz anderer wirtschaftspolitischer wie zentralbank- oder finanzpolitischer Mittel alternativ oder komplementär möglich ist. Auch die Weite der Ziele wie ihre Stellung zueinander wird grundsätzlich Objekt von Fragestellungen bleiben. Eine wie auch immer „beglaubigte" oder um ihre „Beglaubigung" ringende richtungsweisende Instanz wird sich deshalb — wenn wir diese Zusammenhänge im theo-

---

[24] Vgl. R. *Frisch*, Price-Wage-Tax-Subsidy Policies as Instruments in Maintaining Optimal Employment, United Nations, Economic and Social Council, 1949; J. *Tinbergen*, On the Theory of Economic Policy, Amsterdam 1952; derselbe, Centralization and Decentralization in Economic Policy, Amsterdam 1954.

[25] Das eher bei Löhnen, weniger, aber nicht völlig ausschließbar, bei Preisfestsetzungen auf den Produktmärkten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

retischen Raum betrachten — welfare-theoretischer Argumente und Instrumente bedienen müssen.

Alle Modellgrößen, Ziele wie auch Instrumentvariable, die sich in Nutzen und Kosten social-welfare-theoretisch meßbar (im Sinne ordinaler Betrachtung vergleichbar) darstellen lassen müssen, sind nunmehr einer sog. „social welfare function" zu unterwerfen, die zu maximieren Aufgabe wäre.

Wer den Stand der „Welfare Economics" kennt, weiß, welche Probleme eine solche Forderung aufwirft. Das aber ist zu betonen, bevor man die folgenden Fragen überhaupt als behandlungsreif anerkennen kann. Ich will einige nennen, ohne daß ich jedoch in der Lage bin, sie im notwendigen Maße hier zu behandeln. Deswegen können lediglich einige E l e m e n t e der betreffenden Fragestellungen aufgezählt werden.

Forderungen, wie (1) Vermeidung einer Inflation, (2) Vermeidung des Absinkens der Beschäftigung, sind zielmäßig ohne weiteres abzuleiten aus den im vorigen Abschnitt (II, 4) dargestellten Zusammenhängen, d. h. können die Partner u. U. im Hinblick auf ihre eigenen Ziele unmittelbar selbst interessieren. Die Frage dagegen, welchen „Instanzen" die Last der Verantwortung aufgebürdet und welche Mittel eingesetzt werden sollen, bleibt ohne Bezugnahme auf welfareökonomische Analyse unbeantwortbar.

Weitere Forderungen können sich (3) darauf beziehen, das volkswirtschaftliche Wachstum nicht zu stören. Diese Forderung ist insofern von der beschäftigungspolitischen (2) zu unterscheiden, als hierbei nicht nur über die Beschäftigung allein (wesentlich, daß I + C — Nachfrage insgesamt genügend groß, so daß alle beschäftigungswilligen Faktoren beschäftigt sind), sondern auch über die Verteilung des Sozialprodukts auf Konsumtion und Investition insbesondere über die Qualität der Investitionen in technisch-ökonomischer Hinsicht entschieden werden muß. Es wird einerseits betont[26], daß eine Minderung der Gewinne auch eine Minderung der Investitionsanreize bedeute. Demgegenüber stellt die Theorie des sog. „shock effects" dar, daß die durch hohe Löhne in die Enge getriebenen Unternehmer gerade dadurch gezwungen würden, die Effizienz ihrer Betriebe durch Rationalisierungen zu erhöhen. Diesem, dem im großen und ganzen so zu nennenden Produktivitäts- und im weiteren Sinne Kapazitätsaspekt, steht die Frage gegenüber, ob die mit wachsender Angebotsmöglichkeit erforderliche Nachfrage gleichzeitig wächst. Das ist nicht nur ein Anliegen der sog. Unterkonsumtionstheorie in ihren modernen Varianten, sondern auch eine Frage, die das Problem der sogenannten induzierten

[26] Martin *Bronfenbrenner*, The Incidence of Collective Bargaining, American Economic Review, Papers and Proceedings, Mai 1954, 293 ff., 305 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nachfrage nach Investitionsgütern berührt. Darüber liegen eine Reihe von Vorarbeiten im Zusammenhang mit der dynamischen Wachstumstheorie *(Harrod, Domar)* vor, auch solche, aus denen geschlossen werden könnte, daß ein vorprellendes Wachstum der Löhne nötig ist, um das Nachfrageproblem bei wachsender Ausstoßkapazität zu lösen[27]. Eine Aussage derart, daß dieses Problem im Rahmen welfare-theoretischer Fragestellung bereits gelöst ist, wäre jedoch m. E. unangebracht.

Weiterhin stellt sich (4) das Problem des Zahlungsbilanzdefizits. Es beschäftigt uns derzeit — noch? — weniger als die Volkswirte anderer Länder. Sein Ansatzpunkt liegt darin, daß u. U. bei einer egalisierenden Veränderung der Einkommensverteilung wegen der größeren Konsumneigung der Bezieher kleiner Einkommen die Importneigung wachsen kann. Dabei ist natürlich die Frage zu berücksichtigen, ob die jetzt bevorzugten Einkommensempfänger auf Grund ihres Einkommenswachstums gerade solche Güter konsumtiv nachfragen, die vorzüglich vom Ausland geliefert werden. Somit kommt es in Verbindung mit der veränderten Konsumnachfrage auf die potentielle Angebots-(Produktions-)struktur des Inlands an, inwiefern ein Problem besteht. J. *Tinbergen*[28] hat vor allem zu dieser Frage Modelluntersuchungen angestellt. Sein Ergebnis ist übrigens — natürlich nur im von ihm untersuchten Falle von Bedeutung —, daß Lohnpolitik (allein) eine geringe Eignung für die Lösung des zur Diskussion stehenden Problems hat.

Ein Sonderproblem (4 a) sei noch erwähnt: Eine sich entwickelnde Volkswirtschaft mag regionalen, kosten- und nachfragebedingten Schwerpunktverlagerungen unterliegen. Man kann das Postulat aufstellen, daß eine solche an sich vielleicht „notwendige" Entwicklung in ihren Auswirkungen gemildert werden sollte[29]. In diesem Zusammenhang ist gefragt worden, inwiefern die Verbände, vor allem die Gewerkschaften, durch die Erzielung volkswirtschaftlich-überregionaler Einheitspreise (-löhne) dieses erschweren. Gerade aber wo dies etwa bejaht werden muß[30], zeigt sich ein echter Interessengegensatz, wenn einheitliche Lohnsätze wie überhaupt Einheitspreise aus qualitativ-politischen Gründen erstrebt werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht schließen mit der Aussage, daß die gestellte Aufgabe etwa nicht lösbar ist, auch wenn ich mich auf die Darlegung eines Teiles der Problematik beschränken

---

[27] Albert *Wissler*, Lohnpolitik und öffentliche Finanzen, Berlin 1954.

[28] Econometrics, 1951, S. 173 ff. (177).

[29] S. E. *Harris*. Interreginal Competition: with Particular Reference to North-South Competition, American Economic Review. Papers and Proceedings, Mai 1954, 367 ff., 378; John V. van *Sickle*, Regional Economic Adjustments: The Role of Geographical Wage Differentials, ebenda, S. 381 ff.

[30] *Harris*, 367 f.; van *Sickle*, 389 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mußte. Möglichkeiten für Lösungsannäherungen scheinen mir im Gegenteil durchaus nicht ausgeschlossen zu sein. Voraussetzung dazu ist aber nicht nur eine weitere theoretische Durchdringung des Stoffes, sondern vor allem auch eine Verstärkung empirischer Forschung, wobei eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und „nichtstaatlichen Instanzen" sich nur förderlich auswirken dürfte.

Generaldiskussion
Vormittag, 28. September 1957

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Ich danke Herrn Kollegen *Kolms* für seine Ausführungen und darf nunmehr zur Generaldiskussion überleiten. Ich möchte zunächst Herrn Kollegen *Thalheim* bitten, das Wort zu seinem Diskussionsbeitrag zu dem Vortrag von Herrn Kollegen *Jecht* zu ergreifen.

Prof. Dr. Karl C. *Thalheim* (Berlin):

Ich glaube im Sinne der gesamten Versammlung zu sprechen, wenn ich zunächst einmal auch dem Herrn Kollegen *Jecht* sehr herzlich danke für die außerordentliche Mühe, die er mit der Bereitstellung des statistischen Materials gehabt hat, das uns hier als eine sehr wertvolle Unterlage und Anlage zu seinen Ausführungen gegeben worden ist.

Ich glaube, wir werden alle dieses Material auch über die Tagung hinaus als eine sehr gewichtige Grundlage unserer eigenen Arbeit ansehen können.

Als ich das Manuskript des Vortrages von Herrn Kollegen *Jecht* las, das mir zur Vorbereitung dieses Diskussionsbeitrages freundlichst zur Verfügung gestellt worden war, war ich eigentlich zunächst recht traurig. Es ist ja die Aufgabe jedes guten Diskussionsredners, zunächst einmal Kritik an dem Referat zu üben, zu dem er sich äußern soll, und das Referat des Herrn Kollegen *Jecht* hat mir leider außerordentlich wenig Anlaß zu solcher Kritik gegeben.

Ich möchte also infolgedessen meinen Diskussionsbeitrag nicht in erster Linie auf kritische Bemerkungen zu dem Referat einstellen, sondern möchte versuchen, die Ausführungen von Herrn *Jecht* in einigen mir wesentlich erscheinenden Punkten zu ergänzen und vielleicht auch bestimmte Gedankengänge, die von Herrn *Jecht* notwendigerweise nur kurz gehalten werden konnten, etwas weiterzuführen. Ich werde mich — um im Stile des gestrigen Nachmittags zu bleiben — bemühen, dabei auch für die Diskussion des heutigen Nachmittags ein wenig provokatorisch zu wirken.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herr Kollege *Jecht* hat mit Recht betont, daß es im Grunde genommen keine wirtschaftspolitische Maßnahme gibt, die nicht irgendwie auch verteilungspolitische Wirkungen hätte. Infolgedessen könnte man natürlich in einem solchen Referat praktisch den Gesamtbereich der staatlichen Wirtschaftspolitik überhaupt abschreiten, um ihren Einfluß auf die Verteilung zu untersuchen. Das ist selbstverständlich unmöglich. Ich möchte aber doch wenigstens auf einige Punkte hinweisen, die mir in Ergänzung der Ausführungen von Herrn *Jecht* wichtig zu sein scheinen. Das eine ist das mir aus eigenen Arbeiten sehr naheliegende Problem der Beeinflussung der regionalen Einkommensunterschiede. Wenn man von dem Einfluß des Staates auf die Einkommensverteilung spricht, dann kann man wohl auch an dieser Frage nicht ganz vorübergehen. Ich denke dabei nicht so sehr an die internationalen Unterschiede der Einkommensverteilung — das wäre das Problem der under-developed countries —, sondern in erster Linie an die Einkommensunterschiede, die sich innerhalb eines einheitlichen staatlichen Raumes ergeben. Auch hier sehen wir ja, daß die staatliche Wirtschafts-und Finanzpolitik einen ganz erheblichen Einfluß in der Richtung auf einen Ausgleich der sich bei freier Wirtschaft zunächst einmal ergebenden Einkommensunterschiede ausübt. Ich erinnere vor allen Dingen an den in dieser Beziehung so außerordentlich wichtigen Finanzausgleich, ich erinnere weiter an Maßnahmen, wie sie uns heute in der Berlin-Hilfe entgegentreten, an die Hilfe für die Zonengrenzgebiete und ähnliche Maßnahmen mehr.

Ein Zweites: Wenn wir hier weitgehend mit makro-ökonomischen Größen arbeiten, wenn wir gegenüberstellen das Einkommen der Selbständigen auf der einen Seite und das Einkommen der Unselbständigen auf der anderen, wenn wir von Arbeitseinkommen und von Besitzeinkommen sprechen, dann dürfen wir wohl nicht an der Tatsache vorübergehen, daß sich ja innerhalb dieser Gruppen wiederum sehr erhebliche Unterschiede ergeben und daß sich in den Relationen, die den einzelnen Kategorien, etwa innerhalb des Arbeitnehmereinkommens, zukommen, ebenfalls sehr erhebliche Unterschiede vollzogen haben, Unterschiede, die unter Umständen auch soziologisch eine sehr große Tragweite besitzen können. Ich erinnere nur etwa an das Problem der Verschiebung der Relationen zwischen dem Durchschnittslohn des sogenannten Handarbeiters und dem Durchschnittsgehalt des sogenannten Angestellten. Hier haben wir doch eine sehr deutliche Tendenz der Nivellierung der früher erheblichen Unterschiede zwischen diesen Kategorien festzustellen.

Nun hat Herr Kollege *Jecht* mit Recht von dieser Frage nicht gesprochen, mit Recht deshalb, weil es sich dabei ja eigentlich nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

um Wirkungen staatlicher Einflußnahme handelt, sondern um Wirkungen vor allen Dingen der Marktposition, der Einflüsse der gewerkschaftlichen Organisationen usw. Ich möchte mit einer kritischen Bemerkung zu den gestrigen Ausführungen von Herrn *Krelle* sagen, daß man bei der Behandlung dieser Relationen dem jeweiligen Seltenheitsgrad der betreffenden Arbeitskategorie immerhin doch eine recht ansehnliche Bedeutung wird zuschreiben müssen.

In einer Beziehung scheint mir allerdings auch da die staatliche Finanzpolitik einen nicht unerheblichen Einfluß zu haben, nämlich bei der doch ziemlich großen und bedeutungsvollen Gruppe der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Wenn wir hier die Verhältnisse heute vergleichen etwa mit denen der Zeit vor 1914, dann werden wir auch eine sehr deutliche Tendenz der Nivellierung nach der Mitte hin feststellen können. Ich brauche in diesem Kreise nur einmal daran zu erinnern, wie sich gegenüber 1914 die Relation zwischen dem Gehalt eines Ordinarius und dem Gehalt eines Assistenten verschoben hat.

Ähnliches können wir ja durchaus auch in anderen Bereichen feststellen. Also können wir auch hier eine Verstärkung der Nivellierungstendenz beobachten, von der Herr *Jecht* in seinem Vortrag gesprochen hat.

Nun ist sicherlich uns allen bei den Ausführungen von Herrn Kollegen *Jecht* die Verbindung von theoretischer Analyse und empirischer Tatsachenforschung ganz besonders wertvoll gewesen. Wir sind wohl alle Herrn *Jecht* außerordentlich dankbar dafür, daß er diesen Versuch gewagt hat in voller Kenntnis der Problematik des statistischen Materials. Wir können auch hier wieder nur feststellen, wie bedauerlich es ist, daß auf so ungemein wichtigen Gebieten die exakt faßbaren statistischen Unterlagen so wenig befriedigend sind.

Mir scheint, daß zwei Ergebnisse von Herrn *Jecht* von ganz besonderer Bedeutung waren: Erstens einmal die Feststellung, daß in den letzten Jahrzehnten die Änderungen in der funktionalen Einkommensverteilung verhältnismäßig gering gewesen sind — das ist ja auch gestern durch die Ausführungen von Herrn Kollegen *Peter* und von Herrn Kollegen *Krelle* bestätigt worden —; zweitens aber die Tatsache, daß sich in der personellen Einkommensverteilung unter dem Einfluß der Besteuerung Redistributionsvorgänge von immerhin nicht ganz geringem Umfang vollziehen, bei denen eine unmittelbare Verbindung mit den staatlichen Eingriffen mindestens mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Mit anderen Worten — und das ist ja auch in den gestrigen Referaten bestätigt worden —, wir können die Tendenz einer allmählichen Nivellierung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der ursprünglich sehr starken Einkommensunterschiede feststellen. Das ist doch wohl eine Feststellung von einer wahrhaft säkularen Bedeutung. Denn wenn es so ist, bedeutet das, daß das soziale Problem des Industriezeitalters, insoweit es ein Problem der Einkommensverteilung ist — es ist natürlich nicht nur das —, im Rahmen unserer heutigen Wirtschaftsordnung ohne einen revolutionären Umbruch gelöst werden kann.

Mir scheint es von besonderer Bedeutung zu sein, sich immer dessen bewußt zu bleiben, daß die sozial relevante Größe für den einzelnen ja doch nur das Nettoeinkommen ist, das ihm verbleibt, wenn die Steuern und sonstigen Leistungen an die öffentlichen Haushalte abgezogen sind. Ich glaube, man kann die soziale Bewertung der heutigen Einkommensstruktur nur von der Gegenüberstellung dieser Nettoeinkommen aus vornehmen, während in der öffentlichen Diskussion sehr häufig von der Gegenüberstellung der Bruttoeinkommen ohne Abzug der jeweiligen Steuerquoten ausgegangen wird.

Weiter halte ich für sehr bedeutsam die Feststellung, daß die Quote des Arbeitnehmereinkommens sich im Verhältnis zur Quote des Einkommens der Selbständigen verhältnismäßig wenig verändert hat. Das scheint, wenn man die Konsequenzen daraus zieht, zu besagen, daß die unbezweifelbare materielle Verbesserung der Situation vo allen Dingen des Arbeiters in erster Linie und ganz entscheidend nicht auf Veränderungen in der Verteilung, sondern auf das Wachstum des Sozialprodukts zurückzuführen ist. Ich glaube auch, daß man von dieser Feststellung aus zu sehr wichtigen Schlußfolgerungen für die Beurteilung der Verteilungspolitik kommen muß. Die soziale Gerechtigkeit, die immer wieder angesprochen ist, fordert eine Gleichmäßigkeit der Verteilung. Diese Gleichmäßigkeit der Verteilung trägt aber, wie wir aus den Ausführungen von Herrn Kollegen *Jecht* ja eindringlich gehört haben, mindestens die Gefahr in sich, daß dadurch die Wachstumsrate der Volkswirtschaft verringert wird. Ich sage „die Gefahr"; denn ganz offensichtlich ist dieser Zustand bisher noch nicht eingetreten. Ich stimme mit Herrn Kollegen *Jecht* darin überein, daß im Gegensatz zu Behauptungen, die vielfach in der öffentlichen Diskussion erhoben werden, ganz offenbar die heutigen Besteuerungsmethoden, auch die heutige Progression, noch nicht zu einer Minderung der Investitionsbereitschaft der Unternehmer geführt haben. Denn wenn diese Wirkung eingetreten wäre, könnte man sich schlechterdings den heutigen Umfang der von der privaten Hand durchgeführten Investitionen nicht erklären. Viel gefährlicher erscheint mir als Wirkung der steuerlichen Progression beim Unternehmer das, was Kollege *Jecht* die Orientierung an steuerpolitischen Gesichtspunkten nannte, auch die Vermeidung von Steuern durch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einen übermäßigen Aufwand auf Kosten des Spesenkontos, was ja auch für die Frage der Einkommensverteilung und der Konsumgestaltung von einer nicht ganz geringen Bedeutung ist. Aber ich möchte diese Dinge beiseite lassen.

Die ganz entscheidende Frage ist doch wohl die: wieweit wird durch bestimmte verteilungspolitische Methoden das Wachstum der Volkswirtschaft beeinflußt? Das hat Herr Kollege *Jecht* am Schlusse seiner Ausführungen mit großem Nachdruck in den Vordergrund gestellt, und ich glaube, mit vollem Recht. Aus drei Gründen glaube ich das. Erstens einmal wissen wir alle, daß die moderne Volkswirtschaft nur dann im Gleichgewicht sein kann, wenn sie wächst; andernfalls müßte ihre innere Struktur wesentlich umgestaltet werden. Zweitens haben wir gesehen, daß die materielle Besserstellung der Arbeitnehmer im weitesten Sinne in einem nennenswerten Umfang nur bei wachsendem Sozialprodukt möglich ist. Drittens — und Sie gestatten mir, daß ich auf Grund meiner besonderen Arbeitsrichtung diesen Gesichtspunkt etwas stärker berühre, der von Herrn *Krelle* gestern am Ende seines Referats ganz kurz erwähnt worden ist —: das Problem der Wachstumsraten in der östlichen und in der westlichen Welt, d. h. auch das Problem der Investitionsquoten in der östlichen und in der westlichen Welt. Es kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die große Auseinandersetzung zwischen dem östlichen und dem westlichen Gesellschaftssystem sich heute von dem rein militärischen Gebiet mehr und mehr auf das wirtschaftliche Gebiet verschiebt. Dabei spielt sicherlich auch die Frage nach den Wachstumsraten in der östlichen und in der westlichen Welt eine nicht ganz geringe Rolle. Im Osten haben wir nun, wenn wir im Rahmen unserer Tagung von dem Einfluß des Staates auf die Einkommensverteilung sprechen, die Situation, daß praktisch jedes Einkommen unmittelbar durch den Staat reguliert wird. Wenn Sie sich das sowjetische System ansehen, dann haben Sie dort praktisch nur noch zwei ins Gewicht fallende Kategorien von Einkommen — alle anderen sind nur noch in Rudimenten vorhanden und ohne eigentliche Bedeutung —: einmal das der Arbeitnehmer, und diese Arbeitnehmer sind mit wenigen Ausnahmen Arbeitnehmer des Staates, da der Staat ja Eigentümer aller Produktionsmittel ist. Die Einkommen dieser Arbeitnehmer werden vom Staat unmittelbar autoritär festgesetzt. Sie entstehen nicht auf dem Wege irgendwelcher kollektiver Vereinbarungen, sondern sind durch staatliche Regelung bestimmt. Das gleiche gilt, wenn es sich dabei auch um andere Methoden handelt, von der zweiten Einkommenskategorie, dem Einkommen der Kolchosbauern. Da geschieht es auf dem Wege über die staatliche autoritäre Preisbildung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Entscheidende im Hinblick auf unser Thema ist nun, daß es im Rahmen des östlichen Wirtschaftssystems möglich ist, Investitionsquoten zu erzwingen, die weit über allem liegen, was aus der westlichen Welt bekannt ist. Kollege *Jecht* hat einige Investitionsquoten der westlichen Länder genannt. Die höchste Quote, die er genannt hat, war die in der Bundesrepublik nach dem Kriege einmal erreichte von 23 %. Wenn ich mir nun die Investitionsquoten in der östlichen Welt ansehe, muß ich zunächst einmal feststellen, daß wir uns da auf einem statistisch ziemlich schwankenden Boden befinden. Immerhin, die Untersuchungen der ECE in Genf haben ein recht hohes Maß von Wahrscheinlichkeit. Sie ergeben für die Zeit von 1950 bis 1955 in der Sowjetunion, in Bulgarien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Rumänien Investitionsquoten von 24 oder 25 % des Sozialprodukts. Mit einer so hohen Investitionsquote wird vermutlich auch ein rascheres Wachstum der Gesamtwirtschaft ermöglicht, als es in der westlichen Welt im allgemeinen zu verzeichnen ist.

Hier komme ich nun zu der provokatorischen Frage: Ist es denn eigentlich sowohl aus sozialen als auch aus wirtschaftlichen Gründen eine sinnvolle Politik, wenn man die Verteilung, die Anteilsquoten am Sozialprodukt, durch staatliche Maßnahmen zu beeinflussen versucht und dadurch möglicherweise eine Verringerung des Wachstums dieses Sozialprodukts bewirkt, womit man erstens gegenüber der östlichen Welt in eine schwächere Position kommt und womit man zweitens die eigentliche Quelle der Verbesserung des Lebensstandards der breiten Massen verstopft? Ich glaube, diese Frage sollte man einmal sehr ernsthaft erörtern, und hoffe, daß die Diskussion heute nachmittag Gelegenheit dazu geben wird.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Ich darf Herrn Kollegen *Thalheim* sehr herzlich für seine provokatorischen und nichtprovokatorischen ergänzenden Ausführungen danken, die sicherlich noch in der Nachmittagsdiskussion eine Rolle spielen werden.

Wenn ich nunmehr Herrn Präsidenten Dr. *Fürst* das Wort gebe, so bitte ich mich nicht mißzuverstehen. Ich sage weder: „der Angeklagte", noch: „der Herr Verteidiger" hat das Wort!

Dr. Gerhard *Fürst*, Präsident des Statistischen Bundesamtes (Wiesbaden):

Die einführenden Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden haben Ihnen wohl gezeigt, daß ich nicht ganz freiwillig hier heraufgekommen bin, um zu den theoretischen Themen zu sprechen. Ich habe vielmehr

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem liebenswürdigen, aber sehr energischen Druck der beiden Herren Vorsitzenden nachgegeben.

Wenn nach den strengen Anweisungen, die uns schriftlich in die Hand gegeben worden sind, in der Generaldiskussion nur zu grundsätzlichen Problemen gesprochen werden soll, so muß ich als Leiter des Statistischen Bundesamtes wohl zu dem grundsätzlichen Problem der „Interdependenz der theoretischen Forschung und des vorhandenen statistischen Materials" sprechen. Den Statistiker freut es natürlich ungemein, wenn deutsche Theoretiker ihre Theorien von tatsächlichen, empirischen Unterlagen ableiten. Dieser Hunger nach Material ist für den Statistiker erfreulich, selbst wenn er dabei zu hören bekommt, das statistische Material sei schlecht — wobei die betreffenden Herren natürlich immer sagen: „Das soll kein Angriff gegen Sie persönlich sein." Zu diesem Vorwurf muß doch einiges gesagt werden. Ich glaube, die Referate und vor allen Dingen die Arbeiten der Herren Professoren *Krelle* und *Jecht* haben eines gezeigt: wenn es wirklich so schlimm um das statistische Material bei uns bestellt wäre, dann wären diese Zusammenstellungen nicht möglich gewesen.

Mich tröstet noch etwas anderes. Mein englischer Kollege hat einmal vor einem internationalen Gremium gesagt: Ja, wenn wir die deutschen Statistiken hätten, könnten wir natürlich bei uns auch einiges anfangen!

Da man im allgemeinen das statistische Material des anderen immer etwas weniger genau kennt und die Anmerkungen und Fußnoten ohnehin nicht liest, glaubt man leicht, bei den Angelsachsen wäre alles sehr viel schöner. Wir leiden vielleicht auch unter unserer deutschen Genauigkeit, wenn wir oft Einschränkungen machen und z. B. nicht glauben, aus veröffentlichten Bilanzen alles über Investitionen zu erfahren. Wenn Sie angelsächsische Statistiken genauer ansehen, werden Sie z. B. feststellen können, daß sich die Angaben oft nur auf die „Corporations" beziehen, und für die deutschen Aktiengesellschaften können Sie das entsprechende Material auch haben! Wir glauben nur nicht, daß man daraus ohne weiteres Schlüsse auf die gesamte Wirtschaft ziehen kann.

Ich möchte Sie bitten, die Statistik nicht zu überfordern, weder dem Umfange noch dem Inhalt nach. Auch auf die Gefahr hin, lästig zu fallen, möchte ich auch von dieser Stelle wiederholen, daß der Statistiker in Deutschland von sich aus keinerlei Recht hat, eine Statistik in Gang zu setzen. Wir brauchen dazu Gesetze und Verordnungen. Es ist aber leichter, die Transparenz über Märkte zu fordern, als den Entschluß zu fassen, seinen Namen unter eine Verordnung über Statistik zu setzen. Das geschieht nun einmal aus durchaus verständlichen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gründen nicht sehr leicht. Wir können also immer nur bitten, daß der Ruf nach mehr und besseren Statistiken möglichst vernehmbar bei denen erhoben wird, die die Verantwortung von Statistiken tragen. Das ist auch wieder sehr schwierig, denn die Herren, die diesen Ruf hören müßten, sind meist nicht anwesend, und man spricht zu denen, die ohnehin der gleichen Meinung sind.

Das soll keineswegs etwa eine Bemerkung für den Herren Bundeswirtschaftsminister sein, der heute nicht anwesend sein kann. Für eine Verordnung über Statistik brauchen wir die Zustimmung des Bundesrats. Da gibt es z. B. ein Gremium, einen Sonderausschuß der Innenministerien der Länder, der die Bundesratszustimmung zu statistischen Verordnungen vorbereitet. Diese Herren sind im Saale natürlich nicht anwesend und haben im allgemeinen mit wirtschaftlichen Problemen wenig zu tun und sehen jede Statistik meist nur unter verwaltungsmäßigen und kostenmäßigen Gesichtspunkten. Wenn wir dort als Statistiker die Forderung nach mehr Statistik vertreten, so heißt es gar zu leicht: „Ihr habt schon so ein großes Haus und verbraucht soviel Geld, wozu noch mehr?" Es wird vielfach geglaubt, es handele sich um reine Großmannssucht von seiten der Statistiker. Deshalb meine Bitte an die Herren Professoren, so nachdrücklich wie möglich einen Ausbau der Statistik an den Stellen zu fordern, bei denen die Entscheidung über die Anordnung liegt.

Herr *Mersmann* vom Bundesfinanzministerium ist leider nicht mehr da. Wir hatten mit dem Herrn Vorsitzenden vorhin ein Gespräch: Frage der Finanzierung neuer Statistiken. Es liegt aber nicht am Geld, sondern an der fehlenden Anordnung. In der heutigen Diskussion über die Einkommensverteilung hat selbstverständlich die Einkommensteuerstatistik eine große Rolle gespielt. Es wird hier vieles besser werden, denn ab 1954 wird laufend eine Einkommensteuerstatistik zur Verfügung stehen. Aber wie sollen wir von 1950 bis 1954 laufende Zahlen geben, wenn die Aufbereitung der an sich vorhandenen Unterlagen nicht angeordnet worden ist? Dann kommt der nicht leicht zu nehmende Einwand, daß die Änderungen der Steuervorschriften die Finanzämter derartig belasten, daß sie nicht noch zusätzlich statistische Zählblätter ausfüllen könnten. Das Beispiel zeigt, daß auch eine Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern, selbst wenn kein Gesetz und keine Verordnung notwendig ist, nicht ganz einfach durchzusetzen ist.

Ein Grund für die veraltete Einkommenstatistik liegt auch darin, daß die Steuerstatistik zeitlich immer sehr nachhinkt. Das liegt an den langen Veranlagungszeiträumen. Das wichtigste über die Einkommensverteilung und die Einkommenshöhe kann im Grunde genommen nur gesagt werden, wenn wir Daten über die Familieneinkommen haben. Wir müssen daher nach anderen Quellen der Einkommenstatistik

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

suchen und dürfen uns nicht völlig auf die Einkommensteuerstatistik verlassen. Das gilt auch deshalb — und das ist in den Referaten gar nicht angeklungen —, weil sich in der Nachkriegszeit andere Formen der Einkommensbildung und der Abgrenzung der Einkommen herausgebildet haben. Das Verhältnis des Inhalts der Lohntüte zum tatsächlichen Einkommen beträgt mindestens 100 zu 130. Wenn man von „funktionaler Verteilung" spricht, muß man wohl auch berücksichtigen, daß eine Reihe von Beträgen (z. B. Kindergeld, Mutterschaftshilfe und Urlaub) zwar über die Lohntüte bezahlt werden, aber nicht die Vergütung für eine tatsächlich geleistete Arbeit darstellen. Wenn man das noch berücksichtigt, kommt man in dem Verhältnis sogar auf eine Größenordnung von 100 zu 160.

Wir Statistiker haben — vielleicht als gebrannte Kinder — die Kühnheit bewundert, mit der hier manchmal, ich darf wohl sagen, etwas unbekümmert um die Tragfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Baumaterials gewagte Gedanken- und Zahlengebäude errichtet worden sind. Genauigkeit mag nicht so wichtig sein, wenn man Größenordnungen sucht, die theoretische Ableitungen erlauben. Wenn aber die Fehlergrenzen zu groß werden, so können darunter die theoretischen Ableitungen leiden oder unrichtig werden, und dann ist Mangel an Genauigkeit doch ein schwerwiegendes Argument. Es ist selbstverständlich, in der Kürze der Zeit auf Grund eines Vortrages und auf Grund der hier verteilten Unterlagen nicht möglich zu sagen, ob eine genaue Nachprüfung dieser Berechnungen mit voller Kenntnis der Mängel dieses Materials wesentlich andere Ergebnisse zeitigen würde.

Was mir in der Zusammenarbeit zwischen der Theorie und dem das Material bereitstellenden Statistiker wichtig erscheint, ist die Definition der vom Standpunkt der Theorie aus wichtigen Tatbestände. Wir Statistiker erwarten eigentlich immer, daß wir von den Theoretikern neue Erleuchtungen bekommen über das, was statistisch die Messung lohnt. Als Statistiker kann man es dann beruhigend finden, wenn hier gesagt würde, daß wir keine Distributionstheorie haben, denn dann brauchen wir Statistiker auch nicht zu wissen, welche statistischen Größen oder welche Tatbestände wir eigentlich messen sollen.

Es ist hier bei dem Problem der Einkommensverteilung sehr viel über die „funktionale Verteilung" gesprochen worden. Die funktionale Verteilung sieht ja nicht den Gegensatz Arbeitnehmer und Unternehmer, sondern das Besitzeinkommen und das Arbeitseinkommen, wobei für die Zwecke der Theorie eine Aufteilung des Unternehmergewinns in seine Komponenten erforderlich wird. Da muß ich sagen: Das ist statistisch, also etwa durch eine Befragung der einzelnen Unternehmer,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überhaupt nicht zu lösen. Solche Aufteilungen werden immer eine Domäne des schätzenden Wissenschaftlers bleiben müssen, der dabei mit bestimmten Annahmen arbeitet. Wie weit die Ansätze verfeinert werden können, ist allerdings dann meist eine Frage des Apparats, der für die Rechenarbeit zur Verfügung steht. Ich habe die höchste Bewunderung für das, was die Professoren *Jecht* und *Krelle* geleistet haben; denn wer weiß, welche praktische Arbeit es macht, solches Material zusammenzustellen, wenn man kaum Rechenkräfte oder Rechenmaschinen zur Verfügung hat, der kann am besten beurteilen, welche Arbeit darin steckt. Aber es steckt auch darin die Gefahr der allzu großen Vereinfachung, ich möchte fast sagen: der „terrible simplification". Wenn man, wie es Professor *Krelle* getan hat, über Jahre hinweg mit der Annahme arbeitet, daß das Arbeitseinkommen der Selbständigen sich genau parallel zum Arbeitseinkommen der Unselbständigen bewegt, so abstrahiert man von jeder Veränderung in der Struktur der Wirtschaft, etwa ob in den einzelnen Zeiträumen viel oder wenig Landwirte mit ihren mithelfenden Familienangehörigen in dieser Zahl der „Selbständigen" enthalten sind. Ohne Rücksicht darauf, mit einem durchschnittlichen Selbständigen-Einkommen zu rechnen, scheint mir sehr gefährlich zu sein.

Über die funktionale Verteilung der Einkommen werden Sie auch in Zukunft von uns nicht sehr viel bekommen können, sofern dazu eine Aufteilung des Unternehmergewinns erforderlich ist. Auch bei der so oft angekündigten und nun fast fertigen Aufstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — die wir noch nicht haben, denn wir haben bisher nur eine Sozialproduktberechnung — wird natürlich wieder nicht nur von der Theorie, sondern stark vom Material, das uns zur Verfügung steht, ausgegangen werden. Wir streben dabei nicht die funktionale Verteilung zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital an, sondern wir werden Unterscheidungen nach Einkommensquellen und vor allen Dingen nach Empfängergruppen machen.

Mir scheint, daß die bisherige Diskussion an ein anderes wichtiges Problem noch wenig gerührt hat: Es ist zwar manchmal von „personaler" Verteilung gegenüber „funktionaler" Verteilung gesprochen worden, aber dabei hat man nicht gesagt, was man eigentlich für „Personen" oder Empfängergruppen meint. Es klang durch, daß man wohl an Schichten nach der Einkommenshöhe denkt. Aber das allein ist nicht das, was man in der Wirtschafts- und Sozialpolitik heute will. Es sind andere Gruppen — der Ausdruck „sozioökonomische Gruppen" hat sich als Verlegenheitsbezeichnung eingebürgert —, die heute interessieren. Der Mittelstand ist so ein Begriff, bei dem jeder fragt: „Was ist das eigentlich?"; aber politisch nimmt man ihn so wichtig, daß er

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dauernd angesprochen wird. Also muß er doch eine Realität sein!

Fragen nach der Einkommensgruppierung des selbständigen oder des unselbständigen Mittelstandes und anderer „sozioökonomischer" Gruppen sind es, die heute an das Statistische Amt herankommen. Es ist nicht so wichtig, eine funktionale Gruppe von „Einkommensempfängern aus unselbständiger Arbeit" zu bilden, die sich über eine weite Skala von Einkommensstufen hinzieht, sondern viel wichtiger ist die Bildung von Empfängergruppen im angedeuteten Sinne. Festzustellen, welche Gesichtspunkte für die Gruppenbildung wichtig sind, wäre eine Aufgabe, die vom Theoretiker gelöst werden müßte.

Wir halten die Zurechnung der Einkommen zu sozioökonomischen Empfängergruppen und nicht nur zu „funktionalen Gruppen" auch deshalb für wichtig, weil wir in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von der Verteilungsseite der Einkommen auf die Verwendungsseite hinüberkommen wollen. Über den Verbrauch aber entscheidet der Mensch, und für die Verbrauchsforschung ist es eine völlig unmögliche Fragestellung, ob — gemäß einer funktionalen Aufteilung — Arbeitseinkommen oder Besitzeinkommen zum Ankauf eines Fernsehapparates oder Automobils benutzt worden ist. Hier kann es nur darum gehen, wie Personen oder Familien, die einer sozioökonomischen Gruppe angehören und über eine bestimmte Einkommenshöhe verfügen, ihr Einkommen verausgabt haben.

Um es kurz zusammenzufassen: Wir haben uns auf der einen Seite als Statistiker sehr gefreut, daß die Theorie sich auf tatsächliche Unterlagen zu stützen beginnt und Wert darauf legt, diese Unterlagen zu haben. Auf der anderen Seite würden wir Statistiker immer dankbar sein, wenn wir hinsichtlich der Frage, was im statistischen Material gezeigt, was gemessen werden soll, was bei der theoretischen Abgrenzung und überhaupt bei der Abgrenzung der in der Einkommensstatistik wichtigen Empfängergruppen beachtet werden muß, auf Ihre Hilfe rechnen könnten.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Wir sind Herrn Präsidenten Dr. *Fürst* zu ganz besonderem Dank verpflichtet für diese Ausführungen, die, wie mir scheint, erneut bewiesen haben, wie dringlich es ist, daß nicht nur die Erzeuger, sondern auch die Konsumenten von Statistiken einmal denjenigen Stellen, auf die es ankommt, klarmachen, wie wesentlich es ist, hier Remedur zu schaffen. Auf den von Herrn Präsidenten Dr. *Fürst* zitierten Einwand, der von seiten der Finanzministerien gemacht wird, man könne doch die ohnehin schon durch ständige Steuerrechtsänderungen überlasteten Finanzämter nun nicht auch noch mit sta-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tistischen Zählungen befassen, möchte ich entgegnen: ein Grund mehr, nicht so häufig Steuerrechtsänderungen vorzunehmen!

Darf ich nun Herrn Kollegen *Timm* von der Universität Saarbrücken bitten, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Herbert *Timm* (Saarbrücken):

Wenn für einen guten Diskussionsredner die Kritik an den vorangegangenen Referaten nach Herrn Kollegen *Thalheim* eines der Kriterien ist, dann bin ich insoweit bestimmt kein guter Diskussionsredner. Denn ich werde keine Kritik an den beiden interessanten Referaten der Herren Kollegen *Jecht* und *Kolms* üben, sondern vielmehr folgendes Anliegen vortragen.

Die Referate der Herren *Jecht* und *Kolms* haben mir, so verschieden sie in der Fragestellung und in ihren Methoden waren, doch beide zusammen eine — wie ich glaube, ziemlich nahe liegende — Anregung gegeben, nämlich die Frage zu stellen: Wie schneiden staatliche Einkommensverteilungspolitik auf der einen und Einkommensverteilungspolitik der nichtstaatlichen Instanzen auf der anderen Seite im Vergleich miteinander ab? Ich muß mich, was Sie verstehen werden, darauf beschränken, bei der Einkommensverteilungspolitik der nichtstaatlichen Instanzen den wichtigsten Bereich dieser Politik zu behandeln, nämlich die Lohnpolitik. Konkret gesprochen: ich versuche, einen — natürlich kurzen — Nachtrag über einen Vergleich der Lohnpolitik und der staatlichen Redistributionspolitik zu geben.

Dabei mache ich zwei Grundannahmen, obwohl ich davon überzeugt bin, daß beide fragwürdig sind: 1. Die personelle Einkommensagglomeration stehe in enger Korrelation zur funktionellen Einkommensverteilung derart, daß die hohen Einkommen die Besitzeinkommen seien (Zins und Profit). 2. Eine Vergleichmäßigung der Einkommensverteilung sei erwünscht. — Ich habe mich eigentlich gewundert, wie wenig versucht worden ist, diese zweite Annahme auf dieser Tagung zu diskutieren.

Ich möchte in der nachfolgenden kurzen Betrachtung zwei Fälle unterscheiden. Im ersten werde ich so tun, als ob es neben den Besitzeinkommen und den Arbeitseinkommen keine anderen Einkommen gäbe; ich werde sie jedenfalls nicht berücksichtigen. Im zweiten Fall werde ich sie ausdrücklich berücksichtigen. Ich möchte dann sehen, welche Ergebnisse bei diesem Vergleich zwischen der staatlichen Einkommensverteilungspolitik und der Lohnpolitik herauskommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zunächst zu der Betrachtung ohne Rücksichtnahme auf diejenigen — ich will sie die „dritte Klasse" nennen —, die kein Besitz- und Arbeitseinkommen empfangen. Das wären also im wesentlichen die Beamten und die Rentner. Die Einflußnahme auf die Einkommensverteilung durch nichtstaatliche Instanzen erfolgt auf dem Wege einer — generellen — Lohnerhöhung, die die Gewerkschaften auf Grund ihrer stärkeren Machtposition durchsetzen. Das bedeutet faktisch, daß sie im Vollbeschäftigungszustand oder doch im Engpaßzustand vor sich geht. Bei unelastischem Geldsystem oder einer zurückhaltenden Investitionsneigung der Unternehmer sind — wie *Haller* nachgewiesen hat — verschiedene Resultate je nach der Preispolitik der Unternehmer möglich, nämlich: a) Eine Reduktion der Unternehmergewinne bei entsprechender Erhöhung der Arbeitseinkommen und Aufrechterhaltung der Beschäftigung; das würde heißen, daß das Redistributionsziel der Lohnpolitik erreicht wäre. b) Eine verringerte Produktion und Beschäftigung, bei der der beabsichtigte Erfolg der Lohnerhöhungspolitik wegen der Einkommenskürzung der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter zumindest nur teilweise erreicht wird.

Das unter dem Redistributionsgesichtspunkt günstige Ergebnis unter a) wird indessen beeinträchtigt, und zwar einmal dadurch, daß die Wachstumsbedingungen ungünstig beeinflußt werden, und ferner sollte man meines Erachtens nicht vergessen, daß die generelle und gleichmäßige Lohnerhöhung zur Ausschaltung der weniger leistungsfähigen und relativ lohnintensiven Unternehmungen führt und damit die Besitzkonzentration fördert.

Stellt man unter denselben oben erwähnten Bedingungen, nämlich unelastisches Geldsystem oder Zurückhaltung in den Investitionsdispositionen der Unternehmer, den Vergleich mit der staatlichen Verteilungspolitik an, dann müssen zwei Varianten dieser Politik unterschieden werden: a) Eine Erhöhung der Steuer auf Profite, verbunden mit einer entsprechend großen Senkung der Lohnsteuer, also bei konstanten Staatsausgaben und konstantem Steueraufkommen. Diese Politik kann grundsätzlich zu denselben verschiedenen Ergebnissen wie bei der Lohnerhöhungspolitik führen; aber ich glaube, daß die Chance, um eine Kontraktion der Produktion und Beschäftigung herumzukommen, größer ist als bei der Lohnerhöhungspolitik, obschon ich hinzufügen muß, daß diese Behauptung nur unter Zuhilfenahme mikroökonomischer Betrachtungen zu begründen wäre. Sicher aber vermeidet sie den oben erwähnten nachteiligen Effekt der Besitzkonzentration. b) Die zweite Variante der staatlichen Redistributionspolitik in dieser Situation, nämlich eine Umschichtung der Staatsausgaben von den Sachausgaben auf Transferausgaben für die Arbeit-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nehmer bei konstantem Steueraufkommen, hat zweifellos den Vorzug, eine Kontraktion von Produktion und Beschäftigung ebenso wie die Gefahr einer Besitzkonzentration und der Verringerung der Wachstumsrate zu vermeiden. Auf die Bedingung Vollbeschäftigung und elastisches Geldsystem komme ich bei Berücksichtigung der dritten Klasse zu sprechen, da sie gerade dort von Bedeutung ist.

Ich meine also — wenn ich die bisherigen Erörterungen zusammenfassen darf —, daß die staatliche Redistributionspolitik insbesondere der zweiten Variante unter diesen Bedingungen den Vorzug verdient. Sie gewinnt noch erheblich, wenn wir an den Fall einer nicht vollbeschäftigten Wirtschaft denken. Denn in einem solchen Zustand ist mit einer Lohnerhöhung wegen der relativ schwachen Position der Arbeitnehmerschaft praktisch nicht zu rechnen. Demgegenüber bietet sich der staatlichen Redistributionspolitik durchaus eine erfolgversprechende Möglichkeit, freilich nicht mit Hilfe der beiden oben erwähnten Varianten, sondern durch Anwendung eines dritten Weges, nämlich einer Gewinnsteuererhöhung bei gleichzeitiger Erhöhung der Staatsausgaben — der bekannte *Föhl*-Fall —, was bei elastischem Geldsystem zur Erhöhung des nominellen und realen Volkseinkommens führt. Bei unveränderter Faktorenkombination wird sich die Relation von Nettoeinkommen der Nichtunternehmer zu den Nettogewinnen der Unternehmer zugunsten der ersteren verschieben.

Ich möchte jetzt die bisherigen Betrachtungen ergänzen durch die zusätzliche Berücksichtigung der, wie ich sie nannte, „dritten Klasse", also derjenigen, die keine Besitz- oder Arbeitseinkommen beziehen. Wenn wir uns auf das wesentliche beschränken, dann stellt sich der erste wichtige Unterschied zum vorherigen Fall in der Vollbeschäftigungssituation bei elastischem Geldsystem und optimistischen Unternehmererwartungen heraus. Denn der inflatorische Prozeß, ausgelöst durch die Lohnerhöhung, geht nun klar auf Kosten der dritten Klasse, da ihre gesetzlich festgelegten Einkommen mit der Steigerung der Gewinne und Löhne nicht mitkommen. Da in der Realität ein großer Teil dieser dritten Klasse ohnehin zu den Beziehern kleinerer Einkommen gehört, kann diese Wirkung nur bedauert werden.

Im Gegensatz dazu hat die staatliche Einkommensverteilungspolitik es in der Hand, bei Vermeidung von Inflationen auch die dritte Klasse zu bedenken, indem die die Gewinnsteuererhöhung kompensierende Lohnsteuersenkung eben auch auf die Einkommen der Beamten ausgedehnt wird und die Rentner durch die Erhöhung der Transferausgaben bedacht werden.

Im Falle der nicht vollbeschäftigten Wirtschaft hat die staatliche Einkommensverteilungspolitik die Möglichkeit, innerhalb der Staats-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ausgabenerhöhung — die die Gewinnsteuererhöhung begleitet — die Transferausgaben für die Rentner und die kleineren Beamtengehälter zu erhöhen.

Handelt es sich bei der Lohnerhöhung um die Teilnahme am Produktivitätszuwachs, dann bedeutet das eine Aufteilung dieses Zuwachses lediglich unter den Unternehmern und den Arbeitern und also den Ausschluß der dritten Klasse bei der Aufteilung des vergrößerten Kuchens. Kann der Staat eine Preissenkung nicht durchsetzen, hat also seine Politik der Wettbewerbsförderung keinen ausreichenden Erfolg, dann wäre auch in diesem Fall die staatliche Einkommensverteilungspolitik, die auch die dritte Klasse berücksichtigt, besser als die zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ausgehandelte Aufteilung.

Fasse ich die kurzen Erörterungen zusammen, dann komme ich zu dem Resultat, daß die staatliche Einkommensverteilungspolitik gegenüber der Redistributionspolitik nichtstaatlicher Instanzen — hier: der Lohnpolitik — den Vorzug verdient. Berücksichtigt man noch, welche bedenklichen Begleiterscheinungen für den sozialen Frieden sich äußern, wenn — auch noch so berechtigte — Lohnerhöhungen durchgesetzt werden sollen, dann würde dieser Vorzug der staatlichen Einkommensverteilungspolitik in einem noch helleren Licht erscheinen, wenn man hoffen dürfte, daß die staatliche Einkommensverteilungspolitik nicht eben auch — wenngleich auf einem anderen Kampfplatz — ein Spielball der Interessengruppen bleiben würde.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Herzlichen Dank, Herr Kollege *Timm,* für Ihren Diskussionsbeitrag, von dem ich überzeugt bin, daß er in der Aussprache am Nachmittag noch eine Rolle spielen wird.

Ich darf nun als letztem Redner in der allgemeinen Debatte — die beiden anderen Herren, die sich freundlicherweise bereit erklärt hatten, einen Betrag zur Generaldiskussion zu liefern, Herrn Kollegen *Welter* und Herrn Kollegen *Andreae,* möchte ich bitten, in der Nachmittagssitzung zu sprechen — Herrn Kollegen *von Gadolin,* Finnland, das Wort geben.

Privatdozent Dr. Axel *von Gadolin* (Helsinki-Helsingfors):

Der Platz an diesem feierlichen Pult entspricht eigentlich nicht den kurzen Bemerkungen aus dem Stegreif, die ich hier machen wollte. Ich will die zehn Minuten nicht so verdichten wie die Vorredner; ich hoffe auch, daß ich mit fünf Minuten auskomme.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich bin mit größtem Interesse den Ausführungen von Herrn Professor *Jecht* gefolgt, und ich möchte sagen, daß er gerade an Finnland, woher ich komme, ein gutes Beispiel hätte. Das Land vertritt eine überblickbare Einheit, die auch von einem sehr großen statistischen Amt bearbeitet wird.

Nun möchte ich auf ein paar Gesichtspunkte eingehen, die beleuchten, wie schwierig es ist, die Einkommensstatistik zu verwenden, wenn man generelle Schlüsse ziehen will. Mehr und mehr — und besonders in den Staaten, die sich leider in einer weiter östlichen Position befinden — ist die Tendenz zu verzeichnen, daß man aus der Einkommensstatistik gar nicht den wirklichen Konsum ablesen kann. Der wirkliche Konsum ist viel größer, die Einkommen sind nur eine formale Sache. Das ist ja auch hier in Deutschland der Fall, wie aus der Diskussion hervorgegangen ist. Aber bei uns macht es sich sehr stark geltend. Es kommen hier die stark angewachsenen staatlichen Stellen, die erheblich ausgeweiteten Industrien und die stark subventionierte Landwirtschaft in Betracht. Eine wachsende Zahl von Bürgern ist in der Lage, in zwei verschiedenen Eigenschaften als nachfragende Subjekte zu erscheinen: 1. in einer privaten Sphäre mit kleinen Einkommen, die in der Einkommensstatistik erfaßt werden; 2. als Vertreter staatlicher Behörden, landwirtschaftlicher Organisationen oder industrieller Institutionen, wo sie einen ganz anderen Konsum ausüben und nachher mit einem ganz anderen Maßstab messen. Einer, der privat zweiter Klasse fährt, fährt als Vertreter gerne so teuer wie möglich. Das ist eine sehr gefährliche Erscheinung, denn sie verwischt das Bild der wirklichen Lage der Menschen. Dieses führt hinüber in die Situation, die wir gerade in der Sowjetunion kennen, wo alle Leute mehr oder weniger auf Staatskosten leben.

Ich möchte Ihnen nur ein Paar Beispiele nennen. Sie werden, soweit Sie in den nordischen Ländern, insbesondere in Finnland gewesen sind, festgestellt haben, daß die zahlreichen Restaurants bei uns außerordentlich teuer sind. Sie sind deswegen so teuer, weil meines Erachtens ungefähr 90 % aller Restaurantrechnungen nicht von Privaten, sondern von staatlichen Behörden, von Unternehmen oder Verbänden usw. bezahlt werden. Die privaten Firmen sind sehr stark besteuert, aber einen Ausweg haben sie: sie können gut repräsentieren, und sie dürfen das tun, denn dadurch befreunden sie sich mit den staatlichen Institutionen, und das ist manchmal sehr notwendig in einem Lande mit viel Lizenzen und Sonderbestimmungen. Eine Firma, die das nicht ausnützt, verliert auf die Dauer. Im Beispiel des Restaurants: eine Rechnung dort bedeutet nur in der Hälfte ihrer Höhe Kosten für die Firma; denn den Betrag dieser

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rechnung müßte sie sonst als Einkommen versteuern. Insofern können die gesamten Restaurants ihre Rechnungen um 50 % erhöhen, denn es lohnt sich doch, sie zu bezahlen. Das gebe ich als Beispiel, weil diese Erscheinung immer mehr zunimmt.

Es ist auch auf anderen Gebieten so. Ich glaube, die Regierung von Finnland ist diejenige in Europa, die über die größte Zahl von modernen Automobilen verfügt. Diese Automobile werden natürlich nicht so sehr vom Staat beansprucht; sie werden auch sonst benutzt, und so geht es mit allen diesen Dingen. Alle öffentlichen Gebäude, die in modernen Staaten gebaut werden, werden mit einem Luxus ausgestattet, den man privat nicht kennt. Die Kinder kommen in eine Schule, die einem Palast gleicht, während sie zu Hause unter ganz kleinen Verhältnissen leben. Dieser Gegensatz zeigt die mangelnde Einigkeit zwischen den beiden Subjekten, die zu bestimmen haben.

Abschließend darf ich noch auf eine Sache eingehen, die mir ebenfalls gefährlich erscheint. Die Landwirtschaft bei uns lebt hauptsächlich durch Subventionen. Sie umfaßt ungefähr ein Drittel der Bevölkerung. Die Landwirtschaft trägt aber nur mit 14 % zum Nationalprodukt bei. Es klafft also eine sehr große Lücke, und diese Lücke muß durch Subventionen überbrückt werden. Es handelt sich dabei aber nicht nur darum, daß die Menschen besser leben wollen, sondern es kommt ein ganz anderer Gesichtspunkt hinzu, den Sie in Deutschland vielleicht nicht kennen: Wenn man diese kleinen Landwirte nicht unterstützte eben als Landwirte, so würden sie unter Umständen mehr östliche Ideale bekommen, und das wäre sehr gefährlich. Wir haben aus dem Grunde zweimal Agrarreformen gemacht. Da kann man nicht darauf sehen, was ökonomisch vernünftig ist. Für uns wäre es viel besser, unsere Felder überhaupt mit Wäldern bewachsen zu lassen; es würde sich mehr lohnen. Dann würden aber diese Leute auch noch Industriearbeiter werden, und das könnte unter Umständen gefährlich sein. Also ein Gesichtspunkt, der nicht aus der ökonomischen Verteilungstheorie kommt, sondern rein politischen Überlegungen entspringt, der sich aber sehr stark auf die staatliche Einkommensverteilungspolitik auswirkt! Denn alle diese Menschen müssen auch leben und müssen so leben, daß sie sich als Eigentümer fühlen.

Es kommt noch ein interessanter Gesichtspunkt hinzu. Das Indexprinzip hängt damit zusammen, indem es der Industrie bei uns viel besser geht als anderen Erwerbszweigen. Sie muß nun die Landwirtschaft miterhalten. Wir haben bei uns in Finnland seit Jahren die rot-grüne Koalition, und sie ist an und für sich die vernünftigste. Aber nun müssen die Sozialdemokraten immer für Zahlungen an die kleinen Landwirte sorgen, und diese gehen auf Kosten von Handel

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Industrie. Deswegen müssen die letztgenannten Erwerbszweige nun auch etwas vom Leben haben, wie ich es vorhin andeutete.

Vorsitzender Prof. Dr. Fritz *Neumark* (Frankfurt):

Ich danke den Herren Diskussionsrednern für ihre Beiträge und schließe damit die Vormittagssitzung.

Zweiter Tag, Nachmittag
Freitag, 28. September 1956

Spezialdiskussionen

1. Politik und Wirtschaft: ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich?
   Diskussionsleiter:
   Prof. Dr. Andreas *Predöhl* (Münster).
2. Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung.
   Diskussionsleiter:
   Prof. Dr. Erich *Preiser* (München):
3. Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft.
   Diskussionsleiter:
   Prof. Dr. Erich *Gutenberg* (Köln).
4. Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung.
   Diskussionsleiter:
   Prof. Dr. Rudolf *Stucken* (Erlangen).
5. Der Einfluß der nicht-staatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung.
   Diskussionsleiter:
   Prof. Dr. Herbert *Timm* (Saarbrücken).

Die Beiträge in den Spezialdiskussionen, die unter reger Beteiligung der Tagungsteilnehmer durchgeführt wurden, sind nicht aufgenommen worden, da gemäß Beschluß des erweiterten Vorstandes der Stil eines informellen Gespräches gewahrt werden sollte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweiter Tag, Nachmittag
Freitag, 28. September 1956

Schlußveranstaltung

Vorsitz: Prof. Dr. Gerhard *Albrecht* (Marburg)

Vorsitzender Prof. Dr. Gerhard *Albrecht* (Marburg):

Ich erteile zunächst dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften das Wort zu einigen Mitteilungen.

Prof. Dr. Walther G. *Hoffmann* (Münster):

Bevor wir zum sachlichen Abschluß der Tagung kommen, darf ich den anwesenden Mitgliedern und Gästen noch einige Mitteilungen weitgehend formaler Art machen.

In der Mitgliederversammlung am 26. September 1956 wurde satzungsgemäß der engere Vorstand neu gewählt und beim erweiterten Vorstand eine Ersatzwahl vorgenommen. Nachdem die Gewählten die Annahme ihrer Wahl erklärt haben, ergibt sich folgende Zusammensetzung:

Engerer Vorstand:

Professor Dr. Walther G. *Hoffmann,* Münster, 1. Vorsitzender
Professor Dr. Karl *Hax,* Frankfurt a. M., 2. Vorsitzender
Professor Dr. Günter *Schmölders,* Köln, Schatzmeister
Dozent Dr. Hans *Ohm,* Münster, Schriftführer

Erweiterter Vorstand:

Professor Dr. Gerhard *Albrecht,* Marburg
Professor Dr. Helmut *Arndt,* Darmstadt
Verlagsinhaber Dr. Hans *Broermann,* Berlin
Professor Dr. Dr. Carl *Föhl,* Ebingen/Württ.
Professor Dr. Herbert *Giersch,* Saarbrücken
Professor Dr. Erich *Gutenberg,* Köln
Stadtkämmerer Erwin *Hielscher,* München

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Professor Dr. Georg *Jahn,* Berlin
Professor Dr. Horst *Jecht,* Münster
Professor Dr. W. A. *Jöhr,* St. Gallen
Professor Dr. Dr. Friedrich *Lütge,* München
Professor Dr. Fritz *Neumark,* Frankfurt
Professor Dr. Bernhard *Pfister,* München
Dozent Dr. Rudolf *Richter,* Frankfurt
Professor Dr. Heinrich *Rittershausen,* Köln
Professor Dr. Bruno *Rogowsky,* Köln
Professor Dr. Karl *Schiller,* Hamburg
Professor Dr. Erich *Schneider,* Kiel
Professor Dr. Karl *Schwantag,* Mainz
Professor Dr. Hans-Jürgen *Seraphim,* Münster
Professor Dr. Dr. Adolf *Weber,* München
Professor Dr. Walter *Weddigen,* Nürnberg
Professor Dr. Erich *Welter,* Mainz
Professor Dr. Theodor *Wessels,* Köln
Dr. Eduard *Wolf,* Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder, Frankfurt

Ich gebe des weiteren bekannt, daß in der Mitgliederversammlung auf Grund eines Berichtes von Herrn Professor Dr. Erwin *von Beckerath,* Bonn, dem Vorsitzenden eines ad hoc berufenen Ausschusses eine Namensänderung mit der satzungsgemäß erforderlichen Mehrheit beschlossen wurde. Danach heißt die Vereinigung künftig

GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
VEREIN FÜR SOCIALPOLITIK GEGR. 1872

Dahinter steht die Absicht, Tradition und Fortschritt gleichsam miteinander zu verbinden und denjenigen, die kein inneres, traditionsgemäßes Verhältnis zum alten Verein haben, das Verständnis dafür zu erleichtern, was mit dieser Vereinigung bezweckt ist.

Schließlich darf ich der mehrfach gegebenen Anregung an dieser Stelle Ausdruck geben, die Ausschüsse häufiger als bisher zu Sitzungen einzuberufen, um eine größere Kontinuität der Aussprache in diesem kleinen Kreis zu erzielen. Trotz der Beanspruchung vieler Mitglieder durch Beiräte oder andere Institutionen würde eine derartige Aktivierung der Ausschußarbeit eine Gelegenheit bieten, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung auf einer Reihe von Gebieten anzuregen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorsitzender Prof. Dr. Gerhard *Albrecht* (Marburg):

Ich gebe nunmehr das Wort den Herren Vortragenden zu ihren Schlußbemerkungen, und zwar in umgekehrter Reihenfolge.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Heinz *Kolms* (Berlin):

Wir haben bei der Diskussion meines Referates eine sehr interessante, lebhafte Unterhaltung gehabt. Für die gegebenen Anregungen möchte ich den Damen und Herren Diskussionsteilnehmern nochmals danken.

Auf der Grundlage der Diskussion darf ich wiederholt betonen, daß ich in meinem Beitrag die Vielfalt der möglichen Zusammenhänge aufzuzeigen hatte und aufzeigen wollte, nicht um zu bedeuten, daß alle diese Zusammenhänge ständig im gleichen Ausmaß relevant sind, aber um zu zeigen, was grundsätzlich bedacht werden muß. Erst dann ist anhand der Fakten zu entscheiden, ob man die eine oder andere Größe, den einen oder anderen Zusammenhang, in den betreffenden Fällen vernachlässigen kann. Man kann aber nur das „vernachlässigen", was man zunächst in den grundsätzlichen Zusammenhang eingeordnet hat. Auch die Nullstelle hat ihren Platz.

Es ist nochmals herauszustellen, daß es zwei Möglichkeiten wirtschaftstheoretisch-politischer Analyse gibt. Einmal analytische Modelle mit der Fragestellung: was passiert, wenn irgendeine exogene Größe, in bestimmter Art und Weise eingesetzt, verändert, verkleinert oder vergrößert wird, mit den anderen mit dieser Größe in Zusammenhang stehenden ökonomischen Variablen im Rahmen einer Struktur, die in dem Gedankenmodell, mit dem wir arbeiten, dargestellt ist. Hierher gehören Fragestellungen, wie wir sie öfter in der Diskussion, auch der Generaldiskussion und in Zusammenhang mit den anderen Referaten gehört haben: wenn die Löhne erhöht werden, was geschieht dann mit den Preisen? Wenn wir Zölle senken, welche Entwicklung nimmt dann die Zahlungsbilanz?, usw. Das ist die eine Möglichkeit der Anwendung wirtschaftspolitischer Modelle.

Zum anderen sind in neuerer Zeit sogenannte Dezisionsmodelle entwickelt worden. Sie sollen den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern die Entscheidungsfindung erleichtern, wenn ein bestimmtes Ziel oder ein bestimmter Zielkomplex erreicht werden soll. Anders als bei den analytischen Modellen sind hier die Ziele gegeben, während die Instrumente ermittelt werden sollen, die im Rahmen einer gegebenen Struktur dieses Ziel erreichen helfen sollen. Es ist natürlich vorauszusetzen, daß eine genügende Zahl von — wirtschaftspolitischen — Freiheitsgraden vorhanden ist, und damit finden wir

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wiederum den Anschluß an das, was ich qualitative Politik nannte, insofern diese dazu dient, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ökonomische Variable, die sich sonst vielleicht im Sinne der neoklassischen Konkurrenztheorie am Markte ergeben hätten, nun von den Entscheidungsträgern selbst manipuliert werden können.

Wir sehen also, daß bei den analytischen Modellen die Instrumente gegeben, und dann die Wirkungen auf die anderen ökonomischen Größen — sofern es möglich ist — errechnet werden, während bei den Dezisionsmodellen die Ziele gegeben und die dazu dienlichen Mittel errechnet werden sollen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Modellen mit fixen Zielen und mit variablen Zielen. Ein Modell mit variablen Zielen liegt dann vor, wenn es nicht darauf ankommt, Ziele zu maximieren, sondern wenn eine optimale Lösung erstrebt wird, d. h. die anderen mit diesen Größen interdependent verbundenen ökonomischen Variablen ebenfalls bewertet werden und somit u. U. auf eine Maximierung der Zielvariablen zu verzichten ist. Wenn in anderen Vorträgen und auch in der Generaldiskussion das Stichwort „optimale" Lösung anstelle einer „maximalen" Lösung gefallen ist, so betrifft das diese Zusammenhänge, gleich ob man es explicite sagt oder nur implicite.

Dabei ist ein Unterschied zu machen zwischen zentralisierter und dezentralisierter Politik. Erstere liegt vor, wenn ein einziger wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger angenommen wird, z. B. in einfachen Modellen der „Staat". Das von mir behandelte Thema hat sich mit dem Problem dezentralisierter Politik in dem Sinne befaßt, daß hier die Entscheidungen nichtstaatlicher Instanzen, einer Vielzahl von Entscheidungsträgern, zur Debatte standen. Ihre Ziele liegen in verschiedener Richtung. Das kann auch für staatliche Politik gelten bei Machtkämpfen beispielsweise zwischen einzelnen Ministerien, muß aber als typisch angesehen werden für die Wirtschaftspolitik nichtstaatlicher Instanzen.

Aus alledem geht hervor, daß es nicht nur denkbar ist, mit Hilfe wirtschaftspolitischer Modelle einsichtig zu machen, was geschehen kann, wenn wirtschaftspolitische Instanzen, wie etwa die Gewerkschaften oder Unternehmer- und Arbeitgeberverbände, dies oder jenes tun, sondern es ist auch grundsätzlich möglich, den Entscheidungsträgern deutlich werden zu lassen, was sie in einer gegebenen Situation zu tun haben, um ihren Zielen zu dienen. Das ist gewiß im Falle dezentralisierter Politik schwieriger als bei anzunehmender zentralisierter Politik. Deswegen sind die Modellzusammenhänge als grundsätzlich kompliziert anzunehmen und daher war es notwendig, bei der Behandlung meines Themas von vornherein von der grundsätzlichen Kompliziertheit der Zusammenhänge auszugehen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn ich zusammenfassen darf: wir sehen, daß es unabwendbar ist, zunächst einmal die mögliche Vielfalt der Zusammenhänge darzulegen und erst dann anhand der Fakten einer konkreten Situation zu entscheiden, welche Zusammenhänge als nicht relevant vernachlässigt werden dürfen. Der ersteren Aufgabe habe ich mich unterzogen; an weiterer Durchdringung muß noch gearbeitet werden. Letztere steht in Zusammenhang mit den Möglichkeiten quantitativ-numerischer Forschung.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Horst *Jecht* (Münster):

Ich wäre in einer einfacheren Situation, wenn ich mich gegen massive Kritik zu verteidigen hätte. Eine derartige Kritik ist nicht geübt worden. Ich bin vielmehr in der Diskussion außerordentlich freundlich behandelt worden. Meine Aufgabe kann so nur darin bestehen, auf einige der vielfachen Anregungen und Ergänzungen einzugehen, die im Laufe der Besprechung vorgebracht worden sind und für die ich an dieser Stelle aufrichtig zu danken habe.

Zunächst sind von verschiedenen Diskussionsrednern Vorschläge gemacht worden, wie man auf dem Wege, der in diesem Referat — soweit ich sehen kann — jedenfalls für Deutschland zum ersten Male beschritten worden ist, vielleicht weiterkommen könnte. Ich kann dazu nur sagen: Es wäre sehr schön, wenn wir weiterkämen, aber das Gelände ist außerordentlich schwierig, sehr unwegsam. Es wird also großer Anstrengungen bedürfen, um über die bescheidenen Ergebnisse, die bisher erzielt werden konnten, weiter hinauszukommen.

Im übrigen habe ich also für eine ganze Reihe von Ergänzungen Dank auszusprechen. Herr *von Gadolin* hat meine Ausführungen in einer sehr anschaulichen Weise am finnischen Beispiel erläutert, indem er u. a. auf die „Unkostenproduktion" in den finnischen Restaurants hinwies. Es soll ja auch bei uns gelegentlich Derartiges geben. Damit werden nochmals die möglicherweise auftretenden Nebenwirkungen einer wirtschaftspolitisch orientierten Besteuerung beleuchtet, von denen in meinem Referat mehrfach die Rede war.

Herr Kollege *Thalheim* hat mit Recht auf verschiedene Lücken meiner Ausführungen hingewiesen, über die ich mir selbst völlig im klaren bin und die nur mit der knappen verfügbaren Zeit entschuldigt werden können. Die Problematik der regionalen Umverteilung des Einkommens ist selbstverständlich außerordentlich wichtig. Man sollte die Finanzausgleichsproblematik viel stärker unter diesem Gesichtspunkt der Einkommensverteilung sehen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß gerade ein Berliner Kollege auf diese Zusammenhänge

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aufmerksam macht. Hier sind also sehr wichtige Probleme vorhanden, die ich im einzelnen nicht berücksichtigen konnte.

Dann waren mir wertvoll — und ich werde sie weiterhin beherzigen — Hinweise und Warnungen im Hinblick auf die Gefahren eines vorzeitigen internationalen Vergleichs. Ich glaubte zwar schon einige Reserven angebracht zu haben. Aber ich bin dem betriebswirtschaftlichen Kollegen sehr dankbar — ich habe leider den Namen in der Diskussion nicht aufgenommen —, der auf Unterschiede der Gewerbesteuerbelastung hinwies. Ich bin Herrn Kollegen *Neumark* dankbar, daß er nochmals davor warnte — die Problematik ist wohl auch von mir betont worden —, einseitig aus der Einkommensbesteuerung Schlüsse auf die steuerliche Belastung in den verschiedenen Ländern zu ziehen. Man kann hier sicherlich gar nicht vorsichtig genug verfahren.

Mein weiterer Dank gilt Herrn Präsidenten *Fürst*. Herr *Fürst* hat ja sozusagen eine zweifache Stellungnahme bezogen. Er hat einmal gesagt, so schlimm könne es doch mit der deutschen Statistik nicht stehen, wenn es immerhin möglich sei, daß Herr Kollege *Krelle* und ich darauf zwei Referate aufbauen konnten. Das ist außerordentlich freundlich für uns gesagt; aber es schließt offenbar nicht die Kritik aus, die er dann vorbrachte, daß vielleicht einige Schlüsse, zu denen ich gelangt bin, allzu kühn erscheinen könnten. Damit ist ja wieder ein Hinweis darauf gegeben, daß wir hier noch sehr viele Wünsche haben, und das möchte ich als das eigentliche Ergebnis dieses Diskussionsbeitrages von Herrn *Fürst* hervorheben. Hier ziehen wir an einem gemeinsamen Strang. Der Ausbau der Statistik ist ein gemeinsames Anliegen sowohl des statistischen Fachgelehrten wie auch des Wirtschaftstheoretikers.

Herr Kollege *Timm* hat dankenswerterweise einen Gesichtspunkt in die Debatte geworfen, dem man noch weiter nachgehen sollte, zumal Abschließendes im gegenwärtigen Zeitpunkt darüber kaum zu sagen sein wird. Er hat nämlich die Frage gestellt, ob einer Beeinflussung der Löhne oder aber einer staatlichen Redistribution eine stärkere Erfolgschance zuzumessen sei. Ich würde dazu folgendes sagen: Ich glaube, daß es sich hier um zwei Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit ganz verschiedenen Aufgaben handelt. Man wird also vielleicht die Alternative gar nicht so stellen können. Die staatliche Redistribution bezweckt ja einerseits die Versorgung bestimmter Personenkreise, die sonst bei der marktwirtschaftlichen Situation unversorgt sein würden, andererseits aber auch die Darbietung bestimmter Güter und Leistungen — so auf dem Gebiete des Schulwesens oder des Gesundheitsdienstes in England —, die den breitesten Schichten der Bevölkerung zugute kommen. Das ist

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine andere Zielsetzung als die der Erweiterung des Lebensstandards im Zuge gesteigerter Löhne. Ich glaube also, die beiden Bemühungen werden nebeneinander gehen müssen, und es kommt in beiden Fällen nur darauf an, die richtigen Grenzen einzuhalten. Ich glaube nicht, daß man der einen oder anderen Methode unbedingt den Vorzug geben sollte. Das, was die staatliche Redistribution leisten kann, ist verhältnismäßig begrenzt; darüber müssen wir uns klar sein. Der große Optimismus von Adolph *Wagner* ist heute einer etwas nüchterneren Einstellung gewichen. Es werden also beide Gebiete weiterhin in den richtigen Grenzen ihre Bedeutung behalten.

Und nun schließlich ein Problem, das immer wieder in der Diskussion auftauchte, auch in der Diskussion im kleineren Kreise: wie weit ist denn eine gleichmäßigere Einkommensverteilung überhaupt wünschenswert? Das ist natürlich eine Frage, die unter den verschiedensten Gesichtspunkten gesehen und beantwortet werden will, eine Frage, die weitgehend metaökonomischen Charakter trägt und über die sich hier also auch nur sehr begrenzt sprechen läßt. Auf der einen Seite wird man doch wohl sagen können, daß eine allzu krasse Ungleichmäßigkeit unerwünscht ist. Es ließen sich genügend historische Beispiele anführen, daß solche krassen Ungleichmäßigkeiten der Einkommensstruktur zu gewaltsamen Explosionen auf sozialem und politischem Gebiet geführt haben. Auf der anderen Seite ist unbestreitbar, daß eine völlige Egalisierung der Einkommensverteilung offenbar der menschlichen Natur widerspricht und jeden Leistungsantrieb stillegen würde. Hier also die richtige Mitte zu finden, wird die immer neu gestellte Aufgabe sein.

Herr Kollege *Fricke* hat den interessanten Gesichtspunkt in die Debatte geworfen, daß die verschiedenen Zeitalter — also sagen wir einmal das Zeitalter des Hochkapitalismus und unser Zeitalter des 20. Jahrhunderts — jeweils sozusagen besondere Einkommensstrukturen aufweisen, die der jeweiligen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsverfassung adäquat sind. Auf diesem Wege könnte man vielleicht weiterkommen.

Gegen eine zu starke Egalisierung spricht ja — wenn ich diesen Punkt meines Referates noch einmal aufnehmen darf — auch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Investitionsquote. Herr Kollege *Thalheim,* der den sehr interessanten Vergleich zwischen dem Osten und dem Westen angestellt hat, hat die Frage aufgeworfen, ob man es sich würde leisten können, hinter der Investitionsquote des Ostens zurückzubleiben. Das ist natürlich auch wiederum ein weites Feld, geht auch weit über die uns hier im engeren Sinne beschäftigende ökonomische Problematik hinaus. Man darf dabei auch nicht vergessen, daß das, was den Menschen des Ostens auf Grund einer jahr-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hundertelangen Tradition zugemutet werden kann, für die abendländischen Menschen wahrscheinlich nicht zumutbar ist und daß in dieser Einstellung Kräfte liegen, die in der geistigen Auseinandersetzung zwischen dem Osten und dem Westen eine sehr wichtige Rolle spielen.

Wir sehen also, daß das Problem, das eine so nüchterne Basis hat, schließlich in sehr weitgesteckte, metaphysische Perspektiven ausmündet. Aber ich glaube, da weiter vorzudringen dürfte kaum die Aufgabe unserer heutigen Zusammenkunft sein.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Wilhelm *Krelle* (St. Gallen):

In der Diskussion über mein Referat sind zunächst einmal Verfeinerungen des von mir vorgetragenen Modells vorgeschlagen worden. Hierzu wurden eine große Anzahl von Einzelbemerkungen gemacht, von denen ich nur einige hervorheben möchte.

Einmal wurde gesagt, die Untergrenze des Besitzeinkommens sei nicht etwa bei 3 % oder ein wenig niedriger anzusetzen, sondern v i e l niedriger, weil für bereits investiertes Kapital überhaupt keine Verzinsung notwendig ist. Der Gedanke ist vom Kollegen *Föhl* und mehreren anderen Herren vorgebracht worden. Ebenso wurde gesagt, daß die Obergrenze nicht erst beim Bruchpunkt des sozialen Systems liege, sondern schon viel früher, wenn nämlich die Arbeiter nicht mehr gutwillig bereit seien, ihre Leistungen in dem üblichen Ausmaß herzugeben. Ich nehme das an und bin dankbar für die Ergänzungen in diesen sowie auch in anderen Punkten.

Dann ist der Verwendung anderer Definitionen vorgeschlagen worden. Man sagte, ich hätte eigentlich mein Untersuchungsobjekt anders wählen sollen. Einige schlugen vor, ich hätte nur das persönliche Einkommen betrachten sollen, also z. B. die zurückbehaltenen Gewinne aus der Betrachtung herauslassen sollen. Andere sagten, ich sollte das Brutto- statt das Nettosozialprodukt zugrunde legen. Dann wiederum wurde gesagt, ich hätte das Aggregat „Besitzeinkommen" aufteilen sollen ins Zins, üblichen Unternehmergewinn und Monopolgewinn; wieder andere meinten, ich hätte den Reingewinn statt des Besitzeinkommens betrachten sollen. Das sind eine große Zahl von Wünschen, die auch in sich nicht kompatibel sind. Es mußte ein Entscheid getroffen werden, und ich halte den Entscheid, den ich getroffen habe, aus theoretischen und statistischen Gründen für den besten. Es hat keinen Sinn, Theorien über Dinge aufzustellen, für die man keine Unterlagen hat. Das war mein Gesichtspunkt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als nächstes möchte ich zu einigen Äußerungen Stellung nehmen, die sich auf meine These beziehen, daß die relativen Seltenheiten in der Bestimmung der Verteilung keine oder nur eine sehr geringe Rolle spielen. Zunächst ist zu den Äußerungen von Kollegen *Thalheim* in der Generaldebatte zu sagen, daß ich keinesfalls behauptet habe, die relativen Seltenheiten spielten für die Lohnbestimmung innerhalb einer Branche oder eines Betriebes keine Rolle. Nur die Relationen der Gesamtaggregate Besitzeinkommen und Arbeitseinkommen sind unabhängig davon. Unter relativen Seltenheiten verstehe ich dabei die physischen Seltenheiten, die Verhältnisse von Arbeitsmenge zu Kapitalmenge sozusagen. Zu meinem Erstaunen habe ich zu d i e s e r These eigentlich wenig Widerspruch gefunden.

Allerdings sind dann weiterhin zu meiner Behauptung, daß dies die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung aus den Angeln heben sollte, erhebliche Bedenken angemeldet worden, die ich durchaus verstehe, mit denen ich mich jedoch nicht einverstanden erklären kann. Aber das ist nicht ausdiskutiert worden; das war in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Insofern bleibt hier zunächst einmal ein Dissens bestehen.

Ferner sind mehrfach alternative Ansätze für eine Verteilungstheorie vorgeschlagen worden. Es wurde mir bedeutet — um es grob auszusprechen —, der theoretische Ansatz sei reichlich primitiv. Ich möchte da zunächst zubilligen, daß der logische Gedankenaufbau sehr einfach war insofern, als ich eben die eigentlichen Bestimmungsgründe der Verteilung klarzulegen versuchte, ohne mich in die technisch-ökonomischen Einzelheiten des marktwirtschaftlichen Apparates zu verlieren. Ich habe eine Art Kausalkette gezogen von den Ursachen zu den Wirkungen und die ganzen Interdependenzen zwischen den einzelnen Sektoren nicht explizite aufgeführt. Sie stecken natürlich im Hintergrund mit darin.

Nun, ich nehme den Kritikpunkt ohne weiteres an. Auch ich glaube, daß man, wenn man weiter in die Verteilungstheorie eindringen will, tatsächlich zu interdependenten Modellen kommen muß. Immerhin möchte ich als Entschuldigung für meinen Ansatz vorbringen, daß man bei einem kreislauftheoretischen Modell, wenn man einigermaßen realistische Annahmen machen will, nicht mit zwei oder drei Unbekannten auskommt, sondern vielleicht fünfzehn braucht. Das führt aber schon bei linearen Ansätzen zu Matrizeninversionen von 15mal 15 Gliedern, die nicht mehr verbal interpretiert werden können, und Sie werden vielleicht verstehen, daß ich Bedenken hatte, so etwas meiner Analyse zugrunde zu legen und hier vorzutragen. Aber ich gebe zu, daß, wenn man weiterkommen will, kompliziertere und vielleicht auch grundsätzlich andere Ansätze gewählt werden sollten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im übrigen danke ich für die vielen Anregungen, die mir in der Diskussion und in privaten Gesprächen zugegangen sind. Sie waren für mich von großem Wert, und ich will versuchen, sie für meine weiteren Arbeiten auszunutzen.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Hans *Peter* (Tübingen):

Ich möchte zunächst meinem Korreferenten *Preiser* danken, daß er gesagt hat, ich hätte mit meinem Referat provozieren wollen. Ich wollte tatsächlich provozieren, und zwar wollte ich die Diskussion des Ansatzes der Verteilungstheorie, ich möchte ruhig sagen: erzwingen. Der Gang der Diskussion, auch in den Ausschüssen, hat gezeigt, daß ich das, was ich damit beabsichtigt hatte, erreicht habe.

Das versetzt mich nun allerdings in die Lage, daß ich hier eigentlich nur diese Tatsache, jedenfalls nicht viel mehr als diese Tatsache, feststellen kann. Denn die Diskussion ging nun auf diesen Ansatz ein. Das Hauptthema, das in meinem Diskussionskreis erörtert wurde, war die Frage: Was bringt eigentlich die Spieltheorie, und in welchem Verhältnis steht sie zu dem Bisherigen? Sie werden verstehen, daß ich bei diesem Stand der Dinge hier nicht auf Einzelheiten eingehen kann; denn das würde mich dazu zwingen, beinahe länger zu sprechen, als ich in meinem Referat gesprochen habe. Ich müßte dann nämlich die ganze Begriffsbildung der Spieltheorie erörtern. Ich möchte mich deshalb auf die Feststellung beschränken: Es wurde der Gedanke aufgegriffen, daß man durch diesen grundsätzlich neuen Ansatz der Theorie die Möglichkeit in die Hand bekommt, in sehr vielgestaltigen Modellen auch solche Probleme wie die echter Verteilungstheorie zu behandeln.

Ich darf mit einem Wort noch auf die Ausklammerung zurückkommen, die ich bei der Behandlung meines Themas vorgenommen habe. Ich habe die normative Problematik selbstverständlich, da ich über Theorie sprach, ausklammern müssen. Ich verstehe aber sehr gut, daß in der Diskussion auf die Wichtigkeit dieser normativen Problematik hingewiesen wurde. Ich sagte ja schon, daß ich darüber an anderer Stelle gesprochen hatte, und auch das würde mich hier zu sehr viel breiteren Ausführungen zwingen.

Ich möchte den Teilnehmern der Diskussion vorhin, die mir eine große Reihe von Anregungen gegeben haben, herzlich danken, vor allen Dingen für die Lebhaftigkeit, mit der sie auf die Probleme, die ich teilweise schon angeschnitten habe bzw. durch meinen Vortrag provoziert hatte, eingegangen sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Erwin *von Beckerath* (Bonn):

Ich darf kurz über den Gang der Diskussion berichten, die sich an mein Referat angeschlossen hatte. Diese Diskussion war eine außerordentlich lebendige und reichhaltige, und das war ja zu erwarten angesichts der Tatsache, daß ich es mit einem Gegenstand zu tun habe, der nicht rein ökonomisch, vielmehr ebenso politisch, philosophisch und soziologisch ist, d. h. sich auf Gebieten bewegte, auf denen erfahrungsgemäß eine Einigung schwieriger zu erreichen ist als dort, wo es sich um den Beweis von ökonomischen Thesen handelt. Dementsprechend habe ich teils Zustimmung, teils kritische Zustimmung und teils kritischen Widerspruch gefunden. Allen, die sich geäußert haben, den Vertretern des kritischen Widerspruchs, der kritischen Zustimmung und der vorbehaltlosen Zustimmung, bin ich dankbar für die Anregungen, die sie mir gegeben haben.

Kurz darf ich noch darauf hinweisen, um welche Probleme im wesentlichen unsere Diskussion sich bewegte: Zunächst um das Wertproblem, und an dieser Frage verfing sie sich immer wieder von neuem. Man hätte sich in eine Diskussion des Vereins für Sozialpolitik, die vor vier Jahrzehnten stattgefunden hat, zurückversetzt fühlen können, und das beweist ja nur, daß es gleichsam ewige Fragen, ewige Probleme gibt, mit denen wir immer wieder ringen Ich hatte ja in meinem Vortrag gesagt, daß wir es mit Projektionen aus einer höheren Wertebene zu tun haben. Ich hatte diese genannt und hatte dann versucht, zu zeigen, welche Instrumente zur Verfügung stehen und wie sie gehandhabt werden müßten, damit die gewollte Wirkung tatsächlich erreicht wird.

Bezüglich des Instrumentariums hatte ich mich gleichfalls geäußert, und hier war vielleicht der Widerspruch am geringsten. Ich sprach von mikro- und makro-ökonomischer Betrachtung, hob aber die Bedeutung der makro-ökonomischen hervor, und hier war es der verehrte Kollege Geheimrat *Weber,* der — wenn auch nicht expressis verbis, so doch deutlich genug — einen Widerspruch anmeldete. Die Frage konnte nicht ausdiskutiert werden. — Besonders dankbar bin ich dem Kollegen *Wessels,* da er meine Gedanken in einer glücklichen Weise interpretiert und auf einen kurzen Nenner gebracht hat. Das war für mich eine Gelegenheit, an seine Ausführungen mit weiteren Detailbemerkungen anzuknüpfen.

Weniger haben wir über die politische Willensbildung gesprochen und über die Ansatzpunkte innerhalb des politischen Mechanismus, wo der Einfluß der Wissenschaft angesetzt werden könnte, wobei ich den Eindruck hatte, daß bei manchen der Herren Diskussionsredner

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Skepsis gegenüber dem Einfluß der Wissenschaft allzu groß ist. Die Tätigkeit des Vereins für Sozialpolitik findet letzten Endes ihre Ratio darin, daß wir an die Vernunft glauben und der Überzeugung sind, daß wir, wenn auch allmählich, gleichwohl den Gang der Wirtschaftspolitik rational zu beeinflussen in der Lage sind. Auch darüber sind in der Diskussion einige Bemerkungen gemacht worden. Über die Institutionalisierung des wissenschaftlichen Einflusses im einzelnen ist nicht gesprochen worden. Es war auch nicht die Absicht meines Referats, hier eine Diskussion hervorzurufen. Meine Absicht war, den anwesenden Kollegen und Politikern, soweit sie unter uns waren — sie haben ja leider im wesentlichen noch in letzter Sekunde absagen müssen, wie das bei den vielbeschäftigten Herren sehr oft der Fall ist — und vor allen Dingen auch den Herren von der Presse zu sagen, daß die Wissenschaft heute über einen ganz anderen Schatz von Erkenntnissen verfügt, den sie der praktischen Politik — was man auch sagen mag — zur Verfügung stellen kann. Ich glaube, und darin bin ich durch den Pessimismus einiger Diskussionsredner nicht erschüttert worden, daß hier in der Tat eine großartige Aufgabe vorliegt — ich könnte hinweisen auf Beispiele aus anderen ökonomisch und wissenschaftlich fortgeschrittenen Ländern —, eine Aufgabe, mit der wir uns auseinanderzusetzen die Pflicht haben.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerhard *Albrecht* (Marburg):

Ich darf den Herren Vortragenden für ihr Schlußwort und zugleich dafür herzlich danken, daß sie durch ihre Referate den Grund für die wissenschaftliche Diskussion gelegt haben, die heute nachmittag in fünf Sondersitzungen stattgefunden hat. Durch die soeben gehörten Schlußworte haben die Erörterungen der nun zu ihrem Ende gelangten Tagung ihre den großen Zusammenhang noch einmal aufzeigende Abrundung gefunden.

Damit könnte ich mich des Auftrages entledigen, der mir von dem Herrn Vorsitzenden der Gesellschaft erteilt worden ist, nämlich die Tagung zu schließen; aber ich möchte Sie bitten, mir wenigstens noch ein ganz kurzes Wort zu erlauben. Es ist das traditionelle Vorrecht eines der Angehörigen der ältesten Generation unter den Teilnehmern an den Tagungen unserer Gesellschaft, an ihrem Schluß ein Wort des Dankes auszusprechen. So möchte ich — und ich glaube, ich mache mich damit zum Interpreten der Empfindungen aller Tagungsteilnehmer — dem Herrn Vorsitzenden, Herrn Kollegen *Hoffmann,* und dem ganzen Vorstand aufs herzlichste für die große Mühe und die viele Arbeit danken, die sie aufgewandt haben, um diese

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tagung zustande zu bringen und so erfolgreich durchzuführen. Es ist mir hierbei ein Bedürfnis, ganz besonders auch den jetzt aus dem engeren und weiteren Vorstand ausscheidenden Herren zu danken, mit denen ich ja noch selbst früher eng zusammengearbeitet habe, vor allem unserem Freunde *Gutenberg,* der, als ich vor zwei Jahren mein Amt als Vorsitzender weitergab, das für ihn schwere Opfer brachte, zur Aufrechterhaltung der Kontinuität in der Vorstandsarbeit sein Amt als zweiter Vorsitzender noch zwei weitere Jahre zu führen.

Der Verlauf unserer diesjährigen Tagung hätte nicht ein so schöner und, wie ich meine, ertragreicher sein können, wenn sie nicht wissenschaftlich so ausgezeichnet vorbereitet worden wäre, wie sich sowohl an dem Aufbau der Vortragsfolge als auch bei der Durchführung des Tagungsprogrammes gezeigt hat. Dafür, Herr Kollege *Schneider,* möchte ich Ihnen unserer aller aufrichtigsten Dank aussprechen.

Unser Dank gilt aber auch allen den zahlreichen Helfern, besonders den netten und freundlichen jungen Damen, die sich zur Unterstützung der Tagungsleitung zur Verfügung gestellt und ihre Aufgabe in so tatkräftiger und umsichtiger Weise erfüllt haben; wir wissen von früheren Tagungen, daß es ohne die aufopfernde und emsige Arbeit dieser Helfer nicht abgeht.

Zuletzt danke ich allen Teilnehmern, allen Gästen, allen Mitgliedern, den Vertretern der Presse. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich unter den Gästen ganz besonders unserer Freunde aus Österreich gedenke in der Hoffnung und der festen Zuversicht, daß, wie früher im alten Verein für Sozialpolitik, so auch weiterhin die Zusammenarbeit zwischen den Kollegen und wissenschaftlich interessierten Praktikern Deutschlands und Österreichs eine enge und wissenschaftlich fruchtbare bleiben wird.

Möge nun diese Tagung ihre Früchte tragen und der Verein für Sozialpolitik — von nun an die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Verein für Socialpolitik, gegr. 1872 — auf dem nach 1945 wiedergefundenen Wege glückhaft fortschreiten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verzeichnis der Redner

Albrecht, G. 199, 201, 210
Beckerath, E. von 25, 209
Föhl, C. 117
Fürst, G. 186
Gadolin, A. von 195
Heuss, Th. 16
Hoffmann, W. G. 9, 24, 199
Jecht, H. 126, 203
Kauffmann, H. 19
Kolms, H. 166, 201
Krelle, W. 55, 206
Neumark, F. 125, 166, 181, 186, 191, 195, 198
Peter, H. 42, 208
Preiser, E. 113
Schneider, E. 41, 54, 110, 122
Seraphim, H. J. 110
Schwering, E. 21
Thalheim, C. 181
Timm, A. 192

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44147-1 | Generated on 2025-11-02 05:36:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/